

DAS EIGENTUM
IN IDEOLOGIE UND WIRKLICHKEIT
DES SOWJETSOZIALISMUS

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der volkswirtschaftlichen Doktorwürde
der Hohen Rechts- und Staatswissenschaftlichen
Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität in
Freiburg im Breisgau

vorgelegt von

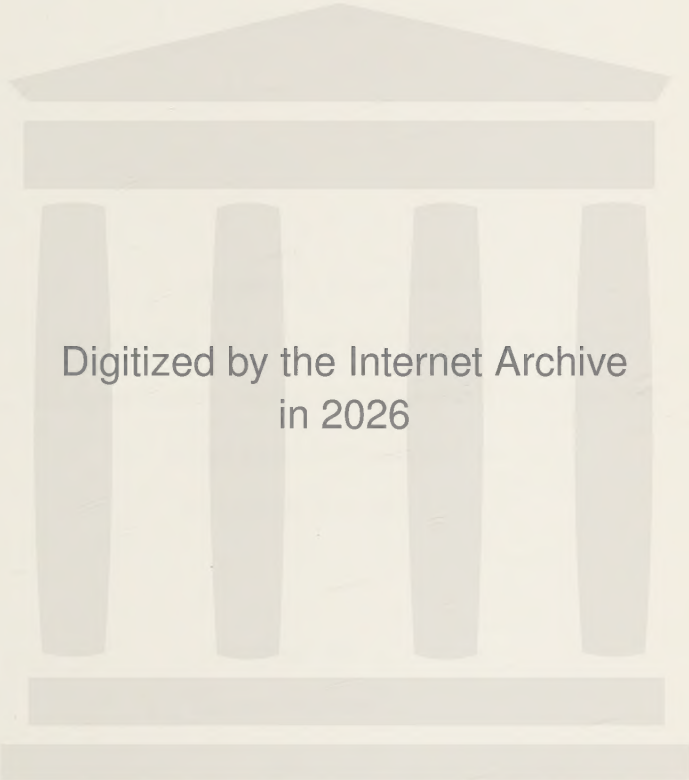
Eleonore Herrmann

aus

Schulenburg/Leine

Freiburg 1963

1964



Digitized by the Internet Archive
in 2026

DAS EIGENTUM IN IDEOLOGIE UND WIRKLICHKEIT
DES SOWJETSOZIALISMUS

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung der volkswirtschaftlichen Doktorwürde
der Hohen Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität in
Freiburg im Breisgau

vorgelegt von
Eleonore Herrmann
aus
Schulenburg/Leine
Freiburg 1963

D e k a n : Professor Dr. F. Rittner
Referent : Professor Dr. A. Bergsträßer
Korreferent : Professor Dr. C.v. Dietze

Tag der mündlichen Prüfung: 20. 2.1964



INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
EINLEITUNG	1
I. STELLUNG DES EIGENTUMS IN DER URGESELLSCHAFT	16
1. Rolle der Arbeit und des Bewußtseins bei der Entstehung des Menschen	16
2. Das gesellschaftliche Zusammenleben der Menschen	17
3. Entstehung des Privateigentums	18
4. Folgen des Privateigentums für das gesellschaftliche Zusammenleben in marxistischer Sicht	19
a) Klassentrennung und Klassenkampf	20
b) Ausbeutung	21
c) Selbstentfremdung des Menschen	22
5. Ansatzpunkte zur Kritik an der marxistisch-leninisti- schen Darstellung der Urgesellschaft	27
II. STELLUNG DES EIGENTUMS IN DER SKLAVENHALTERORDNUNG	29
1. Entstehung der Sklavenhalterordnung und ihre Be- sonderheiten.	30
2. Wandlungen der Produktionsverhältnissen	30
3. Untergang der Sklavenhalterordnung als Folge der ihr immanenten Widersprüche	31
4. Marxistische Folgerungen aus den Eigentums- verhältnissen der Sklavenhalterordnung	32
5. Ansatzpunkte zur Kritik an der marxistisch- leninistischen Darstellung der Sklavenhalterordnung	34

	Seite
III. STELLUNG DES EIGENTUMS IM FEUDALISMUS	35
1. Entstehung des Feudalismus aus verschiedenen Gesellschaftsordnungen	35
2. Eigentum und Ausbeutung im Feudalismus	38
3. Hauptformen und Konzentration des Eigentums im Feudalismus	39
4. Entstehung der kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse im Feudalismus	40
a) Voraussetzungen	40
b) Geldwirtschaft und "einfache Warenproduktion"	41
c) Rolle der Kaufleute bei der Ausbildung des Kapitalismus	42
5. Ansatzpunkte zur Kritik an der marxistisch-leninistischen Darstellung des Feudalismus	43
IV. DIE STELLUNG DES EIGENTUMS IM KAPITALISMUS	46
A. Stellung des Eigentums im vormonopolistischen Kapitalismus	46
1. Merkmale des Kapitalismus	46
Die allgemeine Warenproduktion	
2. Der Widerspruch der Warenproduktion: Das Verhältnis von Privateigentum und Arbeit	48
3. Der Fetischcharakter der Warenwelt	49
4. Der kapitalistische Tausch	50
a) Die Wertformen	50
b) Das Geld, eine "besondere Ware". Sein Wesen und seine Bedeutung in der marxistischen Ideologie	51
aa. Das Geld im Kapitalismus	51
bb. Das Geld im Sozialismus und Kommunismus	54
5. Das Wertgesetz	55

	Seite
6. Die Arbeit als Ware	57
7. Der Mehrwert	63
a) Entstehung des Mehrwerts	64
b) Die Verwendung des Mehrwerts durch den Kapitalisten: Die Akkumulation des Kapitals	68
8. Ansatzpunkte zur Kritik an der sowjetischen Dar- stellung des vormonopolistischen Kapitalismus	74
B. Stellung des Eigentums im Imperialismus, dem höchsten und letzten Stadium des Kapitalismus, Die sowjetische Imperialismustheorie. Einführung und Ansatzpunkte zur Kritik	77
II. STELLUNG DES EIGENTUMS IM SOZIALISTISCHEN WIRTSCHAFTSSYSTEM	89
A. Das sozialistische Eigentum in seinen 2 Formen	92
a) Begriff des sozialistischen Eigentums	92
b) Vergleich zwischen Staatseigentum und genossen- schaftlich-kollektivwirtschaftlichem Eigentum	94
I. Das staatliche sozialistische Eigentum	98
1. Entstehung des Staatseigentums: Die soziali- stische Nationalisierung	98
2. Die Periode der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) 1921 - 27	100
a) Wirtschaftlicher Niedergang am Ende des Kriegskommunismus	100
b) Politik der NEP	101
c) Privateigentum in der NEP	102
d) Genossenschaftseigentum in der NEP	104
e) Staatseigentum in der NEP	104
f) Die Rolle des Staates in der NEP (Ideologie und Wirklichkeit)	104
g) Übergang zur Fünf-Jahr-Plan-Periode Stalins	107

	Seite
3. Begriff des Staatseigentums	108
4. Formen und Hauptquellen des staatlichen sozialistischen Eigentums heute	111
a) Formen des staatlichen sozialistischen Eigentums	111
aa) Das staatliche Eigentum an Grund und Boden	111
bb) Das staatliche Eigentum an Grundmitteln und führenden Wirtschaftszweigen	112
cc) Das staatliche industrielle Eigentum. Aufbau und Leitung der staatlichen Wirtschaftsunternehmen	114
aaa) Die Rolle der staatlichen Planung	114
bbb) Das gesonderte Betriebsvermögen	116
ccc) Die staatlichen Unternehmen als selbständige Rechtssubjekte	118
ddd) Das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung	119
b) Quellen des staatlichen sozialistischen Eigentums	121
II. Das genossenschaftlich-kollektivwirtschaftliche Eigentum	122
1. Begriff des genossenschaftlich-kollektivwirtschaftlichen Eigentums	122
2. Entstehung und Entwicklung des genossenschaftlich-kollektivwirtschaftlichen Eigentums	124
a) Historischer Rückblick: Das bäuerliche Eigentum vor 1917 (insbesondere das Mirsystem) und in der Revolution von 1917	124
b) Die Entstehung des genossenschaftlichen Eigentums in Ideologie und Wirklichkeit	132
aa) Gewerbe-, Konsum-, Wohnungs- und Invalidengenossenschaften	134
bb) Landwirtschaftliche Genossenschaften (Kolchose)	137

	Seite
aaa) Das landwirtschaftliche genossenschaftliche Eigentum vor der Zwangskollektivierung	137
bbb) Die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft	
Ideologische Gründe und ihre Kritik	139
Praktische, wirtschaftliche und machtpolitische Gründe	144
ccc) Durchführung der Kollektivierung	148
3. Hauptquellen und Formen des genossenschaftlich-kollektivwirtschaftlichen Eigentums heute	150
a) Hauptquellen des genossenschaftlich-kollektivwirtschaftlichen Eigentums	150
b) Form des genossenschaftlich-kollektivwirtschaftlichen Eigentums. Die rechtliche und wirtschaftliche Organisation des Kolchos	151
aa) Leitung des Kolchos	152
Exkurs: Begriff der Demokratie und demokratischen Leitung im Sowjetsystem	156
bb) Bindung des Kolchosmitglieds an den Kolchos	158
cc) Arbeitsvergütung und Eigentumsbildung im Kolchos	159
dd) Der "unteilbare Fonds"	166
ee) Die industrielle Produktion und die sozialen Aufgaben der Kollektivwirtschaften; die inter-kollektivwirtschaftlichen Organisationen	171
c) Anhang: Staatliches Eigentum in der Landwirtschaft: Der Sowchos	173
B. Andere Eigentumsformen im Sozialismus	176
I. Das persönliche Eigentum	176
1. Begriff des persönlichen Eigentums	176
in der Ideologie	
a) Marx und Engels	176
b) Die sowjetische Ideologie	178
2. Die rechtliche Regelung des persönlichen Eigentums	179
a) Entstehung und Entwicklung des persönlichen Eigentums (Art. 10 der Verfassung von 1936)	179

	Seite
b) Inhalt des persönlichen Eigentums	182
aa) Sozialpflichtigkeit des persönlichen Eigentums	182
bb) Forderungen, die die Objekte des persönlichen Eigentums kennzeichnen	183
c) Schutz des persönlichen Eigentums	185
3. Einige Formen des persönlichen Eigentums	192
a) Das persönliche Eigentum an der bäuerlichen Nebenwirtschaft	193
aa) Rechtliche Regelung des persönlichen Eigentums an der Nebenwirtschaft Umfang und Inhalt	193
bb) Entstehung und Entwicklung der Nebenwirt- schaft in Ideologie und Wirklichkeit	197
cc) Endziel der sowjetischen Ideologie und Politik: Die Auflösung der Nebenwirtschaften	202
b) Das persönliche Eigentum an Wohnhäusern Umfang, Inhalt und Entwicklung	203
c) Das Erbrecht	211
III. Das Eigentum der "kleinen Privatwirtschaft" in Ideologie und Wirklichkeit.	218
Schluß	
Folgerungen, die in der sowjetsozialistischen Ideologie aus der Existenz des gesellschaftlichen Eigentums im Sozialismus und Kommunismus gezogen werden.	221
A. Sozialistische "Glaubenssätze"	223
1. Die Freiheit von der Ausbeutung im Sozialismus und Kommunismus	223
2. Der "neue Charakter der Arbeit" und die "Überwindung der kapitalistischen Arbeitsteilung"	228

	Seite
3. Die "klassenlose Gesellschaft" im Sozialismus und im Kommunismus	236
B. Die ökonomischen Gesetze der sozialistischen Produktionsweise	243
1. Das ökonomische Grundgesetz	244
2. Das Gesetz der planmässigen, proportionalen Ent- wicklung der Volkswirtschaft	245
3. Das Gesetz des stetigen Wachstums der Arbeits- produktivität	247
4. Das ökonomische Gesetz der Verteilung nach der Arbeitsleistung	247

LITERATURVERZEICHNIS

- AKSENEKOK, G. Die Kolchosgesetzgebung und die Erfordernisse des Lebens. Istwestija v.14.April 1959. Ost-Probleme 12/1959 S. 384ff.
- ANWEILER, Oskar Zwischenbilanz der sowjetischen Schulreform. Osteuropa 4,5/1961
- AUHAGEN, Otto Die Bilanz des ersten Fünfjahresplanes der Sowetwirtschaft. Breslau 1933.
- BOETTCHER, Erik Die sowjetische Wirtschaftspolitik am Scheidewege. Tübingen 1959.
- BRATUS, S.N. Siehe Sowjetisches Zivilrecht.
- BRUTZKUS, Boris Agrarentwicklung und Agrarrevolution in Rußland. Berlin 1925.
- CAKSTE, Mintauts Das persönliche Eigentum der Sowjetbürger. Osteuropa Recht 1/1955 S. 27ff.
- CHALFINA, R.O. Über das persönliche Eigentumsrecht in der Periode des umfassenden Aufbaus des Kommunismus. Staat und Recht 4/1961 S. 749ff.
- CHRUSCHTSCHOW, Nikita Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XX. Parteitag. Richtlinien des XX. Parteitages der KPdSU der UDSSR 1956 - 1960. herausgegeben von der Botschaft der UDSSR in Bonn, 1956.
- CUNOW, H. Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie. II.Band. Berlin 1920.
- v.DIETZE, Constantin Beurteilung der Stolypinschen Agrarreform unter besonderer Berücksichtigung ihrer Bedeutung für die Feldgemeinschaft. Diss. Leipzig 1920.

v. DIETZE, Constantin

Mir, Artikel im Wörterbuch der Volkswirtschaft.
herausgegeben von Ludwig Elster.
4. Aufl. Jena 1932.

DJILAS, Milovan

Die neue Klasse, Eine Analyse des kommunistischen Systems. München 1958.

Enzyklopädie der UdSSR

Leipzig 1959.

FETSCHER, Iring

Von Marx zur Sowjetideologie.
4. Aufl. Frankfurt, Main 1959.

FRIEDRICH, Carl Joachim

Totalitäre Diktatur.
Stuttgart 1957.

ENGELS, Friedrich

Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates.
6. Aufl. Berlin Ost 1953
Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring) 6. Aufl. Berlin Ost 1956.

FERID, Murad

Zur Problematik des Eigentumsrechts als Rechtsinstitut.
Studien des Instituts für Ostrecht München Band 5, S. 5 ff., Berlin 1958.

GAK, G.

Der Kommunismus und das persönliche Eigentum.
Ost-Probleme 15/1961 S. 461 ff.

GENKIN, D.M.

Siehe Sowjetisches Zivilrecht

Grundlagen

der Marxistischen Philosophie, nach der russischen Originalausgabe
Moskau 1959. Berlin Ost 1960

Grundlagen

des Marxismus-Leninismus, Lehrbuch, nach dem russischen Original
Moskau 1960. Berlin Ost 1960.

HALM, George N.

Wirtschaftssysteme. Übersetzung der 2. englischen Auflage, 1952.
Berlin, München 1960

- Handbuch des Weltkommunismus, herausgegeben von Joseph M. Bochenski und Gerhard Niemeyer. Freiburg, München 1958.
- HAUSE, Helmut
Das Privateigentum in Sowjetrußland und der Zivilkodex der RSFSR. Diss. Halle 1934.
- HAVADTÖY, Alexander
Arbeit und Eigentum in den Schriften des jungen Marx.
Diss. Basel 1951.
- HAYEK, F.A.
Der Weg zur Knechtschaft. Erlenbach-Zürich 1945.
- HEIMANN, Eduard
Wirtschaftssysteme und Gesellschaftssysteme. Tübingen 1954.
- HENSEL, K. Paul
Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, Stuttgart 1954.
Wirtschaftliche Ordnungsformen und das Problem des Eigentums, der Leitung und Kontrolle.
Sonderdruck aus: Moderne Welt, Zeitschrift für vergleichende geistesgeschichtliche und sozialwissenschaftliche Forschung. Köln 1960.
- HINKELAMMERT, Franz-Josef
Der Wachstumsprozeß in der Sowjetwirtschaft. Eine Untersuchung der Produktionsstruktur, des Lenkungsprozesses und des Volkseigentums. Berlin 1961.
- HOFMANN, Werner
Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion. Berlin 1956.
- KUHNER, Richard
Die wirtschaftspolitischen Kurswechsel in der Sowjetunion seit dem 2. Weltkrieg; Ursachen, Tatsachen und Folgen.
Diss. Freiburg 1959.
- LENIN, W.I.
Ausgewählte Werke in 2 Bänden. Band 1 Berlin Ost 1951. Band 2 Berlin Ost 1955.
- LEONHARD, Wolfgang
Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln/Berlin 1955
Sowjetideologie heute II,
Die politischen Lehren.
Frankfurt, Main 1962.

- LOEBER, Dietrich A. Die sowjetische Erziehungsreform 1958 in ihrer politischen Bedeutung. Europa Archiv 6/1959 S. 181 ff.
Rechtsverfolgung durch das Kollektiv, Die Sowjetjustiz auf dem Weg zur "Gesellschaftlichen Eigentumsverwaltung". Ost-Probleme 21/1959 S. 658 ff.
- LÖWENTHAL, Fritz Das kommunistische Experiment, Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus. Köln 1957.
- LUCKMANN, Benita Auswirkungen der sowjetischen Entwicklungspolitik auf das Weltbild des Russischen Bauern.
Diss. Freiburg 1962 (unveröffentlichtes Manuskript.)
- LYON, Thea Der Verbrechensbegriff in der Strafrechtswissenschaft der DDR. Bonn 1960.
- MALYSCHEW, I. Über die Entwicklung des Kolchoseigentums. Prawda v. 24. März 1958. Ost-Probleme 9/1958 S. 314 ff.
- MARX, Karl Die Frühschriften, herausgegeben von Siegfried Landshut, Stuttgart 1953.
Das Kapital, Band 1. 8. Aufl. Berlin Ost 1959.
Band 2. 6. Aufl. Berlin Ost 1957.
Zur Kritik der politischen Ökonomie.
2. Aufl. Berlin Ost 1951.
- MARX - ENGELS Ausgewählte Schriften in 2 Bänden. Berlin-Ost 1955.
- MARXISMUSSTUDIEN 1. Folge herausgegeben v. Erwin Metzke, Tübingen 1954
2. " " " Iring Fetscher " 1956
3. " " " " " " 1960
4. " " " " " " 1962
- MAURACH, Reinhart Handbuch der Sowjetverfassung. München 1955.
Sowjetrecht und Klassenbildung in:
Osteuropa / 1955 S. 415 ff.
- MEHNERT, Klaus Der Sowjetmensch, Versuch eines Porträts nach dreizehn Reisen in die Sowjetunion 1929 - 1959, Frankfurt, Main 1961.

- MEISSNER, Boris
Sowjetrußland zwischen Revolution und Restauration. Köln 1956.
Russland unter Chruschtschow. München 1960.
- MONNEROT, Jules
Soziologie des Kommunismus, Köln Berlin 1952
- MORF, Otto
Das Verhältnis von Wirtschaftstheorie und Wirtschaftsgeschichte bei Karl Marx.
Diss. Basel 1951.
- NACU, Demosthenes
Die Verstaatlichung der sowjetischen Landwirtschaft von 1957 bis heute.
Europa Archiv 10, 11/1958 S. 10745ff.
- NEMZOW, W.
Das Eigentum und seine Anhänger. Istwestija v. 7. August 1959. Ost-Probleme 21/1959 S. 676 ff.
- NOVE, Alec
Die Sowjetische Wirtschaft, Wiesbaden, c.J.
- PAWLOW, I.W.
Die Leitung der Entwicklung der innerkollektivwirtschaftlichen Demokratie durch die Kommunistische Partei. Woprosy istorii KPSS Nr. 5, 1959.
Ost-Probleme 22/1959 S. 702 ff.
- PECHEL, Dieter
Zum Problem der Verteilungspolitik im sowjetischen Sozialismus, dargestellt am Beispiel der mitteldeutschen Wirtschaftsordnung.
Diss. Freiburg 1959.
- PFUHL, Eberhardt
Begriff und Stellung des Eigentums in der Sowjetunion. Studien des Instituts für Ostrecht, München, Band 5, S. 25 ff. Berlin 1958
- Politische Ökonomie
(Politökonomie)
Lehrbuch. 1. Ausgabe. 5. Auflage Berlin Ost 1955. 2. Ausgabe nach der dritten überarbeiteten und ergänzten russischen Ausgabe. Berlin Ost 1960.
- v. RAUCH, Georg
Geschichte des bolschewistischen Russland. Frankfurt, Main 1963.

- ROCHLIN, R. P. Agrarpolitik und Agrarverfassung der Sowjetunion.
Berlin 1960.
- ROSTOW, Walt W. Stadien wirtschaftlichen Wachstums, Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie. Göttingen 1960.
- SAGER, Peter Die theoretischen Grundlagen des Stalinismus und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik der Sowjetunion. Diss. Bern 1953.
- SCHILLER, Otto Das Agrarsystem der Sowjetunion, Entwicklung seiner Struktur und Produktionsleistung. Tübingen 1960.
- SCHROEDER, Friedrich Christian Das Strafrecht der UdSSR de lege ferenda. Berlin 1958.
Das Eigentumsrecht in der UdSSR. Marxismusstudien, 4. Folge, herausgegeben von Iring Fetscher.
Tübingen 1962.
- SCHUMPETER, Joseph A. Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. 2. Aufl. München 1950.
- SETON - WATSON, Hugh Von Lenin bis Malenkov, Bolschewistische Strategie. München 1955.
- Sowjetisches Zivilrecht herausgegeben von D.M. Genkin, S.N. Bratus, C.A. Lunz, I.B. Nowizki.
Band I Herausgegeben von D.M. Genkin
Band II herausgegeben von S.N. Bratus.
Berlin Ost 1953.
- STALIN, Joseph Ökonomische Probleme des Sozialismus. Berlin Ost 1952.
- SWEEZY, Paul M. Theorie der kapitalistischen Entwicklung, eine analytische Studie über die Prinzipien der Marxschen Sozialökonomie. Deutscher Übersetzung nach der 4. amerikanischen Ausgabe von 1956, Köln 1959

THOMSON, Rüdiger

Das persönliche Eigentum im Sowjetrecht
(Stand April 1958). Diss. Freiburg 1959.
Das persönliche Eigentum im Recht der UdSSR.
Studien des Instituts für Ostrecht München,
Band 5 S. 51 ff. Berlin 1958.

TSCHIZEWSKI, Dimitrij

Zwischen Ost und West - Russische Geistesge-
schichte II.
Reinbeck bei Hamburg 1961.

THEIMER, Walter

Der Marxismus; Lehre, Wirkung, Kritik.
München 1957.

TROTZKI, Leo

Geschichte der russischen Revolution.
Berlin West 1960.

WEBER, Adolf

Dogma und Wirklichkeitssinn in der Sowjet-
wirtschaft.
München 1950
Sowjetwirtschaft und Weltwirtschaft.
Berlin./ München 1959.

WESTEN, Klaus

Die rechtstheoretischen und rechtspolitischen
Ansichten Josef Stalins. Lindau/ Konstanz 1959.

WETTER, Gustav A.

Der dialektische Materialismus, Seine Ge-
schichte und sein System in der Sowjetunion.
3. Auflage Freiburg 1956.
Sowjetideologie heute I, Dialéktischer und
historischer Materialismus.
Frankfurt, Main 1962.

Entwurf

... ur des neuen Programms der KPdSU.
Ost-Probleme 20/1961, 610 ff.

EINLEITUNG

ch der marxistisch-leninistischen Ideologie entsteht Eigentum durch Aneignung". Damit ist zunächst jede Form der Aneignung der Natur durch Menschen im Produktionsprozess gemeint¹⁾. In dieser Hinsicht ist der Eigentumsbegriff frei von einer Bewertung durch die Ideologie, er sagt nichts über die spezifischen Formen der Aneignung in den verschiedenen Epochen der Geschichte aus.

Im Rahmen dieser Arbeit soll jedoch das Eigentum in seinen "historisch bestimmten, gesellschaftlichen Formen der Aneignung der materiellen Güter, vor allem der Produktionsmittel, durch die Menschen"²⁾ untersucht werden und zwar aus der Sicht der sowjetischen Ideologen. Im Marxismus-Leninismus ist das Eigentum die spezifische Form der Aneignung, wie sie jeweils in den historischen Epochen durch bestimmte einzelne Menschen oder Menschengruppen auf die eine oder andere Weise vorgenommen wird. Dieser Eigentumsbegriff ist der Ausgangspunkt für die sowjetsozialistische Kritik am kapitalistischen Privateigentum ebenso wie für die Darstellung des sozialistischen gesellschaftlichen Eigentums.

Die sowjetische Ideologie hebt hervor, daß man bei der Untersuchung von Wirtschafts- und Gesellschaftsformen in der Geschichte eigentlich nur die "ökonomischen Eigentumsverhältnisse" ins Auge fassen, denn sie seien die Grundlage der Produktionsverhältnisse, die ihrerseits das Leben der Menschen bestimmen. Eine Beschreibung nur des "juristischen Ausdrucks" der Eigentumsverhältnisse wird mit Hinweis auf Marx als zu begrenzt abgelehnt³⁾.

1) "Alle Produktion ist Aneignung der Natur von Seiten des Individuums innerhalb und vermittelt einer bestimmten Gesellschaftsform". (Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, 241).

2) Politökonomie, 11.

3) Politökonomie, 11. und Anm. 2 ebd. Aufgabe der Politischen Ökonomie müsse es sein, das Ganze der "Eigentumsverhältnisse nicht in ihrem juristischen Ausdruck als Willensverhältnisse, sondern in ihrer realen Gestalt, d.h. als Produktionsverhältnisse" zu umfassen. (Marx, Brief an J.G. Schweitzer, zit. nach Politökonomie, 11, Anm. 2).

Die Untersuchung soll sich einerseits auf die sowjetische Darstellung der ökonomischen Eigentumsverhältnisse von der Urgesellschaft bis zum Imperialismus und andererseits auf die sowjetische Lehre vom sozialistischen Eigentum erstrecken. Für die Sowjetunion soll außer der ideologischen Darstellung der Eigentumsverhältnisse auch die Handhabung des Eigentums in Gesetzgebung und Rechtsprechung untersucht werden. Die Darstellung der Ideologie allein wäre ungenügend, da in jeder Gesellschaftsordnung das Leben der Menschen weniger von der Ideologie als von der realen Gestaltung der Eigentumsverhältnisse her bestimmt wird. Dieser Satz trifft ganz besonders auf den Sowjetsozialismus zu, dessen Wirklichkeit sich in vielen Punkten besonders weit von der Ideologie entfernt.

Die sowjetischen Juristen gehen in ihrer Begriffsbestimmung des Eigentums ebenso wie die Wirtschaftswissenschaftler auf den von Marx formulierten ökonomischen Aneignungsbegriff zurück¹⁾. Das Eigentum gilt in beiden Disziplinen als "Grundlage der Produktionsverhältnisse", es werden die gleichen Folgerungen daraus gezogen²⁾³⁾.

Die Produktionsverhältnisse spielen in der marxistisch-leninistischen Ideologie eine entscheidende Rolle, da sie - wie erwähnt - das Leben der Menschen primär bestimmen. Im weiteren Sinn sind es die "Verhältnisse, in die die Menschen im Verlauf der Produktion der materiellen Güter treten"⁴⁾. Damit sind alle Beziehungen der Menschen untereinander in einer arbeitsteiligen Wirtschaft, mit anderen Worten: die wirtschaftliche und soziale Ordnung eines Gemeinwesens, umfaßt. Im engeren eigentlich marxistisch-leninistischen

1) Das Marx-Zitat von S.1, Anm. 1 findet sich bei Genkin I, 306.

2) Vgl. Genkin I, 307.

3) Die juristische Begriffsbestimmung des Eigentums in Art.58 ZGB RSFSR enthält allerdings nichts mehr vom Marxschen Ansatzpunkt. Hier wird das Eigentum von den Befugnissen des Eigentümers her definiert: "Dem Eigentümer steht innerhalb der gesetzlich festgelegten Grenzen die Befugnis zu, die Sache zu besitzen, sie zu nutzen und über sie zu verfügen."

4) Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 140.

Sinn werden die Produktionsverhältnisse mit der Art der Verteilung des Eigentums an den Produktionsmitteln gleichgesetzt:

"Der Charakter der Produktionsverhältnisse hängt vor allem davon ab, in wessen Eigentum sich die Produktionsmittel befinden - im Eigentum einzelner Personen, sozialer Gruppen oder Klassen, die diese Mittel zur Ausbeutung der Werktätigen gebrauchen, oder im Eigentum der Gesellschaft, deren Ziel die Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Volksmassen ist. Somit spielt diese oder jene Form des Eigentums an den Produktionsmitteln die bestimmende Rolle im System der Produktionsverhältnisse." 1)

Die sozialistischen Ideologen unterscheiden grundsätzlich zwei Formen des Eigentums an Produktionsmitteln: das Privateigentum und das gesellschaftliche Eigentum. Die jeweilige Form des Eigentums bestimmt die Stellung der Menschen im Produktionsprozeß und in der Gesellschaft. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist die Grundlage des kapitalistischen Wirtschaftssystems, in welchem die Menschen in besitzende und nichtbesitzende Klassen getrennt sich feindlich gegenüberstehen, die Kapitalisten beuten die Arbeiter aus ²⁾. Im Gegensatz dazu

1) Politökonomie 11 f. Dieser Satz der Politökonomie fußt auf Marx, der die Bedeutung der Produktionsverhältnisse für sein System im Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie formuliert hatte:

"In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein; Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen."

(Marx, Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie, 13).

2) Marx, Kritik des Gothaer Programm, 25 und Politökonomie, 58.

sind die Menschen bei gesellschaftlichem Eigentum an Kameradschaftlicher Zusammenarbeit und sozialistischer gegenseitiger Hilfe interessiert¹⁾.

Außer den Verhaltensweisen der Menschen werden nach sowjetischer Ideologie auch die Ziele der Produktion von den Eigentumsverhältnissen bestimmt: das Ziel der kapitalistischen Produktion ist Mehrwert und Ausbeutung, das der sozialistischen die Bedürfnisbefriedigung des Volkes.

Aus dieser kurzen Einführung wird bereits klar, welche Bedeutung den Eigentums- oder Produktionsverhältnissen für die Gestaltung des menschlichen Lebens zugeschrieben wird. Die Menschen haben aber keine Möglichkeit, ihre Produktionsverhältnisse in freier Entscheidung zu wählen, sie hängen vielmehr vom Entwicklungsgrad der Produktivkräfte ab. Unter Produktivkräften - welche unabhängig von den Produktionsverhältnissen zu jeder Zeit existieren - versteht die Sowjetideologie mit Marx die Menschen (sie gelten als Hauptproduktivkraft) und die ihnen in jeder Epoche zugeordneten Produktionsinstrumente, einschließlich des technischen Wissens²⁾. Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse bilden zusammen die Produktionsweise, die jede Epoche der Geschichte charakterisiert.

Je nach dem Stand der Produktivkräfte herrschen bestimmte Eigentumsverhältnisse: in der Urgesellschaft z.B., in der das Arbeitsergebnis gerade zur Deckung der Bedürfnisse ausreichte, konnte kein Mehrprodukt hergestellt und angeeignet, d.h. kein Eigentum gebildet werden. Das Gemeineigentum herrschte überall. Als die Produktivkräfte (Arbeitsinstrumente und technisches Wissen) sich entwickelten und eine Produktion über das Lebensnotwendige

1) Politökonomie, 12.

2) Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 139; Politökonomie, 10 f.

"Welches immer die gesellschaftlichen Formen der Produktion, Arbeiter und Produktionsmittel bleiben stets ihre Faktoren." (Marx, Kapitel II, 34)

hinaus erlaubten, eigneten Einzelne sich das Mehrprodukt an und bildeten so das Privateigentum. Die Entwicklung der Produktivkräfte hatte neue Produktions- bzw. Eigentumsverhältnisse geschaffen.

Nach dem marxistischen "Gesetz der Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte" müssen die Produktionsverhältnisse immer im Einklang mit dem Entwicklungsniveau der Produktivkräfte sein. Wenn die Produktivkräfte sich weiter entwickeln während die Produktionsverhältnisse unverändert bleiben, kommt es zu antagonistischen Widersprüchen, welche die Gesellschaft zwingen, ihre Produktionsverhältnisse zu verändern¹⁾. Auf diese Weise wird die Entwicklung von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen bis hin zum Sozialismus und Kommunismus erklärt. Vom Sozialismus an werden sich die Produktivkräfte auf Grund des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln ungehemmt entwickeln können²⁾. Die antagonistischen Widersprüche als Triebkräfte der Entwicklung werden

1) "Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch zu den vorhandenen Produktionsverhältnissen, oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um." (Marx, Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie, 13).

2) Vgl. Marx, Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie, 14.

abgelöst von einfachen Widersprüchen, die durch die harmonische Zusammenarbeit aller Menschen im Sozialismus in der "moralisch-politischen Einheit der Gesellschaft" gelöst werden¹⁾. Einen dauernden Fortschritt bis zu dem Stand des Bewußtseins und der Produktion, auf dem "jeder nach seinen Fähigkeiten" arbeitet und die Verteilung der Konsumgüter "nach den Bedürfnissen" erfolgt, steht also nichts mehr im Wege. Die kommunistische Gesellschaft, in welcher es auf Grund des einheitlichen (allgemeinen) Volkseigentums und der neuen veränderten Menschen dann gar keine Widersprüche mehr geben wird, bleibt das Hauptziel der Sowjetischen Ideologie²⁾.

Unter Ideologie soll in der vorliegenden Arbeit die allgemeine sowjetische Lehre von Wirtschaft und Gesellschaft, wie sie hauptsächlich im Lehrbuch der Politischen Ökonomie (Politökonomie) und den Grundlagen des Marxismus-Leninismus dargestellt ist, verstanden werden.

Die Definition Friedrichs, Ideologie in einer totalitären Diktatur sei "eine Totalkritik, die von einem eschatologischen Wunschbilde der Zukunft begleitet wird"³⁾, trifft voll auf die sowjetische Lehre zu. Die Totalkritik - weitgehend von Marx, Engels und Lenin formuliert - richtet sich gegen die kapitalistischen Eigentums- und Gesellschaftsverhältnisse und ist nahezu unverändert aus dem 19. und beginnenden 20. Jahrhundert übernommen worden.

1) Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 717 und 90 f.

2) Vgl. den Entwurf des neuen Parteiprogramms der KPdSU, 629.

3) Friedrich, 22.

Das eschatologische Wunschbild - ebenfalls von Marx konzipiert und nur teilweise, meistens einschränkend in der sowjetischen Literatur beschrieben¹⁾ ist die Errichtung der kommunistischen Endgesellschaft. Marx selbst hatte noch geglaubt, daß die kommunistische Ordnung automatisch nach Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln entstehen würde und hatte infolgedessen wenig über sie ausgesagt²⁾.

Friedrich weist darauf hin, daß das Ziel des totalen Wiederaufbaus einer veränderten Gesellschaft im Anschluß an die Totalkritik der alten Gesellschaftsform ihrer eigentlichen Natur nach eine Utopie sein muß, "weshalb denn auch totalitäre Ideologien ihrem Wesen nach utopischer Natur sind".³⁾ Wie sehr die Errichtung der kommunistischen Endgesellschaft ein utopischer Plan ist, soll am Schluß der Arbeit zusammenfassend gezeigt werden.

Wenn eine Ideologie auf die Wirklichkeit angewandt wird, muß sie sich entweder verändern, um den Erfordernissen der Praxis gerecht zu werden, oder die Wirklichkeit muß in die Theorie gezwungen werden. Die Wandlung der Ideologie braucht keine Verfälschung zu sein, es kann vielmehr eine echte, sinnvolle Anpassung der Theorie an die Wirklichkeit sein⁴⁾. Dabei kann es

1) Vgl. z.B. Entwurf des neuen Parteiprogramms, 629 ff.

2) Vgl. z.B. Deutsche Ideologie, in: Frühschriften, 361 u. 367.

3) Friedrich, 27.

4) Zum Beweis der Angleichung der kommunistischen Ideologie an die Realität nennt Friedrich die Aufgabe des Gleichheitsgrundsatzes zugunsten von Ungleichheit im Vergütungssystem und in den Chancen sozialen Aufstiegs (Friedrich, 40). Meiner Ansicht nach sind diese Beispiele nicht gut gewählt, da Gleichheit in der Konsumgüterverteilung sowie für die Aufstiegschancen weiterhin für die kommunistische Gesellschaftsordnung vorausgesetzt wird und nur vorübergehend in der Ideologie des Sozialismus aufgegeben wurde. (Vgl. Entwurf des neuen Parteiprogramms, 629) Richtig ist der Hinweis Friedrichs, daß soziale Ungleichheit nach Ansicht der sowjetischen Ideologie im Sozialismus auf Grund des Fehlens von antagonistischen Klassen einen anderen Inhalt hat als die kapitalistische Ungleichheit und infolgedessen im Sozialismus dem industriellen Aufbau diene, während sie im Kapitalismus nur die antagonistischen Widersprüche der Klassen zeige. (Friedrich, 44).

sich um echte Anpassungen handeln, die der Ideologie neue Ziele hinzufügen oder die alten Ziele modifizieren, es kann sich jedoch auch um eine scheinbare Anpassung handeln, wenn durch die einfache Umdeutung eines Begriffsinhaltes bestimmte Tatbestände aus der kritisierten Gesellschaftsordnung in die eigene angestrebte oder aufgebaute Ordnung überkommen. Ein Beispiel für eine echte Anpassung ist die Einschränkung der These, daß im Kommunismus die Verteilung der Konsumgüter "nach den Bedürfnissen" erfolge. Von offizieller Seite¹⁾ wird in letzter Zeit immer wieder betont, es könne sich nur um die "gesunden, vernünftigen Bedürfnisse eines allseitig entwickelten Menschen" handeln. Dadurch kommt die politische Führung wieder in die Lage zu bestimmen, welcher Art diese Bedürfnisse sein werden. Die These vom Einholen und Überholen der kapitalistischen Staaten - insbesondere der USA - in der Produktion und dem Pro-Kopf-Verbrauch, bei dem ein "Überfluß an materiellen und kulturellen Gütern" geschaffen werde²⁾, ist dagegen keine Anpassung sondern eher eine Verfälschung der Ideologie. Unter dem Schlagwort von der "Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus"³⁾ wurde eine Voraussetzung der kommunistischen Gesellschaftsordnung⁴⁾ zum ersten und wichtigsten Ziel einer Verwirklichung der kommunistischen Gesellschaftsordnung. Indem man die Wirtschaft aufbaut, glaubt man automatisch den Kommunismus zu realisieren. Diese

1) Vgl. Rede Chruschtschows vor dem 21. Parteitag in: Prawda v. 28.1.1959, dt. in: Ost-Probleme 4/1959, 109. Vgl. ebenso Entwurf des Parteiprogramms der KPdSU, 629 u. Politökonomie, 782.

2) Entwurf des neuen Parteiprogramms, 630.

3) Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 838 ff.

4) Marx hatte die kommunistische Revolution für hochindustrialisierte Länder vorausgesagt, in denen die Produktivität auf einem Höchststand sein würde. Lenin, der die Revolution in einem mehr agrarfeudalen als industrialisierten Land zum Sieg führte, hatte bereits die Notwendigkeit einer hohen industriellen Produktion erkannt und zuerst als neue Zielvorstellung in die Reihe der Forderungen für den Aufbau des Kommunismus einge-reiht:

"Der Kapitalismus kann endgültig besiegt werden und wird dadurch endgültig besiegt werden, daß der Sozialismus eine neue, weit höhere Arbeitsproduktivität schafft." (Lenin, Die große Initiative, in: Ausgewählte Werke II, 576).

Betonung der Produktivität und des Produktionsausstoßes entfernt die sowjetischen Ideologen von dem marxischen, von humanitären Idealen bestimmten Denkansatz.-Ein Beispiel für die einfache Umdeutung eines Begriffes aus der kapitalistischen Ordnung ist die sogenannte Ausbeutung. Ausbeutung ist nach der marxistischen Ideologie gegeben, wenn der Arbeiter nicht den vollen, durch seine Arbeitskraft hergestellten Wert ersetzt bekommt, wenn sich vielmehr der Kapitalist auf Grund seines Privateigentums an den Produktionsmitteln einen Teil der Leistung des Arbeiters im Mehrwert aneignet. Der Arbeiter erhält nur den Minimallohn zur Wiederherstellung (Reproduktion) seiner Arbeitskraft. Marx glaubte, daß in der kommunistischen Wirtschaftsordnung - deren Beginn er mit der Einführung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln erwartete - die Verteilung der Konsumgüter im Interesse der Arbeiter vorgenommen werden würde, "um den Lebensprozeß der Arbeiter zu erweitern, zu bereichern, zu befördern".¹⁾ In der sowjetischen Ideologie wird die Freiheit von der Ausbeutung seit der Einführung des gesellschaftlichen Eigentums behauptet. Man begründet dies damit, daß das Volk als Eigentümer der Produktionsmittel sich nicht selbst ausbeuten könne. Ebenso wenig könnten Partei und Regierung Entscheidungen gegen das Interesse des Volkes treffen, da sie Vertreter des Volkes seien und vom Volk gewählt dessen Willen repräsentierten.

Die unbedingte Verbindung von Privateigentum an den Produktionsmitteln mit Ausbeutung und gesellschaftlichem Eigentum mit Nicht-Ausbeutung ist eine Gedankenkonstruktion, die einer kritischen Prüfung nicht standhält.

1) Marx, Kommunistisches Manifest in: Frühschriften, 541.

Man braucht nur die These von der Gleichheit des Volkswillens und des Willens sowie der praktischen Politik der Regierung zu widerlegen, um zu einem von der sowjetischen Auffassung abweichenden Ergebnis zu kommen. Offensichtlich hat seit der Revolution - dem Zeitpunkt, zu dem das gesellschaftliche Eigentum geschaffen wurde - die Einkommens- und Verteilungspolitik der Regierung als Alleinverfügerin über die Produktionsmittel in mehr oder weniger großem Widerspruch zu den Interessen des Volkes gestanden. Die Arbeitskräfte haben in der Regel nur einen kleinen Teil des von ihnen erstellten Wertes in Form von Lohn vergütet bekommen. Wenn der Begriff der Ausbeutung mit dem Faktor Verteilung auf Grund von wirtschaftlicher Verfügungsmacht über die Produktionsmittel anstelle des Faktors Eigentum verbunden wird, so ist es eindeutig, daß auch im sowjetischen System Ausbeutung herrscht. Durch die ideologische Konstruktion Volkswille gleich Wille und Politik der Regierung gekoppelt mit der Bindung des Ausbeutungsbegriffs an das Eigentum wird der Tatbestand der Ausbeutung ideologisch verbrämt in das sowjetsozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem hineingenommen¹⁾.

Nach sowjetischer Auffassung sind Ideologien die verschiedenen Formen des "sozialen Bewußtseins" (z.B. Recht, Moral, Kunst, Wissenschaft, Philosophie und Religion) oder des "geistigen Lebens der Gesellschaft".²⁾ Das soziale Bewußtsein seinerseits ist eine Widerspiegelung des gesellschaftlichen Seins, das heißt der Produktions- oder Eigentumsverhältnisse einer bestimmten Zeit³⁾. Daraus folgt, daß Ideologien immer Klassencharakter haben, denn jede Gruppe der Gesellschaft hat ein anderes, durch ihre Stellung in den Produktionsverhältnissen bestimmtes Bewußtsein⁴⁾.

1) Vgl. am Schluß der Arbeit: Sozialistische Glaubenssätze, Befreiung von der Ausbeutung.

2) Wetter, Sowjetideologie, 239.

3) Vgl. Marx, Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie, 13 zit. auf S.5, Anm. 1.

4) Wetter, Sowjetideologie, 240.

Auch die Ideologie des Marxismus-Leninismus ist die Ideologie einer Klasse, des Proletariats. Im Unterschied zu den bürgerlichen Ideologien, welche nur die Interessen der bürgerlichen Klasse beinhalten, vertritt die Ideologie des Marxismus-Leninismus als Ideologie der fortschrittlichsten Klasse allgemein menschliche Interessen¹⁾. Das Proletariat als fortschrittlichste Klasse ist folglich - um den objektiven Entwicklungsgang der Geschichte nicht zu stören, sondern voranzutreiben - zum Handeln bestimmt. Von daher wird die Bedeutung der Ideologie des Marxismus-Leninismus für die Wirklichkeit verständlich, denn "die marxistisch-leninistische Theorie ist kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln"²⁾. Die Ideologie ist einerseits Anleitung zum Handeln bei der Vorbereitung von Revolutionen in kapitalistischen Ländern, andererseits Grundlage der Politik im eigenen sowjetsozialistischen System³⁾. Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Ideologie als

1) Zu den Ideologien der fortschrittlichsten Klassen u. ihrem Kampf für allgemein menschliche Interessen im Lauf der Geschichte vgl. Wetter, Sowjetideologie, 242 f. und Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 649.

2) Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 11. Marx formulierte diese Idee als 11. These gegen Feuerbach: "Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt darauf an, sie zu verändern." vgl. Marx, Deutsche Ideologie in: Frühschriften, 341.

3) Die starke Betonung der aktiven Rolle des Staates, der als Teil des Überbaus im eigentlichen historischen Materialismus nur Widerspiegelung der Basis, der Produktionsverhältnisse, und infolgedessen passiv sein sollte, kam mit Lenin und besonders Stalin in die sowjetische Ideologie. Offiziell beruft man sich heute mehr auf Lenin: "Das Bewußtsein des Menschen widerspiegelt nicht nur die objektive Welt, sondern schafft sie auch." (Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 105). Marx hatte gesagt: "Nicht das Bewußtsein bestimmt das Leben, sondern das Leben bestimmt das Bewußtsein." (Deutsche Ideologie in: Frühschriften, 249). Stalin war vor das Problem gestellt, trotz Lehre vom Absterben des Staates im Sozialismus und Kommunismus die staatlichen Eingriffe in die "Basis" (z.B. die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft) zu rechtfertigen. Er formuliert deswegen die im Gegensatz zum "bürgerlichen Überbau" (insbesondere Staat und Ideologie) "aktive, umgestaltende schöpferische Rolle des sozialistischen Überbaus (des sozialistischen Staats und Rechts, der sozialistischen Ideologie) bei der revolutionären Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft und beim Aufbau und bei der Verteidigung der sozialistischen Gesellschaft" und hebt die Führungsrolle der Partei in Ideologie und Politik hervor (vgl. J. Stalin, Über dialektischen und historischen Materialismus, in: Fragen des Leninismus). Damit hat Stalin die Grundlage geschaffen, von der her der Staat und mit ihm seine Ideologie ihre eminente Bedeutung in der praktischen Politik der sozialistischen Staaten erhalten.

Grundlage der Wirtschafts-, insbesondere der Eigentums- und Einkommenspolitik im sowjetsozialistischen System. Eigentumspolitik ist hier in erster Linie auch Einkommenspolitik, da nahezu jedes persönliche Eigentum aus dem Arbeitseinkommen gebildet wird.¹⁾

Die Ideologie hat in ihrer gegenwärtigen, vom reinen Marxismus zum Teil stark abweichenden Form vier Hauptaufgaben als Grundlage der sowjetischen Wirtschaftspolitik:

1. Die Ideologie setzt die Endziele, auf deren Verwirklichung hin die Regierung ihre Politik langfristig lenken muß. Ein gewisser Zang dazu kommt sowohl von unten - die politische Führung würde unglaublich im eigenen Lager, wenn sie nicht bestimmte Ziele des Kommunismus zu verwirklichen suchte -, als auch von oben - die Mitglieder der Regierung sind mit großer Wahrscheinlichkeit genug überzeugte Marxisten, um selbst an die Möglichkeit zu glauben, einen großen Teil der ideologisch fixierten Ziele zu realisieren²⁾.
2. Die Ideologie ist außerdem Zukunftsutopie, welche mit ihrem Glanz die unvollkommene, oft harte Gegenwart überstrahlen soll³⁾.

-
- 1) Ausnahmen entstehen durch die Erbrechtsgesetzgebung der UdSSR und die nicht legalen Formen der Einkommenserzielung. Vgl. Teil II der Arbeit, Formen des persönlichen Eigentums: Das Erbrecht und die verschiedenen Mißbräuche bei der Nutzung des persönlichen Eigentums.
 - 2) Zu den angestrebten Endzielen gehören z.B. die Bildung des einheitlichen (allgemeinen) Volkseigentums und die Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität über die der kapitalistischen Staaten (insbesondere der USA) hinaus. Nicht alle diese Ziele sind so klar fixiert wie das der Produktivitätssteigerung. Es ist z.B. aus der Literatur nicht ersichtlich, wie das "Volkseigentum" letzten Endes ausgebildet sein soll.
 - 3) Zu den utopischen Zielen gehören u.a. die Hoffnungen auf den "neuen Menschen" im Kommunismus, dessen erstes Lebensbedürfnis die Arbeit sein werde sowie die soziale Gleichheit und die Verteilung nach den Bedürfnissen.

3. Eine weitere Aufgabe der Ideologie ist die Rechtfertigung der Maßnahmen, welche die Regierung im Interesse des Aufbaus einer leistungsfähigen, zentral gelenkten Wirtschaft ergreifen muß.

Diese Rechtfertigung ist sehr wichtig, da die Regierung den Anspruch erhebt, "wissenschaftliche Politik" zu betreiben, in der die Vorhersagen über den zukünftigen Verlauf der Geschichte ebenso wichtig sind wie die Übereinstimmung der Beschlüsse der praktischen Politik mit den "wissenschaftlichen Erkenntnissen". Wenn es manchmal scheinen sollte, als bahne sich eine "Entideologisierung" speziell der Wirtschaftspolitik an, da im Zuge der industriellen Entwicklung systemungebundene Kräfte¹⁾ zu wirken beginnen, so werden sie in der Sowjetunion immer durch ideologische Rechtfertigung in das System hineingenommen und die Politik ist "reideologisiert".

4. Die Ideologie dient schließlich der Vereinheitlichung des Denkens aller Mitglieder der Gemeinschaft. Mittel dazu sind Schulungskurse in allen Kreisen der Bevölkerung und auf allen geistigen Ebenen ebenso wie Leitung und Kontrolle sämtlicher bildenden und Nachrichten verbreitenden Institutionen durch die Partei, sodaß der gesamte Lebensbereich der Menschen erfaßt ist.

Im ersten Teil der vorliegenden Arbeit soll die Grundlage der sowjetsozialistischen Eigentumsideologie behandelt werden. Dazu gehören Entstehung und Entwicklung der Eigentumsformen bis hin zum Imperialismus und insbesondere

1) Ein Beispiel für die systemungebundenen sozialen Kräfte ist das Streben nach besserer Entlohnung und sozialer Sicherheit in der intensiven Phase der Industrialisierung, in welcher einerseits durch entwickelte Technik und Automation höhere Ansprüche an die Arbeiter gestellt werden, andererseits das Arbeitskräftepotential erschöpft ist und die Regierung nicht mehr allein mit Zwang eine Produktivitätssteigerung erreichen kann.

eine Darstellung der marxistisch-leninistischen Auffassung vom kapitalistischen Privateigentum an den Produktionsmitteln sowie seinen Folgen für das wirtschaftliche und soziale Zusammenleben der Menschen. Auf der Untersuchung des Kapitalismus durch Marx und auf seiner Kritik am kapitalistischen Privateigentum fußt die Lehre vom sozialistischen Eigentum.

Aufgabe des zweiten Teils der Arbeit ist es, die Entwicklung der Eigentumsformen in der Sowjetunion seit der Revolution von 1917 in der Ideologie und der Wirtschafts- und Rechtspraxis zu untersuchen. Abschließend soll versucht werden, die Frage zu beantworten, ob im Sowjetsystem die verschiedenen, von der Ideologie aufgestellten Behauptungen über die positiven Folgen des sozialistischen Eigentums verwirklicht werden konnten und / oder ob sie überhaupt realisierbar sind.

Das Hauptgewicht der Arbeit liegt auf der Untersuchung der sowjetischen Ideologie und deren Verwirklichung im sowjetsozialistischen Staat. Eine mögliche Kritik an der marxistisch-leninistischen Darstellung der vorkapitalistischen und kapitalistischen Eigentumsverhältnisse wird jeweils nur angedeutet. Eine genauere Untersuchung der wirklichen Eigentumsverhältnisse erübrigt sich, da die Sowjetideologen nahezu unverändert die Theorien von Marx, Engels und Lenin übernommen haben und die Wirklichkeit nicht sehen. Es ist unmöglich für sie, den modernen Kapitalismus objektiv zu sehen, da dann die ideologische Grundlage des Sozialismus als eines Systems, in dem durch das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln das wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenleben der Menschen von Grund auf verändert ist, fortfielen.

Um ein geschlossenes Bild der Eigentumsverhältnisse zu den verschiedenen Zeiten entwerfen zu können, haben die Sowjetideologen eine bestimmte Arbeitsmethode entwickelt: Sie gehen von der richtigen Erkenntnis aus, daß alle Formelemente einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung miteinander verbunden sind. Kein Element kann isoliert betrachtet werden, doch von ver-

schiedenen Elementen ausgehend läßt sich das gesamte System aufrollen. In der marxistisch-leninistischen Ideologie ist die Entscheidung für das Formelement Eigentum getroffen und einseitig herausgestellt worden. Diese "selektive" Methode der Forschung wird in den sowjetsozialistischen Gesellschaftswissenschaften allgemein angewandt. Mit Hinblick auf die Gesamtordnung werden bestimmte Tatsachen hervorgehoben oder vernachlässigt. Die Auswahl der Fakten erfolgt entsprechend ihrer Überzeugungskraft, die sie für oder gegen das gewünschte Bild eines bestimmten Systems haben. Durch Abstraktion soll eine Wirklichkeit erläutert werden, die durch diese Methode wesentliche Züge verliert und sich vom wahren Geschichtsbild oft stark entfernt¹⁾. Nachdem die sowjetischen Wissenschaftler eine Methode gefunden haben, die selektiv - pointierend vorgeht, ist es ihnen gelungen, ein System zu errichten, das nach außen als geschlossen und unangreifbar erscheint²⁾.

Die Überzeugungskraft dieses in sich geschlossenen Systems schwindet jedoch, wenn sich im Laufe der Untersuchung zeigen wird, daß Verfügungsmacht über wirtschaftliche Güter - verbunden mit politischer Macht - entscheidender für die Stellung der Menschen in der Gesellschaftsordnung werden konnte als Eigentum es sein kann.

1) In der Auslese liegt bereits eine Bewertung, die richtungsweisend für das Ziel der wissenschaftlichen Lehre im sowjetischen Herrschaftssystem ist: die Menschen sollen in ganz bestimmter - durch die marxistisch-leninistischen Dogmen festgelegter - Weise informiert und in ihren Weltanschauungen ausgerichtet werden. (s.o. Punkt 4)

2) "Durch das erfolgreiche Studium des Marxismus-Leninismus gelangt man, kurz gesagt, zu einer in sich geschlossenen Weltanschauung - zur fortschrittlichsten Weltanschauung der Gegenwart. Diese Weltanschauung vereinigt in einem einheitlichen, harmonischen System von Anschauungen die wichtigsten Bestandteile der großen Lehre von Marx und Lenin".
(Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 7)

I. T E I L

I. DIE STELLUNG DES EIGENTUMS IN DER URGESELLSCHAFT

Die Urgesellschaft wird als die erste gesellschaftliche Ordnung der Menschen beschrieben. Bevor die Autoren der Politökonomie aber diesen Abschnitt in der Entwicklung der Menschheit darstellen, suchen sie die Entstehung des Menschen zu erklären. Sie folgen dabei den Gedankengängen von Karl Marx, für die Darstellung der Urgesellschaft jedoch zusätzlich den Ausführungen, die Friedrich Engels in seinem Buch "Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" macht.

1. Die Rolle der Arbeit und des Bewußtseins bei der Entstehung des Menschen.

Das entscheidende Kriterium des Menschen, durch welches er den "Übergang vom zoologischen Zustand zum gesellschaftlichen"¹⁾ vollzieht, ist die Arbeit. Durch die gemeinsame Arbeit bei der Anfertigung von Werkzeugen sind die Menschen in Verbindung miteinander gekommen und damit ist der erste Schritt zur Menschwerdung gleichzeitig der erste Schritt zur Entstehung der Gesellschaft gewesen. Die Arbeit ist demzufolge "die erste Grundbedingung alles menschlichen Lebens, und zwar in einem solchen Grade, daß wir in gewissem Sinn sagen müssen, sie hat den Menschen selbst geschaffen."²⁾ Karl Marx hat diesen Gedanken vertieft entwickelt. Bei ihm ist das Bewußtsein entscheidendes Charakteristikum des Menschen³⁾. Es kann

1) Politökonomie, 1955, 20.

2) Engels, Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen, Marx/Engels, Ausgew.Schriften, 71.

3) "Eine Spinne verrichtet Operationen, die denen des Webers ähneln, und eine Biene beschämt durch den Bau ihrer Wachsellen manchen menschlichen Baumeister. Was aber von vornherein den schlechtesten Baumeister vor der besten Biene auszeichnet, ist, daß er die Zelle in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut. Am Ende des Arbeitsprozesses kommt ein Resultat heraus, das bei Beginn desselben schon in der Vorstellung des Arbeiters, also schon ideell vorhanden war." (Marx, Kapitel I, 186)

auf bestimmte Objekte und Ziele gerichtet werden. Neben seinem Bewußtsein hat der Mensch die Fähigkeit, mit Hilfe seines Wissens von den Zielen die Objekte im Hinblick auf die Ziele zu verändern. Diese Tätigkeit, welche die Veränderung ermöglicht, nennt Marx Arbeit.

• Das gesellschaftliche Zusammenleben der Menschen.

Die Menschen waren im Kampf ums Dasein auf gemeinsames Handeln angewiesen. Sie lebten zunächst in Rudeln und Horden und verteilten die gemeinsam erarbeiteten Lebensmittel gleichmäßig auf die Glieder der Gemeinschaft. In dieser Situation ist es für den einzelnen unmöglich gewesen, Eigentum zu bilden, da kaum jemals etwas über das Lebensnotwendige hinaus erarbeitet werden konnte. Im Lauf der Zeit entwickelten sich die Menschen physisch und geistig weiter, begannen Ackerbau zu treiben und verbesserten ihre Werkzeuge. Sie wurden seßhaft und bildeten Stämme. Der einzelne Mensch sei jedoch immer noch zu schwach gewesen, um als Individuum, losgelöst von der Gemeinschaft, zu leben. Gemeineigentum habe sowohl am Grund und Boden als auch an den Produktionsmitteln (d.h. zu dieser Zeit, an den Werkzeugen) und Produkten der gemeinschaftlichen Arbeit bestanden. Im Privateigentum seien lediglich die Gegenstände gewesen, die zum persönlichen Schutz des Menschen gegen Raubtiere gedient hätten. Auf diese Weise wird das Fehlen des Privateigentums allein aus der Schwäche des einzelnen in der gesellschaftlichen Ordnung der Urgemeinschaft abgeleitet. Das Gemeineigentum dieser Periode wird als Folgeerscheinung der Umweltverhältnisse definiert.

"Dieser primitive Typ der kollektiven und kooperativen Produktion war natürlich das Resultat der Schwäche des isolierten Individuums und nicht der Vergesellschaftung der Produktionsmittel" 1).

Die sowjetsozialistischen Ökonomen stellen für diese Zeit eine Übereinstimmung von Produktionsverhältnissen mit dem Charakter der Produktivkräfte fest. Sie kommen unausgesprochen, -sinngemäß jedoch in ihren Aussagen-, zu

1) Marx, zitiert in Politökonomie, 22 f.

der Schlußfolgerung, daß die Menschen der Urgesellschaft in Harmonie miteinander lebten.

Da Gemeineigentum an den Produktionsmitteln geherrscht habe, außerdem auf dieser Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung kein Überschuß bzw. "Mehrprodukt" erwirtschaftet werden konnte, habe es "keine Klassen und keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gegeben"¹⁾. Diese Form des harmonischen Zusammenlebens ist jedoch nur in dieser historisch festgelegten Epoche zu verwirklichen gewesen. Die Form des Gemeineigentums in der Ordnung der Urgesellschaft wird damit ausdrücklich gegen die des Kommunismus abgesetzt, für den eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel, - d.h. also: Gemeineigentum, mit dem daraus gefolgerten Zustand der Harmonie-, auf einer hochindustrialisierten Stufe der Wirtschaft und im Gegensatz zur Urgesellschaft in großen Gemeinwesen behauptet wird.

3. Die Entstehung des Privateigentums

Die folgenden Abschnitte in der Entwicklung der Menschheit werden als die "natürliche" und die "gesellschaftliche Arbeitsteilung" bezeichnet. In der natürlichen Arbeitsteilung sind die Arbeitsbereiche nach Alter und Geschlecht der Menschen getrennt, wodurch sich ihre Arbeitsproduktivität erhöhte. Der eigentliche Fortschritt kam aber erst mit der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, in der die Spezialisierung auf Viehzucht, Ackerbau und Handwerk erfolgte. Seit dieser Zeit wurde es möglich, Überschüsse über das Lebensnotwendige hinaus zu erwirtschaften. Der enge Rahmen des Gemeineigentums und die gleichmäßige Verteilung der Produkte waren nicht mehr lebensnotwendig, vielmehr forderte die individuelle Arbeit der Spezialisten das Privateigentum an den Produktionsmitteln und den Produkten. Der Handel war

1) Politökonomie, 23.

eine selbstverständliche Folge der Überschüsse. Zunächst bildete er sich als unregelter und zufälliger Austausch heraus. Die Vorsteher der jeweiligen Gentilgemeinschaften tauschten Gemeineigentum, handelten also nur als Vertreter der Gemeinschaft für die Gemeinschaft. Im Lauf der Zeit begannen sie, das Gemeineigentum als Privateigentum zu betrachten. Da das Vieh zu dieser Zeit bedeutendster Gegenstand des Tausches war, ist es zuerst in Privateigentum übergegangen. Es folgten dann die Produktionsinstrumente und viel später der Boden¹⁾.

4. Folgen des Privateigentums für das gesellschaftliche Zusammenleben in marxistischer Sicht.

Das Privateigentum ist in marxistischer Sicht der Grund für die neue Ordnung der Gesellschaft in patriarchalisch regierten Familien. Sie wurden zu wirtschaftlichen Zellen der Gesellschaft. Die Möglichkeiten der Bildung und Vergrößerung von Privateigentum stiegen, als Eigentumsrechte an Haus, Hof und Vieh, teilweise sogar Boden, anerkannt waren. Die Stellung des Vorstandes einer Familie wurde dadurch gefestigt, er hatte die Entscheidungsbefugnis in allen eigentumsrechtlichen Fragen. Die Politökonomie leitet aus den so entstandenen Vermögensunterschieden eine Wandlung in der gesellschaftlichen Stellung sowie in den Interessen der Wohlhabenden ab²⁾. Personen in einflußreicher Stellung, z.B. Priester und Heerführer, hätten ihre Macht zu persönlicher Bereicherung benutzt und den größeren Teil der Gemeinschaft in mehr oder weniger starke ökonomische und politische Abhängigkeit von der besitzenden Oberschicht gebracht.

Da wirtschaftliches Wachstum nur mit Hilfe von Arbeitskräften möglich ist, habe die Oberschicht in vielen Gebieten Gefangene oder verarmte

1) vgl. Politökonomie, 28 f.

2) ebd.

Stammesbrüder zu Sklaven gemacht. Die Urgesellschaft ging ihrem Ende entgegen, eine neue Ordnung der Gesellschaft, die sogenannte Sklavenhalterordnung, folgte.

Schon hier, lange bevor sich das Privateigentum unter den kapitalistischen Produktionsverhältnissen voll ausgebildet hat, werden einige grundsätzliche Folgerungen aus seiner Existenz gezogen. Sie bilden das Fundament der marxistisch-leninistischen Kritik an der bürgerlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung: die Lehre vom Klassenkampf, der Ausbeutung und der Selbstentfremdung des Menschen.

a. Klassentrennung und Klassenkampf.

Die Trennung der Gesellschaft in Besitzende und Eigentumslose bezeichnen die sowjetischen Ideologen im Anschluß an Marx als die Spaltung der Gesellschaft in "Klassen". Marx selbst hat keine Definition des Begriffs "Klasse" gegeben. Der dritte Band des "Kapital" bricht am Beginn der Untersuchung der Klassen ab, sodaß sich die heutige sowjetische Ideologie hauptsächlich auf eine Formulierung von Lenin stützt:

"Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen. Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit einer anderen aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der sozialen Wirtschaft"¹⁾.

Lenin erweitert die einfache Bestimmung der Klassen durch das Eigentum,

1) Lenin, Die große Initiative, Ausgew. Werke II, 576.

indem er die Stellung der Menschen im Produktionsprozeß, das heißt die Art ihrer Tätigkeit im ökonomischen und gesellschaftlichen Leben eines Staates, in seine Klassendefinition einschließt. Hauptbestimmungsgrund der Klassen bleibt aber immer ihr "Verhältnis zu den Produktionsmitteln", das ist ihre Eigenschaft als produktionsmittelbesitzende oder -nichtbesitzende Gruppe.

Die Bildung von Klassen war eine notwendige Folge von Arbeitsteilung und Entstehung des Privateigentums. Der Widerspruch der Klasseninteressen treibt die Entwicklung der Produktivkräfte voran, bis sie einen so hohen Stand erreicht haben, daß sie bei richtiger Erkenntnis der ökonomischen Produktionsgesetze ohne den Klassenkampf mit Hilfe der menschlichen Vernunft arbeiten und voranschreiten können. Dieser Fall tritt bereits in der sozialistischen Gesellschaftsordnung ein, in der es keine ausbeuterische Klassen mehr gibt. Bis zur Errichtung des Sozialismus ist die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen¹⁾, im Kommunismus fallen endgültig alle Klassentrennungen fort²⁾.

b. Die Ausbeutung.

Gleichzeitig mit der Spaltung der Gesellschaft in Klassen wird die Ausbeutung aus der Entstehung des Privateigentums gefolgert. Ausbeutung entsteht, da die Eigentümer in der Gesellschaft nicht nur Eigentum an den Produktionsmitteln, sondern auch an den Arbeitsprodukten haben, welche durch die Nichtbesitzenden hergestellt werden. Sie wird definiert als

1) Politökonomie, 29

Dieser Satz geht auf die These von Marx zurück, die im Manifest der Kommunistischen Partei formuliert ist: "Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen." (Marx, Frühschriften, 525).

2) Vgl. zur Kritik den Abschnitt "Klassenlose Gesellschaft" in Teil II der Arbeit.

"die unentgeltliche Aneignung der Arbeitsprodukte der einen Menschen durch die anderen Menschen"¹⁾.

Die Ausbeutung gilt als Teil der neuen, nach der Entstehung des Privateigentums sich bildenden Produktionsverhältnisse und wird erst mit deren Beseitigung, oder - was das gleich ist - mit der Beseitigung des Privateigentums, aufgehoben werden.

Auf die Bedeutung der Ausbeutung, ihre Folge und ihre Aufhebung soll in Verbindung mit dem Kapitalismus und im zweiten Teil mit der Kritik am System genauer eingegangen werden. Hier genügt der Hinweis, daß Ausbeutung bereits auf der ersten Stufe der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und des Privateigentums gesehen wird.

c. Die Selbstentfremdung des Menschen.

Die Lehre von der Selbstentfremdung des Menschen und ihre Aufhebung im "totalen allseitigen Menschen" wird in den wirtschaftstheoretischen Hauptwerken von Karl Marx - außer als ökonomisch-praktisches Problem einer umfassenden Arbeitsausbildung-, ebenso wie in den sowjetischen wissenschaftlichen Veröffentlichungen nicht behandelt. Da sie aber den ursprünglichen philosophischen Ansatz im Marxschen Denken zeigt, soll sie hier ange²⁾deutet werden.

Die Selbstentfremdung des Menschen ist beim jungen Marx eine Folge der Arbeitsteilung und der Institution des Privateigentums.

Die Arbeit wird als Mittel verstanden, mit dem der Mensch sich selbst verwirklicht, denn im Gegensatz zum Tier, welches unmittelbar existiert,

1) Politökonomie, 29.

Dieser Satz geht auf die These von Marx zurück, die im Manifest der Kommunistischen Partei formuliert ist: "Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen." (Marx, Frühschriften, 525).

2) Vgl. zur Kritik den Abschnitt "Klassenlose Gesellschaft" in Teil II der Arbeit.

muß der Mensch sich mit Hilfe seines Bewußtseins und seiner Arbeit zu dem zu machen, was er ist ¹⁾. Marx nennt diesen Prozeß der Selbstverwirklichung "Entäußerung", d.h. der Mensch entäußert sich im Produktionsprozeß durch die Arbeit. Das von ihm erstellte Produkt als Entäußerung eines "Elements seines eigenen Wesens" nimmt eine "selbständige, vom produzierenden Menschen unabhängige Gestalt an" ²⁾. Durch die Teilung der Arbeit wird es dem Einzelnen unmöglich, sich sein Produkt anzueignen, um zu einem vollkommenen Wesen zu werden. Die Menschen werden vielmehr abhängig voneinander, wobei die Einzelinteressen der Individuen und das Gemeininteresse aller im Widerspruch stehen ³⁾. Da die Teilung der Arbeit in der Marxschen Theorie zur Entstehung des Privateigentums führt, kann man ebenso die Arbeitsteilung wie das Privateigentum als ersten Schritt zur Entfremdung der Menschen hin bezeichnen. Marx geht so weit zu sagen, es "sind Teilung der Arbeit und Privateigentum identische Ausdrücke - in dem einen wird in Beziehung auf die Tätigkeit dasselbe ausgesagt, was in dem anderen in Beziehung auf das Produkt der Tätigkeit ausgesagt wird" ⁴⁾. An anderer Stelle sagt Marx ausdrücklich, daß das Privateigentum Zeichen der menschlichen Entfremdung ist: "Dies materielle sinnliche Privateigentum ist der materielle sinnliche Ausdruck des entfremdeten menschlichen Lebens" ⁵⁾.

1) Der Mensch schafft durch sein Wirken außer den konkreten Lebensmitteln auch seine gesamten Lebensbedingungen oder, wie Marx sagt, "die Verhältnisse". In der Politökonomie wird die Arbeit stark vereinfacht definiert als "die zweckmäßige Tätigkeit des Menschen, in deren Prozeß er Naturstoffe zur Befriedigung seiner Bedürfnisse verändert und diesen anpaßt. Die Arbeit ist eine Naturnotwendigkeit, ist die unerläßliche Existenzbedingung der Menschen. Ohne Arbeit wäre das menschliche Leben selbst unmöglich." (Politökonomie, 9).

2) Landshut, Einleitung z.d.Frückschriften von Karl Marx, XXXVII.

3) Marx, Deutsche Ideologie, Frückschriften, 359.

4) ebd. "Die Arbeit ist die Tätigkeit, die den Menschen zu sich selbst bezieht."

5) Marx, Nationalökonomie und Philosophie, Frückschriften, 236.

Im Lauf der wirtschaftlichen Entwicklung bestand nach der marxistischen Theorie eine Wechselwirkung zwischen der Arbeitsteilung und dem Privateigentum an den Produktionsmitteln, welche sowohl die Arbeitsteilung ausdehnte als auch das Privateigentum Einzelner an den Produktionsmitteln vergrößerte und so die Selbstentfremdung des Menschen verstärkte. Den Höhepunkt der Entfremdung des Menschen von sich selbst findet Marx in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gegeben.

Hier stehen sich der besitzlose Lohnarbeiter oder "Proletarier" und der alle Produktionsmittel besitzende "Kapitalist" gegenüber. Der Proletarier muß seine Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt als "Ware" anbieten und verkaufen, kann sich in dem von ihm produzierten "Reichtum" ¹⁾ jedoch nicht selbst verwirklichen, da der Kapitalist sich seine Produkte "aneignet". Infolgedessen muß dem Arbeiter der von ihm geschaffene "Reichtum", auch "Kapital" genannt, durch den Verlust als fremde Macht erscheinen, die ihm feindlich gegenübersteht. Marx sagt, daß "die eigene Tat des Menschen ihm zu einer fremden gegenüberstehenden Macht wird, die ihn unterjocht, statt daß er sie beherrscht," ²⁾ denn die "Produktionsmittel treten dem Besitzer gegenüber als fremdes Eigentum" ³⁾.

Die erste, ursprüngliche und allen anderen Arten zugrunde liegende Form der Entfremdung ist die des Arbeiters vom Produkt seiner Arbeitskraft auf Grund des Privateigentums. Dadurch wird ihm die Arbeit zur Last und einem Mittel der physischen Existenzhaltung. "Der Arbeiter fühlt sich daher

1) Marx, Kapital I, 39.

2) Marx, Deutsche Ideologie, Frühschriften, 361.

3) Marx, Kapital II, 29.

erst außer der Arbeit bei sich und in der Arbeit außer sich"¹⁾. Die Arbeit, die als "freie bewußte Tätigkeit" Ausdruck des menschlichen Wesens sein soll, wird degradiert. Der Mensch ist sich in seiner Eigenschaft als Mensch selbst entfremdet, wenn er sein Wesen und seine Bestimmung, nämlich schöpferische Arbeit zu leisten, nicht verwirklichen kann.

Aus der Selbstentfremdung des Menschen folgt die Entfremdung des Verhältnisses zwischen den Menschen. Sie betrachten sich nicht mehr als Menschen, sondern als "Mittel" zu einem bestimmten Zweck: Der Kapitalist braucht den Arbeiter, um mit seiner Hilfe die Produktion aufrecht zu erhalten. Der Arbeiter sieht im Kapitalisten nur den Besitzer der Produktionsmittel, welche er notwendig braucht, um zu arbeiten und seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Die Entfremdung umfaßt beide Klassen der Gesellschaft:

"Die besitzende Klasse und die Klasse des Proletariats stellen dieselbe menschliche Selbstentfremdung dar. Aber die erste Klasse fühlt sich in dieser Selbstentfremdung wohl und bestätigt, weiß die Entfremdung als ihre eigene Macht, und besitzt in ihr den Schein einer menschlichen Existenz; die zweite fühlt sich in der Entfremdung vernichtet, erblickt in ihr ihre Ohnmacht und die Wirklichkeit einer unmenschlichen Existenz". 2)

Da die Proletarier ihre "unmenschliche Existenz" als einen "Widerspruch ihrer menschlichen Natur mit ihrer Lebenssituation" empfinden, sind sie die "destruktive Partei", von der die Aufhebung der augenblicklichen Situation ausgehen muß³⁾. 'Aufhebung' ist in diesem Zusammenhang gleichbedeutend mit 'Auflösung' des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Mit dem Privateigentum wird gleichzeitig die Lohnarbeit beseitigt, die nur in einer Wirtschaft mit Privateigentum besteht. Auf diese Weise wird nach marxistischer Ideologie die Selbstentfremdung des Menschen im Kommunismus aufgehoben,

1) Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahr 1844.
Die entfremdete Arbeit in: MEGA I.Abt. Bd. 3, 85.

2) Marx, Heilige Familie, Frühschriften, 317 .

3) ebd.

der Arbeiter kann sich dann sein Produkt aneignen und sich selbst verwirklichen.

Wenn die Aufhebung des Privateigentums und folglich auch der Lohnarbeit vollzogen ist, wird die Arbeit aus einem Mittel zur Lebenserhaltung zum ersten Lebensbedürfnis werden. Der Mensch kann sich in seiner Arbeit realisieren und zu einem "totalen Menschen" werden¹⁾. Jetzt wird der Mensch zu dem, was er ursprünglich ist, zu einem "gesellschaftlichen, d.h. menschlichen Menschen". Er wird ohne Widerstreit mit der Natur und anderen Menschen, also in Harmonie leben, denn der Kommunismus ist das "aufgelöste Rätsel der Geschichte"²⁾.

Die Selbstentfremdung des Menschen und die Verwirklichung des totalen Menschen in der bisher behandelten Form war ein Problemkreis, mit dem sich Marx in seinen frühen Schriften befaßte. Später, im "Kapital", sind die Schwerpunkte vom philosophisch-sittlichen zum praktisch-wirtschaftlichen verlagert. Die Verwirklichung des totalen allseitigen Menschen bleibt immer noch ein erstrebenswertes Ziel, Marx sucht jetzt nur praktische Wege zu seiner Realisierung. Marx hatte in der Wirtschaft beobachtet, daß die Entwicklung vom vielseitig ausgebildeten Handwerker zum spezialisierten Arbeit ging. Der Spezialist war nur beschränkt einzusetzen. Er wurde bei der schnellen Entwicklung der Produktionskräfte bald freigesetzt und vergrößerte das Heer der Arbeitslosen. Marx forderte eine größere Disponibilität der Arbeiter und glaubte dadurch die Arbeiter vor sofortiger Entlassung bei Investitionen zu bewahren³⁾.

1) vgl. dazu: Aus den Exzerptheften - Paris Anfang 1844 - Anfang 1845 in MEGA I. Abt., Bd. 3, 547.

2) Marx, Nationalökonomie und Philosophie, Frühschriften, 235 und 236 f.

3) vgl. dazu: Marx, Kapitel I, 513.

Die einseitig nationalökonomische Ausrichtung im "Kapital" - im Gegensatz zum philosophisch universalen Ansatzpunkt seines Denkens in den "Frühschriften" - bedeutet keine Vereinfachung der Problemstellung für Marx. Er war überzeugt, daß das wirtschaftlich-technisch Nützliche, wenn es Arbeitsteilung und Privateigentum überwinden helfe, gleichzeitig den sittlichen Erfordernissen entspreche und "den Menschen ein menschliches Leben" ermögliche.

Wenn im Kommunismus die Arbeitsteilung überwunden und der totale allseitige Mensch entstanden ist und "die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und mir eben dadurch möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, auch das Essen zu kritisieren, ohne je Jäger, Fischer oder Hirt oder Kritiker zu werden, wie ich gerade Lust habe", dann ist das "Sichfestsetzen der sozialen Tätigkeit, diese Konsolidation unseres eigenen Produktes zu einer sachlichen Gewalt über uns, die unserer Kontrolle entwächst" beendet¹⁾. Marx entwickelt hier die Utopie eines totalen Menschen, der im gesellschaftlichen Leben seine Bestimmung sieht. Das Phänomen der Selbstentfremdung, welches er durch Arbeitsteilung und Privateigentum entstanden sieht, ist aber nicht - wie Marx glaubt - das Charakteristikum einer auf Privateigentum an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaftsordnung, sondern vielmehr ein Phänomen arbeitsteiliger Wirtschaft überhaupt.

5. Ansatzpunkte zur Kritik an der marxistisch-leninistischen Darstellung der Urgesellschaft.

Aus der Entstehung des Menschen durch die Arbeit wird in der marxistischen Theorie die Entstehung des Eigentums abgeleitet und als primäre Wesensbestimmung des Menschen postuliert. Alle weiteren Wesensbestimmungen des

1) Marx, Deutsche Ideologie, Frühschriften, 361.

Menschen gehen letztlich auf diese Annahme zurück. Die von Marx am Anfang getroffene Auswahl trägt bereits definitorischen Charakter. Das Eigentum als Wesensbestimmung des Menschen und Formelement der gesellschaftlichen Ordnung wird durch diese Fixierung herausgehoben und andere Elemente werden vernachlässigt. Im Verlauf der Untersuchung wird sich zeigen, daß diese Einseitigkeit den Ansatzpunkt zur Kritik geben wird, von dem her das gesamte System der sowjetsozialistischen Ideologie bereits am Anfang in Frage gestellt ist.

Die Darstellung der Urgesellschaft in sowjetischen Lehrbüchern folgt Engels Buch "Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates", welches seinerseits auf einem Werk "Ancient Society" von Lewis H. Morgan fußt. Obwohl beide Bücher durch neuere historische und ethnologische Forschungen weitgehend überholt sind, ist die sowjetische Lehre von der Urgesellschaft nicht revidiert worden.

Es stimmt nicht, daß in der Urgesellschaft das Gemeineigentum vorherrschte. Auf der primitivsten Stufe der Entwicklung standen gerade die Produktionsmittel (Werkzeuge, Waffen, Geräte) außer Nahrung, Kleidung, Schmuck und "gefundenen" und angeeigneten Dingen wie Fruchtbäume, Honig u.a. in Individualeigentum, über das der Besitzer ausschließlich Verfügungsrecht besaß. In Gemeineigentum befanden sich die Jagdgebiete der Horden oder Stämme, also der "Lebensraum der Gruppe" und nicht bewegliche Güter¹⁾.

Eine weitere Unstimmigkeit findet man bei der Entstehung der Sklaverei: wenn die Urgesellschaft tatsächlich in der ihr zugeschriebenen Harmonie ohne Privateigentum lebte, so ist die Entstehung von Kriegen - die im Marxismus immer als Ausfluß von ökonomischen Konflikten gedeutet werden - unerklärlich²⁾.

1) Wetter, Sowjetideologie, 205 f.

2) Wetter, Sowjetideologie, 206.

Eine genauere Untersuchung der sowjetischen Theorie der Urgesellschaft und ihrer mutmaßlichen oder erwiesenen Realität würde im Rahmen dieser Arbeit zu weit führen. Es sollte nur an den obengenannten Beispielen gleich zu Anfang gezeigt werden, daß die modernen sowjetischen Ideologen auf z.T. überholten Auffassungen eine Weltanschauung mit allen praktischen Konsequenzen einer Welteroberung - und sei es vorerst nur eine ideologische¹⁾ - aufbauen.

II. STELLUNG DES EIGENTUMS IN DER SKLAVENHALTERORDNUNG.

1. Entstehung der Sklavenhalterordnung und ihre Besonderheiten.

Die Arbeitsproduktivität war durch Arbeitsteilung, Spezialisierung und Handel gestiegen. Diese Entwicklung ermöglichte, ja erforderte mehr arbeitende Menschen. Der notwendige Arbeiterzuwachs wurde der Wirtschaft in Form von Sklaven - Gefangene und/oder verarmte Stammesangehörige - zugeführt. Aus einem Wirtschaftssystem, in dem gelegentlich Sklaven in patriarchalischen Familien beschäftigt wurden, entstand eine Gesellschaftsordnung, deren wirtschaftliche Grundlage die Sklaven bildeten.

Die Besonderheit der Sklavenhalterordnung ist das Privateigentum am Menschen. Der Sklave wird wie ein Ding betrachtet und behandelt, er kann nach Gutdünken des Herrn verkauft oder sogar getötet werden. Als Folge dieser rechtlichen Stellung des Eigentümers gegenüber seinem Sklaven beschreibt die Politökonomie, wie das Privateigentum in kurzer Zeit in wenigen Händen konzentriert worden sei. Der Sklavenhalter habe sich die Ergebnisse der Sklavenarbeit voll aneignen können und ihn bis an die Grenze seines Existenzminimums ausbeuten können²⁾.

1) Von offiziellen Stellen der UdSSR (Regierung, Presse, Fachliteratur) wird immer wieder betont, daß es eine "Koexistenz der Ideologie" nicht geben könne, selbst wenn es eine Koexistenz der kapitalistischen und sozialistischen Staaten gebe.

2) Politökonomie, 33.

Neben der unbeschränkten Verfügungsbefugnis des Herrn über seinen Sklaven gab es zwei weitere Hauptformen des Privateigentums in Gestalt des Eigentums an den Produktionsmitteln und dem an Grund und Boden. Das unbegrenzte Eigentum an den Produktionsmitteln war bereits in den Zeiten vor der Sklavenhalterordnung bekannt, am Boden sei es jedoch erst auf dieser Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung entstanden. Die Verfügungsbefugnis des Eigentümers ging jetzt so weit, daß er den Boden verkaufen oder verschulden konnte, während er bisher nur zur Bewirtschaftung zugeteilt worden war.

2. Wandlungen der Produktionsverhältnisse.

In der "zweiten gesellschaftlichen Teilung der Arbeit" sonderte das Handwerk, früher eine Nebenbeschäftigung des Ackerbauers und Viehzüchters, sich ab und wurde zu einer selbständigen Beschäftigung einer Gruppe von Menschen. Zu dieser Zeit beginnt allmählich eine neue, im Kapitalismus erst ganz vollendete Produktionsweise, die als "Warenwirtschaft" bezeichnet wird¹⁾. In der Warenwirtschaft werden die Produkte nicht mehr für den eigenen Gebrauch, sondern den Verkauf auf dem Markt erzeugt. In der Sklavenhaltergesellschaft zeigen sich nur die ersten Anfänge dieser Entwicklung, grundsätzlich bleibt die Wirtschaft Naturalwirtschaft, in der die Erzeugnisse für den Eigenbedarf oder auf Bestellung hergestellt werden.

Mit der Warenproduktion entstand eine bestimmte Ware, die den Handel erleichterte, da sie gegen jede Ware einzutauschen ist: das Geld. In Geld kann der Wert aller Waren ausgedrückt werden, es ist allgemeine Recheneinheit und wirkt als Vermittler beim Austausch. Durch den Handel kommt eine neue Funktion hinzu, das Geld wird zu einem "Mittel der Ausbeutung" oder zu "Kapital"²⁾.

1) Politökonomie, 30.

2) Die erste Definition des Kapitals lautet: "Das Geld, das zur Aneignung von Mehrarbeit und ihres Produkts verausgabt wird, wird zu Kapital, das heißt, zu einem Mittel der Ausbeutung." (Politökonomie, 37)

Erste Formen des Kapitals sind das Handels- und das Wucherkapital. Das Handelskapital fungiert in der Sphäre des Warenaustauschs. Da nach marxistischer und sowjetsozialistischer Ideologie aber nur die Arbeit in der Produktions-sphäre Wert schaffen kann, eignen sich die Händler durch Kauf und Verkauf der Waren einen bedeutenden Teil des von den Sklaven, Kleinbauern und Handwerkern geschaffenen Mehrprodukts an. Das Wucherkapital wird in Form von Geld oder Produktionsmitteln verliehen und dient als Mittel zur Aneignung der "Mehrarbeit der Bauern und Handwerker durch Erhebung hoher Zinsen"¹⁾.

• Untergang der Sklavenhalterordnung als Folge der ihr immanenten Widersprüche.

Nach der marxistisch-leninistischen Geschichtstheorie trägt jede Gesellschafts-ordnung bis zum Kommunismus bereits den Kern ihres Untergangs in sich. In der Sklavenhalterordnung bewirken die Gegensätze zwischen den Hauptklassen, Grundherren und Sklaven, den Zerfall der Ordnung.

In der Sklavenhaltergesellschaft bildete die Sklavenarbeit die Grundlage der Produktionsweise. Die Sklaven wurden nicht am wirtschaftlichen Erfolg ihrer Arbeit beteiligt und seien aus diesem Grund uninteressiert am Fortschritt gewesen. Sie hemmten schließlich die wirtschaftliche Entwicklung und machten die Großproduktion auf der Grundlage der Sklavenarbeit unwirtschaftlich. In diesem Zeitpunkt sei es notwendig geworden, das Eigeninteresse der Sklaven zu wecken, indem man ihnen einen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg ihrer Arbeit gab. Die ersten Ansätze einer neuen, diesen Forderungen entsprechenden Epoche zeigten sich bereits in der Sklavenhaltergesellschaft des römischen Imperiums: verarmte Bauern oder freigelassene Sklaven bekamen Landstücke zugeteilt, die sie als sogenannte "Kolonen" bebauen konnten. Die Kolonen waren an ihr Land gebunden und konnten mit ihm verkauft werden, sie waren jedoch nicht so rechtlos wie die Sklaven. Die Kolonen werden in der marxistischen Theorie als Vorläufer der Leibeigenen des feudalen Mittelalters angesehen²⁾.

1) Politökonomie, 1955, 42.

2) Politökonomie, 59.

Neben dem wirtschaftlichen Desinteresse der Sklaven stellt die Politökonomie weitere Gründe fest, die zum Zerfall der Sklavenhalterordnung führten: die politische und militärische Macht des Staates war auf die freien Bauern und Handwerker gegründet, die im Kriegsfall das Heer stellten. Gerade diese Bevölkerungsschichten seien durch die Konkurrenz der billigeren Produkte aus den großen Wirtschaften, die auf der Grundlage der Sklavenarbeit produzierten, ruiniert. Zusätzlich seien sie erheblich durch Steuern belastet worden. Diese finanziellen Lasten habe die freie Mittelschicht zerstört und in die Sklaverei gezwungen. Es sei immer häufiger zu Sklavenaufständen gekommen, die - verbunden mit außenpolitischen Einbußen - den Zusammenbruch des Systems herbeiführten ¹⁾.

4. Marxistische Folgerungen aus den Eigentumsverhältnissen der Sklavenhalterordnung.

In der sowjetischen Geschichtslehre werden verschiedene Folgerungen aus den Eigentumsverhältnissen der Sklavenhalterordnung gezogen:

- a) Auf Grund der unterschiedlichen Eigentumsverteilung sei die Gesellschaft in "antagonistische Klassen" gespalten. Der Hauptgegensatz habe zwischen Sklavenhaltern und Sklaven bestanden, daneben habe es Widersprüche zwischen Großgrundbesitzern und armen Bauern gegeben.
- b) Politisch sei die Gesellschaft in Freie und Unfreie gespalten gewesen. Die Sklaven besaßen keinerlei Rechte, während die Freien in gewissen Abstufungen - je nach dem Umfang ihres Privateigentums - alle politischen Rechte auf sich vereinigten. Mit der wirtschaftlichen und politischen Trennung der Klassen sei automatisch der Staat entstanden, der die Interessen der besitzenden Klassen gegen die nichtbesitzenden Schichten zu verteidigen hatte.
- c) Mit der politischen Freiheit einerseits und der Sklavenarbeit andererseits hängt der "Gegensatz zwischen körperlicher und geistiger Arbeit, die Kluft

1) Politökonomie, 39 f.

zwischen ihnen" ¹⁾ zusammen. Erst die Sklavenarbeit befreite die Oberschicht vom Zwang zur körperlichen Arbeit, sodaß ihre Mitglieder sich unbelastet der Wissenschaft, Kunst und Politik widmen konnten.

d) Die "zweite gesellschaftliche Teilung der Arbeit" trennte Landwirtschaft und Handwerk. Da das Handwerk sich vorwiegend in den Städten konzentrierte, entstand hieraus die

e) "Scheidung von Stadt und Land", gleichbedeutend mit der Trennung von Kapital und Grundeigentum. Diese Teilung gilt als der

"krasseste Ausdruck der Subsumtion des Individuums unter die Teilung der Arbeit, und unter eine bestimmte, ihm aufgezwungene Tätigkeit, eine Subsumtion, die den einen zum bornierten Stadttier, den anderen zum bornierten Ländtier macht und den Gegensatz der Interessen beider täglich neu erzeugt." ²⁾

f) Als letzte, rein wirtschaftliche Folge des Privateigentums an der Produktionsmitteln und Menschen wird die Möglichkeit zur kontrollierten Zusammenarbeit der "einfachen Kooperation" genannt. Die einfache Kooperation ist der Ursprung der industriellen Produktion und infolgedessen entscheidend für den wirtschaftlichen und technischen Fortschritt.

Politökonomie, 35.

Marx, Deutsche Ideologie, Frühschriften, 380. Diese Textstelle aus der Deutschen Ideologie wird - wie sämtliche Schriften des jungen Marx - nicht in der Politökonomie oder anderen sowjetischen Lehrbüchern zitiert, gibt aber so klar den Sinn auch der heutigen Einstellung zur Trennung von Stadt und Land wieder, daß es berechtigt ist, sie hier anzuführen. Auch in der anschließenden Forderung nach Aufhebung der Trennung von Stadt und Land als "eine der ersten Bedingungen der Gemeinschaft" stimmen Marx und die Sowjetideologen überein. Zur Methode der Überwindung des Gegensatzes von Stadt und Land sagt Marx, sie hinge "von einer Masse materieller Voraussetzungen ab..., die der bloße Wille nicht erfüllen kann,...(diese Bedingungen müssen noch entwickelt werden)". (Deutsche Ideologie, Frühschriften, 380) Die modernen Sowjetideologen sind der Auffassung, daß die Bedingungen erfüllt sein werden, wenn das ländliche kollektive Eigentum auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums angehoben sein wird.

5. Ansatzpunkt zur Kritik an der marxistisch-leninistischen Darstellung der Sklavenhalterordnung.

Bei allen Schlußfolgerungen aus den Privateigentumsformen in der Sklavenhalterordnung wird die Auffassung von Marx und den sowjetsozialistischen Ideologen, daß Privateigentum "Raub" sei, zugrunde gelegt. Die Bildung des Eigentums ist ein Machtproblem¹⁾. Marx mischt hier das politische Moment der Machtergreifung und deren Folge - die ökonomische Unterjochung - mit dem rein technisch-wirtschaftlichen Moment der Arbeitsteilung, welches an sich als Grund der Aneignung und Ausbeutungsmöglichkeiten gilt.

Die scheinbar richtige Darstellung der Sklavenhalterordnung fußt ebenso wie die der Urgesellschaft auf z.T. überholten historischen Forschungsergebnissen. Neuere Erkenntnisse haben die Auffassung des Marxismus widerlegt, nach der die Wirtschaft der römisch-griechischen Antike nahezu ausschließlich auf der Sklavenarbeit beruhte. Der Anteil der Sklaven an der Gesamtbevölkerung ist niedriger gewesen, als Marx und Engels annahmen.

Zugunsten eines möglichst reinen, in die Geschichtstheorie des Historischen Materialismus passenden Schemas werden die Fakten selektiert und durch ihre Wahl falsch gewichtet. Wenn als zusätzlicher Grund - zum wirtschaftlichen Desinteresse der Sklaven - für den Untergang der Sklavenhalterordnung Barbareneinfälle genannte werden, kommt schon ein politisches, nichtökonomisches Moment hinzu und stört das reine Schema. Historisch entspricht es aber den Tatsachen, daß die Einfälle der

1) Das Problem, warum der eine mächtiger als der andere ist, wird nicht behandelt. Man stellt nicht die Frage, ob vielleicht aus unterschiedlichem Fleiß, durch Begabung oder Persönlichkeit eine Art von "moralischer Berechtigung" für die Eigentumsspaltung und die gesellschaftliche Trennung vorhanden sei.

Barbaren das antike Rom mehr schwächten als die wenigen und zur Zeit des Untergangs gar nicht mehr vorkommenden Aufstände¹⁾.

III. STELLUNG DES EIGENTUMS IM FEUDALISMUS.

1. Entstehung des Feudalismus aus verschiedenen Gesellschaftsordnungen.

Nach der sowjetsozialistischen Ideologie bilden sich die Eigentumsformen des Kapitalismus weitgehend im Zeitalter des Feudalismus und sind nicht ohne diesen zu verstehen. Vom Feudalismus heißt es, er sei eine "allgemein geschichtliche Erscheinung, die überall dort sich zeigt, wo ein Herrschaftsbereich zu groß wird, als daß er noch von einer Stelle aus geleitet werden könnte"²⁾. Der Feudalismus entsteht zwingend, wenn eine Gruppe der Gemeinschaft ein lebenswichtiges Gut (z.B. das Vieh oder den Boden) im "Monopolbesitz" hat. Auf diese Weise kommt es zu Abhängigkeitsverhältnissen in der Gemeinschaft der ehemals Gleichberechtigten und die Grundlage für eine ständische Gliederung ist gelegt.

Nach der Darstellung der Politökonomie entwickelte sich der Feudalismus aus verschiedenen gesellschaftlichen Ordnungen. Der Begriff "Feudalismus" umfaßt hier nicht ein einheitlich geformtes System, er umschließt vielmehr alle Abwandlungen und Besonderheiten, die sich in verschiedenen Gesellschafts- und Rechtsordnungen gebildet hatten.

Dabei wird - besonders im Hinblick auf die russische, nach dem historisch-materialistischen Geschichtsschema nicht konsequente Entwicklung - hervorgehoben, daß der Fortgang der Geschichte "sprungweise" erfolgen könne³⁾. Diese Konstruktion ist wichtig, um von sowjetischer Seite den späteren direkten

1) Wetter, Sowjetideologie, 206 f.

2) Zit. nach Ferid in: Das Eigentum im Ostblock, 18.

3) Politökonomie, 42.

Übergang Rußlands aus einer vorwiegend feudalen in eine sozialistische Ordnung in der Revolution von 1917 zu rechtfertigen.

Der Feudalismus entstand, um nur drei Beispiele zu nennen, aus der Sklavenhalterordnung im römischen Reich¹⁾, aus der Urgemeinschaft in Rußland und aus der Gentilverfassung im germanischen Raum.

Im einzelnen wird für die russischen Verhältnisse erklärt, daß die Dorfgemeinschaft mit dem Dorfältesten an der Spitze eine große Rolle spielte. Wiesen, Waldungen und Gewässer wurden gemeinsam genutzt, das Ackerland war dagegen Privateigentum einzelner Familien. Die Bildung des Privateigentums hatte zum Zerfall der Gemeinschaft geführt. Die Ältesten und Stammesfürsten sowie die Kirche waren zu den bedeutendsten Eigentümern geworden, während die Bauern aus freien zu abhängigen Mitgliedern der Dorfgemeinschaft wurden. In der Zeit der Bildung des zentralisierten russischen Staates im 15.- 16. Jahrhundert begannen die Großfürsten und Zaren ihre Vertrauten mit Boden und Bauern zu belehnen. Die Gegenleistung der Belehnten war der Kriegsdienst. Die Bauern wurden anfangs nicht leibeigen und damit endgültig an den Grundbesitzer und den Boden gebunden. Erst Ende des 16. Jahrhunderts wurde den Bauern verboten, ihren Herrn zu wechseln, da man die Produktion von Getreide für den Verkauf steigern wollte. Die Feudalisierung der Bauern erfolgte in Rußland um einige Jahrhunderte später als in anderen Ländern und war erst abgeschlossen, als in Westeuropa bereits die kapitalistische Wirtschaftsordnung begann²⁾.

Im germanischen Raum bestand ursprünglich Gemeineigentum der Dorfgemeinschaft an Ackerland, Weiden und Wald. Eine Ausnahme bildete nur der Landbesitz des Stammesadels, der bereits im Privateigentum stand. Das Gemeineigentum wurde in Abständen von einigen Jahren neu verteilt und den Bauern

1) Der Bildung der Kolonen im römischen Reich und der Übergang zur feudalen Gesellschafts- und Produktionsordnung wurde bereits beschrieben. Vgl. oben 3. Der Untergang der Sklavenhalterordnung als Folge der ihr immanenten Widersprüche.

2) Politökonomie, 42 f.

zur Nutzung überlassen. Allmählich gingen Hof- und Ackerland in erbliche Nutzung einzelner Familien über und wurden so im Lauf der Zeit zu Privateigentum, während Wald, Wiesen und Weiden im Gemeineigentum blieben. Die "selbständige Kleinbauernschaft" habe jedoch ihre Unabhängigkeit nicht lange wahren können¹⁾. Auf der Grundlage des Privateigentums an Boden und den Produktionswerkzeugen entstanden Vermögensunterschiede, die sich immer mehr vertieften. Durch diese Besitzunterschiede bildeten sich Machtverhältnisse innerhalb der Dorfgemeinschaft aus. Heerführer und Mitglieder des Stammadels, gestützt auf Gefolgsleute und die Kirche, hätten ihre Position zu stärken gesucht, um die Bauern in persönlicher Abhängigkeit zu bringen. Die Führer innerhalb der Gemeinschaft machten sich zu obersten Grundherren und gaben das in ihrem Eigentum befindliche Land als Lehen, d.h. zu lebenslänglicher oder erblicher Nutzung, an ihre Vertrauten. Als Gegenleistung forderten sie Kriegshilfe, Abgaben und Steuern. Außer den Fürsten gab die Kirche als Eigentümerin großer Ländereien Lehen und kam auf diese Weise zu starkem weltlichen politischen Einfluß²⁾.

Nach der Politökonomie wurde diese sogenannte "Feudalisierung" der freien Bauern durch Kriege und Plünderungen unterstützt. Die Landbevölkerung sei gezwungen worden, sich um Hilfe an die Feudalherren zu wenden, welche ihre Unterstützung nur gegen Überlassung der Eigentumsrechte am Grund und Boden gewährt hätten. Sobald die Bauern ihre Eigentumsrechte am Boden abgegeben hatten, waren sie in mehr oder weniger große Abhängigkeit zum Grundherrn gekommen, waren "leibeigen" geworden. Die Bauern behielten das Recht, das Land weiter zu bebauen und mußten als Gegendienst Abgaben und Fronarbeit sowie Heerfolge im Fall eines Krieges leisten.

1) Politökonomie, 41.

2) Politökonomie, 41 f.

2. Eigentum und Ausbeutung im Feudalismus.

Die Politökonomie betont, daß die Form der Ausbeutung im Feudalismus auf Grund der unterschiedlichen Eigentumsverhältnisse einen anderen Charakter als den in der Sklavenhaltergesellschaft trage. Die Ausbeutung beschränke sich im Feudalismus auf das "Mehrprodukt", was der Bauer in seiner Wirtschaft über das für ihn und seine Familie Existenznotwendige hinaus erarbeitet habe und das er dem Feudalherrn als "Grundrente" abzuliefern hatte¹⁾. Die Grundrente bestand in drei Formen, die regional und zeitlich unterschiedlich auftraten, z.T. nacheinander, z.T. nebeneinander. Sie bestand 1. in Form der Arbeitsrente, d.h. als Frondienst auf dem Boden des Herrn. Sie trat 2. in Form der Produktenrente auf, d.h. als Naturalgabe, die aus der bäuerlichen Ernte entrichtet werden mußte. Als 3. Form der Grundrente gab es die Geldrente. Sie war besonders in einer späteren Zeit des Feudalismus üblich, als die Entwicklung durch die Ausweitung des Handels von der Naturalwirtschaft hin zur Geldwirtschaft fortschritt. Die Geldrente sei für die Zerfallsperiode des Feudalismus typisch gewesen, in welche die Entstehung des Kapitalismus fiel²⁾. Außer diesen drei Formen der Grundrente wurden in einigen Gebieten Steuern für Staat und Gemeinden sowie der Zehnte für die Kirche erhoben.

Neben der Ausbeutung durch Grundrenten und die anderen Abgaben sehen die Autoren der Politökonomie auch Ausbeutung durch die Mühlen und Schmieden gegeben. Sie waren im Monopolbesitz der Grundherren, ihre Nutzung war obligatorisch für die Untergebenen und oft mit unverhältnismäßig hohen Lasten verbunden.

Alle Varianten der Grundrente, Steuern und sonstiger Abgaben waren die Quelle der Unterhaltung und weiteren Bildung von Eigentum für die weltlichen und geistlichen Feudalherren. Ohne die Grundlage der bäuerlichen Arbeit sei ihre Existenz sowohl als auch die ihres Eigentums nicht gesichert gewesen³⁾.

1) Politökonomie, 43 f.

2) Politökonomie, 44 f.

3) Politökonomie, 46 f.

3. Hauptformen und Konzentration des Eigentums im Feudalismus.

In den Anfangszeiten des Feudalismus war die Landwirtschaft von vorherrschender Bedeutung. Die Wirtschaft war hauptsächlich Naturalwirtschaft, in der das Geld noch keine große Rolle spielte. Aus diesen wirtschaftlichen Verhältnissen ist die beherrschende Stellung der feudalen Eigentumsverhältnisse zu verstehen. Der Grundherr hatte unbeschränktes Eigentum an Grund und Boden, dagegen beschränktes Eigentum am leibeigenen Bauern. Neben der grundherrlichen Form des Eigentums bestand das individuelle Eigentum der freien Bauern und Handwerker an ihren selbsterarbeitenden Wirtschaften und Produktionsinstrumenten. Ihr Eigentum war jedoch im frühen Feudalismus begrenzt und hatte keine große wirtschaftliche und politische Bedeutung.

Neben den Eigentumsverhältnissen auf dem Land entstanden besonders in der zweiten Hälfte des Feudalismus - zu einer Zeit also, in der die Naturalwirtschaft allmählich von der Geldwirtschaft verdrängt wurde - gesonderte Eigentumsformen in den Städten. Das reiche Bürgertum umfaßte hier Händler wie Kaufleute und Zunftmeister. Die Autoren der Politökonomie betonen, daß die Städte von Anfang an im Gegensatz zum Land gestanden hätten. Dieser Gegensatz zwischen Stadt und Land sei die Folge der unterschiedlichen Wirtschaftsverhältnisse gewesen¹⁾. Nach der Politökonomie ist für den Feudalismus eine starke Konzentration des Eigentums in wenigen Händen bezeichnend. Als Folge der Eigentumskonzentration wird die außerökonomische, d.h. rechtliche und politische Macht bestimmter kleiner Gruppen der Gesellschaft angesehen. Diese Zentralisation der Macht wird sowohl für ländliche als auch für städtische Verhältnisse festgestellt und gilt als Grundlage der feudalen Produktionsweise.

1) Politökonomie, 47 ff.

4. Die Entstehung der kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse im Feudalismus.

a) Voraussetzungen:

Nach der marxistischen Ideologie sind die beiden Hauptvoraussetzungen der kapitalistischen Produktionsweise 1. "eine Masse besitzloser Menschen, die persönlich frei sind und keine Produktionsmittel und keine Existenzmittel besitzen und daher gezwungen sind, sich den Kapitalisten zu verdingen"¹⁾ und 2. "die Akkumulation von Geldreichtümern, die zur Schaffung kapitalistischer Großbetriebe notwendig sind, in den Händen weniger."²⁾

Die "Akkumulation", d.h. Anhäufung von Reichtümern, die als "Prozess der Scheidung der Produzenten von den Produktionsmitteln" erklärt wird, sei in erster Linie eine Folge der der Warenproduktion innewohnenden Gesetzmäßigkeiten³⁾ gewesen. Da sich der Akkumulationsprozeß jedoch zu langsam entwickelte, habe die "Klasse der Ausbeuter" mit "brutaler Gewalt" die Errichtung des Kapitalismus voran getrieben. Die Autoren der Politökonomie berufen sich hier ausdrücklich auf Marx, der der Gewalt die "Rolle des Geburtshelfers" der die Geburt der neuen, kapitalistischen Produktionsweise beschleunigte", zuschrieb⁴⁾.

1) Politökonomie, 76.

2) Karl Marx gibt die klassische Definition der kapitalistischen Produktionsweise, indem er sagt, sie beruhe darauf, "daß die sachlichen Produktionsbedingungen Nichtarbeitern zugeteilt sind, während die Masse nur Eigentümer der persönlichen Produktionsbedingungen, der Arbeitskraft, ist." (Marx, Kritik des Gothaer Programms, 25)

Marx nennt die Kapitalisten "Nichtarbeiter", weil sie keine schwere körperliche Arbeit zu leisten haben. Mit der geistig-organisatorischen Arbeit der Unternehmer setzen sich weder Marx noch die Autoren der Politökonomie in diesem Zusammenhang auseinander.

3) Vgl. unten "Stellung des Eigentums im Kapitalismus".

4) Politökonomie, 76.

b) Geldwirtschaft und "einfache Warenproduktion".

Die Geldwirtschaft gilt als die Voraussetzung der "einfachen Warenproduktion", d.h. der "Produktion der kleinen Handwerker und Bauern, die auf dem Privateigentum und auf persönlicher Arbeit beruht und Produkte für den Austausch schafft."¹⁾ Die Ware wird als "ein Produkt, das für den Austausch produziert wird" definiert²⁾. Nach der Politökonomie sind neben der Geldwirtschaft noch zwei Voraussetzungen für die einfache Warenproduktion zu erfüllen: 1. muß gesellschaftliche Arbeitsteilung bestehen, in der Bauern und Handwerker persönlich verschiedene Produkte herstellen und miteinander austauschen. 2. müssen die Produzenten Privateigentümer ihrer Produktionsmittel und Arbeitsprodukte sein. Die im kapitalistischen Betrieb notwendigen Lohnarbeiter werden in der einfachen Warenproduktion noch nicht beschäftigt.

Die "einfache Warenproduktion" ist wichtig zum Verständnis der marxistischen Entwicklungstheorie, da sie als Ursprung der kapitalistischen Produktionsweise gilt. Außerdem besteht sie jedoch in ihrer ursprünglichen Form im Kapitalismus und Sozialismus weiter³⁾.

1) Politökonomie, 52.

2) ebd.

3) Im Sozialismus ist die "einfache Warenproduktion" nur geduldet und zum Absterben verurteilt. Es gibt heute noch in Rußland in Randgebieten (Sibirien, baltische Republiken, Moldaurepublik) Kleinbauern und einzelne Kleingewerbetreibende - Schuster, Schneider, Schlosser - die noch frei produzieren können, wenn auch unter großen Schwierigkeiten, (Vgl. Pfuhl in: Das Eigentum im Ostblock, 35).

c) Rolle der Kaufleute bei der Ausbildung des Kapitalismus.

Der Übergang der "einfachen Warenproduktion" zu kapitalistischen Produktionsformen wird nach der Politökonomie durch die Händler eingeleitet. Als der Handel sich ausweitete, wurden aus den "Vermittlern des Austausches" Aufkäufer, welche die Waren übernahmen und sie auf entfernten Märkten, wenn diese größere Verdienstmöglichkeiten boten, absetzten. Kaufleute begannen außerdem den kleinen Meistern Geld zu borgen und sie auf diese Weise in ökonomische Abhängigkeit zu bringen.

Als die Händler außer Krediten auch Rohstoffe und Arbeitsinstrumente lieferten, wurden die Handwerker zu "Lohnarbeitern" und die Kaufleute entwickelten sich zu "industriellen Kapitalisten". Arbeitsteilung und Spezialisierung setzten sich immer mehr durch und die Handwerker arbeiteten schließlich gemeinsam in großen Werkstätten, den sogenannten "Manufakturen".¹⁾

In diesem Punkt der Entwicklung hemmten die niedrige Arbeitsproduktivität der leibeigenen Bauern auf dem Land und die Zunftschranken in den Städten die weitere Entwicklung der Wirtschaft. Bauernaufstände und bürgerliche Revolutionen (besonders die französische Revolution von 1789) brachten die Feudalordnung zur Auflösung. An die Stelle der Feudalherren als herrschende Schicht in der Gesellschaft traten die besitzenden Bürger. "Macht" und "Ausbeutung" übernahm eine "neue Klasse" im kapitalistischen Staat.

1) Politökonomie, 53 ff.

5. Ansatzpunkte zur Kritik an der marxistisch-leninistischen Darstellung des Feudalismus.

Der Feudalismus umfaßte in der Geschichte riesige Gebiete und erstreckte sich über mehrere Jahrhunderte. Trotzdem können einige Aussagen über das grundsätzlich analoge Verhältnis der Grundherren zu ihren Untergebenen gemacht werden. In der Politökonomie werden diese Aussagen jedoch zu summarisch und unter einem einseitig wertenden Aspekt vorgenommen. Der Standpunkt, von dem aus in der Politökonomie argumentiert wird, ist mit einem Satz gekennzeichnet, der das Wesen der Feudalisierung umschreiben soll: "Die früher freien Bauern gerieten in persönliche Abhängigkeit von den Feudalherren, die sich ihres Bodens bemächtigt hatten."¹⁾

Diese grundsätzliche Aussage über den Prozeß der Feudalisierung ist polemisch formuliert und soll den Blick des Lesers einseitig auf den Freiheitsverlust der Bauern durch die Handlungen der Feudalherren lenken. Damit ist von vornherein ein negativer Akzent gesetzt und es bleibt kein Raum, um zum Beispiel die politisch vereinigende oder die den technischen Fortschritt vorantreibende Kraft der Feudalherren objektiv und ausreichend zu würdigen. Der Satz zeigt, daß die Marxisten das Phänomen der Feudalisierung einseitig vom Eigentum am Boden herleiten und infolgedessen nicht auf Besonderheiten - zum Beispiel des deutschen Lehensrechtes - eingehen können.

Im deutschen Lehensrecht treffen sich persönliche Momente des Treueverhältnisses von Feudalherrn und Dienenden, mit dinglichen Momenten in der Regelung der Eigentumsfrage. In der mittelalterlichen Gesellschaft bestand ein gegenseitiges Schutzverhältnis: Der Feudalherr gab seinen Untergebenen Schutz und Schirm und erhielt dagegen von den Schutzsuchenden Rat bei der Rechtsfindung und Hilfe im Kriegsfall. Frei ist nur, wer unter einem Schutz steht und diesen Schutz verdient hat. Dieses komplizierte Zusammenwirken vernach-

1) Politökonomie, 42.

lässt die Politökonomie und beschreibt die mittelalterliche feudale Gesellschaftsordnung allein mit Hilfe des dinglichen Elements, des Eigentums und seiner rechtlichen Regelung sowie der behaupteten sozialen Folgen. Die These von Marx, daß "die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ... die Geschichte von Klassenkämpfen" ist, gilt als Leitstern bei der Betrachtung der menschlichen Entwicklung. Diesem "Leitstern" muß eine objektive und umfassendere Untersuchung geopfert werden.

Die Behauptung, daß bei der Feudalisierung die "früher freien Bauern" in persönliche Abhängigkeit zu den Feudalherren gekommen seien, ist in dieser ausschließlichen Formulierung falsch: als gegen Ende des römischen Reiches das Kolonat gebildet wurde, bekamen auch Sklaven, also ehemals Unfreie, Land zur Bebauung überlassen. Es wurden nicht nur die Freien zu Abhängigen, die vollständige Abhängigkeit der Sklaven wurde in diesem Fall gelockert.

Die Beschreibung der Geldrente enthält eine einseitige und in der Verallgemeinerung unrichtige Beurteilung: Der Übergang von der Produkten- zur Geldrente habe die Ausbeutung verstärkt und die Grundrente erhöht¹⁾. Dieser Satz ist nicht für alle Gebiete und alle Zeiten zutreffend. Die Geldrenten wurden in der Regel über Jahrzehnte hinweg festgelegt. Der Wert des Geldes minderte sich jedoch laufend. So konnten die Bauern zeitweise - und besonders in marktnahen Gebieten - ihre Abgabepflicht verhältnismäßig leicht erfüllen.

Wetter weist darauf hin, daß das marxistische Klassenkampfschema nicht auf den Feudalismus paßt. Da der Gegensatz Grundeigentümer - leibeigene Bauern als Hauptwiderspruch des Feudalismus gilt, müsse theoretisch von den Leibeigenen als Trägern der fortschrittlichen Produktionsweise die feudale Ordnung gestürzt worden sein. Historische Tatsache aber ist, daß das Bürgertum den Hauptanteil am Untergang des Feudalismus hatte²⁾.

1) Politökonomie, 47.

2) Wetter, Sowjetideologie, 208.

ese Beispiele der Diskrepanz zwischen sowjetischer Darstellung und historischer Wirklichkeit genügen um zu zeigen, mit welcher Vorsicht die Abschnitte über den Feudalismus in den marxistisch-leninistischen Lehrbüchern gelesen werden müssen. Ebenso wie für die anderen Gesellschaftsordnungen ist das Verhalten der Menschen im Feudalismus und ihre Stellung in der Gesellschaft zu einseitig von der Eigentumsverteilung her gesehen: Die Menschen werden durch das Eigentum oder ihre Eigentumslosigkeit in Klassen getrennt, andere Wesensbestimmungen der Menschen werden nicht genannt. Die Politökonomie arbeitet keinen Unterschied zwischen der ständischen Ordnung des Feudalismus und der späteren Klassenordnung im Kapitalismus heraus, sondern spricht nur von "Klassen". "Die Feudalgesellschaft zerfiel in zwei Hauptklassen: die Feudalherren und die Bauern"¹⁾. Wenn der Begriff "Stand" gebraucht wird, so ist er synonym mit "Klasse" verstanden²⁾. Marx vereinfachte weniger. Er schreibt in Verbindung mit der Bestimmung eines Individuums durch "irgendeinen Zweig der Arbeit" und ihre "dazugehörigen Bedingungen", zu denen das Eigentum gehört - im Gegensatz zu seinem persönlichen Leben:

"Ihre (d.h. jedes Menschen) Persönlichkeit ist durch ganz bestimmte Klassenverhältnisse bedingt und bestimmt, und der Unterschied tritt erst im Gegensatz zu einer anderen Klasse... hervor... Im Stand (mehr noch im Stamm) ist dies noch verdeckt, z.B. ein Adliger bleibt stets ein Adliger, ein Rotürrier stets Rotürrier, abgesehen von seinen sonstigen Verhältnissen, einer von seiner Individualität unzertrennlichen Qualität. Der Unterschied des persönlichen Individuums gegen das Klassenindividuum, die Zufälligkeit der Lebensbedingungen für das Individuum, tritt erst mit dem Auftreten der Klasse ein, die selbst ein Produkt der Bourgeoisie ist."³⁾

1) Politökonomie, 49.

2) ebd.

3) Marx, Deutsche Ideologie, Frühschriften, 396 f.

IV. DIE STELLUNG DES EIGENTUMS IM KAPITALISMUS.

A. Stellung des Eigentums im vormonopolistischen Kapitalismus.

Der Kapitalismus steht im Zentrum der Marxschen Untersuchungen von Wirtschaft und Gesellschaft. Hier sieht er den Gegensatz von Besitzenden und Besitzlosen, von Ausbeutern und Ausgebeuteten auf seinem Höhepunkt.

Marx formuliert in seinen Schriften über den Kapitalismus die Begriffe und zog aus der Institution des kapitalistischen Eigentums die Folgerungen, die noch heute in der sowjetischen Ideologie als Grundlage der Kritik am Kapitalismus dienen. Aus dieser Kritik des Kapitalismus folgt seinerseits die Theorie des sozialistischen Wirtschaftssystems. Wollten die sowjetischen Ideologen die zu einem guten Teil überholte Nationalökonomie von Karl Marx und seine Voraussagen über die Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems aufgeben, würden sie die Grundlage ihrer Theorie des sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems verlieren. Aus diesem Grunde wird der Theorie des Kapitalismus bei Marx und den sowjetischen Wirtschaftstheoretikern in dieser Arbeit ein so großes Gewicht gegeben.

Der Kapitalismus unterscheidet sich grundsätzlich von den vorhergehenden Wirtschaftssystemen durch freie Verfügung über das Eigentum und freie Lohnarbeit - im Gegensatz zu deren Bindungen im Feudalismus - und durch die universelle Warenproduktion im Gegensatz zur feudalen Bedarfsdeckungswirtschaft. Neben diesen grundsätzlichen Unterschieden gibt es eine Reihe von Merkmalen, die das Wesen des kapitalistischen Wirtschaftssystems und der spezifischen kapitalistischen Form der Eigentumsbildung ausmachen.

Merkmale des Kapitalismus: 1. Die allgemeine Warenproduktion.

Mit der Bezeichnung "allgemeine Warenproduktion" im Kapitalismus wird die Tatsache umschrieben, daß die Bedarfsdeckungswirtschaft von der Tauschwirtschaft, in der das Prinzip des "Kaufs zum Zweck des Verkaufs" herrscht, ab-

gelöst wurde. Alles nimmt jetzt die Form der "Ware" an. Die Ware hat in der marxistischen Theorie einen Gebrauchs- und einen Tauschwert. Als Gebrauchswert hat die Ware Eigenschaften, die sie von anderen Waren unterscheidet und die bestimmte menschliche Bedürfnisse befriedigen¹⁾.

Gebrauchswerte gibt es zu allen Zeiten und in allen Gesellschaftsordnungen, sie liegen "jenseits des Betrachtungskreises der politischen Ökonomie"²⁾.

Da Marx die zwischenmenschlichen, sozialen Beziehungen in der Gesellschaft untersuchen will, sind die Gebrauchswerte nur als "stoffliche Träger des Tauschwertes" interessant³⁾. Tauschwert hat ein Ding dann, wenn es "Produkt von Arbeit" und für den "Austausch" hergestellt worden ist⁴⁾. Der "Doppelcharakter der Ware" als Gebrauchs- und als Tauschwert beruht auf dem Doppelcharakter der in ihr enthaltenen Arbeit: Die spezifische Tätigkeit eines Menschen, der eine Ware zur Bedürfnisbefriedigung produziert, wird "konkrete Arbeit" genannt. Um die unterschiedlichen Waren auf dem Markt gleichsetzen zu können, muß aber eine Vergleichsgrundlage gesucht werden. Marx findet sie in der Tatsache, daß alle Arbeit Verzehr von "Muskelkraft und Gehirns- substanz" - unabhängig von ihren spezifischen Formen der Verausgabung - ist. Diese "Verausgabung von menschlichem Hirn, Muskel, Nerv, Hand usw." bezeichnet er als "abstrakte Arbeit"⁵⁾. Sie ist für Marx mit der durchschnittlichen Arbeitskraft gleichzusetzen, die "jeder gewöhnliche Mensch ohne besondere Entwicklung in seinem leiblichen Organismus besitzt"⁶⁾.

1) Marx, Kapital I, 40 und Politökonomie, 59.

2) Marx, Kritik der Politischen Ökonomie, 2.

3) Marx, Kapital I, 40.

4) Marx, Kapital I, 45 und Politökonomie, 60.

5) Marx, Kapital I, 42/46 und 48, Politökonomie, 61.

6) Marx, Kapital I, 48 f.

Durch die qualitativen Unterschiede von einfacher und komplizierter Arbeit ergeben sich keine Probleme für Marx, denn jede komplizierte Arbeit wird von ihm als multiplizierte einfache Arbeit angesehen und kann auf diese reduziert werden¹⁾. Er geht der Frage, wie die komplizierte auf einfache Arbeit reduziert werden soll, nicht nach. In der Realität ist es ein wohl unlösbares Problem, welcher Wertmaßstab bei der Reduktion angelegt werden soll, d.h. wieviele Stunden einfacher Arbeit jeweils einer Stunde komplizierter Arbeit entsprechen sollen. Hier ergibt sich gleich am Anfang der marxschen Arbeitswertlehre ein ungelöster Problemkreis, der ihre Anwendbarkeit unmöglich macht. Marx arbeitet jedoch mit seiner Wertlehre und bestimmt mit ihrer Hilfe den Wert der Waren: das Maß der Veranschlagung von Arbeitskraft bestimmt den Warenwert, der Wert der Arbeitskraft wird seinerseits einfach durch die Arbeitszeit bestimmt. Maßgeblich für den Wert der Ware ist dabei nicht die Arbeitszeit jedes einzelnen Produzenten, sondern die durchschnittliche "gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit", die zur Herstellung einer Ware notwendig ist, wenn durchschnittliches technisches Wissen, Geschick und Arbeitsintensität zugrunde gelegt werden. Diese Arbeitszeit ist zu einer gegebenen Zeit in einem gegebenen Gemeinwesen bestimmbar und ist dann allgemein gültig²⁾.

2. Der Widerspruch der Warenproduktion: Das Verhältnis von Privateigentum und Arbeit.

Im Anschluß an Marx sagt die Politökonomie, daß der Begriff des Tauschwerts oder kurz "Wert" genannt nur einen Sinn bekomme, wenn in einer Gesellschaftsordnung auf der Grundlage der Arbeitsteilung die Produzenten unabhängig voneinander und mit Privateigentum an den Produktionsmitteln Waren für den Austausch herstellen. Die Produzenten arbeiten privat, gleichzeitig aber auch für die

1) Marx, Kapital I, 49.

2) Marx, Kapital I, 43 f.

Gemeinschaft, mit der sie durch den Austausch ihrer Produkte in Beziehung treten. Einerseits trennt also das Privateigentum die Menschen und macht die Arbeit zu voneinander unabhängigen Privatangelegenheiten der Warenproduzenten, andererseits arbeiten sie jedoch füreinander in einer arbeitsteiligen Wirtschaftsweise. Ob die Arbeit des einzelnen für die Gemeinschaft nützlich war, zeigt sich erst durch die Nachfrage auf dem Markt, wo die Arbeit des Individuums ihre "gesellschaftliche Anerkennung" erfährt. Es ist ein "Widerspruch der Warenproduktion", daß "die Arbeit der Warenproduzenten, die unmittelbar deren Privatangelegenheit ist, ... zugleich gesellschaftlichen Charakter trägt"¹⁾. Dieser Widerspruch wird mit anderen zur Aufhebung des Kapitalismus führen.

3. Der Fetischcharakter der Warenwelt.

Der wahre Charakter der Ware ist nach marxistischer Auffassung ihre Eigenschaft, vergegenständliche menschliche Arbeit zu sein. Andere Merkmale, wie zum Beispiel der Preis, werden der Ware nur von den Menschen angedichtet und dann von ihnen für wesentlich gehalten. Sie identifizieren den Preis der Ware mit ihrem Wert, obwohl dieser - in der Produktionssphäre allein durch die Arbeit gebildet - vom Preis der Verteilungssphäre abweichen kann. Der Preis ist also keine echte Eigenschaft der Ware, sondern ein "Ausdruck der gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen". Die Menschen glauben, daß sie in der Warenproduktion als freie Individuen mit ihren Produkten in Verbindung treten. Dagegen sagt Marx, daß die Welt der Waren eine Unabhängigkeit erreicht und die Produzenten ihrer Macht unterworfen habe, da sie sich den Produzenten nicht mehr zeigten als "das, was sie sind, das

¹⁾ Politökonomie, 61 f.

heißt als unmittelbar gesellschaftliche Verhältnisse der Personen, in ihren Arbeiten selbst, sondern vielmehr als sachliche Verhältnisse der Personen und gesellschaftlichen Verhältnisse der Sachen."¹⁾ Marx greift hier die Verdinglichung der gesellschaftlichen Beziehungen an, die er im Kapitalismus sieht und nennt sie den "Fetischcharakter der Warenwelt".

Stärker noch als im Preis sieht Marx den Warenfetischismus im Geld hervortreten²⁾. Für Geld könne man alles kaufen. Es entstehe nun der Anschein, als sei die Fähigkeit des Geldes, alles kaufen zu können, eine dem Geld immanente Eigenschaft. Diese Eigenschaft sei jedoch nur Ausdruck der im Kapitalismus herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen auf der Grundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln für die Gesellschaft produziert würde. In diesem Fall sei der Tatbestand des Warenfetischismus besonders eindrücklich gegeben, wo die sachlichen Beziehungen der Warenproduzenten zueinander, vermittelt durch die Waren, die dahinter stehenden gesellschaftlichen Verhältnisse verdeckten.

4. Der kapitalistische Tausch.

a) Die Wertformen:

Die Behandlung der Wertformen und der Entwicklung des Austausches ist wichtig, um die Besonderheiten des kapitalistischen Tausches nach Marx und den Autoren der Politökonomie zu verstehen. Wie später gezeigt werden soll, ist der Tausch unerlässlich für die Verwirklichung des Mehrwerts. Der Mehrwert, der als einzige Quelle der Eigentumsbildung gilt, wird in der Produktionssphäre gebildet, aber in der Marktsphäre durch den Austausch realisiert. Auf den verschiedenen Stufen der wirtschaftlichen Entwicklung gab es unterschiedliche Formen des Austauschs: Zunächst wurde eine bestimmte Menge einer Ware gegen die einer anderen getauscht. Dann sonderten sich einige Waren, z.B. Vieh oder Leinwand, als Wertmesser aus. Als die Märkte sich ausdehnten, wurden

1) Marx, Kapital I, 78.

2) Vgl. auch Politökonomie, 73.

Die Edelmetalle auf Grund ihrer geeigneten Beschaffenheit zum "allgemeinen äquivalent" aller Waren, sie wurden zu "Geld".¹⁾

) Das Geld, eine "besondere Ware". Sein Wesen und seine Bedeutung in der marxistischen Ideologie.

aa. Das Geld im Kapitalismus.

Nachdem Marx die Entstehung des Geldes im Lauf der Ausbildung einer arbeitsteiligen Tauschwirtschaft erklärt hat, befaßt er sich mit dem Wesen des Geldes. Er beschreibt das Streben jedes Menschen nach Geld, welches - statt der Bedürfnisbefriedigung zu dienen - selbst zu einem Bedürfnis, nach "wahrer Macht" und dem "einzigen Zweck", wird²⁾. Es erscheint als Ersatz aller Gegenstände und als "verkehrnde Macht", die ein Ding in sein Gegenteil verwandeln kann, da alles im Leben "käuflich" sei³⁾. Das Geld ist als Ware keine qualitative Bestimmtheit mehr, es ist als allgemeines Verkehrsmittel jedoch der "Mittler", in den Besitz aller "Qualitäten" kommen.

Das Geld ist für Marx der Ausdruck der höchsten Entfremdung des menschlichen Lebens, denn die zwischenmenschlichen Beziehungen und Verhältnisse werden nun noch durch das Geld vermittelt:

"Dieser Mittler ist daher das sich selbst abhanden gekommene, entfremdete Wesen des Privateigentums, das sich selbst äußerlich gewordene, entäußerte Privateigentum, wie es die entäußerte Vermittlung der menschlichen Produktion, die entäußerte Gattungstätigkeit des Menschen ist." 4)

Marx, Kapital I, 55 ff. und Politökonomie, 63 ff.
 Marx, Nationalökonomie und Philosophie, Frühschriften, 266.
 vgl. Marx, Nationalökonomie und Philosophie, Frühschriften, 266.
 Marx, Aus den Exzerptheften, MEGA, I.Abt.Bd.3,531.

In diesen Worten haben wir die Verbindung vom Inhalt und Wesen des Geldes zum Privateigentum allgemein. Das Geld - nur notwendig und existent in einer auf dem Privateigentum beruhenden arbeitsteiligen Wirtschaft -, steht als Repräsentant, als begehrtester Gegenstand des Privateigentums und alle Urteile über das Geld können gleichzeitig auf das Privateigentum allgemein bezogen werden.

Diese Gedanken zum Wesen des Geldes werden im "Kapital" nicht mehr ausgesprochen liegen jedoch sinngemäß in den Aussagen sowohl über das Geld als auch über das Kapital. Marx befaßt sich im 1. Band des "Kapital" mit dem Wesen der Geldform. Er spricht der Einfachheit halber vom Gold als der allgemeinen Geldware. Die Arbeit als das Absolute, was jeder Ware zugrunde liegt und ihren Wert ausmacht, wird in der Geldform sichtbar: "Gold und Silber ... sind zugleich die unmittelbare Inkarnation aller menschlichen Arbeit." ²⁾

Die in jeder Ware realisierte Menge von Arbeitszeit - ihr Wert - ist versteckt, nur der Gebrauchswert ist sichtbar. Mit Hilfe des Geldes kann der Wert einer Ware nun im Preis sichtbar gemacht werden. In den Augen der Warenbesitzer erscheint der Wert (Preis) jetzt getrennt von dem realen Gebrauchswert.

Im Geld selbst tritt der Gegensatz von Wert und Gebrauchswert in vollkommenster Form in Erscheinung: der Wert aller Waren kann im Gebrauchswert des Geldes ausgedrückt werden, dieser Gebrauchswert steht aber in keinem Verhältnis zum idealen Wert des Geldes. Das Geld bekommt mit Ausnahme des "Weltgeldes" ³⁾ seinen Wert durch die gesellschaftlichen Funktionen, die es zu erfüllen hat und nicht unbedingt durch das Material, aus dem es besteht. Diese gesellschaftlichen

1) Marx, Kapital I, 99 ff.

2) Marx, Kapital I, 99.

3) Marx, Kapital I, 148 ff.

unktionen des Geldes werden im "Kapital" untersucht. Allein hierauf fußen die Darstellungen der Politökonomie, in denen keine Verbindung mit der Arbeitsteilung und der Selbstentfremdung erwähnt werden, obwohl nur von daher die Bedeutung des Geldes im marxistischen System verstanden werden kann. In der Politökonomie sind im Zusammenhang mit dem Geld nur die Wertformen und die ökonomischen Funktionen des Geldes im Anschluß an Marx aufgezählt¹⁾.

Danach dient das Geld als

1. Maß der Werte. Die Arbeit ist wie bei Marx die Grundlage des Warenwertes. Der Warenwert kann aber nicht unmittelbar in Arbeitszeit ausgedrückt werden, sondern "nur indirekt, durch Gleichsetzung der Ware mit Geld im Austauschprozeß"²⁾. Diese Wertbestimmung ist möglich, da das Geld selbst eine Ware ist, die einen Wert besitzt und als Ware mit jeder anderen Ware in einem bestimmten Verhältnis steht, das durch die jeweils zu ihrer Herstellung aufgewandte gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit gegeben ist.
2. Zirkulationsmittel. Das Geld ist der Vermittler im Zirkulationsprozeß der Waren, es muß nicht unbedingt einen eigenen Wert besitzen (was das Beispiel des Papiergelds zeigt).
3. Akkumulationsmittel oder Mittel der Schatzbildung. Schatzbildung ist gegeben, wenn das Geld dem Zirkulationsprozeß entzogen wird. Von Akkumulation kann erst gesprochen werden, wenn mit dem Geld Produktionsmittel gekauft werden, d.h. investiert wird.
4. Zahlungsmittel. Das Geld wird als Zahlungsmittel bezeichnet, wenn Kauf oder Verkauf auf Kredit geschehen oder wenn Steuern, Grundrenten usw. gezahlt werden.
5. Weltgeld. Das Geld im internationalen Zahlungsverkehr ist Weltgeld. Dazu ist nur vollwertiges Geld geeignet (Goldbarren, nicht Papiergeld).

1) Politökonomie, 67 ff.

2) Politökonomie, 67.

Der Abschnitt über die Funktion des Geldes schließt mit dem Satz:

"Das Geld hat in den auf der Ausbeutung des Menschen beruhenden Gesellschaftsformation Klassencharakter, es dient in den Händen der Ausbeuterklasse als Mittel zur Aneignung fremder Arbeit." Als "Instrument der Ausbeutung der Werktätigen" wird das Geld im Kapitalismus "seine höchste Entwicklung" erreichen ¹⁾.

Aus der Definition des Geldes als "Mittel zur Ausbeutung" ist es verständlich, daß dem Geld im sozialistischen Wirtschaftssystem eine andere Bedeutung zugeschrieben wird als im Kapitalismus - obwohl das Geld im Sozialismus nahezu ²⁾ die gleichen Funktionen hat -, denn für den Sozialismus wird in der marxistischen Ideologie Freiheit von Ausbeutung behauptet.

bb) Das Geld im Sozialismus und Kommunismus.

Marx hatte geglaubt, daß nach der Aufhebung des Privateigentums im Kommunismus auch das Geld überflüssig sein werde. Da es ohne Privateigentum keine Selbstentfremdung und keine Arbeitsteilung gebe, müsse deren sichtbarer Ausdruck - das Geld - automatisch verschwinden.

Die sowjetsozialistischen Ideologen halten an diesem Gedanken fest wenn sie schreiben, daß durch die "Vervollkommnung des Sowjethandels jener weitverzweigte Apparat aufgebaut (werde), der in der höheren Phase des Kommunismus der direkten Verteilung der Produktion nach Bedürfnissen - ohne Waren - und Geldzirkulation - dienen wird"³⁾. Einzelheiten über diese Verteilung nach

1) Politökonomie, 71.

2) Die einzige Änderung gegenüber den Funktionen des Geldes im Kapitalismus ist der Zusatz, das Geld diene im Sozialismus "der Sozialistischen Akkumulation" und als "Sparmittel", anstelle von "Akkumulation" und "Mittel zur Schatzbildung" im Kapitalismus. (Politökonomie, 599 f.)

3) Politökonomie, 752.

Bedürfnissen - im Gegensatz zu der nach Leistung im Sozialismus - werden nicht angegeben. Gleichzeitig rechtfertigen die sowjetischen Ideologen die Existenz des Geldes im sozialistischen Wirtschaftssystem und sagen, daß die Einführung des Kommunismus unter anderem von einem Produktionsniveau abhängig sei, auf dem ein "Überfluß an Konsumgütern" bestehe:

"Um eine erhebliche Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums zu gewährleisten, müssen in der Periode des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus solche mit dem Wertgesetz verbundenen ökonomischen Instrumente der planmäßigen Führung der Volkswirtschaft wie Geld, Kredit, Handel und wirtschaftliche Rechnungsführung ausgenutzt werden".¹⁾

Das Geld gilt jetzt als ökonomisches Instrument der planmäßigen Führung der Wirtschaft und des wirtschaftlichen Aufschwungs. Sein Wesen sei von Grund aus geändert:

"Zum Unterschied vom Kapitalismus, in dem sich das Geld in Kapital verwandelt und die Aneignung fremder, unbezahlter Arbeit vermittelt, dient es in der sozialistischen Wirtschaft dem wirtschaftlichen Aufbau im Interesse der Volksmassen".²⁾³⁾

• Das Wertgesetz

Das Wertgesetz gilt in der marxistischen Wirtschaftstheorie als das ordnende Element, welches die private, nicht zentral geplante und infolgedessen "anarchische" Produktion des kapitalistischen Wirtschaftssystems auf dem Markt koordiniert.

Marx behandelt die Rolle von Angebot und Nachfrage und ihren Einfluß auf den Markt und seine Preise kurz im 3. Band des "Kapital". Er erfaßt hier

1) Politökonomie, 751.

2) Politökonomie, 590 f.

3) Als westliche Untersuchung zur Rolle des Geldes in einer Zentralverwaltungswirtschaft vgl. Hensel, Einführung, 186 ff.

die Wettbewerbskräfte, die im Wirken von Angebot und Nachfrage zum Ausdruck kommen, in dem Sinn, daß sie Abweichungen zwischen Marktpreisen und tatsächlichen, durch den Arbeitsaufwand gegebenen Werten eliminieren¹⁾. Eine ausgiebigere Behandlung des Einflusses von Angebot und Nachfrage auf die Preise erübrigt sich im marxistischen System, da die Nachfrage im Kapitalismus als sekundär von den subjektiven Konsumentenwünschen bestimmt angesehen wird. Primär ist die Einkommensverteilung maßgebend, welche Ausdruck der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer Klassenstruktur ist²⁾.

Das Wertgesetz fußt auf der marxschen Arbeitswertlehre und besagt, daß "die Waren auf der Grundlage des gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwands produziert und ausgetauscht werden"³⁾. Seine Wirksamkeit erhält es über den Konkurrenz- und Preismechanismus, welcher Angebot und Nachfrage auf dem Markt in Übereinstimmung bringt und ebenso Abweichungen vom Wert der Waren anzeigt. Es verteilt auf diese Weise Arbeitskräfte und Produktionsmittel auf die verschiedenen Wirtschaftszweige, regelt die Tauschraten der Güter und bestimmt schließlich die Mengen jedes produzierten Gutes.

Das Wertgesetz als ordnendes Element auf dem Markt erfüllt also eine wichtige Funktion, denn die übrigen wirksamen "Gesetze der Produktion und des Austauschs" würden keine geregelte Wirtschaft ermöglichen. Trotz des Wertgesetzes sind Fehlinvestitionen und -produktionen, die gleichbedeutend mit Verlusten von gesellschaftlicher Arbeit sind, eine notwendige Konsequenz des kapitalistischen auf Privateigentum beruhenden Produktionssystems. Das "Gesetz der Konkurrenz und Anarchie der Produktion" wirkt stärker als die ordnende Kraft des Wertgesetzes, dem einzigen Regulator auf dem Markt. Zusätzlich beschleunigt das

1) Marx, Kapital III, 216.

2) Marx, Kapital III, 207 und 214 f.

3) Politökonomie, 74.

ertgesetzt die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse: der Kampf jedes einzelnen um seinen Marktanteil zwingt zu Rationalisierungen und entwickelt damit die Technik. Da die kleinen Produzenten dem Wettlauf nicht gewachsen sind, werden sie ruiniert und die Differenzierung der Privateigentumsverteilung verstärkt sich¹⁾.

• Die Arbeit als Ware.

Neben dem kapitalistischen Privateigentum ist die Lohnarbeit der eigentumslosen Proletarier ein Pfeiler des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Die Proletarier besitzen nichts als ihre Arbeitskraft. Sie ist die Quelle des Mehrwerts, des ausschließlichen Ziels der kapitalistischen Produktion. Der Mehrwert seinerseits ist die Quelle des Eigentums.

Die philosophischen Betrachtungen des jungen Marx über die Arbeit sind in der Politökonomie nicht aufgenommen worden²⁾. Hier wird - wie beim späten Marx im "Kapital" ebenfalls - die Arbeit allein von ihrer ökonomischen Bedeutung her gesehen.

In der marxistischen Ideologie wird betont, daß jeder Kapitalist das Ziel hat, sich zu bereichern³⁾. Würde jeder Kapitalist seine Ware zu einem Preis verkaufen, der über ihrem Wert liegt, könne das Eigentum nur innerhalb der Kapitalistenklasse neu verteilt werden, die gesamte Klasse habe jedoch keinen Wertzuwachs zu verzeichnen. Da dieser Wertzuwachs aber vorhanden ist, muß es nach Marx eine Ware geben, die aus sich heraus wertschaffend ist, "deren Gebrauch selbst die eigentümliche Beschaffenheit

1) Politökonomie, 74 f.

2) vgl. oben I.4.c) Selbstentfremdung des Menschen.

3) Politökonomie, 82.

besäße, Quelle von Wert zu sein"¹⁾. Diese Ware ist die "Arbeitskraft".

Unter Arbeitskraft wird die Gesamtheit der körperlichen und geistigen Fähigkeiten verstanden, die einem Menschen zur Verfügung stehen und die er "in Bewegung setzt", sobald er materielle Güter produziert. Durch den Verbrauch an Arbeitskraft entsteht Arbeit, welche in Zeiteinheiten gemessen wird. Die Unterscheidung von Arbeitskraft und Arbeit ist wichtig für die weitere Untersuchung, denn "die Arbeit ist Substanz und das immanente Maß der Werte, aber sie selbst hat keinen Wert"²⁾. Marx betont, daß das Wesen der Arbeit Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse der Menschen sei. Der Ausdruck "Wert der Arbeit" sei imaginär und bezeichne, wie z.B. die Formulierung "Wert der Erde", die Erscheinungsform eines bestimmten Verhältnisses innerhalb der Produktionsverhältnisse³⁾. Die Arbeitskraft sei in jeder Gesellschaftsordnung notwendig, doch nur im Kapitalismus werde sie als Folge der Trennung von Eigentum an Produktionsmitteln und an Arbeitskraft zu "Ware"⁴⁾.

Als Ware wird die Arbeit auf einen Markt gehandelt⁵⁾. Der Unterschied des Arbeitsmarktes zu anderen Märkten liegt darin, daß die Warenbesitzer - der Arbeiter als Besitzer seiner Arbeitskraft und der Kapitalist als Besitzer der Produktionsmittel - sich nicht ebenbürtig gegenüberstehen. Im Gegensatz zum Kapitalisten, der auf die Arbeit als Ergänzung seiner Produktionsmittel und damit auf den Verdienst warten kann, da er noch andere Lebensmittel besitzt, muß der Arbeiter seine Arbeitskraft als sein einziges Eigentum verkaufen, um seine Existenz zu sichern. Diese unterschiedliche Stärke des Arbeiters bzw. Produktionszwanges macht Kapitalisten und Arbeiter als Warenbesitzer in ihrer Stellung am Markt ungleich.

1) Marx, Kapital I, 174 und Politökonomie, 82.

2) Marx, Kapital I, 562.

3) Marx, Kapital I, 564.

4) Marx, Kritik des Gothaer Programms, zit. in Politökonomie, 80.

5) Marx, Kapital I, 175 und Politökonomie, 82.

Der Arbeiter verkauft seine Arbeitskraft im Arbeitsvertrag auf bestimmte Zeit an den Kapitalisten. Wie jede andere Ware hat die Arbeitskraft einen Wert und einen Gebrauchswert. Der Gebrauchswert zeigt sich in der Eigenschaft der Arbeitskraft, Quelle von Wert oder "nützlich" zu sein¹⁾. Ihr Wert wird durch die Produktenmenge bestimmt, die zur Erhaltung und Erzeugung der Arbeitskraft des Arbeiters und seiner Familie²⁾ notwendig ist. Der Wert der Produktenmenge ihrerseits wird durch die zu ihrer Herstellung notwendige Arbeitszeit bestimmt³⁾. Der Wert der Arbeitskraft ist nicht generell festgelegt. Er bestimmt sich nach den natürlichen Bedingungen eines Landes und nach der Kulturstufe, auf der die Arbeiter leben. "Im Gegensatz zu anderen Waren enthält also die Wertbestimmung der Arbeitskraft ein historisches und moralisches Element"⁴⁾. Zu einer bestimmten Zeit und in einem bestimmten Land ist jedoch das durchschnittliche Maß an notwendigen Lebensmitteln gegeben und folglich auch der Wert der Arbeitskraft.

Die Definition des Wertes der Arbeitskraft bei Marx und in der Politökonomie ist unbefriedigend. Die Arbeit wird mit Hilfe der Arbeit selbst erklärt: Der Wert der Arbeit wird durch den Wert der zu ihrer Reproduktion notwendigen Lebensmittel festgelegt, die ihrerseits durch die in Zeit

1) Marx, Kapital I, 51.

2) Durch den Einschluß der Familie wird eine nachwachsende Arbeitergeneration gesichert, denn der Kapitalist sucht sich das "Werkzeug zu erhalten, wodurch er allein Kapitalist bleiben kann", das Werkzeug der Arbeiterklasse. (Marx, Kapital II, 384).

3) Marx, Kapital II, 178 und Politökonomie, 82 f.

4) Marx, Kapital I, 176.

gemessene Arbeit in ihrem Wert bestimmt werden¹⁾.

Der Marktpreis der Arbeitskraft bildet sich nicht allein durch ihre Reproduktionskosten, sondern wird von der unterschiedlichen Stellung der Marktteilnehmer - Kapitalisten und Arbeiter - mitbestimmt. Beide Marktteilnehmer sind "frei" als Eigentümer ihrer Produktionsmittel bzw. Arbeitskraft. Die Freiheit des Arbeiters wird daher in doppeltem Sinn verstanden: einerseits kann der Arbeiter persönlich und politisch frei über seine Arbeitskraft als sein Eigentum verfügen, andererseits ist er auch "frei" von anderen Waren, die sich zum Verkauf eignen, sowie "frei" von Produktionsmitteln, mit deren Hilfe er seine Arbeitskraft verwirklichen könnte. Nach Marx wird die Freiheit der Person des Arbeiters in dem Moment zur Illusion, in welchem der Arbeitsvertrag geschlossen worden ist. Die Arbeitskraft des Arbeiters steht dem Kapitalisten dann zur vollen Verfügung und er kann sie nach seinem Ermessen nutzen. Der Arbeiter dagegen ist nach Abschluß des Vertrages gezwungen, dem Kapitalisten kurzfristig "Kredit" zu geben, indem er arbeitet. Während er seine Tätigkeit verrichtet, schießt er den Gebrauchswert seiner Arbeits-

1) Nach der Bestimmung des Wertes der Arbeitskraft ergibt sich die Frage, wie es sich mit dem Wert verhält, den der Arbeiter im Produktionsprozeß schafft und welchen Gegenwert er vom Eigentümer der Produktionsmittel zu seiner Bedürfnisbefriedigung erhält.

Wie sich später zeigen wird, schließt diese Frage die Problematik des Mehrwertes ein. Man kann auch auf anderem Wege, über die Behandlung des Zirkulationsprozesses, den Mehrwert ableiten. Der Mehrwert wird nach Marx in der Zirkulationssphäre realisiert, jedoch in der Produktions-sphäre gebildet. Der Mehrwert als Quelle des Privateigentums soll in dieser Arbeit im Bereich seiner Entstehung untersucht werden, da nach Aussagen der sowjetsozialistischen Theoretiker an dieser Stelle der "Gegensatz von Besitzenden und Besitzlosen" am stärksten in Erscheinung tritt. (vgl. anschließend 7. Der Mehrwert)

raft vor und bekommt erst nachträglich seine Bezahlung¹⁾.

er Lohn erscheint als Bezahlung oder "Preis der Arbeit". Marx gibt ein Zahlenbeispiel für den "Preis der Arbeit": Für einen 12-stündigen Arbeits- tag bekommt der Arbeiter 3 sh, sie repräsentieren die zur Reproduktion einer Arbeitskraft notwendige Zeit. In 12 Stunden schafft der Arbeiter jedoch den Gegenwert von 6 sh. Mit anderen Worten heißt das, daß die 2-stündige Arbeit einen Wert von 3 sh hat, ihr Wertprodukt jedoch 6 sh beträgt²⁾. Nur die Differenz zwischen dem Wertprodukt der Arbeit und dem tatsächlich gezahlten Lohn interessiert den Kapitalisten³⁾, die Form der Lohnzahlung verschleiert jedoch diese Tatsache. Der Arbeitslohn "löscht jede Spur der Teilung des Arbeitstages in notwendige Arbeit und Mehrarbeit, in bezahlte und unbezahlte Arbeit aus. Alle Arbeit erscheint als bezahlte Arbeit"⁴⁾. "Auf dieser Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und gerade sein Gegenteil zeigt, beruhen alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen"⁵⁾. Die beiden Grundformen des Lohnes, die geschaffen wurden, um die kapitalistischen Arbeitsverhältnisse zu "verschleiern", sind der Zeit- und der Stücklohn:

Beim Zeitlohn besteht eine direkte Verbindung von geleisteter Arbeitszeit in Stunden, Tage, Wochen oder Monaten und dem Lohn. Wenn er festliegt, hat

1) Langfristig allerdings schießt der Kapitalist Kapital vor, da er konstantes Kapital in Form von Produktionsmitteln und variables Kapital in Form von Lohn am Beginn der Produktionsperiode bereit stellt.

2) Marx, Kapital I, 564. Ein entsprechendes Beispiel, bei welchem in Dollar gerechnet wird, findet sich in der Politökonomie, 84.

3) vgl. Marx, Kapital I, 564 und 567, ebenso sinngemäß Politökonomie, 84.

4) Marx, Kapital I, 565.

5) Marx, Kapital I, 565 f.

nach Marx der Kapitalist verschiedene Möglichkeiten, das "effektive Äquivalent der Arbeit" zu senken: ¹⁾

- a) Wenn der Arbeitslohn pro Tag festliegt, kann der Kapitalist die Arbeitsstunden pro Tag erhöhen und der durchschnittliche Lohn pro Arbeitsstunde wird gesenkt.
- b) Wenn die Arbeit intensiviert wird, sinkt der effektive Lohn auch ohne Verlängerung des Arbeitstages. Die Intensivierung der Arbeit hat neben der senkenden Wirkung, die sie auf den Lohn ausübt, einen Einfluß auf die Beschäftigungszahl: sie bedeutet eine "Zufuhr an Arbeit", ohne daß die Anzahl der Beschäftigten steigt. Dadurch wird unter den Arbeitern eine Konkurrenz erzeugt, die dem Kapitalisten weitere Möglichkeiten gibt, den Lohn zu drücken.
- c) Eine dritte Möglichkeit der Lohnsenkung ist gegeben, wenn der "durchschnittliche Preis der Arbeitsstunde" in Form des Stundenlohnes festliegt und der Kapitalist die Arbeitszeit nach seinem Ermessen ansetzt. Läßt der Kapitalist z.B. weniger als 12 Stunden am Tag arbeiten, so kann er nach Marx ein bestimmtes Quantum an Mehrarbeit erhalten, ohne die zur Selbsterhaltung notwendige Arbeitszeit zu garantieren. Der Arbeiter bekäme in diesem Fall nicht mehr 3 sh für einen 12stündigen Arbeitstag, sondern z.B. nur noch 2 sh für einen 8stündigen Arbeitstag und die Reproduktion seiner Arbeitskraft ist nicht mehr gesichert.

Beim Stücklohn ist der Verdienst eine Funktion der hergestellten Produktezahl. Marx sieht keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen Zeit- und Stücklohn ²⁾, es bestehe beim letzteren nur neben der im kapitalistischen Produktionsprozeß typischen Kontrolle durch die Aufseher zusätzlich eine Kontrolle durch die Qualität der Produkte. Besitzt ein Produkt unterdurchschnittliche Qualität, so können Abzüge vom Lohn gemacht werden. Bei der Lohnberechnung für ein Stück wird eine bestimmte Zeit als gesellschaftlich notwendige Zeit festgelegt. Wird diese Zeit zu kurz bemessen, zwingt sie den Arbeiter zu

1) Marx, Kapital I, 570 und Politökonomie, 117 ff.

2) Marx, Kapital I, 576.

chnellerem Arbeiten und überfordert ihn möglicherweise.

Marx kommt zu dem Schluß, daß der Stücklohn auf Grund einer größeren Möglichkeit zur Ausbeutung die der kapitalistischen Produktionsweise entsprechende Form des Arbeitslohnes ist¹⁾.

Beiden Lohnformen, dem Zeit- und dem Stück- (Akkord-)lohn ist gemeinsam, daß die Arbeiter mehr arbeiten, als sie vergütet bekommen. Jedem Arbeiter entspricht seine "Masse an Mehrwert" und mit fortschreitender Technik verstärkt sich die Tendenz, daß der durchschnittliche Lohnstandard sinkt²⁾.

3. Der Mehrwert.

Die Erstellung von Mehrwert gilt als Hauptziel der kapitalistischen Produktion, als das "ökonomische Grundgesetz des Kapitalismus". In der einfachen Warenwirtschaft wurde produziert, um mit dem Erlös der Ware eine andere zu kaufen und ein Bedürfnis zu befriedigen. Im Kapitalismus wird dagegen nur produziert, um für die Ware mehr zu erhalten, als aufgewendet wurde, um "Mehrwert" zu erhalten³⁾. Die Mehrwerttheorie hat eine zentrale Stellung in der marxistisch-leninistischen Wirtschaftstheorie: Der Mehrwert gilt als die einzige Quelle des Eigentums, als "allgemeine Quelle der durch Arbeit erworbenen Einkommen der verschiedenen Gruppen der Bourgeoisie"⁴⁾. Die Arbeiter, welche nur mit ihrem Existenzminimum entlohnt werden, können kein Eigentum bilden, die Kapitalisten eignen sich den vollen Mehrwert an.

Entstehung und Aneignung des Mehrwerts in Form von Profit sollen im folgenden Abschnitt eingehend behandelt werden.

1) Marx, Kapital I, 582 und Politökonomie, 120 ff.

2) Politökonomie, 125 f.

Zum "Sinken des Reallohns im Kapitalismus" und der damit verbundenen Verelendungstheorie vgl. unten den Abschnitt "Akkumulation des Kapitals". Um diese Theorie verständlich zu machen, müssen vorher noch einige Begriffe der marxistisch-leninistischen Wirtschaftstheorie erklärt werden.

3) Politökonomie, 84 ff.

4) Politökonomie, 86.

Im Laufe der Untersuchung wird sich zeigen, daß der Mehrwert - das heißt die Erstellung von mehr Wert als in Form des Lohnes vergütet wird - nicht wie behauptet ein Charakteristikum der kapitalistischen Produktionsweise, sondern vielmehr ein Merkmal jeder Wirtschaftsordnung ist.

a. Entstehung des Mehrwerts.

Der Mehrwert entsteht nach der marxistischen Arbeitswertlehre in der Produktionssphäre, wenn der Arbeiter mehr Wert schafft, als er im Lohn vergütet bekommt. Die Arbeit wird auf doppelte Weise im Produktionsprozeß des Mehrwerts wirksam:

Einerseits überträgt der Arbeiter durch seine Tätigkeit bestimmte Mengen des Wertes von Arbeitsgeräten und Rohstoffen. Die Arbeit hat damit eine werterhaltende Funktion. Gleichzeitig setzt die Arbeit dem Produkt den Wert zu, der der Zeit entspricht, in der sie im Produktionsprozeß wirksam ist. Die Arbeit schafft also neuen Wert.

Diese zweifache Funktion der Arbeit geht auf ihren Doppelcharakter zurück: in der spezifischen Form ihrer Verausgabung als Arbeit des Tischlers oder Schneiders hat sie die qualitative Fähigkeit, Gebrauchswerte zu schaffen. Diese Fähigkeit wird wirksam, wenn die Werte der Produktionsmittel auf das neue Produkt übertragen werden, deren Wert folglich erhalten bleibt. Die andere Funktion der Arbeit, dem Produkt neuen Wert hinzuzusetzen, entsteht aus ihrer quantitativen Eigenschaft, Verausgabung von Muskelkraft und Gehirns substanz zu sein.

Die beiden Funktionen der Arbeit als Werterhalter und Wertbildner müssen in ihrer Unterschiedlichkeit beachtet werden, denn nur in ihrer einen Funktion als Wertbildner läßt die Arbeit Wert und Mehrwert entstehen. Als Werterhalter

kann die Arbeit nur Gebrauchswerte schaffen. Steigt z.B. die Produktivkraft der Arbeit auf Grund von gehobenem technischen Wissen, so kann die Menge an Gebrauchswert und der Verbrauch von Arbeitsgeräten und Rohstoffen steigen, der Wert der Waren bleibt aber gleich. Es gibt verschiedene Formen, wie der Kapitalist den Mehrwert steigern kann: eine Verlängerung des Arbeitstages erbringt den "absoluten Mehrwert". Da der Verlängerung des Arbeitstages physische Grenzen gesetzt sind, kann der absolute Mehrwert nicht beliebig steigen.

Eine andere, häufigere Form der Steigerung des Mehrwertes ist die Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit z.B. durch Produktivitätssteigerungen: steigt die Arbeitsproduktivität in bestimmten Branchen, so werden die Produkte hier billiger und der Arbeiter muß weniger Zeit aufwenden, um die notwendigen Mittel zu ihrem Kauf zu erarbeiten, die "notwendige Arbeitszeit" ist gesunken. Das so entstandene Mehrprodukt ist der "relative Mehrwert".

Eine vorübergehende Erscheinung der Wirtschaft ist der "Extramehrwert". Er entsteht, wenn durch unterschiedliches technisches Wissen die Produktivität der Arbeit in einem Betrieb größer ist als in einem anderen. Der Preis für alle Produkte ist gleich und bestimmt sich nach der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. Beim Verkauf seiner Produkte erzielt der Produzent mit höherem technischen Wissen einen Extramehrwert. Wenn die neuen Erkenntnisse auch in anderen Betrieben Anwendung finden, verschwindet der Extramehrwert.

In seinem Streben nach Mehrwert ist es dem Kapitalisten gleichgültig, ob er absoluten oder relativen Mehrwert produziert. In beiden Fällen ist das Ergebnis gleich: ein größeres Quantum an Mehrarbeit vergegenständlicht sich in den Waren und kann auf dem Markt durch Verkauf realisiert werden.

Marx und die Autoren der Politökonomie gehen in ihrem wirtschaftlichen Überlegungen grundsätzlich davon aus, daß der Kapitalist vom Streben nach Mehr-

wert und Gewinn in allen seinen Taten gleitet wird. Wenn die Quellen des Mehrwerts erschöpft sind, die in Manipulationen mit der Arbeitszeit bestehen, müssen neue Möglichkeiten eröffnet werden.

Eine der neuen Möglichkeiten ist die "Kooperation", d.h. das planvolle Zusammenwirken einer Vielzahl von Arbeitern unter dem "Kommando des Kapitals". Sie bildet "historisch und begrifflich den Ausgangspunkt der kapitalistischen Produktion"¹⁾. In der Kooperation "belebt die gemeinsame Arbeit die Lebensgeister jedes einzelnen, die Arbeiter treten miteinander in Wettstreit. Die gemeinschaftliche Arbeit ist nicht nur die Summe der Teilarbeiten, vielmehr intensiviert der Wettstreit die Arbeit. Der Kapitalist bezahlt aber weiterhin den einzelnen Arbeiter und die erhöhte Leistung fällt ihm ohne Gegenwert zu. Schließlich hat die Gemeinschaftsarbeit auch größere technische Möglichkeiten als die Einzelarbeit.

Manufaktur und Maschinenperiode gelten als weitere Stadien auf dem Weg zur totalen Industrialisierung der Wirtschaft. In der Manufaktur werden noch besonders die Vorteile der gemeinschaftlichen Arbeit ausgenutzt, um den "relativen Mehrwert" zu erzielen. Bei der maschinellen Produktion sind es dann die Vorteile der Technik, die den relativen Mehrwert mit Hilfe zusätzlicher Energiequellen und der im menschlichen Organismus begründeten Fehlerquellen eliminieren, die Maschinen erhöhen.

Um aus dem Mehrwert Eigentum bilden zu können, muß er zunächst in "Profit" verwandelt werden:

bei der Produktion entstehen für den Kapitalisten Aufwendungen für Produktionsmittel (konstantes Kapital) und für Arbeitskräfte (variables Kapital). Der aus dem vorgeschossenen Kapital bezogene Mehrwert ist der "Profit" des Kapitalisten.

1) Marx, Kapital I, 337.

Der Mehrwert wird dabei auf das gesamte Kapital bezogen, obwohl nur das variable, die Arbeit, Quelle des Mehrwerts und damit des Profits ist. Durch diese scheinbare Ableitung des Profits vom gesamten Kapital werden die tatsächlichen Ausbeutungsverhältnisse des Kapitalismus verschleiert und das konstante Kapital scheint ebenfalls neuen Wert zu schaffen¹⁾.

Die Rentabilität eines Betriebes wird durch das Verhältnis von Mehrwert zu vorgeschossenem Kapital, die "Profiträte", gemessen. Die Profiträte ist von der organischen Zusammensetzung des Kapitals, das heißt dem Verhältnis von variablen zu konstantem Kapital, abhängig. Da nach marxistischer Auffassung der Mehrwert nur vom variablen Kapital gebildet wird, muß er und folglich die Profiträte umso höher sein, je größer der Anteil des variablen Kapitals ist und je öfter es sich umschlägt²⁾.

Auf der Suche nach dem höchsten Profit wird der Kapitalist sein Kapital jeweils aus Produktionszweigen mit sinkenden Profiträten herausziehen und es in Produktionszweigen mit steigenden Gewinnchancen investieren. So kommt es zu einem Ausgleich der Kapitalinvestitionen in den Produktionszweigen im sogenannten "Gesetz der Durchschnittsprofiträte"³⁾, welches mit Hilfe der Konkurrenz sowohl zwischen als auch innerhalb der Produktionszweige wirksam wird. Die Folge ist, daß die auf Grund von unterschiedlicher organischer Zusammensetzung des Kapitals verschiedenen Profiträten sich durch die Konkurrenz ausgleichen und zu einer allgemeinen Durchschnittsprofiträte der gesamten Kapitalistenklasse werden⁴⁾. Als Konsequenz der marxistischen Auffassung, daß nur die Arbeitskraft Mehrwert schafft, gilt, daß mit der steigenden Mechanisierung der industriellen Produktion in allen Zweigen die Durch-

1) Politökonomie, 160.

2) Politökonomie, 161.

3) Politökonomie, 166.

4) Die Kaufleute und Bankiers sind in der Kapitalistenklasse eingeschlossen, da sie - obwohl sie nicht produzieren und Werte erstellen - durch ihre Hilfe bei der Verteilung von Waren und Kapital die industrielle Produktion und damit den Mehrwert erhöhen. Als Gegenwert werden sie an dem Profit beteiligt. (Politökonomie, 170 ff.).

schnittsprofitrate im Kapitalismus sinke¹⁾. Nur die erhöhte Ausbeutung der Arbeiterklasse und sinkende Löhne auf Grund steigender Arbeitslosigkeit einerseits und gesenkter Produktionsmittelpreise als Folge der erhöhten Arbeitsproduktivität andererseits wirken dem Fall der Profitrate entgegen²⁾. Infolgedessen verlangsamt sich dieser Fall der Profitrate und bekommt den "Charakter einer Tendenz".

b) Die Verwendung des Mehrwerts durch den Kapitalisten:
die Akkumulation des Kapitals.

Zwei Möglichkeiten der Verwendung des Mehrwerts durch den Kapitalisten sind denkbar: er kann den Mehrwert allein für seinen persönlichen Bedarf verwenden. In diesem Fall wiederholt sich der Produktionsprozeß auf der gleichen Stufe wie in der vorhergehenden Periode, die neu produzierten Erzeugnisse würden nur die verbrauchten Produktionsmittel ersetzen³⁾. Marx nennt diesen Vorgang die "einfache Reproduktion". Hier sind bereits einige typische Merkmale der kapitalistischen Produktionsweise verwirklicht. In jeder Periode wird das System erneuert: der Kapitalist steht auf der einen, der Lohnarbeiter auf der anderen Seite. Der Arbeiter bleibt in seinem Abhängigkeitsverhältnis zum Kapitalisten und noch ehe er "seine Arbeitskraft an diesen oder jenen Unternehmer verkauft, gehört er bereits ... der Klasse der Kapitalisten in ihrer Gesamtheit"⁴⁾. Außerdem wird bereits durch die einfache Reproduktion die These bewiesen, daß Eigentum nur aus Mehrwert gebildet werden kann: ein Unternehmer besitzt 100 000 Pfund Sterling, die er für die Produktion verwendet. Er erhält jährlich 10 000 Pfund Mehrwert und nutzt diesen Betrag voll für seinen persönlichen Konsum. Ohne "Aneignung der unbezahlten Arbeit des Arbeiters" wäre

1) Politökonomie, 167.

2) Politökonomie, 168 f.

3) Politökonomie, 134.

4) Marx, Kapital I, 606 und Politökonomie, 135. Zur Kritik vgl. Teil II dieser Arbeit: "Der neue Charakter der Arbeit" im Sozialismus.

e Summe von 100 000 Pfund in 10 Jahren verbraucht. Wenn produziert wird, t die verbrauchte Summe in 10 Jahren aus dem Mehrwert erneuert¹⁾. e für den Kapitalismus typische Form ist die "erweiterte Reproduktion" ter der Voraussetzung der "Akkumulation des Kapitals"²⁾. Der Kapitalist wendet in diesem Fall nur einen Teil des Mehrwerts zum persönlichen Kon- m, einen weiteren Teil zum Kauf von Produktionsmitteln und Arbeitskräften. erweitert die Produktion, indem er einen Teil des Mehrwerts in "Kapital" rwandelt. Die Akkumulation von Kapital ist nach marxistischer Auffassung swegen typisch für den Kapitalisten, weil er in seinem Streben nach Mehr- rt immer größere Mengen haben will. Um dieses Ziel zu erreichen, muß er e Produktion - und dazu zunächst das Kapital - ausdehnen. Folglich ist e Akkumulation des Kapitals die Triebkraft der wirtschaftlichen Entwicklung Kapitalismus.

f die Frage, warum Akkumulation oder Eigentum von Produktionsmitteln Zie- r Kapitalisten sein muß, gibt Marx im "Kapital" eine Antwort:

"Die Akkumulation ist Eroberung der Welt des gesell- schaftlichen Reichtums. Sie dehnt mit der Masse des exploitierten Menschenmaterials zugleich die direkte und indirekte Herrschaft des Kapitalisten aus³⁾.

t anderen Worten sind das Verlangen nach gesellschaftlicher Stellung, soziet- em Ansehen und politischer Macht die Kräfte, die den Kapitalisten zur "Akku- mulation" und Eigentumbildung zwingen. Nicht nur zur Ausdehnung, auch zur Er- haltung des Kapitals im Konkurrenzkampf müßte der Kapitalist immer mehr und -ößere Teile des Mehrwerts investieren, da technische Entwicklung und ver- esserte Produktionsmethoden steigende Kapitelaufwendungen erfordern. Marx rpricht von einem "Zwangsgesetz", nach dem das "Kapital fortwährend auszu-

) Politökonomie, 137.

) ebd.

) Marx, Kapital I, 622.

dehnen (sei), um es zu erhalten"¹⁾.

Die Akkumulation des Kapitals hat Auswirkungen einerseits auf die Eigentumsbildung der Kapitalisten und andererseits auf die Lage der Arbeiter:

1. Konzentration und Zentralisation des Kapitals:

Durch die Vermehrung des Kapitals verändert sich dessen organische Zusammensetzung. Es besteht allgemein die Tendenz, den konstanten Kapitalteil mehr zu vergrößern als den variablen, d.h. das Kapital zu konzentrieren²⁾.

Von der Konzentration des Kapitals muß die Zentralisation des Kapitals unterschieden werden. Hier handelt es sich um das "Anwachsen des Kapitalumfangs durch Vereinigung mehrerer Kapitale zu einem größeren", also um einen überbetrieblichen Vorgang im Gegensatz zur Konzentration des Kapitals, einem innerbetrieblichen Vorgang³⁾. In beiden Fällen wird der konstante Kapitalteil auf Kosten des variablen vergrößert und die großen auf Kosten der kleinen Betriebe gestärkt und vermehrt.

Konzentration und Zentralisation des Kapitals gelten als "Gesetz", das zur "Zusammenballung ungeheurer Reichtümer in den Händen einiger weniger Personen" führt. "Einige wenige Kapitalisten (werden) als Besitzer riesiger Vermögen zu Herrschern über die Geschicke von Zehntausenden und Hunderttausenden von Arbeitern"⁴⁾.

2. Industrielle Reservearmee und Verelendung des Proletariats.

Dem wachsenden Reichtum einiger weniger stehen steigende Armut und Ausbeutung einer Masse von besitzlosen Arbeitern gegenüber. Diese Entwicklung der Einkommensverhältnisse der Arbeiter wird mit der Veränderung in der organischen Zusammensetzung des Kapitals zugunsten des konstanten und auf Kosten

1) Marx, Kapital I, 622.

2) Politökonomie, 139.

3) ebd.

4) Politökonomie, 139 f.

des variablen Kapitalteils erklärt. Die Nachfrage nach Arbeitskräften sinkt relativ im Verhältnis zur Nachfrage nach Investitionsgütern, obwohl "die Gesamtzahl des Proletariats mit der Entwicklung des Kapitalismus wächst¹⁾". Die Masse der unbeschäftigten Arbeiter bildet die "industrielle Reservearmee", ein "notwendiges Zubehör der kapitalistischen Produktion²⁾". Durch ihr Streben nach Arbeit drücken die Arbeitslosen auf das Lohnniveau, sodaß der Lohn in Höhe des Reproduktionswertes der Arbeitskraft stehen bleibt. Infolgedessen können die Arbeiter nie mehr als das Lebensnotwendige verdienen und der volle, von ihnen geschaffene Mehrwert fällt an die Kapitalisten.

Die Reservearmee rekrutiert sich laufend aus den Arbeitern, die im Zuge des technischen Fortschritts durch Maschinen freigesetzt werden. Dabei ist es gleichgültig, ob sie direkt freigesetzt werden, oder ob sie durch ihre Entlassung die Einstellung anderer, der "zuschüssigen Arbeiterbevölkerung" angehörenden erschweren³⁾. Im Zuge der Industrialisierung wächst die industrielle Reservearmee. Wenn sie sich in den Perioden des Aufschwungs verringert, so vergrößert sie sich immer wieder in den im Kapitalismus unausweichlich eintretenden Krisenzeiten⁴⁾⁵⁾.

1) Politökonomie, 140.

2) Marx, Kapital I, 679 und Politökonomie, 143.

3) Marx sah den Einfluß der Lohnsteigerungstendenzen im Zuge der Akkumulation auf die Investition von arbeitssparenden Maschinen. Er bringt das Beispiel von Investition in der englischen Landwirtschaft. Je stärker die Tendenzen zur Lohnsteigerung sich zeigten, desto mehr versuche jeder Kapitalist zu investieren, um vom Produktionsfaktor Arbeit unabhängig zu werden. Infolgedessen fiele die Nachfrage nach Arbeit "absolut" und die Reservearmee wachse. (Vgl. Marx, Kapital I, 672 f.)

4) Politökonomie, 143.

5) Marx beschreibt die Entstehung von Krisen im 1. Band des "Kapital": Die Lohnsteigerungen während des Aufschwungs könnten den Mehrwert wohl schmälern, jedoch nie mehr als bis zu dem Punkt, "wo die das Kapital ernährende Mehrarbeit nicht mehr in normaler Menge angeboten wird". An dieser Stelle "tritt eine Reaktion ein: Ein geringerer Teil der Revenue wird kapitalisiert, die Akkumulation erlahmt und die steigende Lohnbewegung empfängt einen Gegenschlag." (K I, 652).

Als Folgen der industriellen Reservearmee gelten die absolute und die relative Verelendung des Proletariats¹⁾. In den letzten Jahren ist in der offiziellen sowjetischen Literatur eine Wendung vollzogen, die die offensichtlich falschen Aussagen von Marx über die Verelendung des Proletariats im Kapitalismus etwas korrigieren und damit die Verelendungstheorie in ihrer Gesamtheit retten sollen:

In der 1. Auflage der Politökonomie von 1955 (russische Ausgabe vom Herbst 1954) wird die absolute Vereelendung des Proletariats mit mehreren Beispielen behandelt. Der Reallohn sei gesunken und befinde sich im 20. Jahrhundert "in England, den USA, Frankreich, Italien und anderen kapitalistischen Ländern auf einem niedrigeren Stand als um in die Mitte des 19. Jahrhunderts²⁾".

Umfang und Dauer der Arbeitslosigkeit seien gewachsen und andererseits habe das "schrakenlose Anwachsen der Arbeitsintensität und ... Verschlechterung der Arbeitsbedingungen" dazu geführt, daß die Arbeitsfähigkeit der Arbeiter früh verbraucht sei. Schließlich werden die schlechten Ernährungs- und Wohnverhältnisse beschrieben und für den Rückgang der Geburten von den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts bis in die dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts verantwortlich gemacht³⁾.

1) "Die absolute Verelendung des Proletariats bedeutet Absinken seines Lebensstandards." (Politökonomie, 146) "Die relative Verelendung des Proletariats besteht darin, daß in dem Maße wie der gesellschaftliche Reichtum wächst, der Anteil der Arbeiterklasse an dem in den kapitalistischen Betrieben erzeugten Nationaleinkommen abnimmt, während der Anteil der Kapitalisten sich erhöht." (Politökonomie, 145).

2) Politökonomie, 1955, 167.

3) Politökonomie, 1955, 168.

In der 3. überarbeiteten Ausgabe der Politökonomie von 1959 (russische Ausgabe Ende 1958) und besonders im Lehrbuch "Grundlagen des Marxismus-Leninismus" von 1960 (russische Ausgabe Ende 1959) wird die absolute Verelendung sehr viel weniger hervorgehoben. In der Politökonomie werden noch die "relative und absolute Verelendung des Proletariats" behandelt,¹⁾ in den Grundlagen des Marxismus-Leninismus ist jedoch nur noch von der "Verschlechterung der Lage der Arbeiterklassen" die Rede²⁾. Die Verschlechterung der Lage der Arbeiterklassen wird für die Zeiten der Überproduktionskrisen betont. Steigende Löhne im Kapitalismus sind erwähnt, aber selbst dann verschlechtere sich die Lage der Werktätigen, da erhöhte Arbeitsintensität bessere Nahrung, medizinische Betreuung usw. erfordere, diese jedoch nicht oder unvollkommen zur Verfügung stünden. Die "absolute Verelendung des Proletariats" wird aus einem "Gesetz"³⁾ in eine "Tendenz des Kapitalismus" umgedeutet, die sich "in den verschiedenen Ländern und Zeitabschnitten ungleichmäßig, über Abweichungen, durchgesetzt (hat) und ~~der~~ andere Faktoren entgegenwirken"⁴⁾. Als gegenläufige Faktoren werden der "Kampf der Arbeiterklasse für die Erhöhung des Arbeitslohnes und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen" erwähnt, die besonders nach dem 2. Weltkrieg wirksam geworden seien. "Die Ergebnisse der sozialistischen Länder zwingen die Bourgeoisie, den Werktätigen Zugeständnisse zu machen"⁵⁾. Diejenigen westlichen Theoretiker werden "Verleumder und Verfälscher" genannt, die glaubten, daß nach der Theorie von Marx und Lenin der "Lebensstandard der Arbeiter aller kapitalistischen Länder heute niedriger (sei) als etwa zu Anfang des 20. Jahrhunderts"⁶⁾.

1) Politökonomie, 144 ff.

2) Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 276 ff.

3) Vgl. auch Marx, Kapital I, 680: es sei ein Gesetz, daß "der Akkumulation von Kapital (eine) entsprechende Akkumulation von Elend" gegenüberstehe, wie hoch auch immer die Zahlungen an den Arbeiter seien.

4) Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 277 f.

5) Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 278.

6) ebd.

Trotz der Zugeständnisse, die bezüglich der Lohnhöhe und des Lebensstandards im modernen Kapitalismus gemacht werden, ist es jedoch "klar, daß dieser Umstand den Marxismus nicht im mindesten widerlegen kann¹⁾²⁾".

8. Ansatzpunkte zur Kritik an der sowjetischen Darstellung des vormonopolistischen Kapitalismus.

In ihrer Darstellung des Eigentums und seiner Funktionen im Kapitalismus fußen die sowjetischen Ideologen auf einer vom heutigen Standpunkt aus veralteten Untersuchung. Obwohl sich das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ebenso wie die theoretischen Erkenntnisse der Nationalökonomie seit Marx grundlegend gewandelt haben, halten die sowjetischen Ideologen an seiner Beschreibung der kapitalistischen Ordnung und an den Vorhersagen über die Entwicklung des Systems fest und übertragen die aus der Mitte des 19. Jahrhunderts stammenden Aussagen von Marx unverändert auf die veränderten Verhältnisse um die Mitte des 20. Jahrhunderts. Die Gründe dafür liegen in der engen Verknüpfung von praktischer Politik und kommunistischer Ideologie im Sowjetsystem. Die marxistische Lehre gilt als Leitbild jedes einzelnen wie des Staates und dient - stillschweigend oder offen von der politischen Führung den Bedürfnissen der Zeit entsprechend ausgewählt oder modifiziert - zur Rechtfertigung ihrer Handlungen. Sie ist die Rechtfertigung des sowjet-sozialistischen Systems an sich, denn sie gilt als wissenschaftliche Grundlage für die "allgemeine Krise des Kapitalismus³⁾", an deren Ende der Untergang des kapitalistischen Systems und der endgültige Sieg der kommunistischen Ordnung steht. Insofern ist die

1) Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 278.

2) Die unterschiedlichen Aussagen über die Verelendung werden jeweils durch Zitate von Lenin belegt, um die Richtigkeit und Dogmentreue der heutigen Lehre zu beweisen. (vgl. Politökonomie, 167 und Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 277).

3) Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 302 ff.

ritik am kapitalistischen System Grundlage für die Theorie und Politik des Sowjetsystems geworden und von daher erhält sie ihre Aktualität in unserer Zeit.-Die marxistische Darstellung von Wirtschaft und Gesellschaft ist in mehrfacher Hinsicht überholt. Marx hatte die zum Teil wirklich elende Lage der Arbeiter in Europa, insbesondere in England um die Mitte des 19.Jahrhunderts vor Augen, als er seine Kritik am kapitalistischen System formulierte. Die Arbeiter dieser Zeit waren selten in der Lage, Eigentum zu bilden oder anderweitig ihre Stellung in der Gesellschaft zu verbessern. Seitdem haben die Sozialgesetzgebung der betreffenden Staaten und die Aktivität der Gewerkschaften die Lage der Arbeitnehmer von Grund auf verändert. Die Einkommensverhältnisse sind so verbessert, daß die Möglichkeit zur Eigentumsbildung und gehobener Lebensführung der Arbeiter der der "Kapitalisten" angeglichen worden ist oder sie sogar übertrifft. Die Arbeiter "reproduzierten" nicht laufend die kapitalistischen Verhältnisse des 19.Jahrhunderts und sind nicht in ihrer "elenden Lage" fixiert, sondern die Mobilität zwischen den Schichten steigt laufend an. Der "Klassenkampf" verschärfte sich nicht. Dagegen wurde der einseitig vom Eigentum bestimmte Klassenbegriff als unterscheidendes Kriterium für die Schichtungen innerhalb einer Gesellschaft fragwürdig.

Ebenso wie die wirtschaftliche Wirklichkeit des Kapitalismus sich seit der Mitte des 19.Jahrhunderts verändert hat, ist die ökonomische Theorie weiterentwickelt worden. Die Arbeitswertlehre, nach der nur die Arbeit - das "variable Kapital" - neuen Wert schafft, ist unhaltbar geworden¹⁾ und damit die Aussagen von Marx, die ausschließlich auf ihr fußen. Die Lehre von der

1) Wäre der Wert einer Ware nur durch die zu ihrer Herstellung "notwendige gesellschaftliche Arbeitszeit" gebildet, könnte man den Wertzuwachs bei Lagerung von Holz oder Wein nicht erklären. Bereits Engels kritisierte die Arbeitswertlehre, welche nur ein "Konzept" und "wie jedes Konzept nicht der Wirklichkeit entsprechend" sei. (Vgl. Wetter, Sowjetideologie, 296 f.).

Produktion des Mehrwerts durch die Arbeiter und seine unentgeltliche Aneignung durch die Kapitalisten wurde als Grundlage der Theorie von der kapitalistischen Ausbeutung für eine ernsthafte theoretische Untersuchung hinfällig. Das Lehrbuch der Politökonomie stellt sich ganz auf die von Marx im ersten Band des "Kapital" vertretene Auffassung, daß unterschiedliche organische Zusammensetzungen des Kapitals verschieden Profitraten¹⁾ erbringen, obwohl Marx selbst später diese Theorie aufgab²⁾. Da es eine historische Tatsache ist, daß die organische Zusammensetzung des Kapitals sich zugunsten des konstanten Kapitals verschiebt, müßte der Profit der Unternehmer laufend sinken. Diese Theorie wird auch im "Gesetz des tendenziellen Falls der allgemeinen (oder Durchschnitts-) Profitrate"³⁾ gelehrt und dazu wird behauptet, daß nur erhöhte Ausbeutung der Arbeiter die Profite noch halten könnten. Diese Aussagen stehen im krassen Widerspruch zur Realität, so daß sich eine weitere Diskussion erübrigt. Interessant ist schließlich, daß der von Marx beobachtete "anarchische Charakter" der kapitalistischen Produktion und Verteilung heute als Begründung für die sowjetische totale Planwirtschaft und der Behauptung, sie sei den marktwirtschaftlichen Systemen des "Westens" überlegen, herangezogen wird, obwohl es nicht bewiesen ist, daß die bisher trotz dauernder Reformen immer noch schwerfällige totale Planwirtschaft reibungs- und verlustloser arbeitet als eine grundsätzlich durch Angebot und Nachfrage am Markt und nur begrenzt durch staatliche Interventionen "gelenkte" Wirtschaft.

1) Politökonomie, 166 f.

2) Zu der im 3. Band des "Kapital" revidierten Auffassung von Marx, nach der doch gleichwertige Kapitalien unabhängig von ihrer Zusammensetzung etwa gleiche Profite erbringen, vgl. Wetter, Sowjetideologie, 297 f.

3) Politökonomie, 167 ff.

B. STELLUNG DES EIGENTUMS IM IMPERIALISMUS, DEM HÖCHSTEN UND LETZTEN STADIUM DES KAPITALISMUS.

DIE SOWJETISCHE IMPERIALISMUSTHEORIE, EINFÜHRUNG UND ANSATZPUNKTE ZUR KRITIK.

Die Imperialismustheorie ist in der Hauptsache von Lenin entwickelt worden¹⁾. Lenin, und mit ihm die modernen sowjetischen Ökonomen, vertreten die Ansicht, daß der vormonopolistische Kapitalismus im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts beendet und in das Stadium des monopolistischen Kapitalismus oder Imperialismus getreten sei. Der Imperialismus ist gegenüber dem vormonopolistischen Kapitalismus nichts grundsätzlich neues. Die Entwicklungsgesetze mit verstärkter Zerstörungskraft²⁾. Im Imperialismus ändert sich auch nichts grundsätzlich an den rechtlichen Eigentumsverhältnissen und den gesellschaftlichen Stellungen der Menschen. Neben den Monopolen, in denen das Eigentum in bisher nicht gekanntem Maß konzentriert ist, bestehen Klein- und Mittelbetriebe weiter. Sie seien besonders in der Leichtindustrie, dem Handel und der Landwirtschaft vertretungsfähig, während die Monopole in der Grundstoff- und Schwerindustrie sowie dem Bankwesen vorherrschen.

In fünf Punkten stellt Lenin die wichtigsten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen des kapitalistischen Systems zusammen, die sich seit den Schriften von Karl Marx vollzogen haben. Soweit Lenin sich mit den Tatsachen befaßt - steigender nationaler und internationaler Einfluß der Monopole, Verschmelzung von Bank- und Industriekapital, verstärkter Kapitalexport-, sind seine Aussagen historisch belegbar. Wenn er aber Folgerungen

1) W.I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus (1916).

2) Politökonomie, 275.

aus den tatsächlichen Wandlungen des Kapitalismus zieht und diesen damit zu charakterisieren glaubt, sind seine Aussagen für einen Nichtkommunisten einfach falsch¹⁾. Der Imperialismus hat sich nicht als "sterbend, parasitär und faulend" erwiesen. Ebenso haben die Monopole nicht die von Lenin vorausgesehene Machtfülle erreicht, da die staatliche Gesetzgebung Kontrollmöglichkeiten im Interesse der Allgemeinheit geschaffen hat. Lenin vergisst auch in seiner Untersuchung die Sozialgesetzgebung moderner kapitalistischer Staaten und den erfolgreichen Kampf der Gewerkschaften für Lohnerhöhungen zu erwähnen; im Interesse einer geschlossenen, möglichst negativen Darstellung des heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystems bleibt diese Lücke in der Beschreibung in den heutigen sowjetischen Lehrbüchern bestehen. Weiterhin ist nach dem zweiten Weltkrieg mit einer neuen, nichtkolonialistischen Politik gegenüber den Entwicklungsländern begonnen worden, die keine Züge der von Lenin beobachteten Unterdrückung und Ausbeutung mehr trägt. Lenin nennt als wichtigste Veränderung des kapitalistischen Systems im Imperialismus:

- "1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen;
2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses 'Finanzkapitals';
3. der Kapitalexport, im Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung;
4. es bilden sich internationale Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen; und
5. die Territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet." 2)

1) Für die Kommunisten sind Lenins Aussagen voll verbindlich, da sie unterschieds- und kritiklos in die heutige Lehre übernommen worden sind.
 2) Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Ausgew. Werke, 839 f.

Zu 1. Monopolisierung der Wirtschaft.

Durch den wirtschaftlichen Aufschwung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und den Fortschritt der Technik waren besonders in der Grundstoff- und Schwerindustrie größere Kapitalmengen für die Produktion notwendig geworden, die von den bisher vorherrschenden Klein- und Mittelbetrieben nicht aufgebracht werden konnten. Aktiengesellschaften, die Zugang zum Kapitalmarkt haben, sind den Betrieben von Einzelbesitzern bei der Kapitalbeschaffung überlegen und breiteten sich infolgedessen immer mehr aus. Durch diese Entwicklung wurde der "Übergang von der Herrschaft der freien Konkurrenz zur Herrschaft der Monopole" vorbereitet¹⁾. Monopole sind "große kapitalistische Betriebe", die einen so bedeutenden Anteil der Produktion oder des Absatzes einer bestimmten Produktionsart haben, daß sie die Konkurrenz einschränken und Monopolpreise festsetzen können. Sie sichern sich damit einen Monopolprofit, der noch über den Unternehmerprofit hinausgeht²⁾. Monopole unterdrücken nicht nur die kleinen Unternehmen, sondern plündern auch den Käufer aus und sichern sich die "Kommandohöhen" der Wirtschaft³⁾.

Bei der Betrachtung des Imperialismus müssen im Hinblick auf die Eigentumsverhältnisse "Konzentration der Produktion" und "Zentralisation des Kapitals" unterschieden werden. Die Konzentration der Produktion ist die Zusammenfassung der Produktion gleichartiger Waren oder verschiedener Produktionsstufen. Sie muß nicht unbedingt das Eigentum an den Produktionsmitteln ändern. Häufig ist die Produktion einer Ware stark konzentriert, das Eigentum am Unternehmen in Form von Aktien jedoch stark gestreut. Andererseits ist die Zentralisation von Kapital in der Hand eines Industriellen möglich, der Eigentümer mehrerer Betriebe mit unterschiedlicher Produktion ist.

1) Politökonomie, 243.

2) Politökonomie, 244 f.

3) Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 281.

Lenin sieht richtig, daß das Eigentum durch die entstandenen Monopole im Vergleich zum vormonopolistischen Kapitalismus seine Funktion gewandelt hat, während hier der Eigentümer Unternehmer ist und die Verfügungsgewalt über sein Eigentum besitzt, gibt er als Anteilseigentümer zum Beispiel einer Aktiengesellschaft diese Rechte zugunsten einer eigentumslosen, mit der technischen Leitung betrauten Führungsschicht auf und verliert folglich seine (in nichtsozialistischer Sicht) "produktive Aufgabe" als Unternehmer. Lenin deutet diese Entwicklung als Sozialisierung der wirtschaftlichen Realität, als Eintritt in die "Fäulnisphase des Kapitalismus", in der der Wirtschaftsablauf bereits so sehr von der technischen Administration übernommen worden ist, daß er sich ohne Kapital vollziehen könne, diese sich also "überflüssig" gemacht haben¹⁾.

Zu den Klassengegensätzen zwischen Kapitalisten und Arbeitern kommen die zwischen den Monopolisten und Großindustriellen einerseits und den kleinen und mittleren Unternehmern andererseits hinzu²⁾.

Neben diesem "Grundwiderspruch des Kapitalismus" wirken die Widersprüche der Konkurrenz³⁾, der Anarchie der Produktion und der Krisen⁴⁾. Alle zusammen

1) Erik Boettcher, Die sowjetische Wirtschaftspolitik am Scheideweg, 5.

2) Politökonomie, 248.

3) Konkurrenz besteht einmal innerhalb der Monopole. Je nach der Form der Monopols zeigt sie sich als Konkurrenz um die Märkte und deren Produktions- bzw. Absatzteile (bei Syndikaten und Kartellen), oder als Konkurrenz um leitende Positionen (in Trusts und Konzernen). Außerdem herrscht Konkurrenz zwischen den Monopolen um den Absatz und schließlich wird die Konkurrenz zwischen Monopolen und nichtmonopolisierten Betrieben erwähnt, bei der auf lange Sicht die Monopole als stärkere Marktpartei gewinnen müssen. (Vgl. Politökonomie, 247 f.)

4) Politökonomie, 247.

führen nach Lenin den Untergang des Kapitalismus herbei.

Der neueste Beitrag zur Imperialismustheorie ist die Lehre vom "staatsmonopolistischen Kapitalismus" entstanden¹⁾. Danach sollen die Monopolisten so groß und im politischen Leben so einflußreich geworden sein, daß sie sich dem Staatsapparat unterordnen und seine Schlüsselposition besetzen können. Damit soll der Staat kontrollieren im Interesse der Bevölkerung die Monopole, sondern diese lenken die Wirtschaft, um hohe Monopolprofite und ihre ökonomische sowie politische Herrschaft zu sichern. Die Staaten mischten sich immer mehr in das Wirtschaftsleben ein. Die privaten Eigentumsverhältnisse bleiben grundsätzlich unangetastet, wenn die Staaten selbst auch verstärkt als Eigentümer und Unternehmer in der Wirtschaft in Erscheinung treten. Auch außen zeigt sich die "Aggression des Monopolkapitals" im Anwachsen des Militarismus und erhöhten Rüstungsausgaben einerseits, in der Bildung internationaler, die Monopole stützenden Wirtschaftsvereinigungen (Montanunion, OPEC) andererseits. Das Staatseigentum in westlichen kapitalistischen Staaten wächst, solange die alte Ordnung mit Privateigentum an den Produktionsmitteln herrscht und die Kapitalisten Funktionen im Staat haben können, kapitalistisches, ausbeuterisches Eigentum und es kann nicht von Sozialismus oder Sozialisierung im sowjetischen Sinn gesprochen werden²⁾. Jede Handlung auf den Weg zur Nationalisierung hin, die eine "Form der kapitalistischen Vergesellschaftung der Produktion" ist, bedeutet nur eine Verstärkung des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Allerdings wird im Anschluß an Lenin zugegeben, daß Nationalisierungen die Umstellung auf die sozialistischen Wirtschaftsform vereinfachen, wenn sie einer sozialistischen Revolution vorgehen³⁾. Interessant ist hier der graduelle Unterschied, der zwischen Verstaatlichungen in hochindustrialisierten, kapitalistischen

Der staatsmonopolistische Kapitalismus zeichnet sich nach sowjetischer Lehre durch

"eine äußerst hohe Stufe der kapitalistischen Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die Verflechtung der privaten und staatlichen Monopole und die Unterordnung des Staatsapparates unter die Monopole" aus.
(Politökonomie, 282f.)

) Politökonomie, 283.

) Politökonomie, 284.

Ländern und Nationalisierungen in Entwicklungsländern gemacht wird, "die vom System des Imperialismus abfallen". In diesen Ländern ist die Verstaatlichung ein Akt des "antiimperialistischen Kampfes und der Sicherung der ökonomischen Unabhängigkeit des Landes ¹⁾²⁾".

Zu 2. Finanzkapital.

Akkumulation des Kapitals und Konzentration der Produktion in der Industrie haben den Anteil des Profits erhöht. Die auf diese Weise entstandenen Geldmittel werden nicht immer im gleichen Unternehmen investiert, sondern sammeln sich in den Banken, die neue, gewinnbringende Anlagemöglichkeiten finden. Die engen Verbindungen zwischen Banken und Industrie, die sich auf diese Weise in Form von langfristigen Krediten und Bankeigentum an Industrieunternehmen bilden, stärken die "wirtschaftliche Macht und Bedeutung der modernen Monopole", der Banken. Da andererseits die Unternehmen Eigentum an Banken erwerben, ist das "monopolistische Bank- und Industriekapital" miteinander verflochten und bildet das sogenannte "Finanzkapital"³⁾. Äußeres Zeichen der Verschmelzung ist die Personalunion der leitenden Männer in Banken und Industriebetrieben. Diese Männer haben nicht nur über ihr Eigentum, sondern mit Hilfe der Majoritätsbestimmungen und eines komplizierten Beteiligungssystems, nach dem von einer Muttergesellschaft aus mehrere Tochter- und Enkelgesellschaften kontrolliert werden, auch über das Kapital der kleineren Aktionäre zu bestimmen. So ist es einigen wenigen "Finanzmagnaten möglich,

1) Politökonomie, 284 .

2) Zu Nationalisierungen in sozialistischen Wirtschaftssystemen vgl. Teil II, A I 1) Entstehung des Staatseigentums: Die sozialistische Nationalisierung

3) Politökonomie, 249.

über riesige Summen fremden Kapitals zu verfügen¹⁾".

Bei den Urteilen von Lenin und den Autoren der Politökonomie wird unterstellt, daß die Eigentümer der großen Kapitale ihre Monopolstellung ohne Kontrollen durch den Staat oder andere Wirtschaftsteilnehmer mißbrauchen. Kontrollen der verschiedensten Art, wie sie in einer modernen Marktwirtschaft im Kapitalismus bestehen, werden falsch kommentiert oder gar nicht erwähnt, da sie die sowjetische Auffassung vom kapitalistischen Staat stören würden, nach der die Gesellschaft unter der Herrschaft der Monopolkapitalisten steht. - Interessant ist, daß im Zusammenhang mit den Eigentumsverhältnissen in modernen "staatsmonopolitischen" Staaten die Reprivatisierung von Staatseigentum - "die gewöhnlich zu einem Spottpreis erfolgt" - wohl erwähnt, jedoch als Möglichkeit zur breit gestreuten Eigentumsbildung an Produktionsmitteln weder ausdrücklich anerkannt noch abgelehnt wird²⁾. Grundsätzlich ist nach marxistischer Auffassung keine Eigentumsbildung in Arbeiterhand möglich, da diese nur mit ihrem Reproduktionswert, d.h. mit dem Lebensnotwendigen entlohnt werden. Im Fall der Reprivatisierung wird jedoch auf einen Hinweis verzichtet, daß sie allein den Kapitalisten zugute komme, was möglicherweise ein Zeichen für die punktweise Annäherung der sowjetischen Kapitalismustheorie an die Realität ist.

1) Politökonomie, 252.

2) Politökonomie, 284.

Zu 3. Export von "Kapital" und "Ausbeutung".

Durch den Kapitalexport werden ärmere Länder in die Einflußsphäre der reicheren gebracht, die Machtstellung der Monopolisten wird "international"¹⁾. Lenin erklärt den Kapitalüberschuß der hochindustrialisierten Länder, der sie zu dessen Export befähigt, mit dem niedrigen Lebensstandard der Massen und der geringen Produktivität der Landwirtschaft im Vergleich zur Industrie. Aus diesen Gründen fehle die kaufkräftige Nachfrage, die rentable Kapitalanlagen im Inland ermögliche. - So wie die wirtschaftlichen Verhältnisse der Industriestaaten bestimmend für die unterentwickelten Länder werden, greift auch die Ausbeutung auf sie über²⁾. Bei der Behandlung des Kapitalexports werden die negativen Möglichkeiten, die im kapitalistischen System liegen, einseitig hervorgehoben. Die besonders in den letzten Jahren nach dem 2. Weltkrieg praktizierte Hilfe für Entwicklungsländer, wobei die kapitalnehmenden Länder zu Vertragspartnern auf gleicher Stufe wie die kapitalgebenden Länder geworden sind, wird nicht erwähnt oder als imperialistische Tendenz des modernen Kapitalismus falsch gedeutet. Ausdrücklich wird geschrieben: "Der Kolonialismus verhindert die Industrialisierung der abhängigen Länder", die - zu "Rohstoffabhängigkeit" der Industrieländer degradiert - willkommene Absatzmärkte der imperialistischen Staaten seien.

Zu 4. Internationale Monopolistenverbände.

Ungebunden von nationalen Grenzen, oft unter Mitwirkung der Regierungen selbst, entstehen internationale Abmachungen der Monopole über Märkte, Preispolitik und Produktionsumfang³⁾. Private und staatliche Monopole verflechten sich bei dieser Aufteilung der Welt. Die Folge ist dauernder Kampf der verschiedenen Gruppen gegeneinander.

1) Politökonomie, 254.

2) Politökonomie, 264.

3) Politökonomie, 255.

Zu 5. Aufteilung der Welt unter die kapitalistischen Großmächte.

Lenin versteht unter der "Aufteilung der Welt" die Teilung der Welt unter die Kapitalistenverbände und bürgerlichen Staaten, Kolonien und Halbkolonien¹⁾. Seitdem am Anfang des 20. Jahrhunderts die Aufteilung der Welt beendet wurde, tobt der Kampf um ihre Neuaufteilung unter den imperialistischen Großmächten²⁾. Auch diese These Lenins wird von der neuen sowjetischen Wirtschaftstheorie unverändert übernommen. Es wird verschwiegen, daß seit dem 2. Weltkrieg der größere Teil der Kolonien die politische Selbständigkeit erlangt hat und wirtschaftliche Entwicklungshilfe von den ehemaligen Kolonialmächten bekommt. Ebenso wird verschwiegen, daß ein "kalter Krieg der Ideologien" - der westlich-demokratischen gegen die östlich-totalitäre - längst den "heißen Kampf" um die Neuaufteilung der Welt abgelöst hat.

Die Grundursache der Krise des Kapitalismus in seinen beiden Formen als vormonopolistischer und imperialistischer Kapitalismus ist das Wirken des "ökonomischen Grundgesetzes des Kapitalismus". Im Kapitalismus herrscht es mit Hilfe des "Gesetzes des Durchschnittsprofits," d.h. durch die freie Konkurrenz werden Extraprofite nach einiger Zeit nivelliert und die Kapitalisten bekommen langfristig nur den Durchschnittsprofit. Im Imperialismus dagegen haben die Monopole die Marktmacht, ihre überhöhten Monopolgewinne zu halten³⁾. Die Arbeiter werden auch als Konsumenten mit Hilfe der Monopolpreise und des kapitalistischen Steuersystems ausgebeutet. Die Kleinproduzenten haben oft nicht mehr ihren Durchschnittsprofit und werden "ruiniert". Die Ausbeutung der Bauern schließlich wird durch die sogenannte "Preisschere"

1) Halbkolonien sind nach Lenin Länder, die formell selbständig, praktisch jedoch unter der wirtschaftlichen und folglich auch politischen Herrschaft eines imperialistischen Staates stehen. (Politökonomie, 256).

2) Politökonomie, 257 f.

3) Politökonomie, 259.

erklärt, nach der ein Mißverhältnis zwischen den Preisen der industriellen Waren und der landwirtschaftlichen Produkte zu Ungunsten der letzteren besteht. Letztenendes altert der Imperialismus und wird zu einem "faulenden oder parasitären Kapitalismus". Der Einfluß der Monopole in der Wirtschaft läßt eine "Tendenz zur Stagnation und Fäulnis" entstehen. Die Monopole suchen den technischen Fortschritt aufzuhalten, da er sich gegen ihre Monopolstellung auf dem Markt richten könnte. Ihr Monopolprofit ist ihnen auf Grund ihrer herrschenden Stellung gesichert und muß nicht über die Konkurrenz und den technischen Fortschritt erkämpft werden¹⁾. Die Monopole stellen sich in den Dienst der Forschung nur, wenn sie im Interesse der "Sicherung hoher Profite für ein Häuflein von Finanzmagnaten" geschieht²⁾. Als Konzession an die Realität in modernen kapitalistischen Staaten wird dem kapitalistischen System aber bescheinigt, daß ihm die Tendenz zu technischen Fortschritten innewohne, allerdings - so wird kritisch hinzugefügt - sei die Entwicklung ungleichmäßig und bleibe hinter den Möglichkeiten zurück, die moderne Wissenschaft und Technik bieten³⁾.

Die Tendenz zur Fäulnis zeigt sich nach leninscher Auffassung auch im Anwachsen des "Parasitismus"⁴⁾. Damit wird die moderne Entwicklung der Großbetriebe, speziell der Aktiengesellschaften kritisiert, bei denen Eigentum und Leitung in der Regel auseinanderfallen und ein neuer Typ des Wirtschaftlers, der "Manager", entstanden ist. Der Eigentümer wird aus einem Wirtschaftsleiter zu einem "Rentier". Auf der Arbeiterseite stehen dem Rentier eine wachsende Arbeitslosenarmee gegenüber. Ihre berechnete Opposition an

1) Politökonomie, 259.

2) Diese Behauptung wird als "Gesetz des Monopolpreises" bezeichnet und liegt unabdingbar allen Untersuchungen des Kapitalismus zugrunde, sodaß die sozialistischen Ideologen nicht zugeben können, daß die Fortschritte der Forschung z.B. oft zu Preissenkungen führen und folglich der gesamten Bevölkerung zugute kommen.

3) Politökonomie, 276 ff.

4) Politökonomie, 278.

den bestehenden Verhältnissen wird durch einige qualifizierte Arbeiter verhindert. Diese "Arbeiteraristokratie" wurde mit höheren Löhnen bestochen, um die Kapitalisten in ihrer reaktionären Politik zu unterstützen ¹⁾.

Letztenendes wirken drei Widersprüche als "Totengräber des Kapitalismus" und führen dessen Untergang herbei:

1. Der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital, durch den die Ausbeutung in so unerträglichem Maß verstärkt wird, daß die Arbeiterklasse sich zwangsläufig in einer Revolution erheben muß.
 2. Der Widerspruch zwischen den imperialistischen Mächten, d.h. der Kampf der Monopole um ihre Einflußsphären, der teilweise zu Kriegen führe, in denen die betreffenden Mächte sich so schwächen, daß sie dem Ansturm der Revolution nicht mehr gewachsen sind.
 3. Der Widerspruch zwischen Kolonien und Halbkolonien und den sie ausbeutenden imperialistischen Mächten. Dabei wird unterstellt, daß die nationale Befreiungsbewegungen der Kolonien sich mit dem revolutionären Kampf der Arbeiterklasse in den imperialistischen Staaten verbinden werden, um gemeinsam die kapitalistische Unterdrückung abzuschütteln.
- An diesem Punkt der Entwicklung des Kapitalismus ist die proletarische Revolution unvermeidlich geworden und muß mit Hilfe einer aktiven, zielstrebigen Politik der Arbeiterklasse durchgeführt werden ²⁾. Die materiell-technische Voraussetzung des Sozialismus - das heißt ein Niveau der industriellen Produktion, auf welchem das private Kapitaleigentum ohne Schwierigkeiten vom gesellschaftlichen Eigentum abgelöst werden kann -, sind gleichzeitig so weit entwickelt, daß das neue fortschrittliche System von Wirtschaft und Gesellschaft errichtet werden kann.

1) Politökonomie, 280.

2) Politökonomie, 281 f.

Obwohl schon Lenin vergeblich auf die Erhebung der Arbeitermassen in den hochindustrialisierten Ländern gewartet hatte und auch im Anschluß an den zweiten Weltkrieg der "Zuwachs im sozialistischen Lager" nicht durch echte sondern durch von Moskau "ferngesteuerte" proletarische Revolutionen oder militärische Interventionen erreicht worden ist, geben die sowjetischen Ideologen die These vom sterbenden Kapitalismus und den zwangsläufig folgenden Revolutionen nicht auf. Der "Widerspruch zwischen den kapitalistischen Mächten" ist im Vergleich zum Widerspruch zwischen den ~~westlich-demokratischen~~ und den östlich-totalitären Ländern so in den Hintergrund gedrängt, daß er nicht mehr ernsthaft als Grundlage von Kriegen innerhalb der westlichen Großmächte angesehen werden kann.

Schließlich hat sich auch erwiesen, daß die ehemaligen Kolonien stark genug waren, allein ihre Selbständigkeit zu erkämpfen. Sie hätten auf Grund der von Lenins Voraussagen abweichenden Entwicklungen der Arbeiterklasse in kapitalistischen Ländern auch nicht auf deren Hilfe hoffen können: die Arbeiterklasse der sogenannten imperialistischen Staaten ist nicht so homogen, proletarisch und antinational eingestellt, wie die kommunistische Propaganda sie im Interesse ihrer Revolutionstheorie zu beschreiben pflegt.

II. Teil

STELLUNG DES EIGENTUMS IM SOZIALISTISCHEN WIRTSCHAFTSSYSTEM.

Im ersten Teil der Arbeit wurde dargestellt, welche Bedeutung dem Eigentum in den vorkapitalistischen und kapitalistischen Wirtschaftsordnungen in der sowjetischen Ideologie zugeschrieben wird. Bis auf wenige Hinweise auf die wirtschaftliche Wirklichkeit erübrigt sich ein Vergleich der Theorie der Politökonomie mit der historischen Realität, da die moderne sowjetische Wissenschaft die marxistisch-leninistische Lehre vom wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenleben der Menschen mit nur geringen Korrekturen übernommen hat. Neuere Forschungsergebnisse oder Veränderungen des kapitalistischen Systems, welche zu einer Revision der sowjetischen Ideologie hätte führen müssen, sind nicht berücksichtigt worden.

Die sowjetsozialistische Ideologie fußt also mit ihrer Kritik am kapitalistischen System und - als Konsequenz aus der Kritik - in ihrer Lehre vom "neuen sozialistischen Eigentum" auf der im ersten Teil der Arbeit beschriebenen Theorie. Aufgabe des zweiten Teils der Arbeit soll sein, die sowjetische Lehre vom sozialistischen Eigentum darzustellen und ihrer Verwirklichung im sowjetischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem kritisch gegenüberzustellen. Am Schluß der Arbeit soll schließlich die Frage beantwortet werden, ob die entscheidenden am Kapitalismus kritisierten Punkte im Sozialismus geändert wurden, und wie weit es der politischen Führung im sowjet-russischen System gelungen ist, ihre Konzeption des sozialistischen Eigentums zu verwirklichen. - In diesem Zusammenhang muß auch die Frage berücksichtigt werden, wie weit die Kritik am kapitalistischen System nicht vielmehr eine Kritik an den effektiven oder eingebildeten Nachteilen einer arbeitsteiligen industriellen Wirtschaft und Gesellschaft ist, welche ohne Zusammenhang mit einem bestimmten Ordnungssystem bestehen. Wenn diese Frage zugunsten von systemungebundenen Phänomenen der industriellen Gesellschaft

beantwortet wird, so können einige Behauptungen über die positiven Folgen der sozialistischen Eigentumsordnung als "sozialistische Glaubenssätze" mit propagandistischem Ziel bezeichnet werden, obwohl sie in der Ideologie als historisch beweisbare Tatsachen gelten¹⁾.

Ideologie, rechtliche Regelung und wirtschaftliche Wirklichkeit des sozialistischen Eigentums sollen gemeinsam behandelt werden, da auf diese Weise am besten die vorübergehenden sowie systembedingten Übereinstimmungen oder Diskrepanzen von Ideologie und Wirklichkeit sichtbar werden. Auch beeinflussen sich Theorie und Realität des Eigentums wechselseitig: wenn sich bei der Verwirklichung eines ideologisch richtigen Plankonzepts herausstellte, daß Schwierigkeiten in größerem Ausmaß auftauchten, so ist oft nicht nur eine Reform des Planes, sondern auch der ihm zu Grunde liegenden Ideologie vorgenommen worden²⁾.

1) Vgl. im Schlußteil den Abschnitt über "Sozialistische Glaubenssätze."

2) Als eines der ersten und offensten Beispiele soll der Übergang vom Kriegskommunismus mit seinen radikalen Nationalisierungen und der allgemeinen Lohngleichheit zur Neuen Ökonomischen Politik (NEP) genannt werden. Die nach marxistischer Theorie ganz unmögliche teilweise Wiedereinführung des Kapitalismus wurde von Lenin als "notwendiger Schritt auf dem Wege zum Sozialismus" definiert. Damit wurde erstmalig die Auffassung von Marx, daß die kommunistische Ordnung sofort auf die Revolution folge, revidiert. - Noch aufschlußreicher ist das Beispiel der Lohnzahlungen: gleicher Lohn für alle - unabhängig von der Leistung - war eine Forderung der Revolution gewesen, denn im Kommunismus arbeitet nach marxistischer Lehre jeder Mensch freiwillig mit vollen Kräften für die Gemeinschaft. Als die politische Führung sah, welche katastrophalen Folgen die auf dieser These basierende Politik der Lohngleichheit für die Qualität der Arbeit hatte, wurde mit der These von der sofortigen Verwirklichung des Kommunismus auch die der gleichen Entlohnung aufgegeben. An ihre Stelle trat die Theorie vom Sozialismus als erste Etappe auf dem Weg zum Kommunismus; die Vergütung habe nach der Leistung zu erfolgen. Zum Motto des Sozialismus wurde der Satz: "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung" erklärt. Damit war der Weg zu einer ausgedehnten Lohn differenzierung mit Hilfe von gestaffeltem Lohn- und Prämiensystem ideologisch bereitet. Für den Kommunismus wird immer noch eine Verteilung nach den Bedürfnissen - und nicht nach der Leistung - versprochen, da man zu dieser Zeit im "Überfluß" leben werde. Trotz Überflußhoffnungen wurde diese Voraussetzung jedoch bereits auf die "vernünftigen Bedürfnisse" beschränkt.

Die Autoren sowjetsozialistischer Lehrbücher betonen übereinstimmend, daß die sozialistische Revolution grundsätzlich von allen anderen Revolutionen zu unterscheiden sei. Zum ersten Mal in der Geschichte sei nicht "eine Form des Privateigentums durch eine andere Form des Privateigentums" ersetzt, sondern das Privateigentum an den Produktionsmitteln wurde in gesellschaftliches Eigentum umgewandelt, - eine Neuerung, als deren Folgen automatisch "jegliche Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt" sei¹⁾²⁾.

Wenn sich die sozialistische Revolution durchgesetzt hat, beginnt die "Übergangsperiode", in der die Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur des betreffenden Landes umgeformt, "das ganze Volk im Geiste des Sozialismus erzogen" wird³⁾.

Die Übergangsperioden waren in allen Ländern des sowjetsozialistischen Blocks durch eine Reihe von Experimenten gekennzeichnet, mit denen die politische Führung das Ziel der Sozialisierung menschlicher Daseinsgestaltung zu verwirklichen suchte. Die Leitidee der Verwirklichung eines sozialistischen Wirtschaftssystems mit zentraler Planung und der Überführung aller Produktionsmittel in Volkseigentum unter der Führung der "Diktatur des Proletariats" lag jedoch in jedem Fall fest⁴⁾. Die Vergesellschaftung des Privateigentums an den Produktionsmitteln wurde immer als vordringliche Aufgabe proklamiert, da diese Form des Eigentums als Grundübel der alten kapitalistischen Gesellschaftsordnung gilt. Außerdem hat die Erfahrung in Rußland -

1) Politökonomie, 377f.

2) "Was den Kommunismus auszeichnet, ist nicht die Abschaffung des Eigentums überhaupt, sondern die Abschaffung des bürgerlichen Eigentums." (Marx, Kommunistisches Manifest in: Frühschriften, 540).

3) In diesem Punkt haben die Sowjetideologen unter dem Druck der Realität eine von Marx abweichende Theorie aufgestellt. Marx selbst erwartete im Anschluß an die Revolution sofort die kommunistische Ordnung (vgl. unten: Die Periode der Neuen Ökonomischen Politik.)

4) Politökonomie, 382 f.

dem ersten sozialistischen Land - gelehrt, daß das Privateigentum da, wo es in einigen Formen auch nach der Sozialisierung weiterbestand, Kräfte des Widerstands und freiheitliche Bestrebungen förderte, wie sie in anderen Bereichen nicht möglich waren¹⁾.

A. Das sozialistische Eigentum in seinen zwei Formen.

a) Begriff des sozialistischen Eigentums.

Die Unterteilung des sozialistischen Eigentums in Staatseigentum und genossenschaftliches Eigentum wurde bereits im Zivilgesetzbuch (ZGB) der RSFSR vom 1.1.1923 vorgenommen²⁾, ihre verfassungsrechtliche Verankerung erfolgte aber erst in der Verfassung von 1936, Artikel 5 :

"Das sozialistische Eigentum in der UdSSR hat entweder die Form von Staatseigentum (Gemeingut des Volkes) oder die Form von genossenschaftlich-kollektivwirtschaftlichem Eigentum (Eigentum einzelner Kollektivwirtschaften, Eigentum genossenschaftlicher Vereinigungen)".

-
- 1) Beispiele dafür sind u.a. das ablehnende Verhalten der mittleren und größeren Bauern ("Kulaken") in der Periode der Zwangskollektivierung oder die Versuche der Kollektivbauern, jedem Druck von oben mit dem Ziel einer besseren oder längeren Arbeit im Kolchos auf eine Arbeitsintensivierung in ihren Nebengewirtschaften auszuweichen.
- 2) Schroeder, (Das Eigentumsrecht, 226 f.) bezeichnet die Nennung des genossenschaftlichen Eigentums neben dem Staats- und Privateigentum in der privateigentumsfreundlichen Epoche der NEP "eine mehr deklaratorische Vorschrift, da die Genossenschaften hinsichtlich des Kreises ihres Eigentumsrechts und hinsichtlich dessen Umfanges grundsätzlich den privaten Eigentümern gleichgestellt waren". (vgl. Art. 52 u. 57 ZGB der RSFSR). - Rein juristisch waren die Genossenschaften tatsächlich den Privateigentümern gleichgestellt, materiell und ideologisch dagegen genossen sie größere Unterstützung von Seiten des Staates. (Vgl. Lenin, Über das Genossenschaftswesen, in: Ausg. Werke II, 988 und unten A II 2a): Die Entstehung des Genossenschafts- und Kollektivwirtschaftlichen Eigentums).

Das sozialistische Eigentum in seiner Gesamtheit gilt nicht nur als "Grundlage der sozialistischen Verhältnisse", die sowjetischen Autoren gehen soweit, es als "heilig und unantastbar" zu bezeichnen und eine soziale Verpflichtung des sowjetischen Bürgers zur Pflege des gesellschaftlichen Eigentums daraus abzuleiten:

"Jeder Bürger der UdSSR ist verpflichtet, das gesellschaftliche sozialistische Eigentum als heilige und unverletzliche Grundlage der Sowjetordnung, als Quelle des Reichtums und der Macht des Heimatlandes, als Quelle des wohlhabenden und kulturell hochstehenden Lebens aller Werktätigen zu hüten und zu festigen. Personen, die sich am gesellschaftlichen, sozialistischen Eigentum vergreifen, sind Feinde des Volkes." 2)

Die Bedeutung, welche dem sozialistischen Eigentum für die sowjetische Wirtschaftsordnung zugeschrieben wird, geht auch aus der Formulierung des Artikel 4 der Verfassung von 1936 hervor:

"Die ökonomische Grundlage der UdSSR bilden das sozialistische Wirtschaftssystem und das sozialistische Eigentum an den Produktionsinstrumenten und -mitteln, gefestigt im Ergebnis der Liquidierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionswerkzeugen und -mitteln und der Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen."

Das sozialistische Wirtschaftssystem und das sozialistische Eigentum werden hier als Grundlagen des sowjetischen Wirtschaftssystems auf einer Stufe genannt.

Politökonomie, 505.

Art. 131 der Verfassung von 1936. - In der gesellschaftlichen Wirklichkeit der Stalinära war der Artikel 131, insbesondere Absatz 2, die Grundlage für die terroristische Strafgesetzgebung bei Staatseigentumsdelikten. In kaum verändertem Wortlaut gibt der Artikel 131 den Vorspruch zum Sonderstrafgesetz der UdSSR vom 7.8.1932 wieder, welches geschaffen worden war, um den Widerstand der Bauern gegen die Kollektivierung zu brechen.

Maurach bezeichnet die Gleichstellung als "unlogisch", da das Wirtschaftssystem der Oberbegriff, das sozialistische Eigentum jedoch "Bestandteil oder Voraussetzung" des Wirtschaftssystems seien. Die Artikel 5 ff. gehen dann auch vom Wirtschaftssystem als Oberbegriff aus, innerhalb dessen das sozialistische Eigentum als statisches und die Planwirtschaft als dynamisches Element des Wirtschaftssystems behandelt werden¹⁾. Die Gleichsetzung des sozialistischen Eigentums mit dem Wirtschaftssystem ist ein Beispiel dafür, daß in der sowjetischen Ideologie das Eigentum als Formelement der Wirtschaftsordnung propagandistisch überbewertet wird.

In dieser Arbeit sollen die beiden Formen des sozialistischen Eigentums, das staatliche sozialistische Eigentum und das genossenschaftlich-kollektivwirtschaftliche Eigentum, in der Beschreibung der Ideologie und den kritischen Betrachtungen getrennt dargestellt werden. Das Staatseigentum kommt vorwiegend in der Industrie, das genossenschaftlich-kollektivwirtschaftliche Eigentum hauptsächlich in der Landwirtschaft vor. Auch war die ideologische, rechtliche und ökonomische Behandlung der Eigentumsformen durch die politische Führung zeitweise so unterschiedlich, daß eine getrennte Beschreibung günstiger ist.

b) Vergleich zwischen Staatseigentum und genossenschaftlich-kollektivwirtschaftlichen Eigentum.

In der sowjetischen Ideologie werden für die beiden Formen des sozialistischen Eigentums - das Staats- oder Volkseigentum²⁾ und das genossen-

1) Maurach, Handbuch, 55.

2) Staats- und Volkseigentum sind synonyme Bezeichnungen. Dies wird damit erklärt, daß im Sozialismus "das allgemeine Volkseigentum staatliches Eigentum (sei), denn die Produktionsmittel gehören der ganzen Gesellschaft und diese wird in diesem Stadium durch den Staat verkörpert". (Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 658). Der Staat, bzw. seine Repräsentantin, die Partei, gilt als "Auftragsempfängerin" und besonders Führerin der Gesellschaft. Volkswille und Parteiwille werden gleichgesetzt.

schaftlich-kollektivwirtschaftliche Eigentum Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausgestellt: In beiden Eigentumsformen sind die Produktionsmittel sozialistisch vergesellschaftet, also "Eigentum des Volkes", und werden kollektiv bearbeitet. Die Arbeitskräfte werden nach ihrer Leistung entlohnt. Sowohl Staatsbetriebe als auch Kollektivwirtschaften arbeiten nach einem zentralen staatlichen Plan. "Diese beiden Formen des Eigentums dienen den Interessen des Volkes, dem gemeinsamen Ziel - Aufbau der kommunistischen Gesellschaft".¹⁾

Die Unterschiede von Staats- und Kollektiveigentum entstehen aus dem "unterschiedlichen Grad der sozialistischen Vergesellschaftung":²⁾ das Staatseigentum gehört dem ganzen Volk, das Kollektiveigentum aber nur bestimmten Gruppen - den Kollektiven oder Vereinigungen von Werktätigen - innerhalb der Gesellschaft. Ebenso sind die Erzeugnisse der staatlichen Betriebe Eigentum der gesamten Gesellschaft, die der Kollektivwirtschaften jedoch nur eines "Ausschnittes" aus der Gemeinschaft. Folglich ist auch die Verfügung über die Erzeugnisse unterschiedlich geregelt: die Staatsbetriebe verkaufen zu staatlich festgelegten Preisen in staatlichen Läden. Die Kolchosen können neben ihrem Verkauf an den Staat über einen gewissen, wenn auch kleineren Teil ihrer Produktion frei disponieren und ihn auf dem Kolchosmarkt zu Preisen verkaufen, die ausschließlich von Angebot und Nachfrage bestimmt werden. - Die Entlohnung in staatlichen und genossenschaftlichen Betrieben ist unterschiedlich: Die Staatsunternehmen zahlen feste Löhne und Gehälter in Geld, die Kollektivwirtschaften errechnen die Arbeitsvergütung ihrer Mitglieder grundsätzlich als Gewinnbeteiligung am Jahresende und zahlen sie in Geld und Naturalien. - Die staatlichen Betriebe werden von Direktoren geleitet, die durch den Staat ein- und abgesetzt werden. Die Leiter oder Vorsitzenden der Kollektivwirtschaften werden von den Mitgliedern der Genossenschaft mehr oder weniger frei gewählt.

1) Politökonomie, 503.

2) Einzelheiten und Kritik zu den Unterschieden der beiden Eigentumsformen vgl. die jeweiligen Abschnitte über Staatseigentum und genossenschaftlich-kollektivwirtschaftliches Eigentum.

In der Ideologie wird unterstellt, daß das Staatseigentum "die Menschen dahin führt, sich nicht von Lokal- oder Gruppeninteressen des gesamten Volkes leiten zu lassen", ¹⁾ weshalb Lenin es als "konsequent sozialistisch, das heißt als die vollkommenste Form des sozialistischen Eigentums" bezeichnet ²⁾.

Das Staatseigentum gilt als die höhere, vorherrschende und führende Eigentumsform im Sozialismus. Stalin folgerte daraus, daß das Kollektiveigentum zu Staatseigentum werden müsse. Die Kolchosen sollten in Sowchosen umgewandelt werden, damit die Vergesellschaftung des Eigentums allgemein würde, denn der Gegensatz der Eigentumsformen werde den Fortschritt in der Wirtschaft hemmen. Chruschtschow vertritt dagegen heute die Ansicht, daß die Unterschiede der Eigentumsformen nicht grundsätzlicher Natur seien. Staats- und Kollektiveigentum dürften nicht in Gegensatz zueinander gestellt werden ³⁾. Es sei vielmehr falsch, heißt es in einem Kommentar zum Verhältnis der beiden Eigentumsformen, das Staatseigentum dem Kollektiveigentum gegenüberzustellen, da sie beide "vollwertiges sozialistisches Eigentum" darstellen, nur ihre Produktivität sei noch unterschiedlich ⁴⁾. Je weiter die wirtschaftlichen Verhältnisse sich

1) Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 660.

2) Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 661.

3) Rede Chruschtschow vor dem Obersten Sowjet aus Anlaß des Verkaufs der Maschinen-Traktoren-Stationen an die Kolchosen, Prawda 27.3.1958, dt.in: Ost-Probleme 9/1958, 308 ff.

4) Als Beweis für die unterschiedliche Produktivität wird angeführt, daß die Kollektivwirtschaften, soweit sie bereits zur festen Lohnzahlung übergingen, ihren Zahlungen die Lohntarife der Sowchosen zugrundelegten. "Daraus folgt, daß die Gründe der unterschiedlichen Arbeitsentlohnung in dem im Vergleich zu den gesamtationalen Betrieben niedrigen Entwicklungsniveau der Produktivkräfte der Kolchose zu suchen sind." (Malyschew in Prawda, 10.3.1958, dt.in: Ost-Probleme 9/1958, 315 f.)

entwickeln und dem Kommunismus näher kommen, desto mehr werden die beiden Eigentumsformen einander gleich. Diese Angleichung soll nicht mehr "durch den Abbau des genossenschaftlich - kollektivwirtschaftlichen Eigentums, sondern durch die Erhöhung des Niveaus seiner Vergesellschaftung mit Hilfe und Unterstützung des sozialistischen Staates"¹⁾ vollzogen werden. Als Wege zur Erhöhung des Niveaus" werden die Stärkung der unteilbaren Fonds, die restlose Vergesellschaftung aller Zweige der landwirtschaftlichen Produktion sowie die Versorgung der Kolchose mit allen lebenswichtigen Gütern und eine verstärkte Zusammenarbeit der Kolchosen untereinander empfohlen²⁾. Auf diese Weise werden sich "die Produktionsgenossenschaften allmählich dem Stand der Vergesellschaftung und dem Charakter der Arbeit sowie ihren Organisationsformen und den benutzten Ausrüstungen nach zu volkseigenen, staatlichen Unternehmungen" entwickelt haben³⁾. Gleichzeitig wird sich die landwirtschaftliche Produktion erweitern und verbessern. Der Wohlstand der bäuerlichen Bevölkerung wird steigen und das "einheitliche (allgemeine) Volkseigentum" der "einheitliche kommunistische Eigentum" wird sich herausbilden⁴⁾.

Bei allen Aussagen der Ideologie über die Eigentumsformen bleibt offen, wie es ein einheitliche kommunistische Eigentum letzten Endes organisiert sein wird und wer den Zeitpunkt bestimmt, zu dem es verwirklicht sein soll.

1) Politökonomie, 505.

2) Malyschew in Prawda v.10.3.1958, dt. in: Ost-Probleme, 9/1958, 316.

3) Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 662.
Vgl. auch Politökonomie, 500 ff., bes. 505.

4) Politökonomie, 505.

I. DAS STAATLICHE SOZIALISTISCHE EIGENTUM.

1. Entstehung des Staatseigentums: Die sozialistische Nationalisierung.

Aus der Bedeutung, die dem industriellen Privateigentum an den Produktionsmitteln im Kapitalismus zugeschrieben wird, und dem Einfluß, den das kommunistische Manifest¹⁾ und Lenins "Aprilthesen" (vgl. die 6. These) auf die russischen Revolutionäre hatte, ist zu erklären, daß zu ihren ersten Proklamationen - ein Tag nach der bolschewistischen Machtergreifung am 26. Oktober 1917 (alte Ordnung) - die entschädigungslose Nationalisierung der Großindustrie, des Verkehrswesens, der Banken, des Außenhandels und des Bodens der Großgrundbesitzer einschließlich Apanagen, Kloster- und Kirchengüter gehörte. Diese "sozialistische Nationalisierung" sollte mit der Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln die "Herrschaft der Bourgeoisie im Lande" aufheben und der "Diktatur des Proletariats die ökonomische Basis (geben), indem sie die Kommandohöhen der Volkswirtschaft, das heißt die führenden Wirtschaftszweige in die Hände der Werktätigen" legte²⁾. Auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums sollten sich nun die sozialistischen Produktionsverhältnisse entwickeln.

Die staatliche sozialistische Nationalisierung wird in der Ideologie ausdrücklich von der staatlichen kapitalistischen Nationalisierung unterschieden. Im Sozialismus, so heißt es, verändere sich durch die Nationalisierung der Charakter der Produktionsverhältnisse und folglich auch der des Staatseigentums. Der Staat gilt im Sowjetbereich als Repräsentant der Werktätigen, die als Eigentümer der Produktionsmittel sich nicht selbst ausbeuten können.

1) Vgl. Marx, Grundsätze der Revolution im Kommunistischen Manifest, in: Frühschriften, 547 f.

2) Politökonomie, 385.

Der kapitalistische Staat dagegen sei als Vertreter der besitzenden Schicht "ein Zwangsapparat der kapitalistischen Klasse als Ganzes und vor allem des Monopolkapitals", infolgedessen ebenso ein Ausbeuter wie jeder einzelne Kapitalist in seinem Betrieb¹⁾. Wenn man diese Definition des Staates voraussetzt, sind die unterschiedlichen Bewertungen des Staatseigentums in kapitalistischen und sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen verständlich. Die endgültige Sozialisierung des bereits im Nationalisierungsdekret vom 26. Oktober 1917 (alte Ordnung) genannten Bodeneigentums und seine Überführung in Staatseigentum wurde in der grundlegenden Deklaration "über die Rechte des arbeitenden und ausgebeuteten Volkes" vom 12.1.1918 in Art. II, Abs. 1 verfügt²⁾. In der gleichen Deklaration wurde die endgültige Sozialisierung der Banken vorgenommen und als erster Schritt auf dem Wege der Sozialisierung der Industrie die staatliche Kontrolle über Industrie und Transport eingeführt³⁾.

Der städtische Grund- und Gebäudebesitz wurde durch Dekret vom 20.8.1918 "über die Aufhebung des Privateigentums an Grundstücken in Städten" teilweise nationalisiert, teilweise municipalisiert. Die Verwaltung der Grundstücke

1) Politökonomie, 501.

2) "Zwecks Verwirklichung der Sozialisierung des Landes wird das Privateigentum an Grund und Boden aufgehoben, und der gesammelte Landfonds wird zum Eigentum des gesamten Volkes erklärt und ohne jedes Entgelt auf der Grundlage der ausgleichenden Bodennutzung den Werktätigen übergeben. Alle Wälder, Bodenschätze und die Gewässer von allgemein-staatlicher Bedeutung, ebenso alles lebende und tote Inventar (es handelt sich hier um das Inventar der Großgrundbesitzer, nicht das der kleinen und mittleren Bäuerne, des Verf.) die Mustergüter und Landwirtschaftsbetriebe werden zu Nationaleigentum erklärt." (Maurach, Handbuch, 56 f. Das abschließende Gesetz über die Sozialisierung von Grund und Boden vom 4.3.1918 deckt sich sinngemäß mit der Deklaration.)

3) Die Verstaatlichung der Handelsflotte folgte durch Dekret vom 26.1.1918 (Maurach, Handbuch, 57)

und Häuser lag in jedem Fall in Händen des Staates oder staatlichen Behörden¹⁾. Hypotheken über 10.000 Rubel wurden gelöscht, für andere bestimmte Rückzahlungsbedingungen festgelegt, sofern der Gläubiger nicht ein "Bourgeois" war²⁾. Die endgültige Nationalisierung der größeren Industriebetriebe erfolgte durch Dekret vom 28.6.1918. Die mittleren Betriebe (bis zu 5 Arbeitern) wurden später verstaatlicht und die restlichen kleinen, in Privateigentum stehenden Betriebe einer staatlichen Kontrolle unterworfen (Dekrete vom 26.4.1919 und vom 7.9.1920)³⁾.

Für die praktische Durchführung der Kontrollen und der Nationalisierung in der Industrie ist ein Zitat aus der Prawda vom 27.4.1918 sehr aufschlußreich:

"...Die Nationalisierung muß zu einem planmäßigen System werden, bei dem nur die größten, am besten ausgerüsteten Unternehmen in den Volksbesitz übergehen. Man soll das Allerbeste nehmen, und man darf alles nehmen, was schon reif ist. Für reif halten wir solche Fabriken, in denen es schon feste Arbeiterorganisationen gibt." 4)

2. Die Periode der Neuen Ökonomischen Politik (NEP).

a) Wirtschaftlicher Niedergang am Ende des Kriegskommunismus.

Der Kommunismus war nicht - wie noch Marx erwartet hatte - automatisch mit der Aufhebung des Privateigentums eingetreten, vielmehr hatten die rigorosen Enteignungen des Kriegskommunismus und die Wirren des Bürgerkrieges Rußland in eine ernste wirtschaftliche Krise gestürzt.

1) Maurach, Handbuch, 57.

2) Pfuhl, 29.

3) Schroeder, Eigentumsrecht, 224.

4) zitiert bei Pfuhl, 29.

Die allgemeine Lohnnivellierung und die Konfiskation aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse¹⁾ hatten jeden Produktionsanreiz genommen. Nach dem Verbot des privaten Handels erwiesen sich die staatlichen Handelsorganisationen als unfähig, die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Der Schwarzhandel, von dem besonders die Bauern profitierten, blühte und trieb die staatlich sanktionierte Geldentwertung voran²⁾. Die schlechte Ernte von 1920 und die daraufhin einsetzende Hungersnot führte zu bewaffneten Aufständen der Bauern und zu Streiks der Industriearbeiter in den Städten. Als am 1. März 1921 die Matrosen von Kronstadt, die bisher als sichere Kommunisten gegolten hatten, meuterten, wurde eine Änderung der Wirtschaftspolitik notwendig.

Diese Entwicklung ging zu einem großen Teil zu Lasten der Plankonzeption des Kriegskommunismus. Die optimistische Erwartung der Revolutionäre, die gesamte Bevölkerung werde freudig und opferbereit die Revolution und ihre Ziele unterstützen und am wirtschaftlichen Aufbau mithelfen, wurde enttäuscht. Der Trend ging allgemein weg von der schweren Handarbeit, hin zu administrativen Tätigkeiten. Zu dem menschlichen Versagen kam das technische Versagen des ersten Wirtschaftsplans, der vorwiegend die Verteilung und Rationierung ordnete und keine effektive Produktionsplanung enthielt.³⁾

b) Politik der NEP.

Lenin setzte auf dem 10. Parteitag im März 1921 die "Neue Ökonomische Politik" (NEP) gegen den Widerstand einer starken Gruppe in der Parteidurch⁴⁾.

1) Seit dem Gesetz v. 24. 1. 1919, zit. bei v. Dietze, Artikel "Mir" in HWBdVW, 947.

2) Da das Geld als ein Relikt der kapitalistischen bürgerlichen Epoche galt, sollte es systematisch entwertet werden und schließlich verschwinden.

3) Boettcher, Scheideweg, 7.

4) Die Diskussion über die notwendigen wirtschaftlichen Maßnahmen wurde in der Partei zwischen Trotzki (linker Flügel) und Bucharin (rechter Flügel) ausgetragen. Trotzki vertrat den Gedanken der Weltrevolution, die von Rußland aus ohne Rücksicht auf innere Schwierigkeiten verbreitet werden sollte...

Der Ausgangspunkt der NEP war die Ersetzung der Zwangsablieferungen der Landwirtschaft durch eine Naturalsteuer, die wesentlich niedriger war als die Ablieferungsquoten in der vorhergehenden Periode. Durch Dekret vom 21.3.1921 wurde dann der Handel mit den "freien Spitzen" mit dem Ziel freigegeben, einen lokal begrenzten Naturaltausch gegen Industrieerzeugnisse zu ermöglichen. Mit diesen Maßnahmen sollte das wirtschaftliche Interesse der Bauern und folglich ihre Arbeitsproduktivität erhöht werden¹⁾. Im November 1921 mußte Lenin bereit zugeben, daß "der Warenaustausch mißglückte... in dem Sinn, daß er sich zu einem Kauf- und Verkaufssystem ausweitete ... Der private Markt erwies sich stärker als wir, und statt des Warenaustauschs kam ein gewöhnlicher Kauf und Verkauf, kam Handel dabei heraus."²⁾ Lenin bejaht dann diesen Handel, da er die Privatinitiative anrege und erhöhte Produktion die vorrangigste Aufgabe in der augenblicklichen Situation sei. Da der Großhandel auch weiterhin in staatlicher Verwaltung stehe, bleibe der Kleinhandel unter Kontrolle und werde - obwohl er schon 1923/24 zu 57,7%³⁾ in privaten Händen war - nicht zu einer Gefahr für das grundsätzlich sozialistische Wirtschaftssystem.

*6) Privateigentum in der NEP.

Um auch die industrielle Produktion anzukurbeln, wurde das private Unternehmertum in bestimmten Grenzen wieder zugelassen. Die "Deklaration über die grundsätzlichen privaten Vermögensrechte" vom 22.5.1922 sagte die Vertragsfreiheit, Privateigentum an Industrie-, Gewerbe- und Handelsunternehmen sowie

Forts.S.101 ...Bucharin vertrat die Idee einer vom Staat kontrollierten Restauration des Kapitalismus, indem er die notwendige kapitalistische Epoche durch staatliche Lenkung abkürzen wollte, um dann schneller zum Sozialismus zu gelangen (Boettcher, Scheideweg, 223 f.).

1) Kuhner, 14.

2) zit. bei Kuhner, 15.

3) Meissner, Europa Archiv, 2992.

ebäuden und Erfinder- und Autorenrechten zu. Darüber hinaus wurde das Erbrecht bis zu 10.000 Rubeln wieder zugelassen. Noch privateigentumsfreundlicher war das Zivilgesetzbuch (ZGB) der RSFSR, welches am 1.1.1923 in Kraft trat und die Rechte der privaten Unternehmer im einzelnen festlegte. Der größte Teil der kleinen und mittleren Betriebe wurde reprivatisiert oder an Private veräußert¹⁾. Nur 4212 Groß- und Mittelbetriebe blieben in der Verfügungsgewalt des Staates²⁾. Daneben gab es Gemischt-Betriebe, in denen neben dem Kapital der privaten Unternehmer Staatskapital arbeitete³⁾.

Da zu diesem Zeitpunkt ein schneller Wiederaufbau verbunden mit industrieller Produktionserweiterung aus eigenen Mitteln allein nicht möglich war, wurde ausländisches Kapital ins Land gezogen. Ausländische Firmen konnten "Konzessionsverträge" mit dem sowjetischen Staat abschließen, in denen sie auf bestimmte Zeit das Recht auf freie Produktion und freien Verkauf bekamen. Nach Ablauf der Frist fielen ihre Anlagen kostenlos an den Staat⁴⁾.

Eine verstärkte Privateigentumsbildung mit konsumtivem Charakter wurde seit 1924 möglich, als staatliche Wohnhäuser zum Verkauf an Privatpersonen freigegeben wurden, sofern ihre Reparaturkosten mehr als 30% ihres Wertes betrugen⁵⁾.

1) Schroeder, Eigentumsrecht, 225.

2) Boettcher, Scheideweg, 158.

3) Die private industrielle Entwicklung in der NEP und ihr Rückgang mit Beginn der Fünfjahrplanperiode ist an einigen Zahlen abzulesen, die die prozentuale Beteiligung der Privatindustrie an der Bruttoproduktion der Sowjetunion zeigen:

1924/25	18,7%;	1926/27	14,1%	1929	0,6%
1938	0,03%	(Meissner, Europa Archiv, 1992).			

4) Die wichtigsten Bestimmungen für die Konzessionsbetriebe sind in den Dekreten v. 23.10.1920 und 12.4.1925 "Über ausländische Konzessionen" und "Über die Zulassung ausländischer Firmen zum Betriebe von Handelsgeschäften in Rußland" enthalten. Diese Dekrete betrafen Ausländer, die in Rußland investieren wollten und sicherten ihnen die vertraglich vereinbarten Konzessionsrechte zu; einseitige Änderungen durch die Sowjetregierung waren ausgeschlossen. (Pfuhl, 29 f.)

5) Schroeder, Eigentumsrecht, 225.

d) Genossenschaftseigentum in der NEP.

Als weitere Form des Eigentums neben dem Staats- und dem Privateigentum wurde das genossenschaftliche Eigentum zugelassen und - da es gegenüber dem Privateigentum einen Fortschritt in Richtung auf das Ziel des Kommunismus darstellte - auch gefördert¹⁾.

e) Staatseigentum in der NEP.

Gleichzeitig mit der Wiedezulassung von Privatbetrieben wurde auch den Staatsbetrieben Rechtsfähigkeit und eine gewisse Selbständigkeit hinsichtlich der Verfügung über das Staatseigentum zugestanden. In der Verordnung vom 6.4.1921 "Über die Herausnahme von Betrieben aus der staatlichen Versorgung"²⁾ wurde neben dem bereits bekannten Prinzip der staatlichen Planwirtschaft das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung gestellt³⁾.

f) Die Rolle des Staates in der NEP (Ideologie und Wirklichkeit).

Die NEP wird heute in der Ideologie als Wirtschaftspolitik bezeichnet,

"deren Ziel darin besteht, den Sozialismus aufzubauen ...

Sie ist darauf gerichtet, die staatliche Industrie mit allen Mitteln zu entwickeln, ihre Verbindungen mit der bäuerlichen Wirtschaft zu festigen, das Dorf sozialistisch umzugestalten sowie die kapitalistischen Wirtschaftsformen einzuschränken und dann zu beseitigen."

Das "ökonomische Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, das unerläßlich ist, um die bäuerlichen Massen in den sozialistischen Aufbau einzubeziehen," ist die "Grundlage der NEP".⁴⁾ Die in diesem Ausmaß neue "marxistische

1) Einzelheiten zum genossenschaftlichen Eigentum während der NEP vgl. unten: II 2b) Das genossenschaftlich-kollektivwirtschaftliche Eigentum: Die Entstehung des genossenschaftlich-kollektivwirtschaftlichen Eigentums.

2) Vgl. auch das Dekret über die Trusts v. 10.4.23 und Art. 19 ZGB/RSFSR.

3) Einzelheiten vgl. unten A I 4 ddd) Das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung.

4) Politökonomie, 399.

Gebäuden und Erfinder- und Autorenrechten zu. Darüber hinaus wurde das Erb-
recht bis zu 10.000 Rubeln wieder zugelassen. Noch privateigentumsfreundlicher
war das Zivilgesetzbuch (ZGB) der RSFSR, welches am 1.1.1923 in Kraft trat und
die Rechte der privaten Unternehmer im einzelnen festlegte. Der größte Teil
der kleinen und mittleren Betriebe wurde reprivatisiert oder an Private ver-
pachtet¹⁾. Nur 4212 Groß- und Mittelbetriebe blieben in der Verfügungsgewalt
des Staates²⁾. Daneben gab es Gemischt-Betriebe, in denen neben dem Kapital
der privaten Unternehmer Staatskapital arbeitete³⁾.

Da zu diesem Zeitpunkt ein schneller Wiederaufbau verbunden mit industrieller
Produktionserweiterung aus eigenen Mitteln allein nicht möglich war, wurde aus-
ländisches Kapital ins Land gezogen. Ausländische Firmen konnten "Konzessions-
verträge" mit dem sowjetischen Staat abschließen, in denen sie auf bestimmte
Zeit das Recht auf freie Produktion und freien Verkauf bekamen. Nach Ablauf
der Frist fielen ihre Anlagen kostenlos an den Staat⁴⁾.

Eine verstärkte Privateigentumsbildung mit konsumtivem Charakter wurde seit
1924 möglich, als staatliche Wohnhäuser zum Verkauf an Privatpersonen freige-
geben wurden, sofern ihre Reparaturkosten mehr als 30% ihres Wertes betragen⁵⁾.

1) Schroeder, Eigentumsrecht, 225.

2) Boettcher, Scheideweg, 158.

3) Die private industrielle Entwicklung in der NEP und ihr Rückgang mit Beginn
der Fünfjahrplanperiode ist an einigen Zahlen abzulesen, die die prozentuale
Beteiligung der Privatindustrie an der Bruttoproduktion der Sowjetunion zeigen:

1924/25	18,7%;	1926/27	14,1%	1929	0,6%
1938	0,03%	(Meissner, Europa Archiv, 2992).			

4) Die wichtigsten Bestimmungen für die Konzessionsbetriebe sind in den Dekreten
v. 23.11.1920 und 12.4.1923 "Über ausländische Konzessionen" und "Über die Zu-
lassung ausländischer Firmen zum Betriebe von Handelsgeschäften in Rußland"
enthalten. Diese Dekrete betrafen Ausländer, die in Rußland investieren wollten
und sicherten ihnen die vertraglich vereinbarten Konzessionsrechte zu; einsei-
tige Änderungen durch die Sowjetregierung waren ausgeschlossen. (Pfuhl, 29 f.)

5) Schroeder, Eigentumsrecht, 225.

d) Genossenschaftseigentum in der NEP.

Als weitere Form des Eigentums neben dem Staats- und dem Privateigentum wurde das genossenschaftliche Eigentum zugelassen und - da es gegenüber dem Privateigentum einen Fortschritt in Richtung auf das Ziel des Kommunismus darstellte - auch gefördert¹⁾.

e) Staatseigentum in der NEP.

Gleichzeitig mit der Wiederezulassung von Privatbetrieben wurde auch den Staatsbetrieben Rechtsfähigkeit und eine gewisse Selbständigkeit hinsichtlich der Verfügung über das Staatseigentum zugestanden. In der Verordnung vom 6.4.1921 "Über die Herausnahme von Betrieben aus der staatlichen Versorgung"²⁾ wurde neben dem bereits bekannten Prinzip der staatlichen Planwirtschaft das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung gestellt³⁾.

f) Die Rolle des Staates in der NEP (Ideologie und Wirklichkeit).

Die NEP wird heute in der Ideologie als Wirtschaftspolitik bezeichnet,

"deren Ziel darin besteht, den Sozialismus aufzubauen ...

Sie ist darauf gerichtet, die staatliche Industrie mit allen Mitteln zu entwickeln, ihre Verbindungen mit der bäuerlichen Wirtschaft zu festigen, das Dorf sozialistisch umzugestalten sowie die kapitalistischen Wirtschaftsformen einzuschränken und dann zu beseitigen."

Das "ökonomische Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, das unerlässlich ist, um die bäuerlichen Massen in den sozialistischen Aufbau einzubeziehen," ist die "Grundlage der NEP".⁴⁾ Die in diesem Ausmaß neue "marxistische

1) Einzelheiten zum genossenschaftlichen Eigentum während der NEP vgl. unten: II 2b) Das genossenschaftlich-kollektivwirtschaftliche Eigentum: Die Entstehung des genossenschaftlich-kollektivwirtschaftlichen Eigentums.

2) Vgl. auch das Dekret über die Trusts v. 10.4.23 und Art. 19 ZGB/RSFSR.

3) Einzelheiten vgl. unten A I 4 ddd) Das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung.

4) Politökonomie, 399.

tonung der Rolle der Bauern ist erklärlich, wenn man berücksichtigt, daß
 ben dem Rückgang der industriellen Produktion besonders die katastrophale
 nährungslage den Anstoß zum wirtschaftspolitischen Umschwung gegeben hatte.
 e notwendig auch die "sozialistische Umgestaltung des Dorfes" war, ergibt
 ch aus der Einstellung der Bauern zu Beginn der NEP, wo nur die Aussicht
 f mehr Verdienst und besseres Leben zu einer gesteigerten Produktion an-
 gen konnte, während man nach der "sozialistischen Umerziehung" eine frei-
 llige Mehrarbeit zum Wohle der Gemeinschaft zu erhalten hoffte.
 raktisch war die NEP im Vergleich zum Kriegskommunismus keine "Einschränkung"
 d "Beseitigung" der kapitalistischen Wirtschaftsformen, sondern eine Poli-
 k der Konzessionen an das kapitalistische Wirtschaftssystem, nachdem die
 egierung gesehen hatte, daß sie mit rigorosen Enteignungen und Abschaffungen
 n Handels- und Geldsystem wirtschaftspolitisch Schiffbruch erlitten hatte.
 ei allen privateigentumsfreundlichen Maßnahmen behielt der sowjetische Staat
 lerdings immer die sogenannten "Kommandhöhen der Volkswirtschaft" (Boden,
 roßindustrie, Banken und Verkehr) in eigener Verwaltung, Lenin nannte diese
 irtschaftsform der NEP auch "Staatskapitalismus", zu dessen Charakteristik
 s gehöre, daß die politische Macht in Händen des Staates und die Wirtschaft
 it Ausnahme der "Kommandhöhen" - in Privathand sei. Zu den Unternehmern des
 Staatskapitalismus" gehörten die von der sowjetischen Regierung konzessionier-
 en Betriebe ausländischer Unternehmer sowie an "Kapitalisten" verpachtete
 taatliche Betriebe und die gemischten Betriebe, die Eigentum des Staates
 nd der Privatunternehmer waren. Es wird ausdrücklich betont, daß "strenge
 ontrolle und Beschränkung ihrer Tätigkeit" die Bedingung für die Arbeit der
 taatskapitalistischen Betriebe sei, die im "Interesse des sozialistischen
 1)
 'Aufbaus" einige Zeit zugelassen, jedoch nicht entwicklungswürdig seien".

Politökonomie, 389. - Ein Beweis dafür, daß auch Lenin nicht an eine dauernde Wiedererrichtung privatkapitalistischer Wirtschaftsformen beim Beginn der NEP gedacht hatte, ist ein Zitat aus seiner Schrift "Über die Bedeutung des Goldes jetzt und nach dem vollen Sieg des Sozialismus" (Ausgewählte Werke II, 893). Er plädierte hier für eine vorübergehende Unterstützung des Kapitalismus, Forts. S. 106

Ein Mittel der Machtausübung in Händen des Staates blieb auch immer die Wirtschaftsplanung (Gosplan), die sich zu dieser Zeit noch vorwiegend auf eine Stabilisierung der Konjunktur, besonders des Preisgefüges erstreckte. Weil ihr Plankonzept nicht auf die totale Planung gerichtet war, scheiterten die Ideologen des Gosplan. Sie sahen keine ausreichenden Möglichkeiten, den privaten Wirtschaftssektor zu beeinflussen. Da sie überzeugt waren, daß die Impulse zu Investitionen im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang von der autonomen Entwicklung der Privatwirtschaft auszugehen hätten, diese jedoch nicht zu beschleunigen wußten, ging der Fortschritt des wirtschaftlichen Aufbaus in Rußland zu langsam¹⁾. Die Lösung des Problems lag in dem totalen zentralen Plansystem, welche den Gosplan und die Zeit der privateigentumsfreundlichen Neuen Ökonomischen Politik ablöste.

Bereits im Zivilgesetzbuch der RSFSR vom 1.1.1923 wurde die spätere Einschränkung der Privatrechte der Bevölkerung vorbereitet: Artikel 1 sagt, daß die bürgerlichen Rechte nur "mit Ausnahme derjenigen Fälle, in denen sie im Widerspruch zu ihrer sozialwirtschaftlichen Bestimmung ausgeübt werden", geschützt seien. Dadurch kam ein gewisser Unsicherheitsfaktor in die Privatrechtsordnung, denn was "sozialwirtschaftliche Bestimmung" im einzelnen sein sollte, wurde von der jeweiligen Politik der Regierung bestimmt. So erfolgte mit dem Ende der NEP und dem Beginn der Fünfjahrplanperiode unter Stalin ein vollkommener Abbau der privatwirtschaftlichen Rechte mit dem ökonomischen Ziel der beschleunigten Industrialisierung und dem ideologischen Ziel des Aufbaus der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, ohne daß die einzelnen

Forts.S.105

um die durch ihn entstehenden Klein- und Mittelbetriebe in den staatlichen Machtbereich zu überführen, wenn sie lebensfähig geworden seien. Durch diese Politik konnte sich der Staat ungestört dem Auf- und Ausbau der Großindustrie widmen, da die Versorgung der Bevölkerung und die Zuliefererindustrie durch Privatbetriebe annähernd gesichert waren.

1) Boettcher, Scheideweg, 8 f.

privateigentumsfreundlichen Paragraphen des Zivilgesetzbuches offiziell aufgehoben worden wären.

3) Übergang zur Fünfjahrplanperiode Stalins.

Im totalen zentralen Plansystem, welches 1927 unter Stalin eingeführt und bis heute laufend entwickelt und verfeinert wurde, hat eine private Wirtschaft, der immer das Bestreben zu autonomer eigenmächtiger Entwicklung innewohnt, keinen Raum. Die Planung muß als Produktions-, Preis- und Verteilungsorganisation total sein. Die notwendige Konsequenz der zentralen Planung war infolgedessen die Entmachtung der Privatwirtschaft und schließlich ihre völlige Beseitigung¹⁾.

Der Beginn eines härteren wirtschaftspolitischen Kurses zeigte sich zuerst in den steuer- und preispolitischen Maßnahmen des Staats gegenüber dem privaten Handel. 1926 wurden die Steuern für private Händler erhöht, ebenso die Preise für staatliche Warenlieferungen. Allgemein begann man den privaten Handel bei staatlichen Lieferungen und Dienstleistungen zu diskriminieren (z.B. transportierten die Eisenbahnen nicht mehr die Waren von privaten Händlern). Gleichzeitig dehnte sich der staatliche Handel mit Unterstützung der Behörden aus, sodaß der Anteil des privaten Handels am gesamten Kleinhandelsumsatz in einem Jahr von 43,8% (1925/26) auf 23,4% (1927/28)²⁾ sank und mit Ausnahme des Handels auf den Kolchosemärkten bis 1931 (nach Einführung der Umsatzsteuer) ganz verschwand.

Das Ende der Neuen Ökonomischen Politik wurde mit einer Rede Stalins zum 10. Jahrestag der Oktoberrevolution am 7. November 1927 eingeleitet.

1) Man kann von einer "vollkommenen Beseitigung" sprechen, denn die noch heute bestehende "kleine Privatwirtschaft" hat keinerlei Einfluß mehr auf den Wirtschaftsablauf und ist zum Untergang verurteilt.

2) Haensel, 40.

Stalin proklamierte die künftige Wirtschaftspolitik der Partei und nannte Kollektivierung der Landwirtschaft und die Errichtung einer eigenen autarken Industrie als die entscheidenden Ziele, die zu verwirklichen seien. Auf dem 15. Parteitag im Dezember 1927 wurde dieses Programm angenommen. Während vorher nur theoretisch die beschleunigte Industrialisierung und Kollektivierung diskutiert wurden, war jetzt der Anfang zu ihrer Realisierung gemacht worden. Das Mittel zur Durchführung der Industrialisierung war auf Jahre hinaus erzwungener Konsumverzicht einer Bevölkerung, die in ihrer Mehrheit seit langem erhöhte Konsumfreiheit gefordert hatte: die Bauern, zu dieser Zeit die Mehrheit des Volkes, verlangten Paritätspreise zu den Industriepreisen und mußten infolgedessen mit Hilfe der Kollektivierung den staatlichen Planzielen untergeordnet werden. Durch die straffe Planung wurde die Partei der "institutionalisierten Rücksichtnahme" auf die Privatwirtschaft enthoben und jede privatwirtschaftliche Aktivität wurde durch staatliche Direktiven zerschlagen¹⁾.

Mit dem Beginn der Fünfjahrplanperiode der Stalinära bildete sich im großen und ganzen die heutige Eigentumsordnung heraus, wie sie in der Verfassung von 1936 zusammenfassend niedergelegt wurde. Bis auf einige Reformen, die einzelne Eigentumsformen betrafen und mit Ausnahme des Verkaufs der Maschinen- und Traktorenstationen aus Staatseigentum an die Kolchosen ist die rechtliche Ordnung des Eigentums unverändert geblieben.

3. Begriff des Staatseigentums.

Die in Artikel 6 der Verfassung von 1936²⁾ aufgezählten Gegenstände des Staatseigentums erhalten ihre Eigenschaft als staatliches Eigentum nach sowjetischer Rechtsauffassung aus der territorialen Staatshoheit der UdSSR³⁾.

1) Boettcher, Scheideweg, 176.

2) S.u. AI 4a) "Formen und Hauptquellen des staatlichen sozialistischen Eigentums heute."

3) Die entsprechenden Produktionsmittel sowie Grund und Boden der der UdSSR einverleibten Gebiete sind eingeschlossen und bedürfen keines besonderen Nationalisierungsaktes.

gentümer ist der Staat als Ganzes" ¹⁾, folglich stehen ihm auch die Befugnisse zu, durch die im sowjetischen Recht der Begriff des Eigentums von den Funktionen des Eigentümers her definiert wird (Art. 58 ZGB/RSFSR):

"Dem Eigentümer steht innerhalb der gesetzlich festgelegten Grenzen die Befugnis zu, die Sache zu besitzen, sie zu nutzen und über sie zu verfügen."

Der Staat kann jedoch nicht alle Eigentumsfunktionen wahrnehmen: Die Verfügung ist beschränkt, da grundsätzlich kein Verkauf des Staatseigentums zulässig ist ²⁾. Die Objekte, denen nach der Verfassung die Form des Staatseigentums vorbehalten ist, können nur innerhalb der verschiedenen staatlichen Wirtschaftszweige wechseln. Maurach weist darauf hin, daß nach sowjetischer Auffassung die Gesamtheit der in Staatseigentum stehenden Objekte einen einheitlichen Fonds des Nationalvermögens bilden, "der in seinem Bestand nicht dadurch verändert wird, daß die Objekte im Rahmen der staatlichen Wirtschaft von einem Träger auf den anderen übergehen: es wechselt nur die *ratio fisci*, nicht die Person des Eigentümers." ³⁾ Diese Beschränkung der Eigentumsfunktionen auf Besitz und Nutzung unter Ausschluß der Verfügungsbefugnis macht nach westlicher Auffassung den klassischen Eigentumsbegriff unbrauchbar, welcher die drei Funktionen nur gemeinsam kennt. In der Sowjetunion handelt es sich beim Staatseigentum vielmehr um eine Form der "Verwaltung" des Eigentums, wie sie im römischen Recht für Dinge bestand, die als

Maurach, Handbuch, 57.

Der Verkauf der Maschinen- und Traktorenstationen an die Kolchosen ist eine Ausnahme, die aus Gründen der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit beschlossen worden war und in langen Diskussionen und Zeitungsartikeln ideologisch gerechtfertigt werden mußte.

Maurach, Handbuch, 57.

"res extra commercium" betrachtet wurden¹⁾.

In der wirtschaftlichen Praxis der sowjetischen Industrieunternehmen ist das reine Verwaltungsprinzip allerdings nicht verwirklicht worden. Bereits in der NEP erhielten die Betriebe eine eigene Rechtspersönlichkeit und wurden angehalten, nach dem Prinzip der "wirtschaftlichen Rechnungsführung" zu arbeiten. Damit wurden den Betrieben "Quasi-Eigentümergebühren"²⁾ zuerkannt. Das sogenannte "Recht auf operative Verwaltung" war ein klarer Bruch mit dem strengen Verwaltungsprinzip der ersten Jahre nach der Revolution. Das Recht auf operative Verwaltung führt in der Praxis zu einem erheblichen Betriebsegoismus, der oft in krassem Gegensatz zu der in der Ideologie behaupteten Arbeit im Interesse des Volkes steht. Für diese Widersprüche zwischen Ideologie und Wirklichkeit werden menschliche Unzulänglichkeiten verantwortlich gemacht, ohne daß die theoretische Konzeption des Staatseigentums diskutiert wird.

Nach sowjetischer Doktrin setzt die Einheit und Unteilbarkeit des staatlichen sozialistischen Eigentums seine zentrale Verwaltung voraus³⁾. Grundsätzlich ist die Zentralität der Verwaltung durch den Wirtschaftsplan gesichert, - der Plan hat Gesetzescharakter und ist allgemein verbindlich -, praktisch ist sie unterschiedlich⁴⁾. Die Industrieunternehmen und andere gesellschaftliche Organisationen erhalten einen bestimmten Teil des Staatsvermögens zugeteilt, den sie nun im Rahmen des Wirtschaftsplanes und der anderen herrschenden, die

1) Schroeder, Eigentumsrecht, 238.

2) ebd.

3) Pfuhl, 40.

4) Vgl. den Abschnitt über das staatliche industrielle Eigentum.

Verfügmngsmacht über das Eigentum einschränkenden Gesetze, im Interesse des Staates besitzen, nutzen und über ihn verfügen sollen¹⁾.

4. Formen und Hauptquellen des staatlichen sozialistischen Eigentums heute.

a) Formen des staatlichen sozialistischen Eigentums.

Die mit einer Ausnahme, den Maschinen-Traktoren-Stationen, noch heute bestehenden Formen des Staatseigentums als Eigentum an Grund und Boden, an den Grundproduktionsmitteln und an "führenden Wirtschaftszweigen" sind in Artikel 6 der Verfassung von 1936 aufgezählt:

"Der Boden, seine Schätze, die Gewässer, die Waldungen, die Werke, die Fabriken, die Gruben, die Bergwerke, das Eisenbahn-, Wasser- und Luftverkehrswesen, die Bank, das Post- und Fernmeldewesen, die vom Staat organisierten landwirtschaftlichen Großbetriebe (Sowjetwirtschaften, Maschinen- und Traktorenstationen und dergl.) sowie die Kommunalbetriebe und der Grundstand an Wohnhäusern in den Städten und Industrieorten sind Staatseigentum, das heißt Gemeingut des Volkes."

aa) Das staatliche Eigentum an Grund und Boden.

Der Staat gibt aus dem sogenannten Landfonds Nutzung und Verwaltung des Bodens grundsätzlich unentgeltlich und unbefristet an verschiedene Institutionen oder Private²⁾. Der staatliche Landfonds ist nach seiner Verwendungs-

1) Es ist zu unterscheiden zwischen

1. Haushaltsorganisationen, die nicht selbst bilanzieren und deren Einnahmen und Ausgaben im Staatshaushalt enthalten sind (sie sind im wesentlichen westlichen Behörden vergleichbar), und
2. Unternehmungen und Betrieben in der Produktionssphäre, die nach dem Rentabilitätsprinzip arbeiten, selbst bilanzieren und nur Gewinne an den Staatshaushalt abführen.

Hierbei gibt es Ausnahmen, so z.B. Absatz- und Versorgungsverwaltungen einzelner Ministerien: sie bilanzieren selbst, obwohl sie Behördencharakter haben. (Pfuhl, 41)

2) Der Grundsatz der Unentgeltlichkeit wurde bei der privaten Nutzung des Bodens für den Hausbau durchbrochen: im Erlaß vom 26.8.1948, der den privaten Hausbau in bestimmten Grenzen freigab, wurde ein Bodenpachtzins festgelegt, den der Hauseigentümer an den Staat zahlen muß. Die Nutzung, wie bei der unbefristet genehmigt. Ebenso ist die Bodenpachtung durch die Erbschaften (s.d.) nicht unentgeltlich.

bestimmung und Verwaltungsart unterteilt¹⁾. Nach der Verwendungsbestimmung ist die Nutzung des Bodens durch Staat, staatlich anerkannte Organe und Private zu unterscheiden. Die staatliche Nutzung des Bodens erfolgt durch Industrie, Sowchosen oder Militär. Die staatlich anerkannten Organisationen, die den Boden in "unentgeltlicher und unbefristeter Nutzung, das heißt für ewig"²⁾ haben, sind die Kolchosen und andere Genossenschaften. Private haben das Recht zur individuellen Bodennutzung zum privaten Hausbau (seit 1948) oder - abge-
zweigt vom Kolchosboden für Kolchosmitglieder - in Form der privaten Neben-
wirtschaft. Die private Bodennutzung durch nicht-kollektivierte Bauern und städtische Arbeiter und Angestellte spielt eine sehr geringe Rolle und soll nur der Vollständigkeit halber erwähnt werden.

bb) Das staatliche Eigentum an Grundmitteln und führenden Wirtschaftszweigen.

Verwaltung und Ausbeutung der Bodenschätze ist im Bergwerksgesetz vom 9.11.1927 geregelt, nach welchem grundsätzlich nur der Staat das Recht der Ausbeutung besitzt. Ausnahmen bilden lediglich die "allgemein verbreiteten Bodenschätze" wie Steinbrüche und Kiesgruben, die auch durch Genossenschaften genutzt werden können³⁾.

Die Banken waren ursprünglich nach Aufgabenbereichen getrennt. Kurzfristige Kredite wurden von der Staatsbank und der Außenhandelsbank der UdSSR vergeben, langfristige von der Industriebank (Prombank), der Landwirtschaftsbank und der Zentralbank. Letztere finanzierte vorwiegend die Kommunalwirtschaften und das genossenschaftliche Bauwesen.

1) Maurach, Handbuch, 58.

2) Art. 8 der Verfassung 1936.

3) Maurach, Handbuch, 58.

it Mitte 1959 ist die Organisation zentralisiert und in der Staatsbank
r UdSSR und der Aufbaubank (früher Industriebank) zusammengefaßt. Die Staats-
nk ist außer Emissionsbank auch Verrechnungszentrum und Bank für kurzfristige
wie alle landwirtschaftlichen Kredite und Investitionen im staatlichen und
mmunalen Wirtschaftssektor ¹⁾. Für den Verkehr gibt es verschie-
ne Ministerien, die etwa der Einteilung im Artikel 6 entsprechen ²⁾. Das
wjetische Recht kennt keinen Unterschied zwischen Staats- und Selbstver-
waltung, so daß auch die Kommunalbetriebe in Staatseigentum stehen. Die
mmunen werden als untere dezentralisierte Gliederungen der einheitlichen
taatsverwaltung und nicht als eigene Rechtspersönlichkeiten betrachtet ³⁾.
or 1937 gehörten munizipalisierte bzw. unter dem Sowjetsystem neu errichtete
ohnhäuser, sofern sie nicht fabrikeigen waren und nur von Werksangehörigen
ewohnt wurden, vorwiegend "gesellschaftlichen Organisationen", sogenannter
ohnungsgenossenschaften. Seit dem Bundesgesetz vom 17.10.1937 ist der Grund-
onds der Wohnungen verstaatlicht und wird von öffentlichen Sowjets ver-
altet ⁴⁾.

ie wichtigste Form des staatlichen sozialistischen Eigentums ist das indus-
trielle Eigentum, welches seiner Bedeutung wegen in einem gesonderten Ab-
chnitt behandelt werden soll ⁵⁾.

¹⁾ Politökonomie, 722.

²⁾ Vgl. Maurach, Handbuch, 237, Erläuterungen 10 und 12 zu Art. 77.

³⁾ Maurach, Handbuch, 59.

⁴⁾ ebd.

⁵⁾ Das staatliche Eigentum in der Landwirtschaft, die Sowchozen und (bis 1958) die Maschinens-Traktoren-Stationen, soll weiter unten in Verbindung mit dem genossenschaftlich-kollektivwirtschaftlichen Eigentum in der Landwirtschaft behandelt werden.

cc) Das staatliche industrielle Eigentum.

Aufbau und Leitung der staatlichen Wirtschaftsunternehmen.

Das staatliche sozialistische Industrieigentum ist die wirtschaftliche Grundlage der Sowjetunion¹⁾ und "die in der sozialistischen Gesellschaft vorherrschende und führende Eigentumsform²⁾". Sie umfaßt über 200 000 Betriebe und tausende von staatlichen Handelsbetrieben und kommunalen Betrieben. Etwa 91% der Produktionsfonds entfallen auf diese Eigentumsform³⁾.

Der Aufbau aller sozialistischen Wirtschaftsunternehmen ist in den Grundzügen gleich. Einige der gemeinsamen Merkmale sollen kurz erwähnt werden, da sie als typisch für das staatliche sozialistische Eigentum gelten, obwohl es sich zum Teil um Begriffe handelt, die mit gleichem oder anderem Namen in jeder industriellen Wirtschaftsordnung vorkommen. Aus diesen Merkmalen werden dann Folgerungen gezogen, die den - im Gegensatz zum kapitalistischen Industrieigentum - positiven Gehalt des Volkseigentums beweisen sollen. Daß es sich dabei oft nur um Aussagen mit propagandistischem Inhalt oder um solche, die ebenso für das kapitalistische Wirtschaftssystem gemacht werden können, handelt, soll in der Kritik gezeigt werden.

aaa) Die Rolle der staatlichen Planung.

Ein Merkmal der sozialistischen Betriebe, welches nur in einer Zentralverwaltungswirtschaft vorkommt, ist die Tätigkeit auf Grund des staatlichen

1) Vgl. Art. 4 der Verfassung der UdSSR von 1936.

2) Politökonomie, 502.

3) Die Zahl gilt incl. der staatlichen landwirtschaftlichen Betriebe (Sowchoss landwirtschaftlicher Hilfsbetriebe u. der sog. führenden Wirtschaftszweige wie Banken, Verkehr, Außenhandel usw. (Politökonomie, 501f.).

Planes unter der Leitung des höherstehenden Wirtschaftsführungsorganes¹⁾.

Der Plan hat Gesetzkraft und ist verbindlich für die Unternehmen. Allerdings wird den Betrieben ein gewisses Maß an Selbständigkeit in der Erfüllung der Planaufgaben eingeräumt. Diese Selbständigkeit kommt in den Bezeichnungen "operative Verwaltung" oder "operationswirtschaftliche Selbständigkeit" zum Ausdruck.

Diese Selbständigkeit der Betriebe in der Verwaltung und Bewirtschaftung des staatlichen Eigentums wurde in der nachstalinischen Zeit erweitert, je mehr die politische Führung erkannte, daß neben der zentralen Planleitung die örtliche Initiative in Planung und Verwaltung aktiviert werden mußte²⁾.

1) Die grundsätzliche Bedeutung des zentralen Volkswirtschaftsplanes ist in Art.11 der Verfassung von 1936 formuliert: "Das Wirtschaftsleben der UdSSR wird durch den staatlichen Volkswirtschaftsplan im Interesse der Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums, der stetigen Hebung des materiellen und des kulturellen Niveaus der Werktätigen, der Festigung der Unabhängigkeit der UdSSR und der Steigerung ihrer Wehrfähigkeit bestimmt und gelenkt."

2) Einige Etappen auf dem Weg der "operationswirtschaftlichen Selbständigkeit" sollen kurz gestreift werden. Bald nach der Revolution, am 18.12.1917, wurde der Oberste Volkswirtschaftsrat gebildet, dessen Aufgabe die Verstaatlichung und zentrale Leitung der Großindustrie sein sollte. 1921, mit dem Beginn der NEP, wurden die Industriebetriebe je nach Größe und Bedeutung der einzelnen Republiken und lokalen Rayons unterstellt. 1927 erfolgte mit dem Beginn der Fünfjahrplanperiode eine erneute Zentralisierung der Planung und Leitung, die im Lauf der Stalinära verschiedentlich modifiziert wurde. Perioden strenger Zentralisierung lösten Perioden der Dezentralisierung von Planung und Verwaltung ab. Seit dem Herbst 1953 setzte eine Politik der Dezentralisierung ein, die mit der Übergabe ganzer Industriezweige an die einzelnen Republiken ihren Höhepunkt hatte (Boettcher, Scheideweg, 160 ff.). Heute ist die UdSSR in 105 Wirtschaftsverwaltungsgebieten unter der Kontrolle von Volkswirtschaftsräten gegliedert. Die Volkswirtschaftsräte haben die Oberaufsicht über die Betriebe, die eigentliche Verwaltung liegt in Händen der Direktoren auf Grund des "Einzelführungsprinzips". Die Direktoren gelten als Bevollmächtigte des Staates, die staatlicherseits eingesetzt und abberufen werden (Politökonomie, 504).

Durch die letzten Reformen Chruschtschows Anfang 1963 wurde ein Teil der Selbständigkeit der Betriebe gegenüber der staatlichen Wirtschaftsplanung und Kontrolle zugunsten einer verstärkten Leitungs- und Weisungsbefugnis der vorgesetzten staatlichen Behörden aufgegeben.

Die staatliche Wirtschaftsplanung ist noch sehr stark von den Experimenten der politischen Führung abhängig. Das ideologische Konzept des staatlichen Eigentums in Verbindung mit zentraler Planung hat sich als nicht ausreichend erwiesen, um auch ein haltbares Konzept der praktischen Planaufstellung und -durchführung zu liefern. Infolgedessen kann man vorläufig keine endgültigen Aussagen über das zukünftige Verhältnis von Planbindung und -freiheit in Bezug auf die Betriebe machen. Wirtschaftlich ist es günstiger, den Betrieben einigermassen Freiheit zu lassen und die Eigeninitiative nicht immer durch "Überplanung" zu hemmen; politisch scheinen der Regierung die freiheitlichen Tendenzen der Wirtschaftsfunktionäre im Anschluß an eine zu große Selbständigkeit jedoch zu gefährlich zu sein.

Die grundsätzlich anerkannte Selbständigkeit der Betriebe ist durch zwei weitere Merkmale der sozialistischen Wirtschaftsunternehmen, der Existenz eines gesonderten Betriebsvermögens und dem Auftreten in wirtschaftlichen und anderen Beziehungen als selbständiges Rechtssubjekt, rechtlich und wirtschaftlich fixiert.

bbb) Das gesonderte Betriebsvermögen.

Die Betriebe erhalten das staatliche Vermögen in Form von Grundfonds und Umlaufmitteln als gesondertes Betriebsvermögen ¹⁾ zugeteilt. Der Grund-

1) Politökonomie, 634 ff. und 735. Das Lehrbuch der Politischen Ökonomie hebt hervor, daß es im Sozialismus mit gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln kein "Kapital" gebe - folglich auch die Einteilung in konstant und variables Kapital nicht vorhanden sei - welches den Arbeiter ausbeuten könnte. Im Sozialismus diene vielmehr die "Gesamtheit der Produktionsmittel den Interessen des Volkes (Politökonomie, 499). Praktisch ist aber die Trennung von Grundfonds und Umlaufmitteln die gleiche Einteilung wie die in konstantes und variables Kapital und hat gleiche oder ähnliche Konsequenzen. Forts. S. 117

mittelfond oder der "Anlagefonds" entspricht etwa dem Anlagevermögen und langlebigen Wirtschaftsgütern (Grundstücke, Gebäude, Maschinen, sonstiges Inventar, Fuhrpark). Zu den langlebigen Wirtschaftsgütern zählen bereits alle Gegenstände mit einem Wert über 300 Rubel, wenn sie länger als ein Jahr der Produktion dienen. Die Reproduktion der Grundmittel erfolgt durch Investitionen oder Generalreparaturen¹⁾, welche zentral geplant und folglich der Initiative der einzelnen Unternehmen de jure entzogen sind. Daß es gerade auf diesem Gebiet laufend zu Befugnisübertretungen kommt, da der offizielle Instanzenweg viel zu schwerrällig und langfristig arbeitet, um eine auch nur annähernd reibungslose Produktion zu sichern, ist leicht verständlich.

Seit 1938 wurden Abschreibungen von 2,2 - 11% eingeführt, die mit der westlichen "Abschreibung für Abnutzung" zu vergleichen sind. In der UdSSR wurden sie nicht zur Bildung von Eigenkapital oder aus steuerlichen Gründen eingeführt, sondern die betreffenden Summen müssen auf ein Sonderkonto bei der Staatsbank zur Weiterleitung an einen zentralen Investitionsfonds eingezahlt werden. Damit sind sie der Verfügung der Betriebe entzogen.

Ebenso ist der gesamte Grundmittelfonds der Verfügung der Betriebe entzogen, die Übertragung auf ein anderes Unternehmen ist nur durch Verwaltungsakt der vorgesetzten Dienststelle möglich. Der Anlagefonds ist unpfändbar, was sowohl für die Betriebe selbst als auch für ihre Gläubiger eine erhebliche Beschränkung in ihrem wirtschaftlichen Handeln bedeutet²⁾.

Forts.S.116 Sowohl beim Fonds als auch beim Kapital handelt es sich um einen Ausdruck für die Werte, die in den Güterkategorien der Aktivseite verkörpert sind.

1) Politökonomie, 637.

2) Pfuhl, 42.

Der Umlauffonds entspricht dem Umlaufvermögen in einem "kapitalistischen" Betrieb, das heißt also den Mitteln, die im Laufe einer Produktionsperiode in die Produktion eingehen (Betriebs-, Roh- und Hilfsstoffe und Halbfertigerzeugnisse). Eine Untergruppe der Umlaufmittel sind die liquiden Mittel und Forderungen, der sogenannte "Zirkulationsfonds"¹⁾. Die Verfügungsbefugnis der Betriebe über das Umlaufvermögen ist größer als über das Anlagevermögen, allerdings muß immer wieder betont werden, daß der betriebliche Wirtschaftsplan auch hier enge Grenzen setzt. Erschwerend kommt hinzu, daß die Volkswirtschaftsräte Umlaufmittel, die über die gesetzlichen Rücklagequoten hinausgehen, dem betreffenden Betrieb entziehen und zur Deckung von Planverlusten, zur Finanzierung von Kapitalinvestitionen oder wissenschaftlichen Forschungsunternehmen umdisponieren können. Die Übertragung von Umlaufmitteln wird vertraglich zwischen den Unternehmern geregelt; sie sind - mit Ausnahme der Zirkulationsmittel - auch nicht pfändbar²⁾.

Während beim Anlagevermögen fast ausschließlich die Eigentümerbefugnisse übertragen werden, das staatliche Eigentum jedoch bestehen bleibt, können die Umlaufmittel durch Verkauf an Kolchosen oder Private auch den Eigentümern und folglich ihre Zugehörigkeit zu der bestimmten Form des Staatseigentums wechseln.

ccc) Die staatlichen Unternehmen als selbständige Rechtssubjekte.

Das Auftreten der Wirtschaftsunternehmen in wirtschaftlichen und anderen Rechtsbeziehungen als selbständiges Rechtssubjekt soll die Eigenverantwortung der Betriebsdirektoren heben, ist in seinem Umfang aber keineswegs mit der Handlungsfreiheit des westlichen "kapitalistischen" Unternehmers oder auch Managers zu vergleichen. Die Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis des

1) Politökonomie, 635.

2) Pfuhl, 42.

owjetischen Leiters eines Industriebetriebes ist begrenzt durch Statut und Wirtschaftsplan; alle hiergegen verstoßenden Rechtsgeschäfte sind nichtig¹⁾. Wenn auch immer wieder bekannt wird, daß die Betriebsleiter die staatlichen Direktiven im Interesse einer reibungsloseren Produktion umgehen, so sind die Unternehmen durch ein ausgebautes Kontrollsystem angelegten "Fesseln" doch zu eng, um eine zur optimalen Produktivitätssteigerung ausreichende Initiative zu ermöglichen.

ddd) Das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung.

Das wichtigste, allen Wirtschaftsunternehmen gemeinsame Merkmal ist das der wirtschaftlichen Rechnungsführung, welches seit 1929 eine große Rolle in der Wirtschaftspropaganda spielt. Es wurde bereits von Lenin als Hilfe beim Aufbau des Kommunismus genannt²⁾. Das "Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung" ist praktisch die Forderung des Staates an seine Betriebsleiter, ihre wirtschaftliche Tätigkeit - insbesondere die der Produktion - nach kaufmännischen Gesichtspunkten durchzuführen und rentabel zu arbeiten. Es wird als "Form der planmäßigen Wirtschaftsführung der sozialistischen Betriebe" definiert, die sich in der "Gegenüberstellung der Produktionsaufwendungen und der Produktionsergebnisse in Geldform, in der Deckung der Ausgaben des Betriebes aus eigenen Einnahmen, in der sparsamen Verwendung der Mittel und in der Sicherung der Rentabilität der Produktion" zeige³⁾. Aus dem zitierten Text sieht man, daß das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung nicht - wie von sowjetischen Ideologen behauptet - ein wesentliches Merkmal nur der sozialistischen Wirtschaftsunternehmen, sondern vielmehr die Einführung der Bilanzierung nach - in kapitalistischen Ländern üblicher - kaufmännischen Gesichtspunkten ist. Es handelt sich hier um die künstliche Einführung des ökonomischen Leistungszwanges in eine Zentralverwaltungswirtschaft, die im Gegen-

1) Pfuhl, 41.

2) Politökonomie, 627.

3) Politökonomie, 627.

satz zur Marktwirtschaft mit freiem Unternehmertum keinen automatischen Leistungsanreiz besitzt. Die Betriebsleiter erhalten Unternehmerfunktionen zuteilt und sind nun persönlich materiell verantwortlich nicht nur für die Erfüllung des staatlichen Wirtschaftsplanes, sondern allgemein für den wirtschaftlichen Einsatz staatlicher Mittel im Betrieb.

Die wirtschaftliche Rechnungsführung beruht ihrerseits auf der "materiellen Interessiertheit" der Mitglieder eines Betriebes¹⁾: durch ein kompliziertes System von Gewinnbeteiligung des Betriebes und Prämienzahlungen für Planerfüllung, -Überfüllung und Kostensenkungen soll jeder einzelne, vom Betriebsleiter bis zum letzten Hilfsarbeiter, am Betriebserfolg interessiert werden. Die materielle Interessiertheit ist ein Beweis dafür, daß langfristig nicht Zwang und Propaganda, sondern materielle Anreize den Impuls zu sinnvoller und rentabler Arbeit abgeben.

Einige Beispiele sollen zeigen, welche nachteiligen Folgen die ideologische Konzeption der wirtschaftlichen Rechnungsführung und der materiellen Interessiertheit bei ihrer Verwirklichung nach sowjetischer Selbstkritik in den Zeitungen haben kann: Das Prämiensystem kann die Produktion verteuern und zu unrythmischen Arbeiten führen, wenn am Periodenende das Soll unter Druck erfüllt werden muß, um in den Genuß der Prämie zu kommen. Dann wird häufig mit Überstunden und höherem Materialverschleiß sowie Ausschuß gearbeitet. Die Betriebe liefern unregelmäßig, sodaß Arbeitskräfte und Maschinen zeitweise brach liegen. Die Prämien für Kostensenkungen der Produktion verführen die Betriebsleiter dazu, bei der Planaufstellung überhöhte Lohn- und Materialkosten anzugeben, um sie bei der Planerfüllung unterschreiten zu können.

1) Politökonomie, 630 f.

Es ist offensichtlich, daß die genannten Mängel Folgen des auf staatlichem Eigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Systems sind. Wenn sie geschildert werden, wird jedoch immer das persönliche Versagen einzelner Menschen und nicht das System selbst angeprangert.

b) Quellen des staatlichen sozialistischen Eigentums.

Nachdem die Grundlage des staatlichen sozialistischen Eigentums durch die Enteignungen der Revolution und des ersten Fünfjahrplanes unter Stalin geschaffen worden ist, rekrutiert sich das staatliche Eigentum heute im großen und ganzen aus drei Quellen:

1. Die "erweiterte sozialistische Reproduktion", das heißt Reinvestition und Neuinvestition sowie Produktion im staatlichen Sektor der Wirtschaft. Aus dem Wirtschaftssektor mit genossenschaftlichem Eigentum kommen die Ablieferungen der Kolchosen dazu.
2. Die Abgaben der Bevölkerung in Form von Steuern sowie Gebühren und Zöllen. Die weitaus größte Rolle spielt die Umsatzsteuer, die auf allen Gebrauchsgütern liegt und sehr hoch bemessen ist;
3. sind daneben der internationale Handel und verschiedenste Formen von Konfiskationen zu nennen¹⁾.

1). Im Einzelnen sind das:

- a. Kriegsbeute, Reparationen, "Trophäengut", das heißt von Soldaten in Besitz genommene Gegenstände werden zu Staatseigentum und gehen nicht in ihr persönliches Eigentum über.
- b. Einziehung bei nichtigen Rechtsgeschäften (z.B. Bereicherung).
- c. Nicht ordnungsgemäß verwaltetes Vermögen wird vom Staat beschlagnahmt. Dies trifft z.B. Hauseigentümer, die ihr Haus verfallen lassen. Die zuständige Behörde klagt beim Volksgerecht und das Gebäude wird nach Verurteilung des Eigentümers dem staatlichen Wohnungsfonds in der Verwaltung der örtlichen Sowjets einverleibt.
- d. Herrenloses Vermögen wie z.B. erbenlose Vermögen, Fundsachen und Schatzfunde. (Pfuhl, 43).

II. Das genossenschaftlich-kollektivwirtschaftliche Eigentum.

1. Der Begriff des genossenschaftlich-kollektivwirtschaftlichen Eigentums.

Das genossenschaftliche Eigentum gilt als "völlig rechtmäßig" und "zu vervollkommen", ist dem Staatseigentum jedoch nicht gleichgestellt, da es eine "weniger entwickelte Form des sozialistischen Eigentums darstellt...", denn hier gehören die Produktionsmittel und die fertigen Erzeugnisse nicht der gesamten Gesellschaft, sondern dem betreffenden Kollektiv^{1) 2)}.

In der Verfassung der UdSSR von 1936 sind die Objekte des genossenschaftlichen Eigentums in Artikel 7 Absatz 1 garantiert:

"Die gesellschaftlichen Betriebe in den Kollektivwirtschaften und den genossenschaftlichen Organisationen mit ihrem lebenden und totem Inventar, die in den Kollektivwirtschaften und genossenschaftlichen Organisationen hergestellten Erzeugnisse, ebenso wie ihre gesellschaftlichen Baulichkeiten bilden das gesellschaftliche, sozialistische Eigentum der Kollektivwirtschaften und der genossenschaftlichen Organisationen." 3)

- 1) Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 661 f.
- 2) Das genossenschaftliche Eigentum der sozialistischen Staaten wird ausdrücklich von dem der kapitalistischen bürgerlichen Staaten unterschieden. Der genossenschaftliche Zusammenschluß an sich bedeute noch nicht die Errichtung des Sozialismus. Der nicht bürgerliche, sondern sozialistische Charakter der genossenschaftlichen Zusammenschlüsse in der UdSSR und anderen sozialistischen Staaten entstehe vielmehr erst durch die spezifische "sozialistische Produktionsweise": "Im Sozialismus, in dem die Arbeiterklasse und die Bauernschaft an der Macht sind und der staatliche Sektor in der Wirtschaft die entscheidende Bedeutung hat, nimmt die Genossenschaft sozialistischen Charakter an." (Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 661).
- 3) Im folgenden soll in erster Linie das genossenschaftliche Eigentum in der Landwirtschaft der UdSSR behandelt werden, da das Genossenschaftseigentum in Handel und Handwerk im Vergleich zu dem in der Landwirtschaft kaum neue ideologische und praktische Probleme stellt.

Maurach¹⁾ schreibt zum Kollektiveigentum, es bilde eine Übergangserscheinung zwischen dem staatlichen Eigentum (s.Art.6) und dem privaten Eigentum (s.Art.10). Das Betriebsvermögen der Kollektivwirtschaften gilt nicht als Privateigentum, da 1. die "Entstehung dieser Vermögensträger, der Kollektive, in die Hand des Staates gelegt ist" und 2. "weil diese Kollektive im Rahmen der staatlichen Planwirtschaft öffentliche Funktionen zu erfüllen haben und daher der staatlichen Lenkung und Kontrolle unterliegen." Die Abhängigkeit des Kolchos vom Staat ist durch seine Einschaltung in die zentrale Planwirtschaft - von der rechtlichen und sozialen Ordnung des Kolchos durch das Artelstatut bis hin zur finanziellen Regelung der Kolchosbelange durch das staatliche Abgabe-, Preis- und Kreditsystem²⁾ - so groß, daß Maurach von einem "mittelbaren staatlichen Regiebetrieb in der juristischen Form einer Genossenschaft" spricht³⁾.

Die Gegenstände des genossenschaftlich-kollektivwirtschaftlichen Eigentums sind Gebäude, Arbeitswerkzeuge und - seit dem Verkauf der Maschinen- und Traktorenstationen an die Kolchosen im Jahre 1958 - auch Maschinen. Der Boden ist ausgeschlossen und bleibt Staatseigentum, welches "zu ewiger Nutzung" und "unentgeltlich" an die Kolchosen gegeben worden ist⁴⁾. Das sogenannte unbefristete Nutzungsrecht am Boden ist nur eine theoretische Garantie für

1) Maurach, Handbuch, 59 f.

2) Die Verschuldung der Kolchosen beim Staat durch Kredite beträgt z.B. bei einer geplanten Gesamtinvestition von 50 Mrd. Rubel in den Jahren 1959-1965 rund 15 Mrd. Rubel, wobei die staatliche Kreditierung der MTS-Käufe nicht gerechnet sind. Für die Jahre 1957-1959 allein werden die staatlichen Anleihen mit 30,4 Mrd. Rubel angegeben.
(Neue Züricher Zeitung vom 21.10.1961).

3) Maurach, Handbuch, 64.

4) Art. 8 der Verfassung von 1936.

den einzelnen Kolchos und kann vom Staat praktisch umgangen werden, da keine rechtlichen Hindernisse bestehen, auf dem Verwaltungswege Kolchosen aufzuteilen oder zusammenzulegen¹⁾. Der Beweis wurde in großem Umfang Anfang der fünfziger Jahre erbracht.

Die Unentgeltlichkeit der Nutzung des Bodens durch die Kolchosen ist ohne praktischen Wert für die Kollektivwirtschaften: wenn man berücksichtigt, daß der Staat seit der Kollektivierung durch direkten Zwang über Anbaupläne²⁾ und -"verträge" sowie die ausschließlich staatliche Preisgestaltung zu Ungunsten der Kolchosen praktisch einen "Überlassungspreis" für den Boden von den Kolchosen verlangt.

2. Entstehung und Entwicklung des genossenschaftlich-kollektivwirtschaftlichen Eigentums.

a) Historischer Rückblick: Das bäuerliche Eigentum in Rußland vor 1917 (insbesondere das Mir-System) und in der Revolution von 1917.

Um die Einstellung der russischen Bauern sowohl in der Revolution von 1917 als auch bei der Kollektivierung seit 1928 zu verstehen, soll eine kurze Darstellung der bäuerlichen Eigentumsverhältnisse, insbesondere der "Dorfgemeinschaft" in der vorrevolutionären Zeit gegeben werden.

Rußland war ein schwach industrialisiertes, vorwiegend agrarisches Land. Die Bauern, welche bis zur Aufhebung der Leibeigenschaft im Jahre 1861 hauptsächlich den Boden der Gutsbesitzer bearbeitet hatten, lebten meistens in elender

¹⁾ Maurach, Handbuch, 64.

²⁾ Die Anbaupläne wurden erst durch Ministerratsbeschluß v.9.3.1955 durch Abgabemengenpläne ersetzt. (Kuhner, 148)

irtschaftlichen Verhältnisse. Die Abschaffung der Leibeigenschaft ver-
schlechterte teilweise noch ihre Lage, da sie bisher von ihnen bebautes Land
an die Gutsbesitzer zurückgeben mußten. Ihre persönliche Freiheit war mit
materieller Not und Schutzlosigkeit verbunden¹⁾.

Überwiegend im europäischen Teil Rußlands wurde die Bindung der Bauern an
den Gutsbesitzer durch die Bindung an die Dorfgemeinschaft, den "Mir", abge-
löst. In Sibirien, wo große Güter fehlten, herrschte seit langem der Mir fast
ausschließlich. Die weite Verbreitung des Mirsystems und die Bedeutung, welche
es für den Privateigentumsbegriff der russischen Bauern zu recht oder unrecht
in der Literatur zugeschrieben wird, rechtfertigen ein näheres Eingehen auf
diese Eigentumsform.²⁾ Unter Mir versteht man eine Feldgemeinschaft, welche eine
Dorfgemeinde auf dem ihr gehörenden Boden bildet. Das unverkäufliche Eigentum

1) Rochlin, 9.

2) v. Dietze gibt aus der russischen Statistik von 1905 den Gemeindebesitz mit
77,2% der Höfe und 83,4% der Fläche des bäuerlichen Anteillandes an; allerd-
ings weist er darauf hin, daß die Umteilung des Landes, - die zum Wesen
des Mir gehört-, in verkehrsnahen und weniger von Abgaben belasteten Ge-
bieten in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts bereits außer Übung
gekommen war, diese Gemeinden jedoch in der Statistik enthalten sind und die
Zahlen infolgedessen zu hoch angegeben sind (v. Dietze, Mir, 947 f.).
Für die restlichen 22,8% der Höfe mit 16,6% der Fläche des bäuerlichen
Anteillandes in den europäischen Gebieten Rußlands werden die Eigentumsfor-
men des "Hufneditzes" und des "Einzelbesitzes" angegeben. Beim Hofbesitz
handelt es sich um eine Anteilsgemeinschaft ohne Umteilung, es werden nur
"Neuverlosungen" vorgenommen. Der Einzelbesitz steht dem Privateigentum nahe,
unterscheidet sich jedoch von diesem durch gewisse Beschränkungen der Nutzungs-
und Verfügungsbefugnisse. (v. Dietze, Mir, 948.)

am Boden hat die Gemeinschaft als Ganzes, sie haftet auch in ihrer Gesamtheit für alle Lasten und Abgaben. Die Umteilung des Landes erfolgt in der Regel für eine Reihe von Jahren, manchmal auch auf Lebenszeit der Nutzungsberechtigten¹⁾. Der Maßstab der Zuteilung war meistens die Kopfzahl der berechtigten Familie, richtete sich also nach dem Bedürfnis (Konsumtionsnorm)²⁾. In Gebieten, in denen die Abgaben über den Bodenertrag hinausgingen, wurde das Land auch nach der Leistungsfähigkeit des Berechtigten (Hofausstattung und Arbeitskräftebesatz wurden hier mitberücksichtigt) verteilt. Diese Form der Zuteilung verschwand jedoch mit der Besserung der wirtschaftlichen Lage der Bauern in der Vorkriegszeit⁴⁾. Während das Eigentum gemeinschaftlich war, wurde der Boden individuell genutzt. Sowohl das Wohnhaus mit dem dazugehörigen Garten als auch Geräte, Werkzeuge und - besonders wichtig - das Vieh standen im Familieneigentum der Bauern. Die persönliche Bindung des Bauern an den Mir war sehr eng. Bis zur Stolypinischen Agrarreform (1906-1917) konnte kein Mitglied ohne Mehrheitsabstimmung der Dorfgemeinschaft den Mir verlassen. Dieses Gesetz wurde mit Hilfe der Passbestimmungen durchgesetzt,

1) Die Neuverteilung wurde nicht regelmäßig durchgeführt, sodaß 1900 20% der Dörfer überhaupt keine Neuverteilung mehr vornahmen (Rochlin, 9).

2) v. Dietze, Mir, 947.

3) Dieses Versorgungsprinzip spielte später in der Revolution eine große Rolle. Die erste spontane, staatlich nicht gelenkte Inbesitznahme des Bodens durch die bäuerliche Bevölkerung erfolgte weitgehend so, daß das Land nach Familiengröße verteilt und als Privateigentum betrachtet wurde. "Die Gleichheit bei der Verteilung des Grund und Bodens ist, wie bekannt, maximal. In weitaus den meisten Fällen teilen die Bauern den Grund und Boden 'nach Essern' auf." (Lenin, Ökonomie und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats in: Ausgewählte Werke II, 620).

4) v. Dietze, Mir, 947.

nach denen die Niederlassung in der Stadt von einem Paß, dessen Erteilung wiederum von dem Antrag des Dorfältesten abhängig war.

Der Ursprung des Mir datiert, entgegen anderen Ansichten¹⁾, aus dem 17., insbesondere aber 18. Jahrhundert²⁾. Es handelte sich um ein staatlicherseits gefördertes System, welches durch die Gesamtheit der Gemeinde für Steuern und Abgaben deren Aufkommen sicherte³⁾.

Der Mir ist in seiner Bedeutung und seinem Inhalt sehr unterschiedlich beurteilt worden.

"Man sah in dieser Einrichtung den Beweis, daß einerseits jedes Individuum sich sozialwirtschaftlich nur als Glied einer Kollektivpersönlichkeit fühlt, andererseits auch das Zeichen, daß das individualistische Prinzip in Recht und Wirtschaft noch nicht vorherrschend geworden war." 4)

Um gleichen Ergebnis kommt Hofmann, wenn er schreibt, daß "in Rußland die historischen Voraussetzungen" für einen "'natürlichen' bäuerlichen Hang zum Privateigentum" gefehlt hätten und noch heute fehlen⁵⁾. Dagegen spricht, daß am Ende des 19. Jahrhunderts allgemein, insbesondere aber in verkehrsnahen,

-
-) Einige Slavophile und später die Narodniki hielten den Mir für eine alte slavische Einrichtung (Tschizewskij, 76 f.)
 -) v. Dietze, Mir, 947.
 -) v. Dietze weist darauf hin, daß der Mir nicht ausschließlich durch staatlichen Zwang eingeführt, sondern auch freiwillig von den Bauern in verkehrsarmen Gebieten mit wenig günstigen Umweltbedingungen (z.B. Sibirien) unter dem Druck der Bevölkerungsvermehrung gebildet wurde. (Mir, 947).
 -) Tschizewskij, 76.
 -) Hofmann, 434 u. 434, Anm. 78.

dem Getreidehandel erschlossenen Gebieten, das versorgungsorientierte Mir-System abgebaut wurde. Die Umteilungen wurden aufgegeben und in vielen Fällen ging man zum erblichen Hofbesitz über.

Ein weiteres Gegenargument ist die von den Bauern positiv aufgenommene Stolypinsche Agrarreform, die unter anderem das Ziel der wirtschaftlichen und moralischen Stärkung des Privateigentums und der Anregung der selbständigen Tätigkeit der Kleinbauern verfolgte¹⁾. Die Gesetzgebung von 1906 und 1910 begünstigten den Austritt aus dem Mir. Die zahlreichen Gesuche um Austritt mit dem Ziel der privaten Eigentumsbildung waren ein Beweis dafür, daß die Reform sich im Einklang mit den Wünschen eines großen Teils der Bauern befand.

Von einigen Autoren, russischen Sozialphilosophen und -revolutionären³⁾, wurde im Mir Ansätze der sozialistischen Ordnung gesehen⁴⁾, und nur vereinzelt wurde

1) v. Dietze, Mir, 948.

2) Daß nicht alle Bauern für die Reformen eintraten ist eine Tatsache, die von offizieller Seite oft nicht gesehen wurde oder nicht gesehen werden wollte. In vielen Fällen kam es zu Zwang und Willkür durch die Behörden bei der Durchführung der Reformen. Trotzdem kann man sagen, daß die Idee der Selbständigkeit und Verantwortung auf dem eigenen Land bei den aus dem Mir ausscheidenden Bauern Grundrango und diese meistens auch wirtschaftlich erfolgreich arbeiteten (Luckmann, 48 f.).

3) Vgl. dazu Tschizewskij, 83, 93, 112 f., 149 f. U.A. vertrat auch Marx die Ansicht, der Mir sei ein "Witzpunkt der sozialen Wiedergeburt in Rußland" (v. Dietze, Mir, 948).

4) Noch heute werden gelegentlich die Organisation des Kolchos und die des Mir verglichen und als ähnlich bezeichnet. Schiller tritt dieser Ansicht entgegen und schreibt, daß für den Bauern die Art der Nutzung des Bodens wichtiger ist als die juristische Form seiner Beziehung zum Boden. Danach könnte ein Mir-Mitglied mit individueller Nutzung eine engere Beziehung zum Boden haben als der Kolchosbauer, der ihn kollektiv bestellt. Dabei muß beachtet werden, daß zwischen einem Bauern mit Privateigentum am Boden und einem Mir-Bauern immer noch ein großer Unterschied besteht, denn die unsicheren Besitzverhältnisse am Boden und andere Einschränkungen des Mir hemmten die wirtschaftliche Entwicklung und insbes. die Bereitschaft, Bodeninvestitionen vorzunehmen. (Schiller, 49).

skeptische und kritische Bemerkungen laut¹⁾. In der Revolution wurde dann von den Sozialrevolutionären, den geistigen Erben der Narodniki, die Feldgemeinschaft auf dem Gutsland als geeignete Grundlage der sozialistischen Ordnung propagiert.²⁾

Lenin jedoch gab aus politischen Gründen, d.h. um die Bauern zu Mitkämpfern der Revolution zu machen, ihren Forderungen nach und ließ ihre eigenmächtige "schwarze Umteilung" unangetastet³⁾. Wichtig in diesem Zusammenhang ist die bei den russischen Bauern traditionelle, durch Jahrhunderte bestehende Meinung, daß nur eine Umteilung des Gutslandes ein Ausweg aus ihrer materiellen Not sein könne. Jahrhundertlang hatten sie die Möglichkeit gehabt dem Bevölkerungsdruck durch Ausbreitung (Auswanderung und Kolonisation z.B. Sibiriens) auszuweichen; als diese Wege verschlossen waren, richtete sich der Blick zuerst auf das Gutsland - dessen Besitz durch den Gutsherren als unrechtmäßig galt, denn das "Land gehört niemand ..., höchstens Gott"⁴⁾ - und nicht auf die Intensivierung der Arbeit auf dem vorhandenen bäuerlichen Land⁵⁾.

1) Bakunin, zit. bei Tschizewskij, 150.

2) v.Dietze, Mir, 949.

3) Wie schwach anfangs Lenins Position bei den Bauern war, zeigt der Maiskongress der Bauernsowjets, bei dessen Wahlen zum Exekutivkomitee die Sozialrevolutionäre Tischernov und Kerenski 810 bzw. 804 Stimmen bekamen, Lenin aber nur 20 erhielt. Trotzki schreibt dazu, daß die Bauernbewegung vom Frühjahr und Sommer 1917 keine gegen die Kapitalisten und reichen Bauern (Kulaken), sondern gegen die Reste der Leibeigenschaft, also gegen die Gutsbesitzer gerichtete Erhebung gewesen sei. (Trotzki, 525).

4) Luckmann, 34.

5) v.Dietze, Stolypinsche Agrarreform, 7 und 16.

Da die provisorische Regierung Kerenski nach der bürgerlichen Revolution im März 1917 zögerte, die Bodenreform durchzuführen - offiziell, weil die Nationalversammlung darüber entscheiden sollte, inoffiziell, weil man fürchtete, daß die Bauern desertieren und den Großgrundbesitz an sich nehmen würden - und da die Regierung außerdem den Friedensschluß hinausschob, verlor sie die Unterstützung der landhungrigen und kriegsmüden Bauern.

Unter dem Einfluß der Sozialrevolutionäre wurde das "Dekret über den Boden"¹⁾ erlassen, bei dem das Land allgemein nationalisiert und mit Ausnahme des Bauerndorfes auch konfisziert wurde²⁾. Diese Lösung war der Kompromiß, den Lenin bis zur endgültigen Festigung seiner Macht aufrecht zu erhalten gewillt war. Nach diesem Dekret gehörte das Land in Übereinstimmung mit der bäuerlichen traditionellen Auffassung vom Bodeneigentum und ebenso in Übereinstimmung mit dem Agrarprogramm der Sozialrevolutionäre niemandem, es war weder Staats- noch Privateigentum. Recht auf Land sollte nur der haben, der es mit seiner Hände Arbeit betätigt, die Nutznießung aber habe das ganze Volk. Obwohl in der grundlegenden Deklaration "Über die Rechte des arbeitenden und ausgebeuteten Volkes" vom 12.1.1918 das Privateigentum endgültig und ausdrücklich aufgehoben und an seine Stelle das Staatseigentum gestellt wurde, änderte sich nichts an den tatsächlichen Besitzverhältnissen am Boden:

"Die Bauernschaft beachtete die amtliche Agrargesetzgebung... über die Sozialisierung von Grund und Boden nicht und hielt die vollzogene eigenmächtige Bodenverteilung für eine vollendete, ja unumstößliche Tatsache." ³⁾

Unter dem Einfluß der Sozialrevolutionäre war im Dekret vom 11.6.1918 noch einmal die Umteilung durch die Dorfarmenkomitees verfügt. Diese konnten sich in den Wirren des Bürgerkriegs und ohne ausreichenden Rückhalt durch die Regierung in den st.

1) vgl. oben, A I 1) Entstehung des Staatseigentums.

2) "1. Das Eigentum der Gutsbesitzer an Grund und Boden wird unverzüglich ohne Entschädigung aufgehoben. 5. Der Boden der einfachen Bauern und einfachen Kolonisten unterliegt nicht der Beschlagnahme."

3) Rochlin, 12.

fernen Gebieten in der Regel aber nicht durchsetzen¹⁾.

Nach der Verteilung des Großgrundbesitzes zeigte es sich, daß der Gewinn jedes einzelnen Bauern hinter den Erwartungen zurückgeblieben war²⁾. Die rigorose Requisitionspolitik der Bolschewiki in den ersten Jahren nach der Revolution verschlechterte außerdem die Lage der Bauern erheblich. Infolge der Enttäuschung über die Landverteilung und die rücksichtslose Politik der Regierung kamen sie in Gegensatz zu der politischen Führung: sie weigerten sich, ihre Ernten gegen entwertetes Geld abzugeben.

Die Tendenz, das Privateigentum dem Gemeineigentum - sofern es überhaupt noch bestand - vorzuziehen, setzte sich immer mehr durch. Es kam zu Austritten aus dem Mir, die durch das Agrargesetzbuch vom 30.10.1922 - welches unter dem Einfluß der privatinitiativfreundlichen Wirtschaftstheorie der NEP verfaßt worden war - auch offiziell gebilligt und sogar gefördert wurden. Die Form der Bodenbearbeitung wurde der freien Entscheidung der Bauern überlassen und blieb, trotz gewisser Propaganda für die genossenschaftliche Bearbeitung, bis zur Zwangskollektivierung überwiegend individuell³⁾.

1) v. Dietze, Mir, 949.

2) Nach den Berechnungen des Volkskommissariats für Landwirtschaft erhielten die Bauern in 29 Gubernias im Durchschnitt 2 - 2 1/2 Desjatinen Land, was einer 20prozentigen Ausdehnung ihres bisherigen Anteils entsprach. (Luckmann, 57).

3) Daß die gemeinsame Bodenbearbeitung von Anfang an ein Ziel der sowjetischen Machthaber war, geht unter anderem aus einer Bemerkung Lenins hervor, nach der die Aufteilung des Bodens nur für den Anfang gut sei. Der Ausweg aus der Lage sei aber nur in der gemeinsamen Bodenbearbeitung zu suchen. (Zit. bei Rothlin, 14).

b. Die Entstehung des genossenschaftlich-kollektivwirtschaftlichen Eigentums in Ideologie und Wirklichkeit.

Im Gegensatz zum staatlichen sozialistischen Eigentum (vgl. Art. 6 der Verfassung der UdSSR von 1936), welches entschädigungslos und zwangsweise enteignet wurde, soll nach sowjetischer Ideologie die Entstehung des genossenschaftlich-kollektivwirtschaftlichen Eigentums durch freiwilligen Zusammenschluß erfolgen¹⁾. Es wird hervorgehoben, daß die Freiwilligkeit bei genossenschaftlichen Zusammenschlüssen sehr wichtig sei, um die Handwerker und Bauern nicht in eine ablehnende Haltung der führenden Arbeiterklasse gegenüber zu drängen. Bei dieser "Politik der Vorsicht" stützen sich die sowjetischen Ideologen unter anderem auf einen Text von Friedrich Engels, in dem es heißt:

"... daß, wenn wir im Besitz der Staatsmacht sind, wir nicht daran denken können, die Kleinbauern gewaltsam zu expropriieren (einerlei ob mit oder ohne Entschädigung), wie wir dies mit den Großgrundbesitzern zu tun genötigt sind. Unsere Aufgabe gegenüber dem Kleinbauern besteht zunächst darin, seinen Privatbetrieb und Privatbesitz in einen genossenschaftlichen überzuleiten, nicht mit Gewalt, sondern durch Beispiel und Darbietung von gesellschaftlicher Hilfe zu diesem Zweck." 2)

Marx und Engels waren der Ansicht, daß der Sozialismus durch eine "Selbstregierung der Produzenten"³⁾ verwirklicht werde. Die Genossenschaften sollten dabei nicht isoliert arbeiten, sondern die "nationale Produktion nach einem gemeinsamen Plan regeln, sie damit unter ihre eigene Leitung nehmen"⁴⁾. Engels fordert Genossenschaftsverbände, die die Arbeiterassoziationen der Betriebe zusammenfassen⁵⁾.

1) Politökonomie, 396.

2) Engels, Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland in: Marx/Engels, Ausgewählte Schriften, II, 406.

3) Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich in: Marx/Engels, Ausgewählte Schriften

4) ebd., 495.

5) Engels, Einleitung zu Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, ebd., 454.

Lenin folgt Marx und Engels wenn er schreibt:

"...ein System zivilisierter Genossenschaftler bei gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln, bei dem Klassensieg des Proletariats über die Bourgeoisie, das ist das System des Sozialismus." 1)

Lenin wollte jedoch nicht die bereits verstaatlichte Industrie vergenossenschaftlichen, sondern plante, die kleinbäuerliche, auf Privateigentum beruhende Landwirtschaft in Genossenschaften zu vereinen. Im Vergleich zum Privateigentum ist das Genossenschaftseigentum ein großer Fortschritt auf dem Weg zum Sozialismus und nach Lenins Meinung ein möglichst einfacher, leichter und den Bauern zugänglicher Weg²⁾ zum Sozialismus. - Lenin war wie Engels überzeugt, daß die Genossenschaften nur freiwillig gebildet werden dürften. Er empfahl zum Beispiel den Kommune- und Artelmitgliedern auf deren ersten Kongress³⁾ beispielhaft auf die Bauern zu wirken, indem sie ihnen die Vorteile des Gemeineigentums und der gemeinschaftlichen Wirtschaft in der Praxis zeigten. So hoffte er die Bauern zum Eintritt in die Genossenschaften zu bewegen. Lenin glaubte dabei an eine Entwicklungs- und Erziehungsarbeit unter den Bauern, die mindestens ein bis zwei Jahrzehnte in Anspruch nehmen würde⁴⁾.

Im Mai 1923 veröffentlichte Lenin einen Artikel über das Genossenschaftswesen, in dem er seine Gedanken zur Genossenschaft zusammenfassend niederlegte. Er machte Vorschläge zur materiellen Förderung der Genossenschaften, um ihnen gegenüber dem Privateigentum in der NEP einen Vorteil zu verschaffen. Es handelte sich dabei hauptsächlich um Bevorzugung bei der Vergabe staatlicher

1) Lenin, Über das Genossenschaftswesen in: Ausgewählte Werke II, 992 ff.

2) Lenin, Über das Genossenschaftswesen in: Ausgewählte Werke II, 989.

3) Lenin, Rede auf dem ersten Kongress der landwirtschaftlichen Kommune und Artels am 4.12.1919 in: Ausgewählte Werke II, 629 ff.

4) Wie Stalin die Entwicklung abkürzte, indem er zur brutalen Methode der "Entkulakisierung" griff und so die Kollektivierung der Landwirtschaft in vier Jahren abschloß, soll weiter unten gezeigt werden.

Kredite und staatlicher Belieferungen mit Rohstoffen sowie Vorteile in Bezug auf die Beschäftigtenzahl: sie konnte bei Genossenschaften beliebig hoch sein, während sie bei Konzessionsbetrieben und privaten Unternehmen begrenzt war.

Obwohl die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft von 1929 bis in die Mitte der 30er Jahre eindeutig von der Partei gelenkt worden ist, wird in der sowjetische Ideologie behauptet, daß

"die Kommunistische Partei scharf die hier und dort vorkommende Verletzung des Prinzips der Freiwilligkeit beim Eintritt der Bauern in die Kollektivwirtschaften, den sprunghaften Übergang von den niederen Formen der Produktionsgenossenschaften zu den höheren, für die nicht die notwendigen Voraussetzungen geschaffen worden waren, sowie das Nichtbeachten der spezifischen ökonomischen Bedingungen der einzelnen... Gebiete des Landes" verurteile. 1)

aa) Gewerbe- und Produktionsgenossenschaften (Handels- und Produktivgenossenschaften des Handwerks), Konsumgenossenschaften, Wohnungsbaugenossenschaften, Invalidengenossenschaft.

In der Theorie beginnt die Bildung des genossenschaftlichen Eigentums mit freiwilligen Zusammenschlüssen der Händler zu Einkaufs-, Absatz- und Kreditgenossenschaften - den sogenannten niederen Formen des Genossenschaftswesens. Danach folgen die Produktionsgemeinschaften bäuerlicher und handwerklicher Betriebe, die Kollektivwirtschaften und Produktionsgenossenschaften des Handwerks.

Die "Freiwilligkeit" der genossenschaftlichen Zusammenschlüsse unter sowjetischer Herrschaft war in den meisten Fällen eine reine Propagandathese.

1) Politökonomie, 455.

Die ersten Konsumgenossenschaften wurden durch Dekret vom 16.3.1919 zwangsweise begründet, ihre Aufgabe sollte die Verteilung der Güter sein. Gleichzeitig setzte ein Kampf um die Verstaatlichung der Genossenschaften ein, der vorläufig auf dem 9. Parteitag im März 1920 mit einer Resolution "Über das Verhältnis zur Genossenschaft" endete. Nach dieser Resolution wurden alle nicht-proletarisch geleiteten Genossenschaften, sogenannte Pseudogenossenschaften, aufgelöst oder mit proletarisch linientreuen Geschäftsführern besetzt. Durch Dekret vom 13.12.1920 wurde das Vermögen der Genossenschaften dem Staatshaushalt eingegliedert. Diese Entwicklung wurde mit dem Beginn der Neuen Ökonomischen Politik im März 1921 abgebrochen. Da notgedrungen der "Privatkapitalismus" in einigen Formen wieder zugelassen werden mußte, stieg das genossenschaftliche Eigentum - vorher als Gruppeneigentum gegenüber dem allgemeinen Staatseigentum ideologisch und praktisch diskriminiert - in seinem Ansehen¹⁾. Seit dem Dekret vom August 1921 "Über die landwirtschaftlichen Genossenschaften" galt das genossenschaftliche Eigentum als "förderungswürdig". Den Landwirtschafts-, Handwerker- und Konsumgenossenschaften wurden daraufhin ihre verstaatlichten Vermögen zurückgegeben. Neben der besonderen Beachtung bei der Vergabe von Staatskrediten und Staatsaufträgen wurden alle Genossenschaften, insbesondere aber die Produktionsgenossenschaften durch Steuererleichterungen gegenüber dem Privateigentum offensichtlich bevorzugt.

Heute besteht das gewerbliche Genossenschaftseigentum in Form von "Gewerbeartels", in denen Produktionsmittel und Arbeit vergesellschaftet sind, oder in Form von "Produktionsgenossenschaften", in denen Werkzeuge und Maschinen vergesellschaftet sind, die Mitglieder aber einzeln arbeiten (Heimarbeit)²⁾. Diese Formen von Ge-

1) Gegenüber dem Privateigentum bedeutete das genossenschaftliche Eigentum einen Fortschritt in Richtung auf den Sozialismus. Lenin bezeichnete es sogar als eine "Unterart des 'Staatskapitalismus'".

2) Politökonomie, 502.

Genossenschaften bestehen seit 1921, wo erstmalig ihre Rechtsstellung im Dekret vom 7.7.1921 geregelt wurde¹⁾. Das Ziel der Gewerbe-Genossenschaften soll die Produktion von Massenbedarfsgütern unter Verwendung von örtlichen Rohstoffen sein. Ihre Zahl ist mit 8000 (1958) nicht sehr hoch²⁾ und ihre Bedeutung steht in keinem Verhältnis zu der der staatlichen Industriebetriebe.

Die Konsumgenossenschaften bestehen heute nur noch als Dorfgenossenschaften, nachdem 1935 alle städtischen Konsumvereine verstaatlicht worden sind. Ihre Zahl wird mit 19 000, zu denen rund 323 500 Betriebe gehören, angegeben³⁾. Die Genossenschaften stehen im Eigentum der annähernd 37 Millionen Mitglieder, die in ihren Dispositionen ebenso eng wie die Käufer in staatlichen Läden an den staatlichen Wirtschaftsplan gebunden sind.

Die Gewerbe- und Konsumgenossenschaften sind das Ergebnis der Wirtschaftspolitik Lenins und Stalins, die die Vergesellschaftung des kleinen Privateigentums zum Ziel hatte. Die Produktions- und Handwerksgenossenschaften haben sich in der lokalen Industrie bewährt, könnten ihrer Organisation und ihrem Aufgabenbereich nach aber ebenso staatliche Unternehmen sein. Ihre Freizügigkeit, z.B. in der Beschlußfassung der Mitgliederversammlung ist illusorisch, wenn der Staat durch Parteiaktivität in den Genossenschaften und durch Planung und Gesetze von außen die Betriebe in die gewünschten Bahnen dirigieren kann. Die besondere Form des genossenschaftlichen Eigentums sichert den betreffenden Betrieben keine größere Bewegungsfreiheit gegenüber dem Staat oder im wirtschaftlichen Verkehr mit anderen Betrieben. Die Genossenschaften sind ebenso wie staatliche Unternehmen an Statuten, Gesetze und den Wirtschaftsplan gebunden, sodaß der Staat sämtliche Handlungen der Genossenschaften von der Produktionsplanung und -durchführung bis hin zur Einkommenszahlung an die Mitglieder bestimmen oder kontrollieren kann.

1) Pfuhl, 46.

2) Politökonomie, 502.

3) ebd.

Wohnungsbaugenossenschaften wurden gebildet, um Privatpersonen für den Wohnungsbau und seine Finanzierung zu interessieren, auch wenn ihre Mittel nicht für ein eigenes Haus ausreichen. Die Genossenschaftsanteile sind vererbbar und gewähren ein Wohnrecht, wenn die Erben in die Genossenschaft eintreten¹⁾.

Die Invalidengenossenschaften sind die Einrichtung eines Staates, zu dessen Grundprinzipien das Schlagwort "wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen", gehört. Die Aufgabe dieser Genossenschaften ist die Einbeziehung der Invaliden aller Invaliditätsgrade in den Produktionsprozeß. Ihre Form kann die des Produktiv-, Handels-, Versorgungs-, Arbeits- oder Heimarbeitsartels sein²⁾. Die Mitgliedschaft ist Pflicht und die Arbeitsfähigkeit jedes Einzelnen wird durch halbjährliche amtsärztliche Untersuchung festgestellt.

b) Landwirtschaftliche Genossenschaften (Kolchose).

aaa) Das landwirtschaftliche genossenschaftliche Eigentum vor der Zwangskollektivierung.

Der heute gültigen landwirtschaftlichen Genossenschaftsform des Artels folgen andere, sogenannte "niedere Formen" von Produktionsgenossenschaften, in denen Produktionsmittel und Arbeit noch nicht vollständig vergesellschaftet waren. Die vorherrschende Genossenschaftsform in der Landwirtschaft war vor 1929 die Bodenbearbeitungsgenossenschaft des "TOS". Im TOS wurden Bestellungs- und Pflanzarbeiten gemeinsam verrichtet. Der Boden und das mit ihm zusammenhängende Inventar galten als Gemeineigentum, Geräte und lebendes Inventar blieben dagegen Familieneigentum. Jeder Bauer verfügte zusätzlich über eine private Sonderwirtschaft.

¹⁾ Pfuhl, 47.

²⁾ Pfuhl, ebd.

Die Form des TOS hatte den Vorteil, daß man durch den genossenschaftlichen Ankauf von Geräten und durch gemeinsame Bodenbestellung wirtschaftlicher arbeitete die Erträge jedoch in persönlichem Eigentum und zu freier Verfügung hatte. Der Boden, obwohl rechtlich im Staatseigentum stehend, wurde als Privateigentum betrachtet. Ein weiterer Vorzug war, daß die Organisationsform des TOS als förderwürdige Genossenschaft galt und die Mitglieder folglich in den Genuß staatlicher Vorzugskredite kamen.

Ein interessanter Versuch, den Sozialismus auf dem Lande einzuführen, waren die "landwirtschaftlichen Kommunen". Sie sind als Produktions-, Lebens- und Wohngemeinschaften, in denen selbst Gegenstände des persönlichen Bedarfs vergesellschaftet waren, meistens in ehemaligen Gutshäusern errichtet worden. Die Kommunen bestanden vereinzelt vor 1923 - dem Jahr, in dem Lenin seinen Genossenschaftsplan veröffentlichte -, hatten aber keine praktischen Erfolge zu verzeichnen. Sie wurden nur propagandistisch als Beweis für den "Sieg des Sozialismus auf dem Lande" ausgewertet.

Allgemein kann man über die Genossenschaftsbewegung ¹⁾ sagen, daß sie trotz staatlicher Förderung nur geringen Erfolg hatte. 1928 waren nur 1,7% ¹⁾ der bäuerlichen Haushaltungen kooperiert. Man kann fast von einem "negativen Erfolg" sprechen, denn die von Anfang an geringe Anzahl ländlicher Produktionsgenossenschaften nahm in den Jahren der NEP (1922-1927) sogar noch ab ²⁾³⁾.

1) Ch. Bettelsheim, L'économie soviétique, Paris 1950, zit. bei Hofmann, 6 Anm.
2) Hofmann, 14 Anm. 17.

3) Die geringe Neigung zur Bildung von Genossenschaften ist u.a. ein Beweis für die privateigentumsfreundlichen Tendenzen der russischen Bauern, die - zusammen mit dem Mir-freundlichen Verhalten nach der Revolution und ihrem Widerstand bei der Kollektivierung - für die heutige Einstellung zu Kolchos und Nebenwirtschaft nicht unterschätzt werden dürfen.

bb) Die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft.

Die Gründe, welche zur Kollektivierung der Landwirtschaft geführt haben, sind im Großen und Ganzen in zwei Gruppen einzuteilen:

1. die ausgesprochenen oder unausgesprochenen ideologischen Gründe,
2. die praktischen, von der ökonomischen Notwendigkeit einer entwicklungsbedürftigen Zentralverwaltungswirtschaft diktierten Gründe.

Die ideologischen Gründe und ihre Kritik.

Die objektive Notwendigkeit der Kollektivierung.

Die sowjetischen Ideologen sind überzeugt, daß die "sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft ...die schwierigste Aufgabe der Revolution (ist), nachdem die Arbeiterklasse die Macht erobert hat"¹⁾, sie sei aber historisch objektiv notwendig und folglich nicht zu umgehen²⁾.

Die "objektive Notwendigkeit" der Kollektivierung wird unter anderem aus dem "Gesetz der Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte" und dem "ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus" abgeleitet³⁾. Nach dem ersten Gesetz ist von einem bestimmten Zeitpunkt an, wenn die Produktivkräfte über die Produktionsverhältnisse hinausgewachsen sind, die Entwicklung einer Volkswirtschaft von einer Änderung ihrer Produktionsverhältnisse, d.h. ihrer Eigentumsverhältnisse, abhängig. Wenn die kapitalistische Produktionsweise überholt ist, wird eine ungehemmte Entwicklung der Produktivkräfte nur durch das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln und deren Organisation in Großbetrieben, d.h. "sozialistische Produktionsverhältnisse", gesichert. Aus diesem Entwicklungsschema folgt die Notwendigkeit der Kollektivierung der Landwirtschaft.

1) Vgl. das Zitat von Lenin über die Kleinproduktion im Abschnitt B II) Das Eigentum der "kleinen Privatwirtschaft". Er sagt, daß es "tausendmal leichter (sei), über die zentralisierte Großbourgeoisie den Sieg davonzutragen, als Millionen und aber Millionen kleiner Besitzer zu besiegen".

2) Politökonomie, 442.

3) Politökonomie, 523.

Das ökonomische Grundgesetz sichert die "Vervollkommnung und Erweiterung der Produktion ... mit dem Ziel möglichst vollständiger Befriedigung der ständig wachsenden Bedürfnisse ... aller Mitglieder der Gesellschaft"¹⁾. Infolgedessen garantiert es die Entwicklung und Vergrößerung des genossenschaftlichen Eigentums in der Landwirtschaft im Interesse der gesamten Bevölkerung. Das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus ist nur unter der Voraussetzung von zentralisierten Großbetrieben mit vergesellschaftetem Eigentum wirksam. Die "zersplitterte und rückständige bäuerliche kleine Warenwirtschaft" ist nach sowjetischer Ideologie nicht in der Lage, ihre Wirtschaften ausreichend zu mechanisieren und folglich auch nicht fähig, den steigenden Bedarf an Lebensmitteln zu produzieren²⁾. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist in einer überwiegend sozialistischen Ordnung also "überholt" und muß dem fortschrittlicheren kollektiveigentum weichen, um eine ungehemmte Entwicklung der Wirtschaft zu garantieren.

Die Bedeutung dieser ideologischen Begründung der Kollektivierung darf nicht unterschätzt werden. Mit ihrer Betonung soll jedoch nicht gesagt werden, daß die rein machtpolitische Komponente, nach der die sowjetische Regierung mit ihrem Ziel der beschleunigten Industrialisierung alle Entscheidungen über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung des Staates in ihrer Hand vereinigen wollte, bei einem Staatsmann wie Stalin nicht doch im Vordergrund stand.

Übereinstimmung von individuellem und Gesamtinteresse.

In der sowjetischen Ideologie wird betont, daß im sozialistischen Wirtschaftssystem die persönlichen Interessen des einzelnen mit dem Gesamtinteresse aller übereinstimmen. Um auch "die persönliche Interessiertheit der Bauern mit den gesamtstaatlichen Interessen zu verbinden und die breiten Massen der Bauern-

1) Politökonomie, 523.

2) Politökonomie, 445.

schaft unter Führung der Arbeiterklasse in den Aufbau des Sozialismus einzu-
beziehen"¹⁾ - mit anderen Worten: um die "privatkapitalistischen" Interessen
der Bauern zu töten²⁾ - mußten die Bauern notwendigerweise kollektiviert wer-
den.

Befreiung von der Ausbeutung.

Die "Befreiung von der Ausbeutung" gilt als eine der wichtigsten Aufgaben der
Kollektivierung. Die größeren Bauern, sogenannte Kulaken³⁾, beschäftigten dauernd
oder zeitweise Lohnarbeiter und waren infolgedessen Nutznießer fremder Arbeits-
kraft, also "Ausbeuter". Obwohl die Eigentumsdifferenzierung auf dem Lande
längst nicht so groß war, wie die offizielle Propaganda behauptete⁴⁾, wurde
die Kollektivierung mit dem Schlagwort der "Liquidierung des Kulakentums als
Klasse auf der Grundlage der durchgängigen Kollektivierung" durchgeführt.

Die Führung der Arbeiterklasse und die Hilfe des Staates.

Nach sowjetischer Doktrin ist die Sozialisierung der Landwirtschaft nur mög-
lich, wenn "die Arbeiterklasse als Führerin aller Werktätigen die Macht er-

1) Politökonomie, 443.

2) Politökonomie, 444.

3) Kulak heißt wörtlich die "Faust" und gemeint war die Faust des wohlhabenden
Bauern, die jahrhundertlang im Nacken der landarmen Bauern und Landarbeiter
gesessen hatte (Maurach, Handbuch, 61). In der Kollektivierungskampagne wurde
der Name anfänglich noch für die wohlhabenden Bauern verwandt, schließlich
aber aus propagandistischen Gründen auf alle Bauern ausgedehnt, die gegen
die Kollektivierung eintraten.

4) Die Kulaken wurden nach dem Wert ihrer Produktionsmittel und der Zeit, in
der sie Lohnarbeiter beschäftigten, eingestuft. Nach einer Volkszählung von
1926 gehörten nur rund 4% der Bauernschaft zu den "Kulaken" (Löwenthal, 165).

obert hat"¹⁾. Die Arbeiterklasse - mit anderen Worten: die Partei - leitet die Bauern, um sie von den Vorzügen des sozialistischen Großbetriebes gegenüber den kleinbäuerlichen Einzelwirtschaften zu überzeugen. Der sozialistische Staat leistet "materielle, finanzielle und organisatorische Hilfe"²⁾ und unterstützt auf diese Weise die Arbeit der Partei. Zu Beginn der Sozialisierung bediente sich der Staat der Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS), um die notwendige Hilfe zu leisten, "sie waren das Hauptmittel zur Herstellung des Produktionsbündnisses zwischen Industrie und Landwirtschaft." In den ersten Jahren der Kollektivierung arbeiteten die "besten Parteimitglieder und zehntausende von Arbeitern" in den MTS und den Kollektivwirtschaften, um die moderne technisierte Landwirtschaft in möglichst kurzer Zeit aufzubauen³⁾.

Aus diesen wenigen Textstellen geht die offizielle Meinung der Regierung über die Rolle von Staat und Partei bei der Kollektivierung hervor: im Vordergrund steht die "Hilfe" von Staat und Partei beim technischen Aufbau der sozialistischen Großbetriebe, die im Sinne der Bauern gewesen sei. Über die wahren Gründe der Intervention von oben wird geschwiegen: die Partei "half" nicht bei der Kollektivierung, sondern setzte sie zuerst gegen den Willen der meisten Bauern durch.

Die MTS waren anfänglich ebenfalls keine große Hilfe. Sie genügten technisch bei weitem nicht den Anforderungen der kollektivierten Großbetriebe, sodaß auch aus diesem Grund die Produktion rapide sank. Vom Staat aus gesehen waren die MTS unentbehrlich, denn sie rekrutierten ihr Personal aus der gefolgstreuen bolschewistischen Partei und waren das Mittel der staatlichen Kontrolle auf dem Land. Die MTS hatte nicht nur die Kontrolle über Produktion und Arbeit

1) Politökonomie, 442.

2) Politökonomie, 446.

3) Politökonomie, 449 ff.

die Ablieferung der Erträge erfolgte über die MTS), sondern auch über die sozialistische Umerziehung der Landbevölkerung im Sinn der politischen Führung. Kollektivwirtschaften und Maschinen-Traktoren-Stationen waren gleichermaßen wichtig für die weltanschauliche Umerziehung der russischen Bauern. Stalin schreibt dazu:

"Die große Bedeutung der Kollektivwirtschaften besteht grade darin, daß sie die Hauptbasis für die Verwendung von Maschinen und Traktoren in der Landwirtschaft darstellen, daß sie die Hauptbasis für die Ummodelung des Bauern, für die Umgestaltung seiner Mentalität im Geiste des Sozialismus bilden." 1)

ideologische Bewertung des Großbetriebes.

Einer der Gründe für die Kollektivierung war auch die ideologische Überbewertung des Großbetriebes: Die sowjetischen Ideologen sind der Überzeugung, daß er in jedem Fall wirtschaftlich effizienter ist. Wenn der sowjetische "Gigantismus" auch zu Auswüchsen führte, die nachträglich reformiert wurden, blieb grundsätzlich immer die Überzeugung von der Überlegenheit des Großbetriebes bestehen. So erfuhren z.B. die MTS - neben ihrer politischen Funktion als Kontrollorgane der Partei und ihrer praktischen Aufgabe als Verwaltungsinstanz der knappen technischen Ausrüstung der Landwirtschaft - eine ideologische Bewertung als Typ des sozialistischen Großbetriebes, der die Ergänzung zum landwirtschaftlichen Großbetrieb des Kolchos bilden sollte.

Vor der zwangsweisen Kollektivierung waren Partei und Regierung mit "Informationen" über die Vorteile der bevorstehenden Revolution von oben an die Bauern herangegangen und auch hier wurden besonders die Vorzüge der Großbetriebe gegenüber den kleinen Bauernwirtschaften betont. Flurbereinigung, bessere Versorgung mit Produktionsmitteln, technische Hilfe durch staatliche Fachleute und die Einführung von neuen, für Kleinbetriebe unrentable Maschinen spielten die größte

J.W. Stalin: Zu Fragen der Agrarpolitik in der UdSSR in: Werke, Bd. 12, 146.

Rolle bei der "Information" der Landbevölkerung. Es wurde verschwiegen, daß man in den Genuß dieser Vorzüge auch durch andere Genossenschaftsformen als die des Artels (das heißt mit voll sozialisierten Produktionsmitteln und vergesellschafteter Arbeit) kommen kann.

Praktische, wirtschafts- und machtpolitische Gründe der Kollektivierung.

Beschleunigte Industrialisierung und totale Wirtschaftsplanung des Staates.

Die Entscheidung für den "Aufbau des Sozialismus in einem Land" und damit zusammenhängend für eine beschleunigte Industrialisierung aus eigener Kraft stellte die Regierung vor das Problem, eine möglichst hohe industrielle Akkumulationsrate bei möglichst geringem Konsum der Bevölkerung zu erreichen. Die Herabsetzung der staatlichen Ankaufpreise für Getreide und die darauf folgende sinkende Marktleistung der Bauern hatte gezeigt, daß die notwendige erhöhte Akkumulationsrate nicht zu erreichen sein würde, wenn die Landbevölkerung nicht mit ihrer Produktion und ihrer Konsumtion dem staatlichen Willen - das heißt: Wirtschaftsplanung unterworfen sein würde. Der Staat mußte die alleinige Entscheidung über die Lebensvorsorge seiner Untertanen bekommen und jede Fluchtmöglichkeit aus der staatlichen Sphäre der Zwangswirtschaft in eine private Sphäre der freien oder doch teilweise freien Wirtschaft schließen. Er mußte das letzte noch bestehende Refugium aus seinem Machtbereich in Form von Privateigentum zerstören.

Der Staat als einziger Arbeitgeber.

Der Staat konnte nach der Kollektivierung die industrielle Akkumulationsrate maximal bestimmen, soweit dies nach den gegebenen Daten der Produktionskapazität technisch möglich war.

Die Versorgung der städtischen industriellen Bevölkerung war durch Zwangsablieferung zu niedrigen, staatlich festgesetzten Preisen gesichert. Die so beim Ankauf von Nahrungsmitteln "gesparten" Beträge dienten dem industriellen

fbau, denn der Staat übernahm nicht gleichzeitig mit seiner Funktion als alleiniger Arbeitgeber auch die Garantie für den Lebensunterhalt der ländlichen Bevölkerung. Die Einkommen der Kolchosmitglieder wurden am Ende des Jahres nach dem Betriebsergebnis berechnet, welches seinerseits in erster Linie von den staatlichen Preisen für Pflichtablieferungen und industriellen Produkten und von der durch staatliche Planung festgelegten Ausrüstung mit Maschinen abhing, nicht aber zuerst von der Arbeitsintensität des einzelnen Kolchosbauern bestimmt wurde¹⁾. Das Einkommen aus der Kolchosarbeit war in den ersten Jahrzehnten nach der Kollektivierung auch so niedrig, daß noch sehr Bauern ohne den Ertrag ihrer Nebengewirtschaften verhungert wären.

Die Kollektivierung der Landwirtschaft zerstörte nicht nur die bäuerliche Privatwirtschaft, sondern auch das früher sehr bedeutende ländliche Handwerk. Durch das russische Klima mit langen Wintern bedingt, lag ein erheblicher Teil des Handwerks vor der Bolschewistischen Revolution und ländlichen Kollektivierung in Händen der russischen Bauern²⁾. Das Handwerk bildete eine Möglichkeit, dem staatlichen Arbeitszwang zu entgehen und mußte infolgedessen auch zerstört werden.

Damit war der Staat zum alleinigen Arbeitgeber geworden, der totale Kontroll- und Lenkungsbefugnisse in Wirtschaft und Gesellschaft besaß. Langfristig sollten die Bauern zu Arbeitern erzogen werden, die in ihrer Mentalität und ihrem Denken Industriearbeitern ähnlicher sind als den Privatbauern der Zeit vor 1929³⁾. Hier verbanden sich das marxistisch ideologische Motiv, die Arbeiterklasse als Stütze des Sozialismus zu vermehren und das rein praktisch-politische Motiv, aus dem schwerfälligen traditionell ausgerichteten russischen Bauern

¹⁾ vgl. Schiller, 65.

²⁾ Hofmann, 29 Anm. 6.

³⁾ Chruschtschows Pläne einer festen Entlohnung im Kolchos gehen in die gleiche Richtung; vgl. unten: A II 3 cc) Die Arbeitsvergütung im Kolchos.

einen für technische Neuerungen aufgeschlossenen Arbeiter zu machen. Wie ungenügend dieses Ziel erreicht worden ist, zeigt das Verhalten der Kolchosmitglieder gegenüber ihren Nebenwirtschaften, in dem noch heute offensichtlich "privatwirtschaftliche Tendenzen" zum Durchbruch kommen.

Aktivierung der ländlichen Arbeitsreserven.

Der Staat konnte als alleiniger Arbeitgeber zwangsweise die vorhandenen Arbeitsreserven der ländlichen Bevölkerung aktivieren. Nachdem in den letzten Jahren der Periode der NEP Arbeitslosigkeit geherrscht hatte, war durch den Entschluß zur beschleunigten Industrialisierung mit dem vorrangigen Aufbau der Schwerindustrie ein Arbeiterbedarf entstanden, der den vorläufigen Mangel an Maschinen notdürftig ausgleichen mußte¹⁾.

Die ländliche Überbevölkerung betrug nach sowjetischen Angaben im Jahre 1927 23,4 Millionen²⁾ und hätte den Arbeitskräftebedarf des ersten Fünfjahresplans gedeckt. Ohne Zwang und mit dem Refugium des bäuerlichen Privateigentums, von dem die Familienmitglieder leben konnten, wäre diese Arbeitskraftreserve nicht zu aktivieren gewesen. - Nicht nur die männliche Bevölkerung wurde dem staatlichen Arbeitszwang unterworfen, die Verpflichtung zur Leistung von "gesellschaftlichen

1) Die anfängliche "Extensivierung des Arbeitsprozesses" (Hofmann, 28f.) ist eine Erscheinung, die im Aufbau jeder industriellen Wirtschaft zu beobachten ist, sowohl im westeuropäischen Frühkapitalismus als auch in der zentralen Planwirtschaft des kommunistischen China heute. Immer werden Arbeiter, die ohne Rückhalt in Form von eigenem oder familiärem Eigentum sind, in den Produktionsprozeß eingespannt, um für die Akkumulation von Kapital - sei es für den Kapitalisten oder für den Staat - zu arbeiten.

2) Enzyklopädie der UdSSR.

lich nützlicher Arbeit" wurde auch auf Frauen, Greise und Kinder ausgedehnt. Damit verschob sich das Verhältnis von Produktion und Konsumtion auf dem Land zugunsten der Produktion und das sozialistische Prinzip "wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen" wurde weitgehend verwirklicht.

Versorgung der industriellen Bevölkerung mit billigen Nahrungsmitteln.

Durch die Kollektivierung wurde nicht nur der Arbeitskräftebedarf der Industrie gedeckt, sondern auch das Problem der Versorgung der industriellen Bevölkerung nach staatlicher Ansicht bestmöglich gelöst. Durch ein System von Zwangskäufen zu vorgeschriebenen Preisen stieg die Marktleistung der russischen Landwirtschaft einige Jahre nach der Kollektivierung, obwohl die absoluten Produktionsziffern stagnierten und teilweise sogar gesunken waren¹⁾. Da die ländliche Bevölkerung nicht in einem entsprechenden Maße verringert worden war, konnte diese Entwicklung nur durch einen Konsumverzicht der bäuerlichen Familien und deren teilweiser Ausrottung durch Deportationen ermöglicht werden.

Die freien Bauern hatten sich geweigert, ihre Produktion ohne entsprechende Gegenleistung in Form von angemessenen Preisen und ausreichenden Mengen an Industriewaren zu verkaufen, im Kolchos war dieses Problem durch staatliche Plan- und Zwangswirtschaft gelöst. Eine höhere Produktion von Konsum- und Bedarfsgütern, die einen Arbeitsanreiz für die Bauern gebildet hätten, wäre zu Lasten der beschleunigten Industrialisierung mit dem Primat der Schwerindustrie gegangen und verbot sich deswegen auf Grund der machtpolitischen Zielvorstellungen des Staates von selbst.

¹⁾ vgl. Hofmann, 27, Anm. 5.

Wenn man die Reihe der ideologischen und praktischen Gründe der Kollektivierung betrachtet, ist es schwer, eine Skala ihrer Bedeutung aufzustellen. Langfristig ist die Übereinstimmung der ideologischen Ziele und der wirtschaftlichen Wirklichkeit eminent wichtig, denn nur so kann die sowjetsozialistische Regierung ihre Existenz und ihre Politik rechtfertigen. Kurzfristig standen die praktischen, macht- und wirtschaftspolitisch zu begründeten Motive für Stalin sicherlich im Vordergrund, da er nur auf diese Weise seine beiden Hauptziele - den Aufbau des Sozialismus in einem Land und die beschleunigte Industrialisierung - verwirklichen konnte.

ccc. Durchführung der Kollektivierung.

Die Kollektivierung begann mit Repressalien gegen die wohlhabenden Bauern in Form von Sondersteuern und extrem niedrig angesetzten Preisen für den abgabepflichtigen Anteil der Produktion. Daraufhin horteten die Bauern das Getreide, sofern sie es nicht an die wenigen noch vorhandenen Privathändler zu höheren Preisen verkaufen konnten oder an ihr Vieh verfüttert hatten. Die Landnutzung und -verpachtung der Kulaken wurde eingeschränkt¹⁾. Die Bestimmungen betrafen nicht nur die sogenannten Kulaken, sondern auch die kleineren und mittleren Bauern, sofern sie für den Markt produzierten und/oder Land zugepachtet hatten. Da die Kollektivierung aber offiziell als Kampagne gegen die Kulaken galt, wurden diese "Nebenerscheinungen" nicht erwähnt.

Auf dem 16. Parteikongress 1929 setzte Stalin dann die "endgültige Liquidierung der Kulaken als Klasse" durch. Am 5.1.1940 folgte der Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU "Über das Tempo der Kollektivierung und die Maßnahmen zur Förderung des Aufbaus des Kolchossystems", mit der die sogenannte "2.Revolution

1) Politökonomie, 451 f.

in oben", die Sozialisierung der Landwirtschaft besiegelt wurde¹⁾.

Die gesetzliche Grundlage der durchgängigen Kollektivierung²⁾ bildete die Verordnung des Zentralkomitees der UdSSR vom 1.2.1930, in der die "Liquidation des Kulakentums als Klasse, die Beschlagnahme des Vermögens der Kulaken und deren Aussiedlung" mit dem Ziel befohlen wurde, Kollektivwirtschaften nach dem Schema des "Musterstatuts des landwirtschaftlichen Artels" vom 2.3.1930) zu bilden³⁾.

In der sowjetischen Propaganda wurde und wird noch heute vom "Massenkampf der Bauern gegen das Kulakentum" gesprochen. In Wahrheit war es ein brutaler Kampf der Partei mit Hilfe der "Dorfarmut" gegen alle Bauern, die sich gegen die Kollektivierung wehrten, - ein Kampf, der durch Diffamierung, Terror und politischen Druck zu dem "Erfolg" führte, daß ca. 6,5 Millionen Bauern mit ihren Angehörigen enteignet, deportiert und zum großen Teil physisch liquidiert wurden⁴⁾.

1) Maurach, Handbuch, 62 f.

2) Die Kollektivierung der Landwirtschaft wurde bereits auf dem 15. Parteitag der KPdSU (B) 1927 beschlossen, die durchgängige Kollektivierung und die Liquidierung des Kulakentums als Klasse aber erst 1929/30 begonnen. 1927 hatte man sich noch mit einer "allmählichen Überleitung der zersplitterten Bauernwirtschaften auf die Geleise der Großproduktion (kollektive Bearbeitung des Bodens...) durch weiteren Zusammenschluss der Bauernschaft in Genossenschaften..." und mit einer Unterstützung der "Ansätze der vergesellschafteten landwirtschaftlichen Arbeit..." begnügt. (Politökonomie, 446).

3) Thomson, 25.

4) Maurach, Handbuch, 62 f.

Letztenendes konnte die Regierung ihr Ziel der vollständigen Kollektivierung der Landwirtschaft verwirklichen, wenn Stalin Anfang März 1930 durch katastrophale Folgen der Zwangskollektivierung auf dem Land auch gezwungen war¹⁾, das Tempo vorübergehend zu verlangsamen. In seinem Aufsatz "Kopfschwindel vor lauter Erfolgen" (Prawda 2.3.1930) gibt er den örtlichen Staats- und Parteiorganen die Schuld an den Auswüchsen der beschleunigten Kollektivierung, obwohl die Initiative dazu eindeutig von der Regierung ausgegangen war. Die Freiwilligkeit des Eintritts in die Kolchosen wurde wieder hervorgehoben. Der Erfolg war, daß der Anteil der kollektivierten Höfe von 58% (März 1930) auf 37% (April 1930) und weiter auf 21% (September 1930) sank²⁾. Stalin hatte einen taktischen Rückzug gemacht, ohne grundsätzlich von dem Ziel der Beseitigung des bäuerlichen Privateigentums abzugehen. Der indirekte Zwang ersetzte von nun an den direkten der ersten Kollektivierungswelle.

3. Hauptquellen und Form des genossenschaftlich-kollektivwirtschaftlichen Eigentums heute.

a) Hauptquellen des genossenschaftlich-kollektivwirtschaftlichen Eigentums.

Das genossenschaftlich-kollektivwirtschaftliche Eigentum entstand hauptsächlich durch die "freiwillige Kollektivierung" - in Wahrheit: Zwangskollektivierung, in den Jahren nach 1929 und durch die Übernahme von Vermögen der schon vor 1929 bestehenden Genossenschaften. Zu einem geringeren Teil wurde es durch die Zuweisung von staatlichen Vermögensmitteln an die Kolchosen gebildet. Heute ist die Hauptquelle des genossenschaftlich-kollektivwirtschaftlichen Eigentums

1) Die Bauern schlachteten häufig ihr Vieh, verschleuderten das Inventar und versteckten oder verkauften ihre Vorräte, um ihr Eigentum nicht entschädigungslos in die Kolchosen einbringen zu müssen. Der Widerstand der Bauern schädigte die Landwirtschaft derartig, daß die zwangsweise nach dem ZK-Beschluß vom 6.1.1930 gebildeten Kolchosen weitgehend ohne Zugtiere, Saatgut und Geräte waren. (Rochlin, 18).

2) Rochlin, 18.

das Ergebnis aus der wirtschaftlichen Tätigkeit der Betriebe¹⁾.

b) Form des genossenschaftlich-kollektivwirtschaftlichen Eigentums.

Die rechtliche und wirtschaftliche Organisation des Kolchos.

Die heutige Form der landwirtschaftlichen Genossenschaft ist die des "Artel"²⁾, die seit dem ersten Musterstatut des landwirtschaftlichen Artel von 1930 (heutige Fassung von 1935) allgemein üblich wurde. Der Name Artel bürgerte sich nicht ein und die Bezeichnung "Kolchos"³⁾ ist üblich geworden, sodaß auch in dieser Arbeit von Kolchos gesprochen werden soll.

Im Kolchos sind die wichtigsten Produktionsmittel einschließlich der Wirtschaftsgebäude sowie Vorräte und Arbeit vergesellschaftet. Daneben haben die Kollektivmitglieder das Recht zur privaten Nutzung einer Nebewirtschaft oder auch Hofland genannt.

Im ersten Musterstatut des landwirtschaftlichen Artel vom 1.3.1930 war noch nicht die ausschließliche Verteilung des Gewinns nach dem Akkordarbeitssystem, der "einzig richtigen Form der Arbeitsentlohnung für Produktionsarbeiten", festgelegt⁴⁾. Ebenso fehlte eine Regelung der privaten Nebewirtschaft der Kolchosbauernfamilie. Heute gilt das Artelstatut vom 17.2.1935, welches das Leben und die wirtschaftlichen Beziehungen im Kolchos umfassend regelt⁵⁾.

1) Pfuhl, 48.

2) Zu den anderen Formen des Kolchos TOS und Kommune vgl. oben aaa) Das landwirtschaftliche genossenschaftliche Eigentum vor der Zwangskollektivierung.

3) Der Name Kolchos ist abgeleitet von "kollektivnoe chozaistvo", das heißt "gemeinschaftliche Wirtschaft".

4) Pawlow in: Woprosy istorii KPSS 5/1959, dt.in: Ost-Probleme 22/1959, 7-2 f.

5) Maurach nennt das Musterstatut "das landwirtschaftliche Grundgesetz der UdSSR, welches die Organisation und die Beziehungen des Kolchos zu seinen Mitgliedern autorativ und erschöpfend regelt" (Handbuch, 63) - und damit den Lebensbereich von rund 40% der Bevölkerung (Schroeder, 232).

aa) Leitung des Kolchos.

Der Kolchos gilt als juristische Person. Mitglieder des Kolchos sind alle erwachsenen Personen der Kolchosbauernhöfe. Die Mitgliederversammlung wählt die eigentliche Leitung des Kolchos, die Kolchosverwaltung und den Kolchosvorsitzenden. Diese Wahlen werden gelenkt: Die Verwaltungsbeamten sind in der Regel Vertrauensmänner der Partei, infolgedessen werden, - besonders in den letzten Jahren, seit genug ausgebildetes und geschultes Personal vorhanden ist -, in erster Linie ortsfremde Agrarfachleute als Vorsitzende bestellt, sodaß Einfluß und Kontrolle von Regierung und Partei garantiert sind.

Die Zusammenlegung von Kolchosen seit 1950 hatte unter anderem das politische Ziel, die kleinen Kolchosen zu beseitigen, die in Ermangelung von Parteimitgliedern von parteilosen, zum Teil ortsansässigen Bauern geleitet wurden¹⁾. Diese Entwicklung wird nach den letzten Äußerungen Chruschtschows vom November 1962 noch verstärkt werden. Chruschtschow plant, die Partei zu einem Sammelpunkt spezialisierter Fachkräfte zu machen, welche die Arbeit in der Produktion überwachen können. Diese Kombination von fachlich geschulten und in der Parteiarbeit ausgebildeten KP-Mitgliedern, welche überall in der Produktion eingesetzt werden würden, kann möglicherweise zu einem Erfolg für den Staat in dem Sinn führen, daß die Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen "linientreuer" als bisher durchgeführt werden. Es kann aber auch sein, daß die einmal in der Wirtschaft eingesetzten und dort für die Erfüllung des Produktionsplanes verantwortlich arbeitenden Parteimitglieder auf die Dauer gleiches oder ähnliches Branchen- und Lokalinteresse an den Tag legen, wie es seit Beginn der Planwirtschaft immer wieder an Fachleuten aller Richtungen gerügt worden ist.

¹⁾ Rochlin, 29.

In der neueren Literatur zum Problem der Leitung im Kolchos wird zugegeben, daß die übermäßige Zentralisierung der Kolchosleitung und der entsprechenden Reglementierung des gesamten Kolchoslebens von oben her die Entwicklung der Produktion und der "Kolchosdemokratie" - insbesondere in den letzten Jahren der Stalinära - gehemmt habe.¹⁾ Es wird betont, daß das "leninsche Prinzip des materiellen Interesses" nach dem Krieg im Kolchos verletzt worden sei und daß eine Änderung der Politik notwendig wurde. Nun ist vom Standpunkt einer westlichen Demokratie aus betrachtet mindestens zweifelhaft, ob die vorgeschlagenen Änderungen der Leitungsbefugnisse in der Kolchosverwaltung zu einer Belebung der Produktion und der Kolchosdemokratie führen können, denn abgesehen von den neuen Rechten der Kolchosen bei der Planung: von Anbau und Entlohnung handelt es sich bei den Reformen von 1956 und 1962 in erster Linie um eine Stärkung von Partei und leitenden Kadern in der Kolchosverwaltung: Durch Beschluß vom 6.3.1956 "Über das landwirtschaftliche Artelstatut und die Weiterentwicklung der Initiative der Kolchosbauern in der Organisation der Kolchosproduktion sowie in der Leitung des Artels" wurden für Großkolchosen, in denen die Mitgliederversammlungen nicht immer einzuberufen sind, neue Verwaltungsorgane gebildet. Anstelle aller Mitglieder, wie bisher, werden die Bevollmächtigten oder Vertrauensleute der Produktionsbrigaden geschickt. Durch dieses Revirement in der Kolchosleitung ist der Partei ein bedeutender Einbruch in die Leitung der Kolchosen gelungen: ein großer Teil der Bevollmächtigten gehört zu den rund 120 000 Technikern und Agrarexperten, die allein in den Jahren 1954/55 - 1959 zusätzlich zu den 20 000 Parteigenossen, die als Kolchosvorsitzende empfohlen wurden, in die Dörfer gekommen sind²⁾. Die ortsfremden Parteimitglieder und Fachleute sind in der Regel parteilinientreuer als die Kolchosbauern und haben durch die

1) Pawlow in Woprosy istorii KPSS 5/1959, dt. in Ost-Probleme 22/1959, 703.

2) Pawlow, 704.

Reform von 1956 erheblich an Einfluß gewonnen. Andererseits haben die Kolchosen an Entscheidungsfreiheit in Fragen des Anbaus und der Entlohnung gewonnen. Es wird jedoch ausdrücklich hervorgehoben, daß die Kommunistische Partei und die Sowjetische Regierung trotz der freieren Gestaltung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Kolchosen keinesfalls "auf die Leitung der Wirtschaft und der Produktion der Kollektivwirtschaften" verzichten würden¹⁾.

Die Form der Verwaltung heute gilt als Leitung der Kolchosen in verwandelter, "höherer Phase", seit die Maschinen-Traktoren-Stationen als staatliche Leitungsorganeorgefallen sind²⁾. Die Leitung der "höheren Phase" zeichnet sich nach Chruschtschow ökonomisch durch die "Erweiterung der wirtschaftlichen Beziehungen der Kolchosen zu der sozialistischen Industrie" und durch "zunehmende Produktionshilfe der Stadt für das flache Land" aus. Die Kolchosdemokratie werde sich entfalten, was - wohlgedermt- nur unter der Führung der Kommunistischen Partei möglich ist³⁾. Der ZK-Beschluß der KPdSU von 1959 "Zur Schaffung von Parteikomitees in den großen Parteiorganisationen der Kolchosa und Sowchosa" verschaffte der Partei auch noch mehr Einfluß und machte sie zu "Seele der Kolchosdemokratie"⁴⁾. Die kollektivwirtschaftlichen Parteiorganisationen haben weitgehende Befugnisse, die von den Kontrollrechten über wirtschaftliche Tätigkeiten und dem Kampf gegen Verletzungen des Ardelstatuts bis hin zum Vorschlagsrecht für die Kandidaten der leitenden Posten⁵⁾ und einer all-

1) Pawlow, 705.

2) Pawlow, 705.

3) Chruschtschow, zit. bei Pawlow, 705.

4) ebd.

5) Es wird ausdrücklich betont, daß der Vorschlag der Kandidaten nicht unbedingt auch ihre Wahl zur Folge haben müsse, aber die Praxis zeige, daß Leute mit Sachkenntnis und "Parteidisziplin" bevorzugt würden. (Pawlow, 706) Wieweit diese "Bevorzugung" auf Grund eines Parteidrucks erfolgt, ist erklärlicherweise nicht aus sowjetischen Quellen zu entnehmen, nach allen Erfahrungen mit der "sozialistischen Demokratie" jedoch sind Parteidruck und in ihrem Gefolge Parteitueue sehr weitgehend.

gemeinen, nicht näher definierten Festigung der Kolchosdemokratie reichen. Pawlow kommentiert die Reihe der Rechte und schreibt ganz im Sinne Chruschtschows: "Das aber bedeutet, daß gerade die Parteileitung eine wirkliche selbständige Tätigkeit der Kolchosmitglieder gewährleistet."¹⁾

Dieser Parteeinfluß wurde durch die letzte Reform Chruschtschow dann auch weiter gestärkt: am 5./6.März 1962 sprach sich Chruschtschow in seinem Agrarbericht für strengere Vorschriften beim Anbau und größere Einmischung des Staates in die Kolchosangelegenheiten aus²⁾. Er ließ Kolchos-Sowchos-Produktionsverwaltungen bilden, die vorwiegend aus Parteifunktionären bestehen und schon über ein halbes Jahr vor der allgemeinen Aktivierung der Partei für die Produktionsleitung im November 1962 zu arbeiten begannen. Daß die Kolchosvorsitzenden die letzte Entscheidung vor dem staatlichen Inspektor der Gebietsverwaltung haben und dieser nur berechtigt zu "Empfehlungen" sein sollte, scheint - wenn man die allgemeine Praxis der Durchführung von Bestimmungen oder Empfehlungen durch Staats- und Parteifunktionäre kennt - keine Hoffnung für die zukünftige Freizügigkeit der Kolchosverwaltungen zu lassen³⁾.

Mit diesem letzten Schritt waren die monatelangen Diskussionen um eine Dezentralisierung der Wirtschaftsverwaltung und die Einführung praktisch-ökonomischer Gesichtspunkte bei der Planungsdurchführung zugunsten der staatlichen Verwaltungsbürokratie und nicht der wirtschaftlichen Rationalität entschieden.

1) Pawlow. 705.

2) Vgl. Chruschtschow, Agrarbericht v.6.3.1962, dt.in Ost-Probleme 7/1962, 203.

3) Chruschtschow weist darauf hin, daß sich die Kolchosen theoretisch frei für Anbau und Ablieferung entscheiden können, doch praktisch mischte sich der Staat bis vor kurzem durch seinen Bebauungsplan und heute noch durch seinen Ablieferungsplan ein und legt das "was und wieviel" der landwirtschaftlichen Produktion fest. Das staatliche Interesse für die Kolchosen nennt er gerechtfertigt da "in vielem der Wohlstand des Volkes davon abhängt". Oft würden auch Kredite nicht zurückgezahlt, die der Staat dann "abbuche", denn klagen und die Kolchosen bankrott machen könne man nicht, das seien "Gesetze des auf dem Privateigentum beruhenden kapitalistischen Staates." (Chruschtschow, ebd.)

Die Verwendung des Wortes "Demokratie" im Zusammenhang mit dem verstärkten Eindringen von Staat und Partei in die Kolchosen soll der Anlaß sein, kurz den sowjetischen Begriff von "Demokratie" und "demokratischer Leitung" zu erläutern:

Exkurs: Begriff der Demokratie und der demokratischen Leitung im Sowjetsystem.

"Sozialistische" oder "proletarische" Demokratie unter der "Diktatur des Proletariats" ist nach sowjetischer Auffassung die einzig echte Demokratie oder Volksherrschaft¹⁾. Die gesellschaftliche und politische Ordnung des Sowjetsozialismus ist nach Lenin "das Höchstmaß an Demokratismus für die Arbeiter und Bauern, und gleichzeitig bedeutet sie den Bruch mit dem bürgerlichen Demokratismus und die Entstehung eines neuen, weltgeschichtlichen Typus der Demokratie, nämlich des proletarischen Demokratismus oder der Diktatur des Proletariats"²⁾. Jede andere "bürgerliche" Demokratie trage "Klassencharakter" und diene der herrschenden Klasse³⁾.

So können Diktatur für die einen (Arbeiter) mit Demokratie für die anderen (Kapitalisten) miteinander verbunden sein, entscheidend sei in jedem Fall nur, um welche Art von Diktatur und Demokratie es sich handle. Im Sozialismus sind nach sowjetischer Auffassung auch Diktatur und Demokratie kombiniert, doch zum erstenmal in der Geschichte auf eine neue Art: hier richtet sich die Diktatur gegen die Bourgeoisie, die Demokratie besteht für die "Proletarier und überhaupt für die Besitzlosen"⁴⁾ und damit ist auch zum erstenmal die wahre Idee der Demokratie: Herrschaft einer Mehrheit über eine Minderheit, verwirklicht⁵⁾.

1) Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 601 ff.

2) Lenin, Zum 4. Jahrestag der Oktoberrevolution in: Ausgewählte Werke II, 886.

3) Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 602.

4) Lenin, Staat und Revolution in: Ausgewählte Werke II, 183.

5) Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 603.

Nach sowjetischer Auffassung kann sich das Volk in der sozialistischen Demokratie zum erstenmal in der Geschichte direkt am Staatsleben beteiligen. Zu dieser aktiven Teilnahme stehen ihm - im Gegensatz zu den bürgerlichen Demokratien - alle staatlichen Einrichtungen und sonstige gesellschaftliche Organisationen zur Verfügung. Ebenso wie im politischen Bereich, so sei auch im ökonomischen und kulturellen die Demokratie in Form von "demokratischer Leitung" eingedrungen¹⁾. Die demokratische Leitung im Sinne des demokratischen Zentralismus ist "Leitung der gesamtstaatlichen Angelegenheiten von einem Zentrum aus und Unterordnung der örtlichen Organe unter das Zentrum bei Wählbarkeit aller Machtorgane und Rechenschaftspflicht vor dem Volke..." Die Verantwortung für die Leitung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aber soll in der Diktatur des Proletariats die Partei tragen, da nur sie ein "klares Aktionsprogramm" hat, das sie in "völliger Einheit des Willens" realisiert²⁾³⁾.

Die Partei wird in ihrer Aufgabe durch den Willen des Volkes getragen. Er äußert sich in periodischen Wahlen. Ebenso wichtig oder wichtiger ist die Rechtfertigung der Partei durch die "historische Mission der Arbeiterklasse, des natürlichen Führers der Gesellschaft auf dem Wege zum Kommunismus"⁴⁾.

Von der sowjetischen Auffassung von Demokratie, demokratischer Leitung und der Rolle der Partei her ist die Bemerkung Chruschtschows "außerhalb der Parteileitung ist die Kolchosdemokratie nicht als sozialistische Demokratie anzusehen"⁵⁾ und sein Bestreben, möglichst viele Parteimitglieder und Partei-

1) Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 606.

2) ebd., 607.

3) Aus dieser "Einheit des Willens" - auch des der Partei mit dem des Volkes - leitet die Partei ihr Recht ab, auf allen Gebieten der menschlichen Daseinsgestaltung federführend und verantwortlich zu wirken. In der Realität sieht man dann immer wieder, wie bei jeder Krise die Verantwortung von den oberen, plan- und richtlinienangehenden Organisationen auf die unteren, nur ausführenden Instanzen abgeschoben wird.

4) Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 610.

5) Chruschtschow, zit. bei Pawlow, 705.

grundeinheiten¹⁾ auf dem Lande zu wissen, verständlich.

Wenn man nicht auf dem sowjetischen Standpunkt steht, daß sozialistische Demokratie und Führung der Partei die wirkliche Volksdemokratie garantieren, so kann man in dieser Durchdringung der Kolchosen mit Parteimitgliedern in Leitung und Verwaltung nur einen neuen Einbruch des Staates sehen, der das intern grundsätzlich vorhandene parlamentarische System lähmen und den Kolchosen ihren genossenschaftlichen Charakter nehmen muß.

bb) Bindung des Kolchosmitglieds an den Kolchos.

Der Austritt aus dem Kolchos - sofern nicht von Seiten der Regierung Umsiedlungsaktionen geplant sind oder die Kolchosbauern zu anderer, zum Beispiel industrieller Arbeit herangezogen werden - ist nur mit Einverständnis der Mitgliederversammlung möglich. Abgesehen davon gibt es noch weitere Bestimmungen, die den Austritt erschweren oder sogar unmöglich machen. Das erste Hemmnis hängt mit dem staatlichen Eigentum am Boden zusammen und trifft besonders den, der weiterhin einen landwirtschaftlichen Betrieb halten möchte: Der Ausscheidende verliert sein Nutzungsrecht am privaten Hofland, da es an seine Mitgliedschaft am Kolchos gebunden ist und hat nur Anspruch auf Land aus dem ungenutzten staatlichen Bodenfonds. Dieses Land liegt in der Regel in unerschlossenen Gebieten²⁾, für deren Erschließung das Kapital unter den gegebenen Umständen weder vom Bauern im Kolchos gebildet werden konnte, noch das Interesse für Kreditvergabe beim Staat vorhanden ist³⁾⁴⁾. Zu diesen Schwierigkeiten des Austritts kommt, - und das

1) Parteigrundeinheiten sind die Organisation der Parteimitglieder auf Kolchosebene. 1941 bestanden nur in 12% der Kolchosen solche Parteigrundeinheiten, 1956 in 93%. Ende 1958 waren 3,5 Millionen Menschen auf dem Lande in der Partei und bildeten damit eine Macht, die das Leben im Kolchos entscheidend beeinflussen konnte. (Pawlow, 705.)

2) Hofmann, 36.

3) Unerschlossene Gebiete sind besonders unter Chruschtschow in der Neulandkampagne unter riesigen staatlichen Opfern und nur teilweisen Erfolgen beachert worden. Die Erfahrungen der Neulandaktion haben gezeigt, daß Investitionen auf privater Ebene vollkommen ausgeschlossen gewesen wären.

4) Vgl. dazu den Abschnitt über das "Eigentum der kleinen Warenwirtschaft", in dem weitere staatliche Repressalien gegen die selbständigen Bauern beschrieben sind.

betrifft jedes ausscheidende Kolchosmitglied, gleich, welchen Beruf es später ausüben will -, daß der Ausscheidende keinen Anspruch auf einen Anteil aus dem "unteilbaren Fonds" hat, obwohl beim Eintritt des Mitglieds je nach dem Umfang seines Eigentums $1/4 - 1/2$ des Wertes des eingebrachten Gutes und eine Aufnahmegebühr von 20 - 40 Rubel diesem unteilbaren Fonds zugefallen waren¹⁾. Entscheidender aber ist, daß der unteilbare Fonds durch die Arbeit des Mitglieds unverhältnismäßig schnell anwächst, da vom Staat sehr hohe jährliche Zuweisungen (die vor der Gewinnverteilung erfolgen müssen) vorgeschrieben sind. Für den Restbetrag besteht nur eine Forderung auf Geld und nicht auf Naturalien, sodaß der Austritt schon aus Gründen der laufenden Geldentwertung bis zur Währungsreform 1947 sinnlos war²⁾. Diese starke Bindung des einzelnen an das Kollektiv und dessen Eigentum ist offensichtlich in dem Bestreben formuliert, die mit der Kollektivierung konzipierte Ordnung zu fixieren³⁾.

cc) Arbeitsvergütung und Einkommensbildung im Kolchos.

Nachdem die kollektivwirtschaftliche Organisation der Landwirtschaft nach der Zwangskollektivierung für den russischen Bauern unausweichlich geworden war, konnte Stalin auch das Einkommen und damit den Lebensstandard der Landbevölkerung autoritär bestimmen. Im Interesse der notwendigen Produktionssteigerung führte er seine Politik der Einkommensdifferenzierung auch in der Landwirtschaft ein: Die staatlich angestellten Arbeiter der Maschinen-Traktoren-Stationen hatte einen garantierten Grundlohn, den sie als Fach-

1) Vgl. Art. VI/10 u. VI/9 des Musterstatuts von 1935.

2) Hofmann, 37.

3) Wie endgültig der Staat sein Ziel erreicht hat, zeigt, wie Hofmann an einem guten Beispiel darstellt, die Selbstverständlichkeit, mit der der Staat Kolchosmitglieder ohne gleichzeitige Vermögenstransaktionen anderen Kolchosen zuwies oder selbst nichtbäuerliche Kräfte wie die landwirtschaftliche "Intelligenz", städtische Organisatoren und Industriearbeiter als Mitglieder in den Kolchosen eingliederte (Hofmann, 38). - Die Vorstellung vom Kolchosomeigentum als einem Genossenschaftseigentum, welches in sich geschlossen und an die bestimmte Gruppe gebunden ist, ist vollständig verschwunden.

Arbeiter durch verschiedene Zulagen und Prämien erheblich verbessern konnten.

Ganz anders war die Arbeitsvergütung¹⁾ im Kolchos geregelt. Im Gegensatz zu der im Mir oder in den Genossenschaften aus der Periode vor der Zwangskollektivierung veroreiteten Verteilung; nach dem Bedürfnis der Bauernfamilien brauchte Stalin eine auf die Leistung des einzelnen abgestellte Arbeits- und Verteilungsnorm²⁾ und fand sie im Tagewerksystem.

Das Tagewerk (trudodjen) ist eine staatlich festgelegte Arbeitsbewertungseinheit, in der verschiedene landwirtschaftliche Arbeiten nach ihrer Güte und dem Alter und Geschlecht der Ausübenden eingestuft worden sind. Bei der Arbeit im Kolchos werden im Laufe des Jahres Tagewerke gutgeschrieben, die am Ende der Periode als Leistungsnachweis und als Grundlage für die Ertragsbeteiligung des Kolchosnik dienen. Das Kolchosmitglied erhält im Tagewerksystem also keinen garantierten Lohn, sondern arbeitet mit dem ganzen Risiko des selbständigen Bauern, ohne dessen Einfluß auf die Ertragsgestaltung zu haben.

Das Einkommen der Kolchosmitglieder ist von mehreren Faktoren abhängig, deren größerer Teil nicht von ihnen zu beeinflussen ist. Ebenso wie der Ernteausfall auf Grund von Wetterverhältnissen unbeeinflußbar ist, ist die staatliche Agrarpolitik für den Kolchosnik unvorausehbar. Sie bestimmt wesentlich sein Einkommen und seinen Lebensstandard, da er nur begrenzte Ausweichmöglichkeiten zur Erlangung anderer Einkommen hat.

1) Von einem "Lohn" kann keine Rede sein, da es zum Wesen des Lohnes gehört, daß er in einem festen Betrag regelmäßig gezahlt wird. Bei der Vergütung der Kolchosarbeit handelt es sich mehr um eine Gewinnbeteiligung mit entsprechendem Risiko.

2) Die Verteilung nach der Bedürftigkeit hätte die ländliche Übervölkerung fixiert, anstatt, wie es für Stalins Industrialisierungspläne notwendig war, die Abwanderung aus der überbesetzten Landwirtschaft in die unter Arbeitskräftemangel leidende Industrie zu fördern.

Die wichtigsten Faktoren der staatlichen Agrarpolitik, die das Einkommen aus den Kollektivwirtschaften direkt und nominell¹⁾ bestimmen, sind die staatliche Ankaufpreise für Agrarprodukte und die Höhe der Prämien für Planübererfüllung oder vorzeitige Planerfüllung. Außerdem entscheidet die staatliche Gesetzgebung, welche die Steuern und Abgaben sowie die Zuweisungen an die verschiedenen Kolchosfonds regelt, über die Höhe des bäuerlichen Konsumeinkommens²⁾. Die Art der Produktion und folglich die Verdienstmöglichkeiten sind staatlich vorgeschrieben oder durch Abgabepläne so festgelegt, daß das einzelne Kolchosmitglied auf sie keine Einwirkung hat. Letztenendes ist auch die Anzahl der im Kolchos Beschäftigten, die am gesamten Einkommen des Kolchos partizipieren, nicht in seinem direkten Einflußbereich.

Neben diesen für das Kolchosmitglied garnicht oder minimal zu beeinflussenden Faktoren ist die Zahl der geleisteten Tagewerke im Rahmen des Arbeitsanfalls im Kolchos etwas zu regulieren. Allgemein wurde in den ersten Jahren der Kollektivierung, als dem Arbeitsaufwand im Kolchos ein vollkommen unzulängliches Arbeitsentgelt gegenüberstand, die Tendenz beobachtet, die Zahl der geleisteten Tagewerke zugunsten der lohnenderen Arbeit in der privaten Nebenwirtschaft einzuschränken. Eine Änderung brachten erst die verschiedenen Gesetze zur Arbeits-

1) Das reale Einkommen der Kolchosmitglieder ist außerdem abhängig vom gesamten Wirtschaftsplan, in welchem Preise und Umfang der Konsumgüterproduktion und der industriellen landwirtschaftlichen Bedarfsgüter (ebenso wie der zum Konsum bereitgestellte Lohnfonds) festgelegt sind.

2) Im einzelnen handelt es sich bei den Abzügen um Produktions- und Gemeinkosten, Steuern, Versicherungsprämien, Rückzahlung langfristiger Darlehn und Rückstellungen für soziale und kulturelle Zwecke. Die wichtigsten Posten sind die Produktionskosten und die Abzweigungen für den unteilbaren Fonds (Rochlin, 31). Außer den Geldabgaben müssen naturale Sicherungsfonds angelegt werden. Bis 1958 spielten die Abgaben, die als Vergütung an die MTS zu leisten waren, eine große Rolle. Heute sind es kolchosinterne Reserve- und Sicherungsfonds für den laufenden Jahresbedarf und den Fall einer Mißernte, die im Vordergrund stehen. Interessant ist, daß der Hilfsfonds für Arbeitsunfähige gesetzlich nach oben begrenzt ist- (bis 2% der Bruttoproduktion des Kolchos (Rochlin, 33) - und folglich eine Bildung von "stillen Reserven" in diesem Fonds unmöglich gemacht ist.

disziplinierung¹⁾ und nach den staatlichen Preisreformen von 1953 und 1958 die steigende Vergütung für die Arbeit im Kolchos.

Anders als im Kolchos hat der Kolchosnik durch seine Nebenwirtschaft Einfluß auf seine Einkommens- und Eigentumsbildung. Wenn die Grenzen von Anbau und Viehhaltung für die Nebenwirtschaften auch festgelegt sind, so hat der einzelne hier doch eine ungleich größere Entscheidungsmacht als im Kolchos. Die Erträge der Nebenwirtschaft können auf dem Kolchosmarkt abgesetzt werden. Hier hat die staatliche Preispolitik keinen Einfluß, die Preise werden durch Angebot und Nachfrage frei gebildet²⁾. Zwei Faktoren haben in erster Linie die Kolchosmarktpreise ungleich höher als die staatlichen Ankauf-, aber auch als die staatlichen Verkaufspreise³⁾ liegen lassen: die immer noch unbefriedigte Nachfrage nach landwirtschaftlichen Veredelungsprodukten, die auch von den Erträgen der Nebenwirtschaften nur zum Teil befriedigt werden konnte und kann, und die Tatsache, daß die freie Preisbildung des Kolchosmarktes einen unverkennbar steigenden Trend aufweist, während die staatlichen Aufkaufpreise bis zu den Reformen von 1953 und 1958 festlagen.

- 1) vgl. Schiller, 37 und 55. Heute hat die Form der Arbeitsdisziplinierung im Kolchos - wie auch in der Industrie - sich geändert: der direkte Zwang mit strafrechtlicher Verfolgung und Verurteilung zu Arbeitslagern, welcher in der stalinistischen Periode mit Verstößen gegen die Arbeitsgesetze verbunden war, wich einer Methode der Bestrafung durch Geld und geldwerte Güter, betrifft also jetzt weniger das Leben direkt als das Einkommen der Menschen.
- 2) Der Kolchosmarkt ist ein "kapitalistischer Fremdkörper" im sozialistischen Wirtschaftssystem, doch gegen seine von Ideologen gewünschte Beseitigung sprechen praktische organisatorische, finanzielle und nachfragebedingte Gründe. Rein organisatorisch ist der staatliche Handel nicht in der Lage, Transport und Lagerung des Gemüseangebots zu bewältigen (vgl. den Leitartikel der Istwestija vom 21.9.1958, zit. bei Schlesinger, Ost-Probleme 12/1959, 379). Solange die feste Entlohnung der Kolchosmitglieder nicht allgemein garantiert ist, kann aus finanziellen Gründen der Kolchosmarkt nicht verboten werden. Auch für die Kolchosen selbst ist der Verkauf der freien Spitzen auf dem Markt ein Anreiz zur Mehrproduktion, da nur auf dem Markt Höchstpreise erzielt werden. Schließlich ist die unbefriedigte Nachfrage der Verbraucher ein Grund für den Markt.
- 3) Zwischen staatlichen Ankaufs- und Verkaufspreisen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen war immer eine hohe Differenz, da alle Produkte mit einer erheblichen Umsatzsteuer und hohen Handelsspannen belegt waren und sind.

ine weitere, nicht legale aber meistens geduldete Einnahmequelle war - und ist zum Teil noch heute - die Arbeit des Kolchosbauern in einem anderen Kolchos als landwirtschaftlicher Arbeiter, wo er zu den Bedingungen eines Kolchosarbeiters eingestellt wird. Dadurch kommt er in den Genuß eines festen Lohnes und hat zusätzlich den Vorteil der Nebengewirtschaft. Da die Kolchosen ihrerseits einen sicheren Arbeiter bekommen, tauschen sie oft stillschweigend gegenseitig ihre Mitglieder aus.

Neben den genannten Einnahmen haben die Geldeinkommen aus Dienstleistungen und aus dem Verkauf kolchosesigenen Handwerks sowie die Zinsen aus Bankguthaben nur eine sehr geringe Bedeutung im Gesamteinkommen der Kolchosbauern¹⁾.

Die Lage der Kolchosen und folglich die Einkommenslage ihrer Mitglieder wurde seit dem Tode Stalins erheblich verbessert. In den ersten Jahren nach der Zwangskollektivierung waren die Gewinne der Kolchosen auf Grund ihrer Unwirtschaftlichkeit und der niedrigen Aufkaufpreise für staatliche Pflichtablieferungen absolut unzureichend für den Lebensunterhalt. Unter Stalin war der Handel mit dem Staat in drei Preisgruppen geteilt. Für die Pflichtablieferungen wurden sehr niedrige Preise gezahlt, sie erfaßten den Hauptanteil der Produktion. Die nächste Preisgruppe betraf sogenannte Ablieferungen auf freier Vertragsbasis, die besser bezahlt wurden - es handelte sich vorwiegend um landwirtschaftliche Industriepflanzen. Schließlich gab es die Ablieferungen zu Aufkaufpreisen - den höchstmöglichen im Verkehr mit dem Staat²⁾. Im September 1953 wurden die Preise allgemein erheblich angehoben, trotzdem wurde das Niveau der Laden- und Kolchosmarktpreise nicht erreicht³⁾.

) In den Jahren 1955-1958 brachte der Verkauf der pflanzlichen Produkte rund 60%, der der tierischen Produkte rund 34% der Gesamteinnahmen der Kolchosen (Rochlin, 31).

) Das Verhältnis der Preise war etwa 1:5:25. Die Aufkaufpreise lagen, obwohl sie 5 mal höher waren als die der Pflichtablieferungen, immer noch unter denen des Kolchosmarktes und denen der staatlichen und genossenschaftlichen Läden.

) Rochlin, 23f.

Durch Beschluß vom 1. Juli 1958 wurden die drei Preisgruppen für Lieferungen an den Staat durch einen einheitlichen Preis ersetzt¹⁾. Die Ablieferungen gelten als freiwillig, sind es aber ebensowenig wie vorher die Vertragslieferungen der Kolchosen. Die Preise, die gegenüber der Reform von 1953 nochmals erhöht worden sind, liegen weiterhin unter den Preisen auf dem Kolchosmarkt.

Das Ziel der Preiserhöhungen war immer, einen Anreiz für bessere und erweiterte Produktion zu geben. Auch die letzte Preiserhöhung des Jahres 1962 für einige tierische Erzeugnisse um durchschnittlich 35% soll das "materielle Interesse der Kolchose und Sowchose an einer rapiden Steigerung der Aufzucht von Vieh und Geflügel... heben"²⁾. Als letztes Ziel der Maßnahmen werden Produktionserweiterung, Arbeitsproduktivitätssteigerung und Senkung der Selbstkosten angegeben, um die Erzeugung tierischer Produkte rentabel zu gestalten³⁾. Die Preiserhöhungen wurden natürlich über die Einzelhandelspreise auf die Verbraucher abgewälzt.

Die verschiedenen Verbesserungen der Einkommenslage der Kolchosen wurden durch eine Reihe von Veränderungen in den Jahren 1955-56 ergänzt⁴⁾, mit denen die Ablieferungsverpflichtungen gesenkt und der Anbau einzelner Industriepflanzen sowie die Aufzucht bestimmter Vieharten unterstützt wurden. Verbunden mit der Verordnung vom 10.3.1956, welche den Kolchosverwaltungen größere Freiheiten bei der Feldbestellung einräumte und die staatliche Kontrolle etwas lockerte, bildeten die verschiedenen Bestimmungen eine Reform, die sowohl die ökonomische Lage der Kolchosen und ihrer Mitglieder als auch die Stellung des genossenschaftlich-kollektivwirtschaftlichen Eigentums in der gesamten Wirtschaft verbesserte, - eine Verbesserung, die durch die Vorschußzahlungen im Laufe des Jahres für den

1) Rochlin, 24.

2) Interessant ist, daß die Preiserhöhungen in voller Höhe die Produktion der Kolchosen und Nebenwirtschaften betrafen, während die Sowchosen rund 10% bekamen.

3) Vgl. Istwestija vom 1.6.1962, dt.in: Ost-Probleme 13/1962, 413 f.

4) Vgl. Schiller, 56 und Rochlin, 24.

einzelnen noch spürbarer wurde.

Die neuere Entwicklung in der Arbeitsvergütung seit den Reformen von 1953 und 1956 geht in die Richtung einer festen Entlohnung für die Arbeit im Kolchos anstelle der genossenschaftlichen Gewinnbeteiligung, zahlbar in Naturalien und Bargeld¹⁾.

Für diese Bestrebungen, die vom Staat sehr gefördert werden, scheinen die leninschen Ideen der sozialistischen Umerziehung der Bauern wesentlich zu sein: man möchte die genossenschaftliche Arbeitsform der Kolchosmitglieder der der Sowchosarbeiter angleichen und so den Bauern zu einem Arbeiter machen.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Umstellung der Arbeitsvergütung auf garantierten Geldlohn und damit die Angleichung des Status des Kolchosmitgliedes

1) Anstelle der bisher üblichen Arbeitsvergütung, die auf der Grundlage der Tagewerkseinheiten errechnet wurde, soll ein fester Tariflohn auf der Bewertungsgrundlage der Leistungsnorm oder des Arbeitstages bei regelmäßiger monatlicher, oder - auf Wunsch - vierteljährlicher Geldlohnzahlung treten (Woprosy Ekonomiki 1/1959, dt. in Ost-Probleme 9/1959, 296). Zur Sicherung des garantierten Geldlohns soll ein übertrieblicher Reserverlohnfonds der Kolchosen geschaffen werden (ebd.). Der Übergang zur festen Geldentlohnung liege im Interesse einer Steigerung des Lebensstandards der Kolchosniki. Gleichzeitig sollen die Löhne denen der Sowchosarbeiter angeglichen werden, da die Arbeitsvergütung der Kolchosmitglieder bisher nur zum Teil gleich hoch oder höher war, meistens aber unter den Arbeiterlöhnen lag. - Es wurde 1959 als großer Erfolg verbucht, daß in der UdSSR "in etwa 25% aller Kolchose die Höhe des Arbeitslohns der Kolchosbauern (einschließlich der Naturalvergütungen nach Einzelhandelspreisen) das Lohnniveau der Sowchosarbeiter fast erreicht, in annähernd 18% der Kolchose... dieses Niveau überschritten wurde" (Woprosy Ekonomiki 8/1959, dt. in Ost-Probleme 24/1959, 775). - Um einen gleichmäßigen Arbeitsanfall in den Kolchosen zu garantieren, - sozusagen als Rechtfertigung der kontinuierlichen Lohnzahlung-, werden Arbeiten an den Kolchosbauten und in der neuen verarbeitenden Industrie während der Wintermonate empfohlen.

an den der Sowchosarbeiter im Sinne eines großen Teils der Kolchosniki ist. Ihre Bestrebungen, dem Einkommensrisiko auszuweichen und unter Verletzung des Artelstatuts lieber im fremden Kolchos gegen feste Bezahlung anstatt im eigenen gegen Gewinnbeteiligung zu arbeiten, sprechen dafür¹⁾.

Das Bestreben des Staates, den Kolchosnik zum Landarbeiter zu machen, zeigt sich negativ auch in den dauernden - stärker oder schwächer werdenden - Kampagnen gegen die Nebengewirtschaft. Man glaubt, mit der Beseitigung des Hoflandes auch die "bäuerlichen kleinbürgerlichen Privateigentumsinstinkte" zu treffen²⁾.

dd) Der "unteilbare Fonds".

Das Hauptvermögen der Genossenschaften ist heute im Grundfonds oder "unteilbaren Fonds" zusammengefaßt. Zum unteilbaren Fonds gehören Produktionsanlagefonds, Anlagefonds für kulturelle und soziale Zwecke und Umlaufmittel der gesellschaftlichen Wirtschaft³⁾. Ursprünglich wurde er durch die in Sachgütern⁴⁾ geleisteten Eintrittsbeiträge der Mitglieder gebildet, ist jedoch erst durch die jährlichen Gewinnabführungen der Kolchosen zu seiner heutigen Bedeutung gekommen⁵⁾. Außerdem wächst der unteilbare Fonds durch die

1) Vgl. Hofmann, 148, Anm. 59.

2) Vgl. unten 8I 3a) Das persönliche Eigentum an der bäuerlichen Nebengewirtschaft

3) Politökonomie, 661.

4) Jeweils 25-50% der Vermögen der eintretenden Bauern wurde dem unteilbaren Fonds der Kolchosen zugeschlagen. Dazu kam die Aufnahmegebühr von 20-40 Rubel in bar. (Hofmann, 37).

5) 1932 betrugen die Mitgliedsanteile noch 24% des Gesamtvermögens der Kolchose 1958 waren es noch 2% (Politökonomie, 661f.).

Wie groß die Tendenz war, den obligatorischen Zahlungen vor der Gewinnverteilung auszuweichen, zeigt unter anderen die Strafverordnung vom 19.4.1938 "Über gesetzwidrige Ertragsverteilung in den Kolchosen", die diese Übertretung als "Verrat an der Sache der Kolchosen und Hilfeleistung an den Feind des Volkes" mit entsprechenden Strafen belegte (zit. bei Hofmann, 431).

unmittelbaren Arbeitsleistungen der Kolchosmitglieder beim Bau von Gebäuden und bei der Herstellung von Produktionsmitteln¹⁾.

In den ersten Jahren nach der Kollektivierung spielten die staatlichen Investitionen eine große Rolle bei der Stärkung des unteilbaren Fonds. Heute hilft der Staat mit Investitionskrediten, die in ihrer Höhe nicht mit denen in der Schwerindustrie verglichen werden können, in der Landwirtschaft jedoch eine gewisse Rolle spielen²⁾.

Die sowjetischen Ideologen folgern aus der Investitionshilfe des Staates, daß die unteilbaren Fonds durch die Mitarbeit des ganzen Volkes geschaffen worden sind. Der unteilbare Fonds sei von allen Teilen des Kollektiveigentums dem Volkseigentum am nächsten. Da er ständig wachse und die Kollektivwirtschaften laufend stabilisiere und weiterentwickle, nähere sich das Kollektiveigentum in seinem Charakter immer mehr dem Volkseigentum³⁾. Die Definition des unteilbaren Fonds als dem Volkseigentum ähnliche Eigentumsform ist berechtigt, denn durch die obligatorische Zweckbindung wird ein

- 1) Für 1932 wird der Wert der unteilbaren Fonds aller Kolchosen mit 4,7 Milliarden Rubel angegeben, 1958 war er auf 108 Milliarden Rubel angewachsen und habe sich nicht nur "quantitativ" sondern auch "qualitativ" geändert (Politökonomie, 662). Die "qualitative" Verbesserung wird nicht weiter erläutert, wird sich aber wohl auf die qualitative Verbesserung und Modernisierung der technischen Ausrüstung beziehen.
- 2) Im Vergleich zum unteilbaren Fonds der Kollektivwirtschaften von 108 Mrd. Rubel für 1958 sind die staatlichen Investitionsnflfen von 75,4 Milliarden Rubel für die Jahre 1954-57 recht erheblich (Politökonomie, 662). Die Jahre 1954-57 sind von den Verfassern der Politökonomie klug gewählt, denn sie erfassen damit die vergleichsweise hohen Investitionen der Malenkowperiode, deren Umfang in der Chruschtschowära nicht gehalten worden ist.
- 3) Politökonomie, 663 und 775. Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 662. Rede Chruschtschows vor dem 21. Parteitag in: Prawda vom 28.1.1959, dt. in: Ost-Probleme, 4/1959, 111 f.

Teil des genossenschaftlichen Einkommens und Eigentums der Verfügungsmacht des Kollektivs entzogen und der des Staates unterstellt.

Eine erhebliche Stärkung erfuhr der unteilbare Fonds der Kollektivwirtschaften, als 1958 die Produktionsmittel, die bisher in den staatlichen Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) zusammengefaßt waren, in das Eigentum der Genossenschaften übergehen konnten. Die MTS waren in den Jahren der Zwangskollektivierung aus ideologischen, machtpolitischen und ökonomischen Gründen vom Staat gebildet und ausgebaut worden¹⁾.

In der ideologischen Rangfolge stand das genossenschaftliche Eigentum unter dem Staatseigentum. Das hieß unter anderem, daß die Genossenschaften keine Grundproduktionsmittel wie Boden und Maschinen als ihr Eigentum besitzen durften. Die Grundproduktionsmittel blieben folglich in staatlichem Eigentum und wurden den Genossenschaften nur zur Verfügung gestellt.

Nach Chruschtschows Ansicht wurden die MTS - für deren Dienste die Kolchosen in Geld und Naturalien zahlen mußten - unrentabel, je weiter die Kolchosen organisatorisch gefestigt wurden und je mehr sich das Problem des Nebeneinander-

1) Die erste MTS wurde allerdings nicht auf staatlichen Befehl, sondern durch freien Entschluß des Schewtschenko-Kolchos in der Ukraine im Jahr 1927 auf genossenschaftlicher Grundlage gebildet. Die Mitglieder des Kolchos kauften Traktoren und bearbeiteten ihre eigenen und die Felder der umliegenden Dörfer. 1928 besaß die Genossenschaft 68, 1929 schon 140 Traktoren, mit denen sie eine Fläche von rund 50 000 ha bearbeitete. Im ganzen arbeiteten 1930 479 ebenso gebildete MTS mit 13 500 Traktoren in der russischen und ukrainischen Republik. Aus ideologischen und besonders aus machtpolitischen Gründen wurden die MTS im Juni 1929 einer staatlichen Aufsichtsbehörde unterstellt, am 10.9.1930 wurden die genossenschaftlichen MTS beschlagnahmt und verstaatlicht (Rochlin, 48).

Zur Rolle der MTS bei der Kollektivierung der Landwirtschaft vgl. oben II 2bbb) Die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, Ideologische Gründe und ihre Kritik.

wirtschaftens von zwei Herren auf ein und demselben Boden¹⁾ und der damit verbundene dauernde Disput zwischen MTS- und Kolchosleitung über Anbau- und Arbeitsorganisation verschärfte.

Vor dem Verkauf der MTS an die Kolchosen wurde dieser Schritt lange öffentlich diskutiert:

Wenige Jahre vor der Reform wurde unter dem Einfluß von Theoretikern Stalinscher Prägung die Forderung gestellt, die Kolchosen vollkommen unter die Weisungsbefugnis der MTS zu stellen, womit sie letztenendes zu sowchosähnlichen Staatsbetrieben geworden wären. Noch 1957 wurde vom Ministerium für Landwirtschaft verlangt, "man soll den Direktoren der MTS mehr Selbständigkeit gewähren"²⁾. Nach dieser theoretischen Diskussion wurde in der Praxis dann ein Weg beschritten, der eine Umkehrung aller bisher propagierten Grundansichten bedeutete.

Gleichzeitig wurde in Presse und Literatur eine Kampagne geführt, die eine ideologische Aufwertung des genossenschaftlichen Eigentums zum Ziel hatte. Dabei wurde von einem "Widerspruch" gesprochen, der in der Trennung von der wichtigsten Produktivkraft der Kollektivwirtschaften - den Kolchosniken - und den in den MTS konzentrierten grundlegenden Produktionsinstrumenten zum Ausdruck gekommen sei, nachdem die Ausbildung der Kolchosmitglieder und die Mechanisierung der Betriebe einen hohen Stand erreicht hatten³⁾. Die gleiche Ansicht vertrat Chruschtschow in seiner Rede in Minsk am 22. Januar 1958, als er den Verkauf der MTS an die Kolchosen ankündigte⁴⁾.

1) Politökonomie, 665.

2) Rochlin, 50.

3) Politökonomie, 511.

4) zit. bei Nacu in: Europa-Archiv 10 + 11 /1958, 10789.

Mit dem Entschluß zum Verkauf der MTS an die Kolchosen eliminierte Chruschtschow ein "charakteristisches Merkmal", welches noch Lenin als eine Besonderheit des genossenschaftlichen Eigentums betrachtet hatte¹⁾.

Rein wirtschaftspolitisch hatte der Staat ein großes Interesse am Verkauf der MTS. Die Maschinen-Traktoren-Stationen waren eine unrentable, das Staatsbudget belastende Einrichtung. Durch den Verkauf hoffte man, den Einsatz von Maschinen in der Landwirtschaft wirtschaftlich zu gestalten, sollte es nicht gelingen, waren jedenfalls die Kosten vom Staat auf die Kolchosen abgewälzt. Der Staat kaufte billiger bei den Kolchosen direkt als auf dem Umweg über die MTS. Schließlich war der Verkauf der MTS auch ein Mittel, um die in der Landwirtschaft durch die erhöhten Aufkaufpreise - denen keine entsprechende verstärkte Produktion von Gütern des landwirtschaftlichen Bedarfs oder von Konsumgütern gegenüberstand - angesammelten "Inflationsgelder" abzuschöpfen²⁾. Der letzte und langfristig wof

1) Durch Gesetz vom 28.3.1958 (zit. bei Schiller, 64) wurden die MTS aufgelöst und ihre Maschinen und Traktoren an die Kollektivwirtschaften verkauft. Die ehemaligen MTS, die bis Ende 1958 zu rund 80% bereits aufgelöst waren (Schiller, 66), wurden zu Reparatur- und Technischen Stationen (RTS), welche die Kolchosen mit Ersatzteilen, Treibstoff und Düngemittel versorgen und Maschinen ausleihen sollen, die selten gebraucht werden (z.B. Wegebaumaschinen). - Die Bildung der RTS ist keine dogmatische Frage wie die der MTS in der Zeit der Kollektivierung. Die mittelasiatische Republik Tadschikistan z.B. verzichtete auf die staatliche RTS und ließ kolchoseigene Reparaturwerkstätten errichten (Rochlin, 52). Auch in anderen Republiken besteht die Tendenz, die RTS zu kolchoseigenen Reparaturwerkstätten zu machen (Ost-Probleme 24/1959, 777 f.).

2) Nacu in: Europa-Archiv 10 + 11/1958, 10791.

Der Wert der zum Verkauf stehenden Maschinen wurde auf 19,1 Milliarden Rubel geschätzt. Bis zum 1.7.1959 kauften 94% der Kolchosen MTS im Wert von 17,2 Milliarden Rubel und zahlten 30% in bar (zit. bei Rochlin, 51). Die Zahlen zeigen, daß bis auf einige besonders schwache Kolchosen die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft - nicht zuletzt durch die staatlich vorgeschriebenen hohen Zuführungen zum unteilbaren Fonds - erstaunlich gut war.

wichtigste Vorteil des Staates beim Verkauf der MTS ist der psychologisch günstige Einfluß, den die Stärkung des Kolchos auf dessen Mitglieder haben soll und wird. Wenn die Produktion in der Landwirtschaft bisher nicht im erhofften Ausmaß gestiegen ist, so muß man die Gründe einerseits in der überorganisierten zentralen Planwirtschaft suchen, die die Initiative der Kolchosmitglieder hemmt und nicht genügend Produktionsanreize bietet, andererseits in der immer noch ungenügenden Ausstattung der Landwirtschaft mit Kapital.

Für die Tendenz, das Kollektiveigentum auf die Ebene des Volkseigentums "anzuheben", gibt es neben der Stärkung des unteilbaren Fonds drei weitere Beispiele:

Die industrielle Produktion der ländlichen Kollektivwirtschaften, die Erstellung von Gebäuden für soziale Zwecke und die interkollektivwirtschaftlichen Organisationen.

ee) Die industrielle Produktion und die sozialen Aufgaben der ländlichen Kollektivwirtschaften; die interkollektivwirtschaftlichen Organisationen.

Das "Musterstatut des landwirtschaftlichen Artels" von 1935 schränkte den Umfang des Eigentums des landwirtschaftlichen Artels ein und bestimmte, daß Bauten und öffentliche Betriebe nur der landwirtschaftlichen Produktion dienen dürften. Die industrielle Produktion war den staatlichen Unternehmen vorbehalten, selbst Verarbeitungsbetriebe landwirtschaftlicher Produkte waren verboten.

Auf dem 21. Parteitag (1959) wurde die Forderung nach Verarbeitungsfabriken erhoben. Ideologisch wird dieser Schritt damit erklärt¹⁾, daß die wirtschaftliche Schwäche der Kolchosen - die in den 30er Jahren die Beschränkung

¹⁾ Aksenenok in Istwestija v.14.4.1959, dt.in Ost-Probleme 12/1959,385.

der Genossenschaften auf die landwirtschaftliche Produktion rechtfertigten - heute überwunden sei. Die Kolchosen seien zu "landwirtschaftlichen Großbetrieben" geworden, die nicht nur produzieren, sondern auch verarbeiten könnten¹⁾.

Es ist sicherlich zutreffend, daß die anfängliche wirtschaftliche Schwäche und mangelnde technische Ausrüstung - einschließlich der Ausrüstung mit technisch und politisch geschulten Fachkräften - den Kolchosen keine zusätzliche industrielle Produktion erlaubten. Daneben ist jedoch die veränderte ideologische Einstellung gegenüber dem Kollektiveigentum mitbestimmend: es soll nicht mehr geschwächt und dann in Staatseigentum verwandelt werden, sondern vielmehr gestärkt und automatisch auf die Ebene des "allgemeinen Volkseigentums" angehoben werden.

In der ideologischen Bewertung des Kollektiveigentums wird weiter hervorgehoben, daß die Stärke der Kollektivwirtschaften sich heute auch in der Erstellung von "Objekten mit gemeinnützigem Charakter" (Krankenhäuser und Kulturzentren), die nicht nur im Interesse der Kolchose selbst sondern dem der ganzen Gesellschaft benutzt werden, zeige²⁾.

Als vorläufig letzter Beweis für die Stärke der Kollektivwirtschaften gelten die "interkollektivwirtschaftlichen Organisationen". Ihr wirtschaftliches Ziel ist es, Materialreserven und Arbeitskräfte der Kollektivwirtschaften zusammenzufassen, um größere Bauprojekte gemeinsam und auf industrieller Basis zu erstellen. Neben der industriellen Produktion soll der Bau von Kraftwerken, Bewässerungskanälen, Stauseen, Straßen, Schulen und Krankenhäusern, das heißt der Bau von Anlagen, die "für das ganze Volk von Bedeutung sind"³⁾, gefördert werden.

1) Man trifft hier auf das gleiche Argument wie bei der ideologischen Rechtfertigung des MTS-Ankaufs durch die Kolchosen: die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Kolchosen hat das genossenschaftliche Eigentum in seinem ideologischen Wert steigen lassen, es "darf" jetzt Aufgaben übernehmen, die bisher nur dem staatlichen Eigentum vorbehalten waren. Mit anderen Worten: es wird jetzt stärker in den allgemeinen staatlichen Produktionsprozeß eingespant, seit es wirtschaftlich effizienter geworden ist.

2) Aksenenok in Istwestija v. 14.4.1959, dt. in: Ost-Probleme 12/1959, 385.

3) Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 661.

Der Aufbau dieser Organisation erfolgt meistens auf Rayonebene nach den Musterstatuten der Jahre 1955 und 1956, nach denen neben den Kollektivwirtschaften auch Sowchosen Mitglieder sein können. Die interkollektivwirtschaftlichen Organisationen besitzen kein Eigentum an den zur Verfügung gestellten Produktionsmitteln. Eigentümer bleiben die Kollektivwirtschaften bzw. die staatlichen Betriebe. Die übrigen Mitglieder sind Miteigentümer, können jedoch über ihren Eigentumsanteil nicht verfügen¹⁾.

Aufgabenbereich und Aufbau der interkollektivwirtschaftlichen Organisationen zeigen, daß die sogenannte Anhebung des Kollektiveigentums auf das Niveau des Volkseigentums hier am weitesten fortgeschritten ist. In der sowjetischen Ideologie wird diese Annäherung der Eigentumsformen, die auf der gemeinschaftlichen Arbeit der Bauern und der Produktionshilfe des Staates²⁾ beruhe, als großer "Fortschritt" auf dem Weg zum allgemeinen (kommunistischen) Volkseigentum gefeiert. Diese Formulierung ist die ideologische Umschreibung der Tatsache, daß - wie schon oft in der sowjetischen Agrarpolitik seit der Kollektivierung - die Übertragung an sich staatlicher Aufgaben eine zusätzliche Belastung der Landwirtschaft zugunsten der staatlichen Industrieproduktion ist.

c) Anhang: das staatliche Eigentum in der Landwirtschaft.

Der Sowchos³⁾.

Sowchosen sind die in Staatseigentum stehenden landwirtschaftlichen Betriebe der UdSSR.

Nach der Revolution wurden sie häufig auf Gütern der enteigneten Großgrundbesitzer eingerichtet, um die Produktionskraft der großen geschlossenen Wirt-

1) Pfuhl, 49 f.

2) Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 661.

3) Abkürzung der russischen Bezeichnung für "sowjetskoje chos'ajstwo", das heißt "Sowjetwirtschaft".

schaften zu erhalten. Später, insbesondere bei den Neulandaktionen Chruschtschows, wurden sie in Gebieten gegründet, deren Erschließung nur unter großem Kapitalaufwand - das heißt mit staatlichen Mitteln - möglich ist¹⁾.

Ideologisch werden die Sowjetwirtschaften höher bewertet als die Kollektivwirtschaften, für die sie beispielgebend in jeder Beziehung sein sollen. Ihre technische Ausrüstung ermögliche ihnen einen Stand der Arbeiterproduktivität, der höher sei als in den Kollektivwirtschaften, während aus dem gleichen Grunde die Selbstkosten der Produktion in der Sowchosen niedriger seien und eine höhere Akkumulation sicherten als in den Kolchosen²⁾. Aus diesem Grunde sollen die Sowchosen weiterhin vorrangig mit technischen Ausrüstungen versorgt und mit Krediten unterstützt werden³⁾.

Wie sieht die Praxis der Sowchosen neben diesem ideologisch-pädagogischen Wunschbild aus? In der Tat ist die Organisation des Sowchos einem Industriebetrieb näher als die der genossenschaftlich organisierten Kolchose, so sehr deren genossenschaftlicher Charakter durch staatliche Interventionen auch eingeschränkt sein mag. Infolgedessen entspricht der Sowchos mehr den Idealvor-

1) vgl. Politökonomie, 659 und Rochlin, 41 ff.

2) Politökonomie, 652 f.

3) Zu einer gewissen Revision dieser Auffassung, die jedoch noch nicht in die offiziellen Lehrbücher eindrang, kam es mit einem Artikel von J. Winnitschenko in: Nasch sowremennik, Moskau, 4/1959, dt. in: Ost-Probleme 24/1959, 779. Dort heißt es: "Die Partei hat klargemacht, daß bereits die Fragestellung, welche der beiden Formen der sozialistischen Landwirtschaft 'höher' und fortschrittlicher sei, im Grunde genommen unrichtig, falsch ist. Auch die Tendenz der beschleunigten 'Sowchosierung' der Kolchose wurde als grundlegend falsch anerkannt." (ebd., 77 8) Der Verfasser des Artikels nennt Beispiele, die für das Kolchossystem sprechen und glaubt an eine Annäherung der Kolchosen und Sowchosen, bei denen beide Konzessionen an die andere Eigentums- und Organisationsform machen sollen. (ebd., 780 ff.)

stellungen einer verstaatlichten Wirtschaft: Arbeiter und Angestellte sind fest bezahlt, alle Produktionsmittel gehörten auch vor der Reform der MTS (1958) den Staatsgütern. Sie liefern außerdem bis auf ihren relativ geringen Eigenverbrauch und vorgeschriebene Sicherungsrücklagen alle Produktion an den Staat ab. Ebenso wie die staatlichen Industriebetriebe unterstehen die Sowchosen vollkommen der staatlichen Planung. Wenn die Sowchosen in den letzten Jahren auch keine detaillierten Produktionspläne mehr erhalten, sind die Ablieferungsbestimmungen¹⁾ und Pläne für Investitionen und Lohnfonds ebenso wie die staatlichen Auflagen für die wirtschaftliche Rechnungsführung nach dem Prinzip der Rentabilität doch so eng gefaßt, daß man von einer totalen Erfassung durch die staatlichen Planung sprechen kann.

Die Folge dieser Politik den Sowchosen gegenüber ist, daß trotz "führender Rolle in der Landwirtschaft" und trotz tatsächlich vorhandener höherer Hektarerträge²⁾ die Sowchosen bis auf einige Musterbetriebe von Anfang an ein Zuschußunternehmen des Staates waren. In den letzten Jahren soll der Ackerbau der Sowchosen allerdings rentabler gewesen sein, die Viehwirtschaft ist es dagegen immer noch nicht³⁾.

Im Gegensatz zu offiziellen Behauptungen, die Sowchosen arbeiteten mit niedrigeren Selbstkosten und höherer Akkumulationsrate als die Kolchosen, war sich die Regierung in der Praxis wohl bewußt, daß eine Umwandlung der Kolchosen in Sowchosen - eine Politik, die bis 1958 von verschiedenen Seiten befürwortet

1) Die Aufkaufpreise für die vom Staat vorgeschriebenen produzierten Erzeugnisse - vorwiegend Ackerfrüchte - sind meistens niedriger als für die Kolchosen. Da andererseits der Staat die hohen Verluste der meistens noch unrentabel arbeitenden Sowchosen tragen muß, ist dieser Weg für ihn nicht sparsamer.

2) Der Grund liegt in der besseren Ausstattung mit Betriebsmitteln, Krediten und Fachleuten.

3) Rochlin, 46.

und mit finanziell schwachen Kolchosen zum Teil auch durchgeführt wurde - viel zu teuer für den Staat werden würde, denn de facto arbeitet die Mehrzahl der Sowchosen mit staatlichen Subventionen. Um die Sowchosen zu "Beispielen" für die Kolchosen zu machen, wurden sie finanziell und fachlich bevorzugt. Da andererseits die Planvorschriften nicht gelockert wurden, konnten Initiative und Interesse des Sowchospersonals sich nicht entfalten und der erhoffte Erfolg blieb aus. Bei dem Versagen der Sowchosen handelt es sich um einen in der Ordnung des Staatsappigenschafts und dem dazugehörenden Planungssystem beschlossenen Mangel. Könnte sich die politische Führung entschließen, die Planung zugunsten der Eigeninitiative der Betriebe zu lockern, die Eigenverantwortlichkeit der Betriebsleiter und Arbeiter echt und nicht nur scheinbar im engen Korsett des Plans zu aktivieren, die Rentabilität der Wirtschaftseinheiten würde mit Sicherheit steigen.

B. ANDERE EIGENTUMSFORMEN IM SOZIALISMUS.

I. Das persönliche Eigentum.

1. Begriff des persönlichen Eigentums in der Ideologie.

a) Marx und Engels.

Im Kommunistischen Manifest schreiben Marx und Engels, daß individuelle Eigentumsbildung des Lohnarbeiters im Kapitalismus ausgeschlossen sei:

"Schafft aber die Lohnarbeit, die Arbeit des Proletariats ihm Eigentum? Keineswegs, sie schafft das Kapital, das heißt das Eigentum, welches die Lohnarbeit ausbeutet". 1)

Die Verfasser betonen dann, daß sie nicht das persönlich erworbene Eigentum abschaffen wollten:

"Man hat uns Kommunisten vorgeworfen, wir wollten das persönlich erworbene, selbsterarbeitete Einkommen abschaffen; das Eigentum, welches die Grundlage aller persönlichen Freiheit, Tätigkeit und Selbständigkeit bilde.

1) Marx, Kommunistisches Manifest, in: Frühschriften, 540.

Erarbeitetes, erworbenes, selbstverdientes Eigentum! Sprecht ihr von dem kleinbürgerlichen Eigentum, welches dem bürgerlichen Eigentum vorausging? Wir brauchen es nicht abzuschaffen, die Entwicklung der Industrie hat es abgeschafft und schafft es täglich ab."¹⁾

ichtig sei, daß der Kommunismus "keinem die Macht nehme, sich gesellschaftliche Produkte anzueignen, er nimmt nur die Macht, sich durch diese Aneignung fremde Arbeit zu unterjochen"²⁾, denn: "Was den Kommunismus auszeichnet, ist nicht die Abschaffung des Eigentums überhaupt, sondern die Abschaffung des bürgerlichen Eigentums"³⁾. Engels skizzierte am Anti-Dühring die Grundlagen der künftigen Gesellschaftsordnung und schreibt, daß das gesellschaftliche Eigentum sich auf die Erde und die anderen Produktionsmittel erstrecken werde und "das individuelle Eigentum auf die Produkte, also auf die Verbrauchsgegenstände"⁴⁾.

Bei Marx und Engels wird bereits zwischen dem Privateigentum und dem individuellen oder persönlichen Eigentum unterschieden. Persönliches Eigentum ist Konsumeigentum, welches der Bedürfnisbefriedigung dient. Privateigentum ist das Eigentum der Kapitalisten an den Produktionsmitteln - in Marxscher Sicht also Eigentum, welches der Ausbeutung dient. Von dieser Definition her ist der Satz des Kommunistischen Manifestes: "In diesem Sinn können die Kommunisten ihre Theorie in den einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums,

) Marx, Kommunistisches Manifest, in: Frühschriften, 540.

) ebd., 542.

) ebd., 540.

) Engels, Anti-Dühring, 160.

zusammenfassen,"¹⁾ zu verstehen.

b) Die sowjetische Ideologie.

Die sowjetischen Wissenschaftler berufen sich in ihren Lehrbüchern ausdrücklich auf die Aussagen von Marx und Engels über das persönliche Eigentum. Sie betonen, der Sozialismus schaffe

"das persönliche Eigentum an Konsumgütern keineswegs ab, er schafft vielmehr die einzig dauerhafte Garantie für eine immer vollständigere Befriedigung der persönlichen Bedürfnisse aller Mitglieder der Gesellschaft". 2)3)

Hauptquelle des persönlichen Eigentums im Sozialismus ist die eigene Arbeit in einer staatlichen genossenschaftlichen oder gesellschaftlichen Organisation, das heißt, daß das persönliche Eigentum "von sozialistischem Eigentum hergeleitet und mit ihm untrennbar verbunden" ist⁴⁾.

Das persönliche Eigentum ist ausschließlich zum Verbrauch, zur "Bedürfnisbefriedigung", bestimmt. Die Verwendung des persönlichen Eigentums zu anderen Zwecken wie z.B. der "Ausbeutung" fremder Lohnarbeiter zur Erzielung arbeitslosen Einkommens, gilt als Mißbrauch und ist verboten. Der Eigentumsschutz des Artikels 10 der Verfassung von 1936 erstreckt sich auch nur auf die "selbst erarbeiteten Einkünfte und Ersparnisse" und aus der sowjetischen Rechtspraxis sind Fälle bekannt, in denen das persönliche Eigentum eines Bürgers konfisziert worden ist, wenn er es zu einer Quelle arbeitslosen Einkommens gemacht hat⁵⁾.

1) Marx, Das Kommunis.Manifest, in: Frühschriften, 540.

2) Politökonomie, 506.

3) Genkin zitiert in seinem Lehrbuch des sowjetischen Zivilrechts Stalin, der in einer Unterredung mit dem englischen Schriftsteller Wells gesagt hat, "...die sozialistische Gesellschaft stellt die einzig feste Grundlage für den Schutz der Interessen des einzelnen dar." (Genkin I, 379).

4) Genkin I, 379.

5) Vgl. Genkin I, 380 f. und Handbuch des Weltkommunismus, 309 f.

Die enge Verbindung von sozialistischem und persönlichem Eigentum dient in der sowjetischen Ideologie als Grundlage einer postulierten Gleichheit von gesellschaftlichen und individuellen Interessen, die im "Prinzip der materieller Interessiertheit" zum Ausdruck kommt. Da die Entlohnung nach Quantität und Qualität der Arbeit erfolgt, das heißt also nach der Arbeitsleistung jedes einzelnen, so sei jeder an der qualitativen Verbesserung seiner Arbeit und der damit verbundenen quantitativen Vergrößerung seines Einkommens interessiert. Dadurch werde er automatisch zur disziplinierten Arbeit und der Erkenntnis erzogen, "daß die gesellschaftlichen und persönlichen Interessen eine Einheit bilden"¹⁾. Aus diesem Grund nennt Chruschtschow auch die Verteilung nach der Arbeitsleistung das augenblicklich "einzig vernünftige und gerechte Verteilungsprinzip"²⁾ und Chalfina schreibt:

"deshalb haben das persönliche Eigentum als ökonomische Kategorie und die rechtliche Regelung der persönlichen Eigentumsverhältnisse auch in der Periode des umfassenden Aufbaus des Kommunismus eine so große Bedeutung"³⁾.

2. Die rechtliche Regelung des persönlichen Eigentums.

a) Entstehung und Entwicklung (Artikel 10 der Verfassung von 1936).

Das persönliche Eigentum existiert in der UdSSR in zwei Formen als das persönliche Eigentum der Bürger an Konsumgütern und als das persönliche Eigentum der Kollektivbauern an der Nebenwirtschaft.

Der Begriff des "persönlichen Eigentums", der ausdrücklich vom kapitalistischen Privateigentum abgesetzt wird, wurde in der UdSSR erstmalig in der Verfassung

1) Chalfina, in: Staat und Recht 4/1961, 752 f.

2) Zit. bei Chalfina, 751.

3) Chalfina, 752.

von 1936 eingeführt¹⁾. In Artikel 10 der Verfassung wird das persönliche Eigentum der Bürger in bestimmten Grenzen garantiert:

"Das persönliche Eigentumsrecht der Bürger an ihren selbsterarbeiteten Einkünften und Ersparnissen, am Wohnhaus und an der häuslichen Nebengewirtschaft, an den Hauswirtschafts- und Haushaltsgegenständen, an den Gegenständen des persönlichen Bedarfs und Komforts, ebenso wie das Erbrecht an dem persönlichen Eigentum werden durch das Gesetz geschützt".

In der Verfassung von 1936 wurden das persönliche Eigentum und das Erbrecht zu einem Zeitpunkt in den Kreis der schutzwürdigen bürgerlichen Rechte aufgenommen, zu dem der Sieg des Sozialismus als endgültig proklamiert wurde.

Die sowjetische formalrechtliche Erklärung für die verfassungsmäßigen Garantien des Artikels 10 stellt auf den sozialistischen Charakter der augenblicklichen Phase auf dem Weg zum Kommunismus ab und betont, daß das persönliche Eigentum jetzt möglich sei, da der Staat seine Wandlung in ausbeuterisches Privateigentum verhindere. Dabei wird betont, daß im Endzustand des Kommunismus die individuelle Bedürfnisbefriedigung mit Hilfe des persönlichen Eigentums zu Gunsten der gemeinschaftlichen Bedürfnisbefriedigung durch das Kollektiveigentum in den Hintergrund treten wird.

Maurach schreibt in seinen Erläuterungen zum Art. 10²⁾, daß die formalrechtliche Erklärung zur Entstehung der persönlichen Eigentumsgarantie in der Verfassung nicht genüge und vielmehr erst eine psychologische Erklärung den wahren Hintergrund erhellen könne: Für die Zulassung der Nebengewirtschaft zum Beispiel gebe

1) Im 1922 kodifizierten, teilweise noch heute geltenden Zivilgesetzbuch der RSFSR und anderer Unionsrepubliken wird von Privateigentum gesprochen. Die Bezeichnung "persönliches Eigentum" in der Verfassung von 1936 soll darauf hinweisen, daß der staatliche Schutz jetzt auf Objekte beschränkt ist, "die der unmittelbaren Hebung des Lebensstandards dienen, während Gegenstand des Privateigentums zur Zeit der NEP...auch solche Gegenstände sein konnten, die der Produktion unter Einsatz fremder Lohnarbeit dienten." Am Ende der NEP wurde diese Form des Privateigentums enteignet und verschwand damit aus der sowjetischen Wirtschaft (Maurach, Handbuch, 71).

2) Maurach, Handbuch, 69 ff., insbes. 70/71, 65.

s verschiedene, von einander unabhängige Gründe: Mit der Zulassung einer kleinen Privatwirtschaft sollte die Abneigung selbst der landarmen kleinen Bauern gegen die Kollektivierung überwunden werden¹⁾. Daneben bestand die rein praktische Notwendigkeit, den zu "Landarbeitern ohne feste Einkommen" herabgesunkenen Kolchosbauern eine wenn auch kleine Einkommensquelle zu sichern, um sie vor dem Verhungern zu retten.

Die Garantien für das persönliche Eigentum und das Erbrecht der Bürger sei eine Konzession an die Ansprüche der neuen technischen Intelligenz, die zwar nicht politisch, wohl aber wirtschaftlich zur Macht gekommen, bestrebt war, sich in gewissem Umfang finanziell zu sichern und damit eine materielle Gegenleistung wertbeständiger Art für ihre erzwungene oder freiwillige Hingabe an den Staat zu erhalten²⁾³⁾.

1) Maurach, Handbuch, 65.

2) Maurach, Handbuch, 70.

3) Maurach spricht von der "Hingabe", da der sowjetische Bürger keine "ideologische Privatsphäre" besitze. Das 1938 in die Propaganda eingeführte Schlagwort vom "glücklichen, wohlhabenderen Leben" sollte allgemein klarmachen, daß bei einem entsprechenden Arbeitsaufwand das Privatleben nach einem individuellen Geschmack gestaltet werden könne. (Maurach, Handbuch, 71).

Der Zeitpunkt des Umschwungs vom proletarischen Lebensideal zu den Vorstellungen vom "wohlhabenden Leben" liegt früher als der verfassungsrechtliche Schutz des neuen Lebensstils durch Einkommens-, Eigentums- und Erbschaftsgarantien. In der Bevölkerung wurden die Bestrebungen für ein bequemeres, besseres Leben mit dem Verlust des revolutionären Elans sichtbar. Für den Staat ergab sich daraus die Notwendigkeit, höhere und qualifizierte Arbeitsleistung jetzt mit Hilfe der Einkommensdifferenzierung - insbesondere des Akkordlohns - zu fördern. Der offizielle Umschwung "von Kommune und Gleichheit zu Akkordlohn und Ungleichheit" wurde durch eine Rede Stalins vom 23.6.1931 legitimiert. (Mehnert, 85 f.).

b) Inhalt des persönlichen Eigentums.

aa) Sozialpflichtigkeit des persönlichen Eigentums.

Die rechtliche Regelung des persönlichen Eigentums ist durch seinen ökonomischen Inhalt und seinen Zweck bestimmt. Die Aufgabe des Eigentumsrechtes ist in erster Linie die "Wirkung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus und die Ausnutzung dieser Form im Interesse des umfassenden Aufbaus des Kommunismus zu sichern"¹⁾. Die hier zum Ausdruck gebrachte Sozialpflichtigkeit des persönlichen Eigentums geht auf die Rechtslehren des französischen Juristen Duguit zurück, die bei der Schaffung eines neuen Zivilrechts in Sowjetrußland einen großen Einfluß auf die sozialistischen Rechtstheoretiker gehabt haben²⁾. Nach Duguit hört Eigentum auf ein subjektives Recht zu sein und erhält eine soziale Funktion. Nur wenn der Eigentümer die Funktion erfüllt, erhält er staatlichen Schutz für sein Eigentum, andernfalls wird es konfisziert. Wenn die Idee der Verpflichtung des Eigentums auch nicht neu ist³⁾, so waren die Bindungen des Eigentums in bürgerlichen Staaten doch nie so weitgehend wie in der sozialistischen UdSSR. Man kann die betonte Sozialpflichtigkeit des sozialistischen persönlichen Eigentums aus der sowjetischen Überbetonung des Menschen als Sozialwesen auf Kosten seiner Individualität erklären. Individualität, Persönlichkeitsentfaltung und eigene Ideen werden in der sowjetischen Ideologie immer abgelehnt, weil sie nicht im Einklang mit der Parteilinie sind. Auch vom persönlichen Eigentum sollen keine Impulse zur Eigenständigkeit des einzelnen ausgehen.⁴⁾

1) Chalfina, 752-.

2) Pfuhl weist darauf hin, daß Duguit offiziell nicht mehr zitiert wird, seit er in seinem zweiten Band des Privatrechts (1922) ein vernichtendes Urteil über das sowjetische System gefällt hat. In sowjetischen Lehrbüchern werden als Grundlagen des Zivilrechts nur die Schriften von Marx, Engels, Stalin und insbesondere Lenin genannt. An Hand von Beispielen weist Pfuhl jedoch den Einfluß Duguits nach (Pfuhl, 26 f.).

3) Art. 153 der Weimarer Reichsverfassung zum Beispiel lautet: "Eigentum verpflichtet, sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das gemeine Beste".

4) Vgl. auch unten die Einschränkung des Schutzes des persönlichen Eigentums durch Art. 1 ZGB der RSFSR.

bb) Forderungen, die die Objekte als persönliches Eigentum kennzeichnen.

In der Eigentumsgarantie des Artikels 10 der Verfassung werden mit Ausnahme des Wohnhauses und der bäuerlichen Nebenwirtschaft keine Objekte des persönlichen Eigentums genannt, sondern einige, die Objekte als persönliches Eigentum kennzeichnenden Forderungen genannt: 1. Das Eigentum soll selbst-erarbeitet sein. Diese Forderung beinhaltet 2. die Ableitung des persönlichen Eigentums von dem gesellschaftlichen Eigentum, denn im sozialistischen Wirtschaftssystem sowjetischer Prägung ist eine rechtmäßige Arbeit in anderen Institutionen als solchen, die das gesellschaftliche Eigentum in seiner staatlichen oder genossenschaftlichen Form repräsentieren, nicht möglich. 3. Das Eigentum muß dem Zweck des "persönlichen Bedarfs und Komforts", mit anderen Worten dem Konsum, gewidmet sein. Keine der drei Kriterien, die in der Theorie die Eigenschaft eines Objektes als persönliches Eigentum konstituieren, sind in der Praxis voll verwirklicht:

Zu 1. Das persönliche Eigentum soll selbst erarbeitet sein. Da aber in Artikel 10 der Verfassung von 1936 auch das Erbrecht am persönlichen Eigentum der Bürger garantiert wurde, ist eine legale Ansammlung von nichterarbeiteten Vermögen möglich geworden. Die häufigen Klagen in sowjetischen Zeitungen über die Kinder reicher Eltern, die ohne zu arbeiten ein "gutes Leben" führen wollen, zeigen die Probleme, die mit dem nichterarbeiteten Vermögen in einer auf allgemeinen Arbeitszwang eingestellten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung entstehen.

Zu 2. Das persönliche Eigentum soll vom gesellschaftlichen abgeleitet sein. Für den überwiegenden Teil des persönlichen Eigentums trifft diese Forderung zu, da nahezu einziger Arbeitgeber der Staat ist. Man könnte auch für den Erwerb aus der kolchosbäuerlichen Nebenwirtschaft die Ableitung vom gesellschaftlichen Eigentum bejahen, da der Kolchosnik nur auf Grund seiner Zugehörigkeit zum Artel das Recht auf Hofland hat. Auch der Gewinn aus dem Einkommen aus der kleinen Warenwirtschaft, also das der nichtkollektivierten Einzelbauern oder kleinen Handwerker, vom gesellschaftlichen Eigentum abgeleitet

bar. Das Eigentum der kleinen Privatwirtschaft an sich ist nur "gesetzlich zugelassen" (Art. 9 der Verfassung von 1936), das persönliche Eigentum der Einzelbauern und -handwerker jedoch ebenso schutzwürdig wie das anderer Bürger. - Es gilt als unbestritten in der sowjetischen Rechtswissenschaft, daß von Sowjetbürgern im Ausland geerbte Objekte - sofern sie den Charakter von persönlichem Eigentum und nicht von kapitalistischem Privateigentum haben oder in persönliches Eigentum verwandelt worden sind - unter das schutzwürdige persönliche Eigentum fallen¹⁾.

Zu 3. Das persönliche Eigentum hat im Sinne des Gesetzgebers den Zweck, dem "persönlichen Bedarf und Komfort" zu dienen²⁾. Art. 10 der Verfassung enthält keine weiteren Erklärungen über die Verwendung des persönlichen Eigentums. In Kommentaren zum Wesen und Umfang des persönlichen Eigentums wird jedoch betont, daß es grundsätzlich nicht zur Ausbeutung fremder Lohnarbeit oder zur Erzielung nichterarbeiteter Einkünfte selbst ohne den Tatbestand der Ausbeutung verwendet werden soll. Der Zusatz in einem Kommentar zum persönlichen Eigentum, daß es "nur im beschränkten Umfange zur Gewinnung eines Arbeitseinkommens dienen" soll³⁾⁴⁾, ist bereits eine Konzession an die wirtschaftliche Wirklichkeit. Damit ist die Garantie für das persönliche Eigentum an Konsumgütern

1) Thomson, 53.

2) Vgl. Art. 10 und Chalfina, 752.

3) Chalfina, 752.

4) Von einem "beschränkten Umfang" kann bei den Einkommen aus der Nebengewirtschaft für die ersten Jahre nach der Kollektivierung und zum Teil bis über die Stalinära hinaus nicht gesprochen werden. In dieser Zeit waren die Erträge aus dem Hofland die Haupteinnahmequelle der Kolchosniki, ohne die sie nicht überlebt hätten.

zu einer, wenn auch begrenzten Garantie für das persönliche Eigentum an Produktionsmitteln geworden¹⁾.

c) Schutz des persönlichen Eigentums.

Der rechtliche Schutz des persönlichen Eigentums an Gebrauchs- und Verbrauchsgütern ist nach sowjetischer Theorie unbegrenzt, solange sie im Sinne des Gesetzgebers genutzt werden²⁾³⁾. Wenn eine erhöhte Gefahr vorliegt, daß das persönliche Eigentum zu einem Produktionsmittel wird, wurde der Schutz von vornherein eingeschränkt⁴⁾. Die theoretisch unbegrenzte Garantie des persönlichen Eigentums wurde in der Praxis mehrfach mißachtet. Ein Beispiel für die offene Mißachtung der Eigentumsgarantie waren die Auflagen von Staatsanleihen unter Stalin. Nach sowjetischer Lehre galten die Zeichnungen der Anleihen allerdings nicht als Durchbrechung des Eigentumsschutzes hinsichtlich des Arbeitslohnes - der nach Artikel 10 als "selbsterarbeitete Einkünfte" in den Eigentumsschutz eingeschlossen ist -, da sie formell freiwillig waren⁵⁾.

-
- 1) Streng genommen wird jedes Konsumgut, wenn es zur Erzielung von Einkommen verwendet wird, zu einem Produktionsmittel. Die häusliche Nebenwirtschaft, deren Ertrag auf dem Kolchosmarkt verkauft werden darf, ist ebenso Produktionsmittel im Sinn der reinen marxistisch-leninistischen Ideologie wie Geld und Spareinlagen grundsätzlich Produktionsmittel sind. Über den Umfang der Gewinnerzielung mit Hilfe des persönlichen Eigentums und die entsprechenden staatlichen Kontrollen vgl. unten BI 2c) Schutz des persönlichen Eigentums, bes. den Abschnitt über Spekulation.
 - 2) Chalfina betont, daß die Freiheit des Eigentümers bei seiner Bedürfnisbefriedigung nach Geschmack, Gewohnheit und Neigung gesichert sein solle. Gleichzeitig müsse aber verhindert werden, daß der Charakter des persönlichen Eigentums entstellt und durch "einzelne rückständige Elemente, die Träger bürgerlicher Privateigentumstraditionen sind, in eine Quelle leichten Erwerbs, in ein Mittel des parasitären Existenz verwandelt wird." (Chalfina, 752).
 - 3) Der strafrechtliche Schutz des persönlichen Eigentums wurde 1947, nachdem er vorher mit bis zu einem Jahr Gefängnis gering war, erheblich verstärkt: 5-6 Jahre Arbeitslager für einfachen Diebstahl und 10-15 Jahre und Konfiskation des Vermögens, wenn der Diebstahl mit Gewaltanwendung verbunden ist (Mehnert, 99).
 - 4) Vgl. z.B. die Beschränkungen für den Umfang des Hoflandes, für Inventar und Viehhaltung der bäuerlichen Nebenwirtschaften im Musterstatut des landwirtschaftlichen Artels von 1935.
Es wurde bereits erwähnt, daß die bäuerlichen Nebenwirtschaften z.B. ein-
- Forts. S. 186.

Die Umgehung der rechtlich vom Staat zugesicherten Freiwilligkeit ist ein Beweis für die häufig von der sowjetischen Regierung geübte Praxis, unabhängig von der Rechtsprechung ihre Ziele mit Hilfe der Partei oder sogenannter gesellschaftlicher Organisationen zu verwirklichen¹⁾: der Druck zur Zeichnung von Anleihen kam von Seiten der Gewerkschaft. Sollte ein Arbeiter in den öffentlich ausgelegten Anleihe listen nicht zeichnen, so drohten Ausschluß aus der Gewerkschaft und öffentliche Diskriminierung. Auf diese Weise wurden durchschnittlich ein Monatslohn pro Jahr der Verfügungsgewalt der Arbeiter und damit dem Konsum entzogen und kam der staatlichen Industrie und Investition zugute. Die Anleihezeichnung mußte den einzelnen umso mehr treffen, als die Löhne der Arbeiter absolut ebenso wie im Verhältnis zu den Gehältern der leitenden Angestellten und der Funktionäre außerordentlich niedrig waren²⁾ und kaum für den Lebensunterhalt ausreichten.

Im April 1957 wurde die Rückzahlung und Zinszahlung der bisherigen Anleihen auf 20 Jahre ausgesetzt, was praktisch eine "kalte Konfiskation" der Ersparnisse bedeutete. Um das Anleihemoratorium der Bevölkerung schmackhaft zu machen wurde gleichzeitig verkündet, daß keine weiteren Anleihen aufgelegt werden sollten. - In dieser Zeit - das heißt bei dem "weicheeren Kurs" Chruschtschows und eine Periode der besseren Versorgung für die Bevölkerung - hätte diese Form des Sparvermögens vermutlich keine großen Chancen mehr gehabt. Einerseits war die Enttäuschung über das Moratorium zu groß, andererseits waren die Möglichkeiten der privaten Investition in Autos, Häusern oder auch nur kleineren Konsumgütern gestiegen und der allgemeine staatliche Zwang in der Lenkung der Bevölkerung hatte nachge-

forts. S. 185... deutlich zu den Produktionsmitteln zu rechnen sind - es besteht nicht nur die "Gefahr", daß sie Produktionsmittel werden könnten. Diese Auffassung wird jedoch in der sowjetischen Ideologie nicht vertreten, um theoretischen Probleme zu umgehen, die sich mit der Existenz von Produktionsmitteln in den Händen von Privaten ergeben würden.

5) Maurach, Handbuch, 72.

1) Weitere Beispiele für diese Praxis sind die Durchführung der Kollektivierung der Landwirtschaft und der Erlass der "Parasitengesetze".

2) Djilas, 72.

lassen¹⁾.

Eine weitere offene, im Westen nicht unbekannte Durchbrechung der Eigentums-garantie war die Währungsreform vom 16.12.1947, welche Maurach als "getarnte Enteignung der Sparguthaben" bezeichnet^{1a)}. Die Währungsreform betraf nur private Barmittel, Forderungen und Sparguthaben in ihrer vollen Abwertungshöhe im Verhältnis 10:1, während staatliche Forderungen - insbesondere Steueransprüche - überhaupt nicht oder in geringerem Maße abgewertet wurden²⁾. Die Staatsanleihen wurden mit gleichzeitiger Zinskonversion von 4 auf 2% auf 1/3 ihrer bisherigen Summe gestrichen³⁾. Die Abwertung traf insbesondere die Kolchosmitglieder, die in Kriegs- und Nachkriegszeiten über die Preise des Kolchos- und des Schwarzen Marktes am meisten von der Lebensmittelnknappheit profitiert hatten. Die Währungsreform löste für den Staat das Problem des

1) Chruschtschow kommentierte das Anleihemoratorium positiv indem er sagte: "Eine wichtige, auf die Einkommenssteigerung der Bevölkerung gerichtete Maßnahme kam darin zum Ausdruck, daß die Bevölkerung im Jahre 1957 für die Anleihe weniger zu zahlen brauchte und daß die Staatsanleihen in Zukunft vollkommen aufgehoben werden. - Die Bevölkerung erhielt wohl Gewinne von den Anleihen, aber diese Gewinne entfielen in größerem Maße auf die Kategorien mit höheren Löhnen und Gehältern, die mehr Obligationen hatten; die Staatsanleihe aber unterzeichneten alle Arbeiter und Angestellten und Kolchosbauern." (Chruschtschow auf der Jubiläumstagung der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik, Beilage zu: Die Sowjetunion heute, 2/1958, Bad Godesberg, hg. von der Botschaft der UdSSR in der Bundesrepublik Deutschland, 3). Chruschtschow erwähnt die Konfiskation der alten Obligationen mit keinem Wort in diesem Zusammenhang. Der Versuch zur Rechtfertigung des Moratoriums aus sozialen Gründen erscheint schwach, denn bei einer Gesamtsumme von rd. 12,2 Mrd. Rubel (incl. Zinsen und Tilgung) für das Jahr 1955 ist der Verlust der gesamten Bevölkerung in jedem Fall höher als der relative Gewinn von Angehörigen der höheren Einkommenschichten aus den Zinszahlungen.

1a) Maurach, Handbuch, 72.

2) Genkin I, 381.

3) Maurach, Handbuch, 99.

genortet: Geldüberhangs, dem keine entsprechende Produktion von Konsumgütern gegenüberstand¹⁾.

Nach offizieller Meinung wurde die Währungsreform allerdings im "Interesse der Werktätigen" und nicht - wie in kapitalistischen Ländern - "auf Kosten der Werktätigen" durchgeführt. Es wird hervorgehoben, daß die Löhne und Gehälter in alter Höhe in "vollwertigem Geld" gegenüber dem alten, "im Krieg bis zu einem gewissen Grade entwerteten Geld" weitergezahlt und die Preise gesenkt wurden²⁾. Die Verluste an Bargeld, das aus Mangel an Konsumgütern von den Werktätigen nicht ausgegeben werden konnte, werden nicht erwähnt.

Neben diesen offenen Verstößen von Seiten des Staates gegen die Eigentums-garantie des Artikel 10 der Verfassung gibt es eine versteckte systembedingte Einschränkung des Eigentumsschutzes: Der Staat kann als nahezu alleiniger Arbeitgeber die Höhe der Einkünfte weitgehend festlegen. Durch seine zentrale Planung von Produktionsumfang und Preisen der Konsumgüter hat er Einfluß sowohl auf die absolute Höhe der Einkünfte als auch auf ihr Verhältnis zu den Ersparnissen.

Allgemein kann man eine Begrenzung der Eigentums-garantie auch in Artikel 1 ZGB RSFSR sehen:

"Die Zivilrechte werden durch das Gesetz mit Ausnahme der Fälle geschützt, in denen sie im Widerspruch zu ihrer sozialwirtschaftlichen Bestimmung ausgeübt werden."

Wie schwer im Einzelfall zu entscheiden ist, ob ein Gegenstand des persönlichen Eigentums seiner "sozialwirtschaftlichen Bestimmung nach" - das heißt zum eigenen Ge- und Verbrauch als Konsumgut - genutzt wurde, oder ob es bereits

1) A. Weber schätzt, daß rund 90% des auf den Kolchosmärkten verdienten und von den Bauern genorteten Bar-eides durch die Währungsreform abgeschöpft wurde. (Weber, 122 f.)

2) Politökonomie, 727.

zum Produktionsmittel geworden und damit als Gefahr für die sozialistische Planungsordnung verboten ist, liegt auf der Hand.

Eindeutig ist der Fall, wenn Konsumgüter zur Gewinnerzielung unter Einbruch in das staatliche Wirtschaftsmonopol verwendet werden¹⁾, oder - in der Ausdrucksweise der sowjetischen Ideologen - der "Spekulation" dienen. Spekulation ist jede Erzielung arbeitslosen Einkommens, sofern sie über das erlaubte Maß hinausgeht. Die häufigsten Fälle von Spekulation sind Vermietungen von zum Konsum bestimmten Gebrauchsgütern und Kauf und Verkauf mit Gewinn. Das Verbot der Spekulation wird durch hohe Strafen untermauert, welche in Artikel 99 und 107 StGB der RSFSR formuliert sind. Nach Artikel 99 werden "Herstellung, Aufspeicherung, Ankauf zum Wiederverkauf, sowie auch Umsatz" von Gütern, deren Handel eingeschränkt ist, bestraft. Nach neuesten Auslegungen des Art. 107 werden Kauf und Verkauf von fast allen Gütern bestraft, wenn der erzielte Gewinn auch noch so gering ist²⁾³⁾.

Ob ein Auto oder Fahrrad, mit dem sein Besitzer zur Arbeitsstelle fährt, Konsumgut oder Produktionsmittel ist, kann nicht eindeutig entschieden werden. - Wenn in einem Privathaus ein oder zwei Zimmer vermietet werden - aus Gründen der Raumnot ist dies erlaubt, während ständige Vermietung des ganzen Hauses verboten ist -⁴⁾, dient das Haus nicht mehr ausschließlich der Befriedigung des Wohnbedürfnisses der Familie. - Bargeld ist grund-

1) Maurach, Handbuch, 72.

2) Im November 1954 wurde ein Mann mit 6 Jahren Gefängnis bestraft, weil er in den Jahren 1951 und 1952 zwei Autos zu höheren Preisen verkauft hatte, als von staatlichen Vertriebsagenturen festgelegt worden war. Es gibt aber kein Gesetz, welches die Autopreise festlegt, die Verurteilung stützte sich nur auf den Tatbestand der Spekulation. (Dallin, in: Handbuch des Weltkommunismus, 322).

3) Noch heute steht auf Spekulation eine Strafdrohung von bis zu 7 Jahren Freiheitsentzug und Vermögenskonfiskation (Art. 154 StGB der RSFSR von 1960).

4) Genkin I, 140.

sätzlich ambivalent: als zintragendes Sparguthaben ist es Produktionsmittel, bei sofortigem Verbrauch zu Konsumzwecken ist es Konsumgut.

Obwohl die Einordnung der Güter nach ihrem Charakter als Produktions- oder Konsumtionsmittel sehr angreifbar ist, wird in der sowjetischen Gerichtspraxis laufend nach diesem Kriterium entschieden¹⁾.

Die letzte Entscheidung über Eigentumsfragen muß immer an dem Endziel der sowjetischen Wirtschaft, der kontinuierlichen Entwicklung der produktiven Kräfte des Landes, gemessen werden. So waren und sind die Beschränkungen der Eigentumsgarantie auch von der jeweiligen Versorgungslage abhängig²⁾. Langfristig allerdings sind die ideologischen Schwenkungen, welche die Stellung des persönlichen Eigentums in der gesamten Wirtschaft betreffen, nicht weniger wichtig. Unter Chruschtschow geht die Tendenz heute eindeutig dahin, der gesellschaftlichen kollektiven Bedürfnisbefriedigung vor der individuellen mit Hilfe des

1) Unter Berufung auf Art. 1 ZGB wurde das Auto eines Stachanowarbeiters konfisziert, welches dieser als Prämie erhalten hatte. Da er es nicht gebraucht, hatte er es an eine staatliche Organisation gegen 1200 Rubel monatlich vermietet. Es wurde nach einem Gerichtsurteil konfisziert, da er arbeitsloses Einkommen aus dem persönlichen Eigentum bezog, es also nicht im Einklag mit seiner sozialwirtschaftlichen Bestimmung genutzt hatte. (Schroeder, 246.)

2) Maurach, Handbuch, 72. -

Als nach dem zweiten Weltkrieg die Wohnraumknappheit besonders groß war, wurde 1948 der Bau von Häusern und ihre Übernahme in persönliches Eigentum auf breiter Ebene erlaubt. - Je nach der Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten, insbesondere der Veredelungswirtschaft, wurde den Nebengewirtschaften gegenüber großzügig oder aber mit dem Ziel ihrer Liquidierung verfahren.

persönlichen Eigentums den Vorrang zu geben¹⁾.

Die gesellschaftliche Befriedigung verschiedener Bedürfnisse soll mit Hilfe von Erholungsheimen anstelle von Datschen, durch städtische Grünanlagen anstelle von privaten Gärten, durch den Ausbau von Klubhäusern, Theatern und Kinos, in denen die Menschen sich gemeinsam entspannen können und letztendes durch staatliche Leihwageninstitute anstelle der heute noch heiß begehrten Privatautos erfolgen. Direkte Verbrauchsgüter sollen auch weiterhin im persönlichen Eigentum der Individuen bleiben, aber grundsätzlich soll die gemeinschaftliche der individuellen Versorgung vorgehen²⁾³⁾.

Als Endziel im Kommunismus wird eine unentgeltliche Befriedigung aller "vernünftigen" Bedürfnisse vorausgesagt, aber sie ist erst möglich, wenn

"Überfluß an den notwendigen Bedarfsgütern und ein solcher Stand des Bewußtseins der Bürger erreicht ist, bei dem alle Menschen freiwillig und unabhängig davon, in welchem Maß sie materielle Güter erhalten, entsprechend ihren Fähigkeiten arbeiten werden in dem Bewußtsein, daß dies für die Gesellschaft notwendig ist." 4)

) vgl. Chruschtschow, Rede auf dem 21. Parteitag (Prawda 28.1.1959), dt.in: Ost-Probleme 4/1959.

) Daß diese Politik der Regierung nicht im Sinn eines großen Teiles der Bevölkerung ist, geht u.a. aus einer Leserzuschrift an die Zeitung "Kommunist" hervor, in der die erhöhte Produktion von Kleinwagen anstelle der Superklassewagen gefordert wird, um die Bevölkerung besser mit Privatautos versorgen zu können. (Kommunist, 14/1959, dt.in: Ost-Probleme 24/1959, 755f.)

) Chruschtschow äußerte sich im gleichen Sinn wenn er sagt:

"Ich bin kein Befürworter der Verteilung großer Geldsummen und Produktenmengen für die Arbeitseinheiten. Man sollte einem Menschen für eine Arbeitseinheit so viel geben..., daß, wie man sagt, alles Notwendige ausreichend vorhanden ist. Aber heute macht sich bei manchen die ungesunde Kulakenpsychologie bemerkbar, möglichst viel Geld auszus zahlen, damit es in den Sparstrumpf getan werden kann. Wozu das?... Man muß die Kolchosbauern dazu ermuntern, viel mehr Geld in den unteilbaren Kolchosfonds abzugeben, damit mehr Klubhäuser, Schulen, Internatsschulen gebaut werden können..." (Chruschtschow anlässlich der Verleihung des Leninordens an die Ukrainische Republik, Prawda 12.5.1959, dt.in: Ost-Probleme 12/1959, 381.)

Hier, wie immer bei den Aussagen über die kommunistische Endgesellschaft, wird ein veränderter, neuer, primär in der Gesellschaft und nicht in der Privatsphäre lebender Mensch vorausgesetzt.

3. Einige Formen des persönlichen Eigentums.

In Art. 10 der Verfassung von 1936 sind Wohnhaus und bäuerliche Nebenwirtschaft als Formen und das Erbrecht als eine Quelle des persönlichen Eigentums ausdrücklich in den gesetzlichen Schutz eingeschlossen worden. Die Eigentumsformen Wohnhaus und bäuerliche Nebenwirtschaft sind am meisten in Gefahr, zu "Produktionsmitteln in Privathand" zu werden und wurden deshalb besonders in der ideologischen Diskussion herausgestellt. Ihre Behandlung durch die politische Führung spiegelte die jeweilige Vorherrschaft von Ideologie oder von praktischen Erwägungen der Wirtschaftspolitik wider: In der Ideologie werden Gleichheit aller und gesellschaftliche Bedürfnisbefriedigung gefordert, was zu Einschränkungen des persönlichen Eigentums führen muß. Die Regierung ist andererseits vor das Problem gestellt, einen Arbeitsanreiz in einer industriellen Gesellschaft zu bilden; die Erfahrung hat gezeigt, daß langfristig nur materielle Anreize und nicht Zwang und Propaganda wirksam sind, sodaß das Recht am persönlichen Eigentum erweitert werden mußte. An den drei Beispielen bäuerlicher Nebenwirtschaft, Wohnhaus und Erbrecht soll die Stellung des persönlichen Eigentums in der sowjetischen Ideologie und der wirtschaftlichen Wirklichkeit seit der Revolution im einzelnen dargestellt und der Versuch gemacht werden, etwas über die voraussichtliche Entwicklung im Anschluß an Chruschtschows gegenwärtige Eigentums politik zu sagen.

Forts. S. 191...

4) Chalfina, 750.

a) Das persönliche Eigentum an der bäuerlichen Nebenwirtschaft.

aa) Rechtliche Regelung des persönlichen Eigentums an der Nebenwirtschaft, Umfang und Inhalt.

Das persönliche Eigentum an der bäuerlichen Nebenwirtschaft wird in Art. 10¹⁾ und Art. 7,1 der Verfassung der UdSSR von 1936 garantiert²⁾:

"Jeder Kollektivbauernhaushalt hat außer dem Grundeinkommen aus der gesellschaftlichen kollektiven Wirtschaft in persönlicher Nutzung ein kleines Stück Hofland und als persönliches Eigentum eine Nebenwirtschaft auf dem Hofland, ein Wohnhaus, Nutzvieh, Geflügel und landwirtschaftliche Artels."

Einzelheiten über den Umfang der bäuerlichen Nebenwirtschaft sind im Statut des landwirtschaftlichen Artels von 1935 festgelegt. Danach hat der Kolchosbauernhof das Recht auf private Nutzung von $1/4 - 1/2$, höchstens 1 ha Land (je nach der gebietsüblichen Intensität der Bodenbearbeitung). Das private Hofland muß aus dem Landfonds der Kolchose zur Verfügung gestellt werden. In Ackerbaugebieten sind darüber hinaus 1 Kuh, 2 Stück Jungvieh, 1 - 2 Sauen und Ferkel, bis zu 10 Schafen und bis zu 10 Bienenstöcken, dazu eine unbegrenzte Anzahl von Geflügel und Kaninchen, erlaubt. In Viehzuchtgebieten liegen die Normen für die Viehhaltung höher. Arbeitstiere, insbesondere Pferde sind, außer in Nomadengebieten und der Berglandschaften Transkasiens, verboten³⁾. Zur Feldbestellung ist "landwirtschaftliches Klein-

1) Vgl. oben: Die rechtliche Regelung des persönlichen Eigentums: a. Entstehung und Entwicklung (Art. 10 der Verfassung von 1936).

2) Art. 7,1 behandelt das genossenschaftliche Eigentum. Maurach schreibt zu der Verbindung des Kollektiveigentums in einem Artikel, daß es wohl nur deshalb zusammen behandelt sei, "um die Natur der Kollektivwirtschaften plastisch umreißen zu können." Im Grunde handele es sich bei Art. 7,2 um einen Spezialfall des Art. 10. (Maurach, Handbuch, 59).

3) Schiller, 26.

inventar" (das heißt Geräte und kleine Maschinen) zugelassen.

Im Unterschied zum persönlichen Eigentum der Bürger ist das Eigentum an der bäuerlichen Nebenwirtschaft Gesamteigentum aller Mitglieder des Kolchosbauernhofes¹⁾.

Mitglieder des Kolchosbauernhofes können außer dem Ehepaar und ihren Kindern auch andere Verwandte und Personen sein, die in den familienwirtschaftlichen Verband aufgenommen worden sind. Wichtig ist nur, daß die Mehrzahl der Familie auch Mitglied des Kolchos ist.

Ein einzelnes Mitglied hat kein Anteilsrecht an bestimmten Gegenständen, aber jeder kann hinsichtlich des Gesamtvermögens verwalten. Als Folge davon kann auch nicht in den Kolchosbauernhof gepfändet werden, wenn es sich um private Verbindlichkeiten eines einzelnen handelt. Ebenso ist die Vererbung der "Anteile" an andere als Mitglieder des Kolchosbauernhofes ausgeschlossen. Stirbt ein Mitglied, so wächst sein Anteil allen anderen Mitgliedern zu. Der Verdienst aus der Nebenwirtschaft gehört allen gemeinsam.

Die das Eigentum am Hof betreffenden rechtlichen Bestimmungen sind unabänderlich. Jedes einzelne Mitglied hat nur die Wahl, die Bedingungen des Gesamteigentums anzunehmen oder aus dem Kolchos und aus dem Familienverband auszuschcheiden. In diesem Fall steht ihm ein Anteil am Familieneigentum zu.

In der sowjetischen Rechtspraxis und in der rechtswissenschaftlichen Diskussion besteht die Tendenz, das Gesamteigentum auf Kosten des Individualeigentums auszudehnen: Obwohl die Zugehörigkeit des einzelnen zum Kolchos im Gegensatz zu seiner Familienbindung im Kolchosbauernhof individuell ist, gehören die Einkünfte aus der Arbeit im Kolchos zum Gesamtvermögen. Zum Individualeigentum gehören nur

¹⁾ Schiller sieht im Gesamteigentum am Hofland und der Nebenwirtschaft die Fortführung alter slawischer Bauerntradition (Schiller, 26). Timascheff bezeichnet die Praxis, den Bauernhof als ein Rechtssubjekt zu behandeln, als Wiederbelebung der alten Senatspraxis., (im vorrevolutionären Rußland spielte der Senat die Rolle eines höchsten Gerichts), Änderungen habe es nur in Bezug auf die innere Verfassung gegeben. (Timascheff in: Schweizer Juristen Zeitung 12/1956,

Gegenstände, die aus eigenen Mitteln, zum Beispiel Nebenarbeiten, bezahlt sind¹⁾. In jedem Fall sind aber Nutzvieh und alle anderen, dem Kolchosbauernhof durch das Musterstatut des landwirtschaftlichen Artels zugeteilten Gegenstände dem Familieneigentum vorbehalten und können nicht im individuellen Eigentum einzelner Mitglieder stehen²⁾.

Der Kolchosbauer ist stärker in seinen persönlichen Eigentumsrechten beschränkt als der Bürger. Obwohl die offizielle Bezeichnung für den Kolchosbauernhof "Nebenwirtschaft" (russisch: podsobnoje chosjajstwo) lautet und damit zum Ausdruck gebracht werden soll, daß das Haupteinkommen aus der Kollektivwirtschaft fließen und die Nebenwirtschaft nur "zusätzliche Quelle" sein soll³⁾, waren die Nebenwirtschaften bis 1953 - und sind es teilweise auch heute - die wichtigste Einkommensquelle der Kolchosniki. Darum widmen sie nahezu alle freie Zeit und Kraft den Nebenwirtschaften und haben kaum Gelegenheit, darüber hinaus durch andere Arbeit echtes persönliches Eigentum zu bilden. Infolgedessen hat der Bauer kein dem persönlichen Eigentum der Bürger entsprechendes Vermögen, über das er frei disponieren könnte. Er hat keine Verfügungsbefugnis über seine Nebenwirtschaftsanteile. Es gibt

1) Eine Ausnahme bildet auch hier das Gesamteigentum der Ehegatten oder die eheliche Gütergemeinschaft, die ohne Wahlmöglichkeit mit der Eheschließung beginnt (vgl. dazu Schroeder, 248 ff.).

2) Genkin I, 387.

Diese Regelung steht im Gegensatz zur Stolypinschen Agrarreform, in der das Familieneigentum am Bauernhof durch das Individualeigentum des Familienoberhauptes ersetzt werden sollte. (vgl. oben II. Das genossenschaftlich-kollektivwirtschaftliche Eigentum, 2a) Historischer Überblick: Das bäuerliche Eigentum in der russischen Landwirtschaft vor 1917). Während es das Ziel der Stolypinschen Agrarreform war, die Einzelinitiative zu fördern, wird der Einzelne durch das Familieneigentum am Kolchosbauernhof gebunden und zum gemeinschaftlichen Handeln gezwungen.

3) Politökonomie, 504.

kein Recht zur Vererbung am Vermögen des Kolchosbauernhofes¹⁾. Der Anteil eines jeden Mitglieds verändert sich außerdem laufend durch Einheirat, Geburt und Tod in der Familie, ohne daß er Einfluß nehmen könnte. Ein verheirateter Kolchosbauer zum Beispiel steht ohne Wahlchancen in drei Vermögensgemeinschaften, von denen jede in der nächsthöheren aufgeht: in der Vermögensgemeinschaft der Ehe, des Kolchosbauernhofes und des Kollektivs, Schroeder²⁾ nennt diese Eigentumsfesselung einen "echten Ansatz für eine Sozialisierung in der UdSSR". Während das sozialistische Eigentum in Gestalt des Staatseigentums "irreal und fiktiv" wäre, sei die Bindung hier real. - Es ist durchaus möglich, daß auch die politische Führung in der UdSSR diesen Tatbestand sieht. Das Gesamteigentum mit seinem umfassenden System der Bindung soll über den jetzigen Umfang auf Arbeiter- und Angestelltenfamilien in ländlichen Gegenden ausgedehnt werden. Wenn dieses Problem vorläufig auch nur in den letzten Diskussionen der Rechtswissenschaft behandelt worden ist³⁾, so zeigt dies doch eindeutig den Trend in der aktuellen Behandlung von Eigentumsfragen.

Ebenso wie andere Formen des persönlichen Eigentums darf das Eigentum an den Nebengewirtschaften nur im Einklang mit den gesellschaftlichen Interessen benutzt werden (Art. 1 ZGB/RSSFSR). Diese Bindung geht so weit, daß man - um den Einklang der gesellschaftlichen und persönlichen Interessen zu sichern - "auf einen zum Kolchosbauernhof gehörenden Grundstück nicht irgendwelche Pflanzen anbauen (darf), deren Anbau die entsprechenden agronomischen Maßnahmen der Kollektivwirtschaften selbst vereiteln würde".⁴⁾

1) Ein Erbübergang ist nur möglich, wenn das letzte Mitglied des Kolchosbauernhofes stirbt.

2) Schroeder, 251.

3) Schroeder, 250 f.

4) Genkin I, 244.

b) Entstehung und Entwicklung der Nebenwirtschaften in Ideologie und Wirklichkeit.

Die Zulassung der Nebenwirtschaften und ihre Garantie in der Verfassung von 1936 hatte politische und wirtschaftliche Gründe: Die Nebenwirtschaften waren eine Konzession an den bäuerlichen Eigentumsinstinkt und sollten die Abneigung selbst der kleinen armen Bauern gegen das Kollektiv überwinden helfen¹⁾. Sie waren außerdem wirtschaftlich notwendig, da die meisten Kolchosen bis zur Reform der staatlichen Aufkaufpreise im Jahre 1953 den Lebensunterhalt ihrer Mitglieder nicht sichern konnten²⁾.

Für den Staat ergaben sich aus der Existenz der Nebenwirtschaften praktische und ideologische Probleme, die je nach dem wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten oder den ideologischen Tendenzen der Regierung bewältigt wurden. Das hauptsächlich ideologische Problem war die Zulassung von Produktionsmitteln in den Nebenwirtschaften. Man umging aber alle ideologischen Diskussionen und erklärte die Nebenwirtschaften zu "Hilfswirtschaften" in welchen der Privatbesitz von Produktionsmitteln gerechtfertigt sei, da sie nicht mehr Produktionsmittel sondern Gebrauchsgüter seien³⁾. Das wichtigste praktische Problem war die Arbeitseinteilung der Kolchosmitglieder zwischen Kolchos und Nebenwirtschaft: Da die Kolchosarbeit kein entsprechendes Entgelt garantierte,

1) Maurach, 65.

2) Für schwache Kolchosen trifft dies heute noch zu.

3) "Man muß in Betracht ziehen, daß auch diese kleinen Produktionsinstrumente, die der Kollektivbauernhaushalt besitzen darf, die Bedeutung von Gebrauchsgegenständen haben, denn mit ihrer Hilfe gewinnen die Angehörigen des Kollektivbauernhaushaltes zusätzlich Konsumgüter für sich." (Schepilow, Die Lehre vom sozialistischen Eigentum, in: Probleme der Ökonomie" 5-6/1940, zit. bei Genkin I, 387.) Das Problem der Zuordnung von Produktionsmittel- oder Konsumgüterkategorie ist außerordentlich schwierig. In diesem Fall kann man m.E. die Behauptung, es handle sich nur um die Produktion von Konsumgütern nicht aufrechterhalten, denn die Produktion der Nebenwirtschaften wird weitgehend auf dem Kolchosmarkt abgesetzt und der Erlös kann zu den verschiedensten Zwecken - zum Konsum ebenso wie zum Kauf von Produktionsmitteln verwandt werden.

konzentrierte sich die Arbeitsintensität der Kolchosniki auf ihre Nebenwirtschaften, deren Ertrag sie zu hohen Preisen auf dem Kolchosmarkt absetzen konnten. Der unterschiedliche Erfolg der Arbeit im Kolchos und in der Nebenwirtschaft fördert die Tendenz, das Hofland heimlich auf Kosten des Kolchoslandes auszudehnen, da offiziell die Zupacht verboten war und ist ¹⁾. In der Verordnung vom 27. Mai 1939 ²⁾ wurde diesen "Interessen... der privaten Eigentümerschaft" ein Riegel vorgeschoben und mit Strafen bis zum vollständigen Entzug des Hoflandes gedroht. Um gleichzeitig eine ausreichende Arbeit der Bauern auf dem Kolchosland zu sichern, wurde das Tagewerkminimum auf 60-100 trudodjen festgesetzt ³⁾. Die Begründung für diese Verordnung wurde in der Präambel gegeben

"Die Haus- und Gartengrundstücke verlieren... ihren subsidiären Charakter und werden vielfach zur Haupteinkommensquelle der Kollektivbauern. Die Kollektivwirtschaften haben infolgedessen einen beträchtlichen Teil fiktiver Mitglieder, die nicht an der gemeinsamen Arbeit im Kolchos teilnehmen..., sondern tatsächlich den größten Teil ihrer Zeit an ihren individuellen Besitz wenden." ⁴⁾

Im Zweiten Weltkrieg wurde die Durchführung der Bestimmungen im Interesse einer möglichst hohen Produktion nicht streng kontrolliert. Der Erfolg war eine laufende illegale Vergrößerung der Nebenwirtschaften. 1946 kehrte der Staat zur starren Haltung von 1939 zurück und beseitigte die bisher stillschweigend geduldete Landnahme der Bauern durch die Verordnung vom 19.9.1946 "Über Maß-

1) Verordnung des Zentralexekutivkomitees und des Rats der Volkskommissare vom 4. Juni 1937 "Über das Verbot der Verpachtung landwirtschaftlich genutzten Bodens" zit. nach Genkin, 340.

2) Verordnung vom 27.5.1939 "Über Maßnahmen zur Bewahrung der gesellschaftlichen Ländereien der Kolchosen vor Verschleuderung".

3) Thomson, 82.

4) Präambel zur Verordnung vom 27.5.1939 "Über Maßnahmen zur Bewahrung...", zit. nach Hofmann, 435.

nahmen zur Liquidation der Verletzung des Kolchosstatuts" ¹⁾²⁾. Die folgenden Jahre brachten eine Beschränkung der Nebenwirtschaften mit Hilfe von Pflichtabgaben und hohen Besteuerungen bis im Jahr 1953 auch die Kolchosniki vom neuen, "weicheren Kurs" profitierten. Die Steuern auf die Einkünfte aus den Nebenwirtschaften wurden durch ein neues Erhebungssystem um rund 50% ermäßigt und gleichzeitig stiegen die Einkünfte aus der Kolchosarbeit durch erhöhte staatliche Aufkaufpreise und staatliche Kredithilfen ³⁾.

Da die Versorgung mit tierischen Produkten sehr schlecht war und eine schnelle Produktionssteigerung von den Kolchosen und Sowchosen nicht zu erwarten war, plädierte Chruschtschow 1953 für eine ausgedehnte private Viehhaltung:

"Nur Leute, die nicht die Politik der Partei, die Politik des Sowjetstaates kapieren, können glauben, daß die Existenz von Produktionsvieh im persönlichen Eigentum des Kolchoshofes, innerhalb der Grenzen der Mustersatzung, irgendeine Gefahr für den Kommunismus darstellt. Man muß auch mit dem Vorurteil Schluß machen, daß es für den Arbeiter und Angestellten eine Schande ist, Vieh in persönlichem Eigentum zu haben". 4)

Bereits im Sommer 1954 jedoch begann eine staatliche Propaganda und Politik, die langfristig die Beseitigung der Nebenwirtschaften anstrebt. Vor dem direkten Angriff auf die Nebenwirtschaften setzte eine erhöhte Propaganda für freiwillige Aufgabe des Hoflandes ein. In den Zeitungen erschienen Berichte

1) Maurach, 66.

2) Noch 1948 beklagte sich Chruschtschow über die Privateigentumstendenzen bei den russischen Bauern und sagte, sie seien das am stärksten ausgeprägte überlebende Merkmal des Kapitalismus in der UdSSR. Nach einem Bericht des Agrarexperten aus dem Politbüro A.A.Andreyev in der Prawda vom 19.9.1947 sind während des Krieges in 90% der Kolchosen, in denen 1947 Landvermessungen durchgeführt worden waren, insgesamt 5.780.000 ha Land wissentlich in "Privateigentum" übernommen worden. (Luckmann, 63 f.)

3) Verordnung des Plenums des Zentralkomitees der KPdSU von 7.9.1953 "über Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der Landwirtschaft in der UdSSR".

4) Zit. bei Schroeder, 244.

von Kolchosmitgliedern, die das Hofland an die Kolchosen abtraten, da sie begriffen hatten, "daß ihr Wohlstand nicht von der kleinen Hofparzelle abhängt, sondern vom Entwicklungsniveau der Kolchoswirtschaft"¹⁾. Zusätzlich wurde für einen freiwilligen Verkauf des privaten Viehs an die Kolchosen geworben. Obwohl wie immer bei entsprechenden Aktionen die Freiwilligkeit betont wird, wurde in verschiedenen Fällen durch die Verwaltung oder den Kolchosleiter ein Druck auf die Mitglieder ausgeübt, um den Verkauf zu beschleunigen²⁾. Als nächster Schritt wurden die obligatorischen Tagewerkminima neu geregelt und der Selbstverwaltung der Kolchosen mit der Auflage übergeben, sie jährlich zu erhöhen. Durch Verordnung vom 6. März 1956 "Über die Satzung des landwirtschaftlichen Artels" wurden die Kolchosen ermächtigt, die Nebenwirtschaften der ungenügend arbeitenden Mitglieder einzuschränken bzw. zu entziehen. Das Hofland soll nach Arbeitskräftezahl des Kolchosbauernhofes, nach seinem Arbeitseinsatz und den örtlichen Verhältnissen bemessen werden. Gleichzeitig wurde den Kolchosen empfohlen, den gesellschaftlichen Bodenfonds auf Kosten des Hoflandes langsam zu erhöhen³⁾.

Der erste staatliche Einbruch in das bäuerliche Recht auf private Bodennutzung war gelungen. Durch die Möglichkeit, das Hofland einzuziehen, ist die private Nebenwirtschaft kein unabdingbares, verfassungsmäßig garantiertes Recht mehr, sondern zu einer Form der Belohnung oder Prämie für ausreichende Arbeit geworden. Ein bisher grundsätzlich unangetasteter Teil des persönlichen Eigentumsrechtes ist damit den wirtschaftlichen und ideologischen Veränderungen der sowjetischen Regierungspolitik unterworfen und dem Bereich der "Grundrechte" entzogen, - sofern man im sowjetischen Staat überhaupt von "unabdingbaren Grundrechten der Person" sprechen kann, wo die Führung ihre Politik ohne Rück-

1) Prawda vom 4.11.1955, dt.in: Ost-Probleme, 48/1955, 1956.

2) Vgl. einen entsprechenden Brief an die Prawda vom 5.3.1959, dt.in: Ost-Probleme 12/1959, 384.

3) Hofmann, 455.

sicht auf die Verfassung entsprechend den aktuellen Problemen des Tages zu revidieren bereit ist.

Die Verordnung vom März 1956 enthält außer dem Angriff auf das Hofland auch einen Angriff auf die überhöhten Normen der privaten Viehhaltung in typischen Viehzuchtgebieten, in denen die Viehhaltung "auf ein normales Maß" zurückgeschraubt werden sollte¹⁾.

Exkurs: Die private Viehhaltung von Arbeitern und Angestellten in den Städten und Dörfern.

Die anfangs von Chruschtschow geförderte private Viehhaltung von Arbeitern und Angestellten zeigte inzwischen eine negative Begleiterscheinung: Durch den großen Preisunterschied von Kartoffeln, Getreide und Brot einerseits und tierischen Veredelungserzeugnissen andererseits waren die Viehhalter dazu übergegangen, Kartoffeln und Brot aus staatlichen Läden an das Vieh zu verfüttern. 1956 wurde die Verfütterung von Brot verboten, jedoch ohne großen Erfolg. Chruschtschow griff auf dem Juniplenium des Zentralkomitees das "Erwerbsziel" bei der Viehhaltung an und forderte ihre restlose Abschaffung²⁾. Durch hohe Steuern und Abgaben³⁾ sollte die Viehhaltung zunächst in den Städten unrentabel gemacht werden, konnte aber ebenso von den Städten für ihr Gebiet verboten werden⁴⁾.

1) Schiller, 69.

2) Neue Züricher Zeitung v. 29.8.1959. - Der Anteil der Viehhaltung von Arbeitern und Angestellten betrug in Prozent vom Gesamtbestand im Jahre 1955: Rindvieh 23%, Schweine 15%, Schafe 23%, Ziegen 9%. (ebd.)

3) Verordnung vom 27.8.1956. Die Abgaben wurden mit der Aufhebung aller anderen Pflichtablieferungen 1958 auch beseitigt.

4) Ost-Probleme 32/1956, 1108 ff.-1959 hatten bereits 7 Unionsrepubliken die Viehhaltung in den Städten verboten und damit den Städten die Initiative entzogen. (Neue Züricher Zeitung vom 29.8.1959).

Obwohl die Politik der Regierung der privaten landwirtschaftlichen Tätigkeit feindlich gegenüberstand, wurden Anfang 1958 die bereits 1953 herabgesetzten Pflichtablieferungen an den Staat ganz aufgehoben. Die Maßnahme lag im Interesse des Staates, da gleichzeitig die Kolchosablieferungen auf Vertragsbasis umgestellt wurden und die weitere Übernahme der privaten Abgaben nur unrentabel für den Staat gewesen wäre. Der "direkte Weg zum Verbraucher" über die Kolchosmärkte war billiger geworden¹⁾.

cc) Das Endziel der sowjetischen Ideologie und Politik:

Die Auflösung der Nebenwirtschaften.

Das endgültige Ziel, die privaten Nebenwirtschaften langsam und möglichst ohne zu großen Widerstand "im Einverständnis mit den Kolchosbauern" zu beseitigen, steht heute fest. In wirtschaftstheoretischen und propagandistischen Schriften wird vorwiegend von der Notwendigkeit der Nebenwirtschaften her argumentiert: die Nebenwirtschaften sind notwendig, solange die Kollektivwirtschaft nicht den vollen Lebensunterhalt oder den vollen Arbeitsertrag garantieren kann. Je mehr aber das Einkommen wachse, welches die Arbeit im Kolchos erbringe und je mehr das Kollektiveigentum dem allgemeinen Volkseigentum angenähert werde, desto mehr würden die Nebenwirtschaften ihren Charakter als ergänzende Einkommensquelle verlieren und sich aus einer Hilfe in eine doppelte Arbeitsbelastung verwandeln. Durch die Vermehrung der Produktivkraft des Dorfes infolge einer Ausweitung der gesellschaftlichen Wirtschaft der Kolchose stiegen die Einkünfte der Kollektivwirtschaften und damit der Kolchosbauern derart, daß die Nebenwirtschaften überflüssig würden²⁾. Die Entwicklung gehe eindeutig in

1) "Die Bauern werden die Produkte ohnehin auf den Markt bringen und wir sparen den großen Apparat, der die Abgaben einzieht." Chruschtschow, Rede vor Landwirtschaftsfunktionären in Leningrad, veröff. in der Prawda v. 24.5.1957, zit. nach Thomson, 84.

2) Prawda vom 5.3.1959, dt. in : Ost-Probleme 12/1959, 383 und Politökonomie, 6

Richtung einer Annäherung der kollektivwirtschaftlichen und der staatlichen Eigentumsformen. Das erfordere auch eine Änderung des Status des Kolchosbauern - hofes¹⁾, der ein typisches Merkmal des genossenschaftlich-kollektivwirtschaftlichen Eigentums, wie es in einer früheren Phase des "Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus" geprägt wurde, sei.

Obwohl die sowjetischen Texte nur die "praktische Notwendigkeit" erwähnen, die Nebenwirtschaften zu erhalten bzw. aufzulösen, steht dahinter eine allgemeine, dem persönlichen Eigentum feindliche Tendenz der Regierungspolitik. Der Einzelne - hier das Kolchosmitglied - soll in jedem Fall enger an das Kollektiv und damit an den Staat gebunden werden. Jede Form von Unabhängigkeit in der Lebensgestaltung muß im Interesse der Gleichschaltung aller Mitglieder der Gesellschaft beseitigt werden²⁾.

b) Das persönliche Eigentum an Wohnhäusern.

Umfang, Inhalt und Entwicklung.

Das persönliche Eigentum an Wohnhäusern ist grundsätzlich nur erlaubt und geschützt, wenn es zur Befriedigung der persönlichen Wohnbedürfnisse des Eigentümers und seiner Familie dient. Die Vermietung einzelner Zimmer ist aus Gründen der Wohnraumknappheit nicht verboten, aber der Besitz eines Hauses ausschließlich zur Vermietung und damit zur Erzielung eines arbeitslosen Einkommens "würde unzweifelhaft völlig dem Sinn unserer Gesetzgebung über das persönliche Eigentum überhaupt und über das persönliche Eigentumsrecht an einem Wohnhaus im besonderen widersprechen"³⁾.

1) Gak in Kommunist 1/1961, dt. in: Ost-Probleme 15/1961, 461 f.

2) Wie weit die Sowjetunion heute vom Ideal dieser Gleichheit in Wahrheit entfernt ist, soll weiter unten im Abschnitt über die "Klassenlose Gesellschaft" behandelt werden. Vorläufig richten sich alle Tendenzen zur Gleichschaltung von "oben", das heißt von der politischen Führung, gegen die unteren Schichten in der Gesellschaft.

3) Genkin I, 385.

Um die Häuser nicht zu einem Mittel der Kapitalbildung werden zu lassen, darf durch Bau und Verkauf jeweils nur ein Haus in das Eigentum der Familie kommen. Wenn aber durch Erbschaft oder Heirat mehrere Wohnhäuser in den Besitz einer Familie gelangen, so ist dies erlaubt¹⁾. Ebenso war bis 1961 der zusätzliche Kauf eines Sommerhauses (Datscha) gestattet. Es ist selbstverständlich, daß vorwiegend Mitglieder der wohlhabenderen Oberschicht von diesen Vergünstigungen profitierten.- Um der sogenannten Spekulation - das heißt dem Handel mit nicht zum Handel zugelassenen Objekten - vorzubeugen, darf nur ein Haus innerhalb von drei Jahren von einer Familie ge- oder verkauft werden²⁾.

Das sowjetische Recht des persönlichen Eigentums an Wohnhäusern hat eine Entwicklung durchgemacht, die bezeichnend für die Änderungen der sowjetischen Politik gegenüber dem privaten bzw. persönlichen Eigentum überhaupt ist: In der Revolution waren alle städtischen Wohnhäuser verstaatlicht worden (Dekret v. 20.8.1918), aber schon im Dezember 1921 begann die Denationalisierung kleinerer Wohnhäuser³⁾.

Im Zivilgesetzbuch der RSFSR (Art. 58) wurde der Besitz eines Hauses mit der Einschränkung gesichert, daß nur ein Haus im Eigentum einer Privatperson stehen könne und nur alle 3 Jahre ein Eigentumswechsel vorgenommen werden dürfe. Mit dieser Bestimmung sollte dem privaten Handel mit Häusern vorgebeugt werden. 1924 wurde der Verkauf von verstaatlichten Häusern an Private zugelassen, wenn deren Reparatur mehr als 30% ihres Wertes ausmachen würde⁴⁾.

Dieser Erlaß war wohl weniger ein Ausdruck der privateigentumsfreundlichen Haltung der Regierung in der Periode der NEP als ein Zugeständnis des Staates,

1) Genkin I, 386.

2) ebd.

3) Gsovski. Gsovski; Soviet Civil Law, Michigan 1948, 287, zit. bei Thomson, 29.

4) Dekret vom 21.8.1924 mit Instruktionen vom 11.9.1924, zit. bei Schroeder, 225.

dessen Kräfte auf das äußerste im industriellen Aufbau angespannt waren und der infolgedessen weder die Mittel zu neuen Wohnungsbauten noch zu großen Hausreparaturen bereit stellen konnte und wollte¹⁾. 1928 waren in der RSFSR bereits 85% der städtischen Wohnhäuser mit etwa 50% des Wohnraums in Privateigentum übergegangen²⁾.

Um auch private Mittel für die Beschaffung von Wohnraum nutzbar zu machen, wurde der Bau von Wohnhäusern erlaubt und in den Artikeln 71 - 84 ZGB/RSFSR von 1922 grundsätzlich geregelt³⁾. Danach konnten die Bürger Häuser auf Grund eines "Baurechts" errichten. Das Baurecht war ein bis zu 65 Jahren befristetes Nutzungs-, Besitz- und Verfügungsrecht am auf staatlichem Boden errichteten Haus. Am Ende der Zeit sollte es entschädigungslos an den Staat fallen. Das Baurecht war vererblich und veräußerlich, unterschied sich vom Privateigentum jedoch durch seine Befristung.

Neben der Aktivierung privater Mittel suchte man durch den privaten Wohnungsbau auch einen Arbeitsanreiz zu bilden und die freiwillige Bindung an den Arbeitsplatz zu fördern. Durch Verordnung vom 26.4.1939 wurden staatliche Darlehn zum Bau von Eigenheimen gewährt⁴⁾. Es ist bezeichnend für Stalins Politik der Differenzierung von Ansehen und Einkommen, daß diese ersten Darlehen den gehobenen Angestellten vorenthalten waren.

Als gegen Ende des Krieges die Wohnungsnot durch Zerstörungen so groß geworden war, daß man - wie im Bürgerkrieg - eine Massenabwanderung aus den Städten und von den industriellen Arbeitsplätzen befürchtete, gab die Re-

1) Vgl. die Berichte über die sowjetische Wohnungsnot in den 20er Jahren und 30er Jahren bei Klaus Mehnert, Der Sowjetmensch.

2) Gsovski, zit. bei Thomson, 20.

3) Genkin I, 385.

4) Hofmann, 119.

gierung den Bau von Eigenheimen durch Verordnung vom 29.5.1944 generell frei. Den Betriebsleitern wurde empfohlen, ihren Arbeitern und Angestellten bei der Baumaterialbeschaffung behilflich zu sein¹⁾. Die Verordnung von 1944 wurde durch eine Verordnung vom 25.8.1946 ergänzt, in der ganz besonders der staatlich Bau von Eigenheimen und deren Verkauf an das gehobene Personal von Betrieben in entlegenen Gebieten (Ural, Sibirien, Ferne Osten) gefördert wurde²⁾ und damit eindeutig der Arbeitsplatzbindung dienen sollte.

1948 wurde jede Beschränkung des Personenkreises aufgehoben und entschieden, daß

"jeder Bürger und jede Bürgerin der UdSSR das Recht hat, für sich zum persönlichen Eigentumsrecht ein ein- oder zweistöckiges Haus mit bis zu 5 Zimmern in der Stadt oder auf dem Land zu kaufen und zu bauen."³⁾

Der Boden bleibt weiterhin Staatseigentum, wird aber zeitlich unbegrenzt gegen Zahlung einer bestimmten Rente zur Verfügung gestellt. Das Verfahren seiner Zuweisung und die Größe werden in einer Verordnung des Ministerrats der UdSSR geregelt⁴⁾. Interessant ist, daß hier wieder Unterschiede nach Rang und Würde der Berechtigten gemacht wurden: Hohe Militärs bekamen nach dieser Verordnung nach ihrem Rang gestaffelt 0,5 - 1,25 ha Land zum Bau zugeteilt, während normalerweise 300-600 qm vergeben wurden⁵⁾.

1) Hofmann, 119.

2) Genkin, 386.

3) Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjet vom 26.8.1948 "Über das Recht der Bürger auf Kauf und Bau von Eigenheimen", zit.bei Genkin I, 386.

Das Baurecht wurde durch Erlaß vom 1.2.1949 aufgehoben (ebd)

4) VO des Ministerrats der UdSSR v.26.8.1948, zit.bei Genkin I, 386.

5) Schroeder, 247.

Chruschtschow ist im Gegensatz zu Stalin heute bestrebt, Privilegien der Oberschicht zugunsten einer größeren Gleichheit aller abzubauen, soweit dies mit seiner Politik der Arbeitsstimulanz mit Hilfe des persönlichen Eigentums zu vereinen ist. Das Recht der höheren Offiziere auf ein größeres Grundstück zum privaten Hausbau wurde in Städten ganz beseitigt¹⁾ und auf dem Land von 0,5 - 1,25 ha auf 0,3 - 0,5 ha eingeschränkt²⁾. 1958 wurde die Größe der Grundstücke nochmals reduziert und liegt heute mit 0,15 - 0,25 ha nur wenig über der 1948 festgelegten Normalgröße von 0,03 - 0,12 ha³⁾.

Nach einigen scharfen Angriffen auf den privaten Landhausbau wurde durch Beschluß des Ministerrats der UdSSR vom 30.12.1960 der Verkauf und die Grundstückszuweisung für den Bau von Datschen verboten⁴⁾. Dieser Beschluß ist eindeutig ein Schlag gegen die neue Oberschicht, die allein die Mittel zum Besitz von einem städtischen Wohnhaus und einem Landhaus hatte. Die Angriffe gegen die Datschenbesitzer richten sich auch offen gegen deren "privatkapitalistische Tendenzen" und ihr neues "Klassenbewußtsein": Es sei unklug gegen Datschen zu protestieren, selbst dann, wenn sie persönliches Eigentum sind, denn man könne sich in frischer Luft entspannen. Aber dazu genüge ein bescheidenes Haus. Was dagegen heute oft gebaut werde, gehe weit darüber hinaus:

"...solche Datschen werden hauptsächlich gebaut, um das Eigenkapital anzulegen. Die Datscha ist immer leicht zu verkaufen und kann außerdem einen nichterarbeitenden Gewinn abwerfen. - Man kann sich nur schwer vorstellen, wie zersetzend solches Eigentum auf die Menschen, insbesondere auf die Jugend wirkt. Von früher Jugend an beginnt man den Kindern einzuhämmern, daß sie die Herren dieser Datschen, daß sie Erben, jene fremden Jungen und Mädchen aber keineswegs gesellschaftsfähig sind." 5)

1) VO des Ministerrats der UdSSR vom 9.5.1956, zit. bei Schroeder, 247.

2) Schroeder, 247.

3) In städtischen Bezirken sind 300 - 600 qm, in ländlichen 700 - 1200 qm zugelassen.

4) Schroeder, 234.

5) Istwestija, 7.8.1959, dt.in: Ost-Probleme 2/1959, 677.

Als Besitzer der Prachtdatschen werden direkt "Geschäftsführer, leitende Funktionäre von Gewerbe-genossenschaften, Speisebetrieben, Bauorganisationen und kommunalen Dienstleistungsinstituten... und Privatpraxen unterhaltende Juristen und Rechtsberater" genannt und ihr "Geist der Gewinnsucht" angeprangert, der "für die zukünftige Gesellschaftsordnung nicht sehr wünschenswerte Figuren" erziehe, denn:

"Das unbewegliche Eigentum widerspricht augenblicklich einer normalen Erziehung der jungen Bürger der zukünftigen kommunistischen Gesellschaft." 1)

An anderer Stelle wird der genossenschaftliche Zusammenschluß der bestehenden Datschen gefordert, um Mißbräuche bei der Nutzung dieser Art des persönlichen Eigentums zu verhindern²⁾. Mehnert weist darauf hin, daß eine breitere Streuung des persönlichen Eigentums an Wohnhäusern durch den Bau von Fertighäusern erreicht werden soll. Für das Jahr 1959 wurden Pläne veröffentlicht, nach denen die Produktion von Fertighäusern vorgesehen war. Durch monatliche Ratenzahlungen sollten sie in das Eigentum ihrer Besitzer übergehen. Die Betriebe oder Behörden, in denen die Interessenten arbeiteten, sollten Darlehen gewähren, wenn und das ist eine Methode der staatlichen Auswahl der Begünstigten- die Antragsteller "vertrauenswürdig und förderungswert" sind³⁾.

Ob diese Politik der Eigentumbildung auf breiter Basis bei dem allgemeinen fremd zur kollektiven Bedürfnisbefriedigung anhalten wird, ist sehr zweifelhaft. Von verschiedenen Seiten wird nicht nur der Datschenbau, sondern auch

1) Istwestija, 7.8.1959, dt.in: Ost-Probleme 2/1959, 676.

2) Kommunist 1/1961, dt.in: Ost-Probleme /1961, 462.

3) Mehnert, 99 und Anm. 4 zu S. 99 auf S.366.

Verordnung vom 31.7.1957 "Über die Entwicklung des Wohnungsbaues in der UdSSR" (Prawda v.2.8.1957) und Erklärung des Ministerrats der UdSSR über die Förderung von "Wohnungsba- und Landhausbaugenossenschaften" (Prawda v. 4.7.1958).

der private Hausbau in den Städten angegriffen, seit die Wohnungsnot nicht mehr so groß wie nach dem Krieg ist¹⁾. Das Lob des staatlichen Wohnungsbaus ist verständlich, wenn man die "privatkapitalistischen Tendenzen" berücksichtigt, die durch die Zulassung des privaten Hausbaus im Verhalten der Bevölkerung sichtbar wurden:²⁾

Obwohl der Boden staatliches Eigentum und infolgedessen dem Handel und der Preisbildung entzogen ist, wurde in der sowjetischen Presse immer wieder über Tendenzen in der Bevölkerung geklagt, die Grundstücke als ihr Privateigentum betrachten. Man handelte mit Grundstücken, obwohl diese Verträge nichtig, der Handel sogar strafbar ist³⁾. Ebenso wird das Verbot, den Grundstückswert beim Hausverkauf zu berücksichtigen, laufend umgangen. In der sowjetischen Presse wird gelegentlich über die Zweckentfremdung der Baugrundstücke berichtet: Bauland, welches Stadtbewohnern zur Erstellung eines Landhauses zugewiesen worden war, wurde für die Anlage von Obst- und Gemüseplantagen verwendet. Die Verurteilung dieser Handlung durch Chalfina ist so interessant, daß sie wiedergegeben werden soll⁴⁾: Die Bewirtschaftung der Hauswirtschaftsparzellen sei an sich nicht verboten, aber sie solle den Kollektivbauern, Arbeitern und Angestellten ländlicher Gebiete vorbehalten.

-
- 1) "Jetzt, da die ökonomischen Mittel des Staats gewachsen sind und sich der grandioser staatlicher Wohnungsbau entfaltet hat, hält man es nicht mehr für zweckmäßig, den individuellen Wohnungsbau in den Städten und Arbeitersiedlungen zu fördern und zu forcieren... Diese Art der Bautätigkeit ist gegenwärtig nicht vorteilhaft." Schon bestehende Häuser sollen jedoch nicht angetastet, die persönlichen Rechte ihrer Eigentümer vielmehr "allseitig geschützt" werden. (Chalfina, 758).
 - 2) Die Existenz dieser privatkapitalistischen Tendenzen rund 40 Jahre nach der Revolution ideologisch zu erklären, macht außerordentliche Schwierigkeiten. Ursprünglich hatte man - getreu der Marxschen Vorstellung - an eine restlose Umerziehung des Menschen im Sozialismus geglaubt. Auch heute hält die Ideologie an der Vorstellung des "neuen Menschen" fest, hat seine Entstehung aber aus der sozialistischen in die kommunistische Phase verschoben.
 - 3) Art. 30 u. 147 ZGB/RSFSR in Verbindung mit Art. 87a StGB/RSFSR, in dem Freiheitsstrafen bis zu 3 Jahren und Einziehung des Grundstücks angedroht werden. (Thomson, 41 f.)
 - 4) Chalfina, 753 f.

sein. Für dieses Privileg werden verschiedene Gründe genannt. Die Kollektivbauern, Arbeiter und Angestellten zahlten Landwirtschaftssteuer und bis 1958 mußten sie außerdem naturale Abgaben leisten. Im Laufe der Zeit - das heißt mit dem Wachstum der gesellschaftlichen Wirtschaft - würden die Garten- und Hofgrundstücke auch immer mehr "Konsumcharakter" annehmen. Die Städter dagegen haben einen festen Arbeitslohn bzw. eine Rente, sie haben die Bequemlichkeit des städtischen Komforts und zahlen weder Landwirtschaftssteuer noch leisten sie Abgaben - aus diesen Gründen widerspricht ihre landwirtschaftliche Betätigung der "Moral der sozialistischen Gesellschaft, da sie Habgier und Gewinnsucht und Kleinereigentümerinstinkte" entwickle¹⁾.

Chalfina geht in seinen Überlegungen von der offiziellen Meinung aus, daß das persönliche Eigentum nur in einer engen Bindung an die vom Staat vorgeschriebene Bestimmung genutzt werden darf. In den staatlichen Bestimmungen bekommt jede Gruppe des Volkes einen speziellen Rechtsbereich zugewiesen, den sie nicht ungestraft überschreiten darf, denn "der

Staat schützt... mit allen Mitteln das persönliche Eigentum der Bürger, wenn die Quellen seiner Herkunft gesetzlich sind und es seiner Bestimmung gemäß genutzt wird." 2)

Um die Mißbräuche bei der Nutzung des persönlichen Eigentums bekämpfen zu können werden staatliche und gesellschaftliche Kontrollen über seine Herkunft gefordert. Ende 1960 wurde in der sowjetischen Presse angeregt, keine Grundstücke mehr für den privaten Hausbau an der Peripherie der Städte zuzuteilen, da der Raum für die kollektive Erholung wichtiger sei. Ebenso sollten die in den 40er Jahren privatisierten Schrebergärten rekollektiviert werden, denn das Leben und die Erholung der Gemeinschaft seien der privaten Erholung vorzuziehen⁴⁾. (Mit dem

1) Andere Beispiele für verbotene Handlungen in Verbindung mit dem persönlichen Eigentum vgl. Chalfina, 754 ff.

2) Chalfina, 758.

3) Kommunist 1/1961, dt.in: Ost-Probleme. 15/1961, 461ff.

4) Neue Züricher Zeitung vom 21.10.1961.

gleichen Argument war u.a. der genossenschaftliche Zusammenschluß der Datschenbesitzer gefordert worden.)

Alle Vorschläge für eine Einschränkung des persönlichen Eigentumsrechts zugunsten des Gemeineigentums spiegeln die offizielle, in der marxistisch-leninistischen Ideologie begründeten Meinung der Regierung wider, daß das Kollektiv gestärkt werden müsse. Der sozialistische, mehr noch der kommunistische Mensch ist primär ein "gesellschaftlicher Mensch" und nicht ein Individuum mit dem Wunsch nach einer unantastbaren Privatsphäre.

c) Das Erbrecht.

Für Marx und Engels steht das Erbrecht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem kapitalistischen Privateigentum an Produktionsmitteln. Es spiegelt ebenso wie die Form des Eigentums die ökonomische und gesellschaftliche Organisation im Staate wieder, mehr noch, das Erbrecht zeigt "am allerdeutlichsten die Abhängigkeit des Rechts von den Produktionsverhältnissen"¹⁾. Marx nennt das Erbrecht auch die "willkürliche und abergläubische Übertreibung sogar des Prinzips des Privateigentums selbst"²⁾, und griff damit die über das Leben hinausgehende Verfügungsmacht des Individuums über sein Privateigentum an, damit über die der Ausbeutung dienenden Produktionsmittel - an. Da der Arbeiter in der Regel nichts zu vererben habe, sei die Erbfolge für die Mehrheit der Bevölkerung im Kapitalismus ohne Bedeutung. Infolge dieser Einstellung zum Erbrecht wurde im Kommunistischen Manifest mit der Aufhebung des Privateigentums als eine der ersten Maßnahmen einer Arbeiterrevolution und der Errichtung des Kommunismus auch die "Abschaffung des Erbrechts" gefordert³⁾. In den "Grundsätzen des Kommunismus", in denen Engels

1) Marx, Deutsche Ideologie, in: Frühschriften, 436.

2) Zit. nach Bratus II, 514.

3) Marx/Engels, Kommunistisches Manifest, in: Frühschriften, 547.

seine Vorstellungen über die Art der Errichtung und den Inhalt der sozialistischen Wirtschaftsform beschreibt, schlägt er für den Anfang nur eine Beschränkung des Privateigentums durch starke Erbschaftssteuern vor und fordert außerdem gleiches Erbrecht für eheliche und uneheliche Kinder.

Die Marxsche Forderung nach Abschaffung des Erbrechts wird in der heutigen sowjetischen Literatur als eine Forderung nach Abschaffung des Erbrechts am kapitalistischen Privateigentum erklärt und ihre Verwirklichung für die bolschewistische Revolution festgestellt. Daraus folgt für die sowjetischen Ideologen, daß die Erbfolge in der UdSSR etwas "grundsätzlich anderes" ist: das einzig vererbbare persönliche Eigentum in der UdSSR bestehe aus Gebrauchsgütern und könne nicht als Quelle der Ausbeutung dienen¹⁾²⁾. In den offiziellen juristischen und ökonomischen Lehrbüchern wird die verfassungsrechtliche Verankerung des Erbrechts und seines Schutzes in Artikel 10 der Verfassung von 1936 nicht diskutiert, sondern als Konsequenz des neuen Inhaltes des persönlichen Eigentums im Gegensatz zum Privateigentum betrachtet. Das Erbrecht diene der "Festigung des persönlichen Eigentumsrechts... und fördert die weitere Hebung des materiell und kulturellen Lebensstandards der Werktätigen"³⁾.

Trotz dieser scheinbaren Rechtfertigung muß das Erbrecht für einen ideologisch konsequenten Kommunisten ein Fremdkörper und "kapitalistischer Rest" sein, denn das geerbte Gut kommt nicht auf Grund eigener Arbeit sondern durch den Zufall der Geburt oder anderer glücklicher Umstände auf den Begünstigten.

1) Bratus II, 516.

2) Daß die von der Regierung gelenkte "öffentliche Meinung" zum Teil anderer Ansicht ist, soll weiter unten bei den jüngsten Diskussionen um das Erbrecht in verschiedenen Zeitungen beschrieben werden.

3) Bratus, Sowjetisches Zivilrecht, 517.

Entsprechend den Forderungen von Marx und Engels im Kommunistischen Manifest wurde das Erbrecht durch Dekret des Zentralexekutivkomitees vom 27.4.1918 zunächst vollständig abgeschafft. Der Staat erbte ausnahmslos und nur arbeitsunfähige nahe Verwandte sollten bis zum Erlaß eines Sozialversicherungsgesetzes einen Unterhaltsanspruch an den Staat entsprechend der Leistungsfähigkeit des Nachlasses haben¹⁾. Als Ergänzung dieser Bestimmung wurden Schenkungen unter Lebenden, sofern sie 10.000 Rubel überschritten, verboten bzw. für ungültig erklärt²⁾. Das Privateigentum galt als "lebenslängliche Nutznießung" und konnte infolgedessen nicht vererbt werden³⁾. Eine Ausnahme bildeten Nachlässe, die aus einem Bauernhof, Hausrat oder Arbeitswerkzeugen bestanden. Sie konnten bis zu einem Wert von 10.000 Rubel den Nachkommen zur Verwaltung und Verfügung überlassen werden. Praktisch hatten diese damit Eigentum am Nachlaß erworben, da es ideologisch jedoch nicht erwünscht war, diente die komplizierte Konstruktion der "Verwaltung" zur Verbrämung des einfachen Tatbestandes der Erbfolge.

Die privateigentumsfreundlichen Tendenzen der NEP blieben nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung des Erbrechts. Durch Dekret vom 22.5.1922 wurde das Erbrecht in gewissen Grenzen wieder zugelassen: Erbschaften bis zu 10.000 Rubel konnten gesetzlich oder testamentarisch an die Deszendenten des Verstorbenen gehen, Beträge über 10.000 Rubel fielen an den Staat. Diese Regelung wurde in Artikel 416 ff. des ZGB der RSFSR übernommen⁴⁾.

1) Maurach, Handbuch, 74.

2) Dekret v.7.5. 1918, zit. nach Thomson, 19 und Hause, 20.

3) Gojchbarg, Verfasser des Zivilgesetzbuches der RSFSR von 1922, zit. bei Thomson, 19.

4) Maurach, 74.

1926 begann eine Entwicklung des Erbrechts, die bei seiner heutigen rechtlich uneingeschränkten Anerkennung endete. Als erstes wurde mit dem Gesetz vom 15.2.1926 die Höchstgrenze von 10.000 Rubel und damit das Erbrecht der öffentlichen Hand zugunsten des Verwandtenerbrechts abgeschafft¹⁾. Als Ausgleich für den Einnahmefall des Staates wurden 1929 Erbschaftssteuern festgelegt, "die bei Nachlässen mit höheren Werten mit kapitalvernichtender Wirkung ausgestattet waren"²⁾.

Durch mehrere Gesetze, die die Sparfreudigkeit der Bevölkerung bei öffentlichen Sparkassen anregen sollten, konnten die Erbrechtsbegrenzungen - den Kreis der Erben betreffend- und die Erbschaftsteuer umgangen werden. Infolgedessen wurden die Gesetze von 1929 in den folgenden Jahren immer mehr ausgehöhlt, ohne offiziell aufgehoben zu sein³⁾. - Die sparerfreundlichen Gesetze waren eine Konzession an die Bevölkerung und deren Bestrebungen, ihr Eigentum möglichst vollständig und frei zu vererben. Damit bildeten sie eine notwendige Ergänzung der privateigentumsfreundlichen Bestimmungen, die den Arbeitsanreiz des erhöhten Lohnes für mehr Arbeit sinnvoll ergänzten. Außerdem waren die sparfördernden Gesetze ein Mittel der Investitionshilfe für den Staat, der unter Anspannung aller Kräfte die Industrialisierung vorantrieb. Bei diesen Gesetzen handelt es sich um ein typisches Beispiel für das "öffentliche Zweck-

1) Maurach, 74.

2) Die Erbschaftssteuern konnten bis zu 90% betragen. Bundesgesetz vom 6.2.1929 und Gesetz der RSFSR vom 30.10.29 (Maurach, 74.)

3) Die Verfügung über das Sparguthaben von Todes wegen wird nicht als testamentarische Verfügung, sondern als Vertrag zugunsten Dritter definiert und damit das Recht des Erwerbs der Einlage als selbständiges Recht im Gegensatz zum Erbrecht deklariert. Eine Folge dieser Regelung ist, daß der Erwerber des Sparguthabens nicht als Erbe gilt und auch nicht für Nachlaßverbindlichkeiten haftet. Ist kein Nachfolger bei der Sparkasse benannt, geht das Guthaben als Teil der Erbschaft nach den üblichen Erbrechtsbestimmungen auf die Erben über. (Bratus II, 520 f.)

denken des sowjetischen Gesetzgebers"¹⁾, der sich im Interesse der praktischen Wirtschaftspolitik über eine Grundauffassung der marxistisch-leninistischen Ideologie hinwegsetzt.

In Artikel 10 der Verfassung von 1936 bekannte sich der Staat offen zu seiner erbrechts- und eigentumsfreundlichen Politik und stellte das Erbrecht unter gesetzlichen Schutz. Heutige sowjetische Publikationen gehen zum Teil über den gesetzlichen Schutz hinaus und bezeichnen das Erbrecht als "eines der unveräußerlichen Rechte der Persönlichkeit in jedem Staat"²⁾. Die hohe Erbschaftssteuer wurde durch Erlaß vom 9.1.1943 durch eine Gebühr für die Ausstellung des Erbscheins ersetzt³⁾. Die Gebühr darf 10% des Nachlasses nicht übersteigen⁴⁾.

Durch das bisher letzte Gesetz zur Regelung des Erbrechts vom 14.3.1945⁵⁾ wurde der Kreis der Erben erweitert. Damit war Testierfreiheit mit Pflichtteilsrechten der nächsten Angehörigen - das heißt in jedem Fall der minderjährigen Kinder und der nicht arbeitsfähigen gesetzlichen Erben in Höhe des gesetzlichen Erbteils - eingeführt⁶⁾. Der testamentarische Erbenkreis entspricht dem gesetzlichen, allerdings ist die Bevorzugung einzelner Familienangehöriger möglich. Fremde Personen sind nur als Erben zugelassen, wenn keine Familienmitglieder leben - mit Ausnahme des Staates, der immer Erbe sein kann.

1) Westen , 229.

2) Die Sowjetunion heute, Veröffentlichung der Botschaft der UdSSR, 17/1957, 13.

3) Bratus II, 568.

4) Maurach, 75.

5) ebd.

6) Der Ausschluß der unehelichen Kinder aus dem weiten Kreis der gesetzlichen Erben (eheliche, Adoptiv- und Pflegekinder, deren Abkömmlinge, Ehegatten, Eltern und Geschwister und Personen, die mindestens ein Jahr vor dem Tod des Erblassers von ihm unterhalten wurden, sind eingeschlossen) ist ein Beweis für die sittenstrenge Familienpolitik des sowjetischen Staates im Gegensatz zur Freiheit, die noch von Engels gefordert worden war.

Auch in der Regierungszeit Chruschtschows ist das Erbrecht nicht grundsätzlich angegriffen worden. Die sogenannten "Auswüchse" des Erbrechts, wie die Bildung von großen Vermögen, die arbeitsloses Einkommen sichern können, werden dagegen in der Presse scharf gerügt¹⁾.

Es wird darauf hingewiesen, daß "Rentiers, Personen, die von nicht erarbeiteten Einkommen leben", der sozialistischen Ordnung widersprechen und eine Änderung des Erbrechts gefordert. Der Verfasser des Artikels verlangt sie nicht sofort, sondern ist bereit, über den "Zeitpunkt der Fragestellung" zu diskutieren.

Die in Rußland laut zahlreichen Berichten verbreitete Einstellung der älteren Generation, ihren Kindern ein sorgenfreieres Leben als sie selbst hatten sichern zu wollen, wird in der gleichen Veröffentlichung scharf angegriffen:

"Wenn das Erbrecht geändert wird, so wird langsam auch der Anreiz absterben, der in der plumpen Formel zum Ausdruck gelangt: 'Wir haben zu unserer Zeit schwer gearbeitet, jetzt sollen wenigstens die Kinder leicht und sorgenfrei leben'.

Durch Leichtsinns, Sorglosigkeit und Arbeitsverachtung dieser Art zeichnen sich häufig auch die Kinder aus, die beispielsweise die Autorenrechte ihres Vaters geerbt haben..." oder aber die Datschen ihrer Eltern. 2)

Mit dem Bild des neuen Menschen, von dem unumgänglich die Entstehung und Existenz der kommunistischen Gesellschaftsordnung abhängt, ist diese heranwachsende Generation nicht zu vereinen. Sie stellt vielmehr eine echte Gefahr für die Verwirklichung der kommunistischen Ziele dar.

1) "Es liegen keine Gründe zu der Annahme vor, daß das Erbrecht als solches zerstört werden müsse, solange wir in der sozialistischen Gesellschaft leben und es eine Bezahlung der Arbeit und persönliche Ersparnisse gibt. Es handelt sich vielmehr um eine vernünftige Begrenzung der nicht erarbeiteten Einkünfte, die eine schmarotzerhafte und besonders für junge Menschen unheilvolle Lebenseinstellung fördern."

(Nemzow in Istwestija vom 7.8.1959, dt.in: Ost-Probleme 21/1959, 678)

2) ebd.

In der Zeitschrift "Literatur und Leben" vom Juni 1959 wurde das bestehende Erbrecht kritisiert, da es die privateigentumsfreundlichen Tendenzen fördere. In diesem Artikel wird für eine Beschränkung des Erbrechts plädiert, "da nach den kommunistischen Vorstellungen das Erbe der Gesellschaft gehört"¹⁾. Besonders der sowjetische Jurist Serebrowski wird mit seinem Buch "Abriß des sowjetischen Erbrechts" kritisiert, da er die These vertritt, das persönliche Eigentum müsse in der Phase des Übergangs zum Kommunismus notwendig gestärkt werden und zunehmen, denn je größer das sozialistische Eigentum sei, desto größer sei auch das Wachstum und die Konsolidierung des persönlichen Eigentums. Diese Ansicht über die mutmaßliche Entwicklung des Eigentums wird abgelehnt: da das persönliche Eigentum immer die Tendenz in sich trage, eine Quelle des Profits zu werden, dürfe es nicht übermäßig gestärkt werden²⁾. Obwohl Serebrowski mit seiner Feststellung, das persönliche Eigentum vermehre sich mit dem Wachstum des sozialistischen Eigentums, die offizielle Meinung vertritt: "Zum Nationalreichtum gehört ferner das persönliche Eigentum der Bevölkerung, das sich auf der Grundlage des unablässigen Wachstums des gesellschaftlichen, sozialistischen Eigentums vermehrt"³⁾, - wird er angegriffen, weil die neueste Entwicklung unter Chruschtschow (mehr als unter Stalin und Malenkow) zu einer Betonung der gesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung im Vergleich zu der individuellen geht. Wie weit die neue Bewegung zu einer Reform des Erbrechts führen kann, ohne dem Streben der Bevölkerung nach Eigentumssicherheit zu sehr entgegenzulaufen, bleibt abzuwarten.

1) Neue Züricher Zeitung, v. 29.8.1959.

2) Zwei Beispiele aus der Stadt Iwanowo sollen diese These erhärten: Eine Hausbesitzerin vermietete Schlafstellen an Studenten für 75 - 100 Rubel und hatte damit monatlich 1000 Rubel Einnahmen. Ein anderer Fall ist der einer Erbschaft von 500.000 Rubel, von deren Zinsen allein der Erbe leben kann.

3) Politökonomie, 734.

III. DAS EIGENTUM DER "KLEINEN PRIVATWIRTSCHAFT" in Ideologie und Wirklichkeit.

Lenin weist im Juni 1920 auf die Gefahren hin, die dem Aufbau des Sozialismus von seiten der kleinen Privatwirtschaft drohen und schreibt:

"Denn Kleinproduktion gibt es auf der Welt leider noch sehr, sehr viel: die Kleinproduktion aber erzeugt unausgesetzt, täglich, stündlich, elementar und im Massenumfang Kapitalismus und Bourgeoisie... Es ist tausendmal leichter, über die zentralisierte Großbourgeoisie den Sieg davon zu tragen als Millionen und aber Millionen kleiner Besitzer 'zu besiegen'; diese aber führen durch ihre tätägliche, alltäglich, unmerkliche, unfaßbare, zersetzende Arbeit eben jene Resultate herbei, die die Bourgeoisie braucht, durch die die Macht der Bourgeoisie restauriert wird." 1)

Trotzdem wurde die Kleinproduktion sehr stark in den wirtschaftlichen Wiederaufbau in der NEP eingespannt - sie erstellte 1923/24 51% der Bruttoproduktion der Volkswirtschaft²⁾ - und sank erst nach der Kollektivierungskampagne Stalins und der totalen Planung der Volkswirtschaft zu ihrer heutigen Bedeutungslosigkeit herab. 1956 lebten nur noch 0,5% der Bevölkerung, d.h. Einzelbauern und -handwerker mit ihren Familien von ihrer Privatwirtschaft. Das neue Zivilgesetzbuch der UdSSR behandelt diese Eigentumsform garnicht mehr. In Artikel 9 der Verfassung von 1936 wird es jedoch noch aufgeführt:

"Neben dem sozialistischen Wirtschaftssystem, der in der UdSSR herrschenden Wirtschaftsform, ist die auf persönlicher Arbeit beruhende und eine Ausbeutung fremder Arbeit ausschließende kleine Privatwirtschaft von Einzelbauern und Kleingewerbetreibenden gesetzlich zugelassen." (Art.9 der Verfassung von 1936)

Die kleine Privatwirtschaft lebt nur als Relikt der alten "privatkapitalistische Ordnung. Sie ist "gesetzlich zugelassen" und gilt nicht als schutzwürdig wie die

1) Lenin, Der linke Radikalismus in: Ausgw.Werke II, 672.

2) Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 635.

anderen Eigentumsformen einschließlich des persönlichen Eigentums der Bevölkerung¹⁾.

Die Kleinbauern erhalten zwischen 1000 qm (in bewässerten Gebieten mit Intensivkulturen) und 1 ha Land zur Nutzung vom Staat, werden aber durch ungünstige Bestimmungen bei der Bodenzuteilung²⁾ und harte Steuerbestimmungen³⁾ so benachteiligt, daß die Bildung von neuen Einzelwirtschaften, obwohl gesetzlich nicht verboten, nicht vorkommt⁴⁾.

Ebenso wie die Kleinbauern werden die kleinen Handwerker in ihrer Bewegungsfreiheit durch Steuergesetz und diskriminierende Bestimmungen bei der Materialzuteilung oder Genehmigung für die Maschinenverwendung eingeschränkt. Das für beide - Bauern und Handwerker - geltende Verbot, Lohnarbeiter zu beschäftigen, verhindert von vornherein, daß sie wirtschaftlich eine Rolle zu spielen beginnen.

So kommen die Kleinbauern nur in Gebieten vor, in denen die Eingliederung in ein Kolchos wegen des schlechten Bodens nicht lohnend oder wegen der großen Entfernung der Höfe von der Kolchose unwirtschaftlich ist. Die privaten Handwerkerbetriebe sind heute praktisch verschwunden, da sie meistens über lokale Verordnungen zu Genossenschaften zusammengeschlossen wurden⁵⁾.

Ideologisch könnte das "kleine Privateigentum", wenn es noch diskutiert wird, Schwierigkeiten machen. Das Eigentum der Kleinbauern hat Ähnlichkeit mit dem der privaten Nebenwirtschaft der Kolchosmitglieder und erschwert dessen propagandistische Qualifizierung als "Nicht-Produktionsmittel"⁶⁾.

1) Vgl. Art. 10 der Verfassung von 1936.

2) Hohe Pachtzinsen und bestimmte Kündigungsklauseln erschwerten die Bewirtschaftung.

3) Seit 1938 wird der Besitz eines Pferdes zusätzlich besteuert und die Benutzung der MTS, die ein Ersatz sein könnte, wurde durch Sondergebühren erschwert.

4) Maurach, 67 f.

5) Timascheff in: Schweizerische Juristenzeitung 1956, 186.

6) Schroeder, 237.

Das Eigentum der kleinen Handwerker ist im Gegensatz zu anderem Eigentum nicht von Staatseigentum ableitbar. Hier taucht eine weitere Schwierigkeit auf: wenn ein Arbeiter mit einem in seinem persönlichen Eigentum befindlichen Werkzeug in seiner Freizeit für einen privaten Kunden eine Arbeit verrichtet, verhält er sich wie der Handwerker, der sein Werkzeug als Produktionsmittel im Privatbesitz hat. Dem Handwerker ist erlaubt, was dem Arbeiter u.a. aus ideologischen Gründen verboten ist.

Die Diskussion dieser Probleme erübrigt sich, da das Privateigentum der Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden bzw. -handwerker eine vorübergehende, schon nicht mehr bedeutende Erscheinung ist und im Kommunismus nur noch das allgemeine Volkseigentum zusammen mit dem persönlichen Eigentum bestehen wird.

SCHLUSS:

Folgerungen, die in der sowjetsozialistischen Ideologie aus der Existenz des gesellschaftlichen Eigentums im Sozialismus und Kommunismus gezogen werden.

Im ersten Teil der Arbeit wurde die marxistisch-leninistische Theorie des kapitalistischen Privateigentums - die "Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise" - dargestellt. Aus der Existenz des Privateigentums werden Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise abgeleitet und Folgerungen für das Zusammenleben der Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft gezogen. Im zweiten Teil der Arbeit wurde die Theorie und die Praxis des gesellschaftlichen Eigentums im sowjetischen Sozialismus dargestellt und einige der Folgen untersucht, die in der Ideologie aus der Herrschaft der sozialistischen Eigentumsformen gezogen werden. Im folgenden Abschnitt werden die wichtigsten Folgerungen der Ideologie aus dem gesellschaftlichen Eigentum als dem allgemeinen (staatlichen) Volkseigentum und dem genossenschaftlich-kollektivwirtschaftlichen Eigentum untersucht. Die Aussagen über den Sozialismus können in zwei Gruppen eingeteilt werden:

1. Aussagen, die aus der Ablehnung der kapitalistischen Produktionsweise entstanden sind und nur eine Negation der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse enthalten. Der Ausbeutung im Kapitalismus steht die "Freiheit von der Ausbeutung" im Sozialismus gegenüber. Der in Klassen gespaltenen Gesellschaft wird die "Freundschaft der Arbeiter und Bauernklasse" im Sozialismus gegenübergestellt. Für den Sozialismus wird ein "neuer Charakter der Arbeit" und die allmähliche "Überwindung der Arbeitsteilung" behauptet. Diese Aussagen sollen "sozialistische Glaubenssätze" genannt werden, denn ihre nähere Untersuchung zeigt, daß sie Behauptungen der Ideologie sind, die nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmen und im Sozialismus sowjetischer Prägung auch nie mit der Wirklichkeit übereinstimmen werden.

2, Aussagen, die positiv die Verhältnisse der sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft beschreiben sollen.

Sie enthalten die Regeln, nach denen sich der Sozialismus in der Wirtschaft ver-
wirklichen soll und werden als "Gesetz der sozialistischen Produktionsverhält-
nisse" bezeichnet. Auch hier zeigt eine Prüfung der Thesen, daß sie einen andere
Inhalt als den von den Sowjetideologen behaupteten haben. Nach der Ideologie
handelt es sich um objektiv wirkende Gesetze, die den Charakter von Naturge-
setzen tragen¹⁾. Es sind aber vielmehr Maximen des Handelns für die politische
Führung, die die Verfügung über wirtschaftliche Güter hat. Ob die Führungs-
spitze im Sinne z.B. des "ökonomischen Grundgesetzes" über die Produktions-
ziele und die Verteilung der Produkte entscheidet, steht weitgehend in ihrem
Ermessen und wird nicht "durch die Gesetze der auf gesellschaftlichem Eigen-
tum beruhenden Produktion objektiv bestimmt"²⁾. Die Planung der Wirtschaft ist
nicht zwangsläufig durch das "Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung
der Volkswirtschaft" bestimmt. Auch hier hat die politische Führung gewisse Ent-
scheidungsfreiheiten in der Anordnung der Ziele und der Fixierung von Präferenzen.
Zum Teil sind die Gesetze nicht neu oder typisch für das sozialistische System,
sondern sind die an kein bestimmtes ökonomisches System gebundenen allgemeinen
Erfordernisse einer industriellen Wirtschaftsordnung.

1) Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 664 ff.

2) Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 664.

3) Die ständige Bevorzugung der Schwerindustrie zu Ungunsten der Konsum-
güter produzierenden Industrie seit dem Beginn der Planperiode ist
ein Beispiel dafür, daß die politische Führung die Verteilung der Pro-
duktionsfaktoren und der Produktionsergebnisse nicht im Sinn des im
ökonomischen Grundgesetz behaupteten Zieles der "möglichst vollständigen
Befriedigung der ständig wachsenden Bedürfnisse... aller Mitglieder der
Gesellschaft" vornahm und noch vornimmt.

A. SOZIALISTISCHE "GLAUBENSÄTZE".

1. Die Freiheit von der Ausbeutung im Sozialismus und Kommunismus.

Der Begriff der Ausbeutung in der sowjetischen Ideologie ist mit dem bei Karl Marx identisch. Er ist für Marx mit den Privateigentumsverhältnissen des Kapitalismus¹⁾ und seiner Arbeitswertlehre erklärt. Wichtig ist außerdem die Art der Vermögensverteilung: Bei vollkommen gleicher Verteilung des Privateigentums würden keine Ausbeutungsprobleme entstehen²⁾.

In der sowjetischen Ideologie wird im Sinn von Marx mit einer einfachen Umkehrung geschlossen: da die "Werkstätigen in Gestalt des sozialistischen Staates oder der Kollektivwirtschaften und der anderen genossenschaftlichen Betriebe und Vereinigungen" Eigentümer der Produktionsmittel und folglich auch der Arbeitserzeugnisse sind, gibt es keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen mehr. Das Volk als kollektiver Eigentümer der Hauptproduktionsmittel kann sich nicht selbst ausbeuten. Die Ausbeutung ist ersetzt durch "Beziehungen kameradschaftlicher Zusammenarbeit und der sozialistischen gegenseitigen Hilfe" von Arbeitern, Bauern und Intelligenz. Sie alle arbeiten für sich und ihre Gesellschaft "um den Wohlstand der Werktätigen zu vergrößern und ihre wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse zu befriedigen"³⁾.

1) Vgl. Marx, Kritik des Gothaer Programm, 25.

2) Die Privateigentumsverhältnisse des Kapitalismus und das daraus resultierende Mehrwertgesetz sind nur die Grundursachen der Ausbeutung für Marx. Indirekt kommen alle aus der kapitalistischen Produktionsweise resultierenden Gesetze wie das Gesetz des kapitalistischen Profits, das ökonomische Grundgesetz des Kapitalismus, das Gesetz der kapitalistischen Konkurrenz und Anarchie der Produktion und das Gesetz der kapitalistischen Akkumulation des Kapitals hinzu. Sie sind der Grund für die Krisen des Kapitalismus, die ihrerseits zu Arbeitslosigkeit führen. Durch die Arbeitslosigkeit, deren Folge ein Anschwellen der industriellen Reservearmee ist, kann der Preis der Arbeitskraft, der Lohn, bis unter ihren Wert sinken und die Ausbeutung ist in ihrer höchsten Ausprägung gegeben.

3) Politökonomie, 470.

Die Verteilung der Produktion erfolgt im Interesse aller Werktätigen.

In der Dissertation von Dieter Pechel wird der interessante Versuch unternommen, dem Marxschen, auf der Arbeitswertlehre fußenden Ausbeutungsbegriff einem neuen, auf der modernen Volkswirtschaftstheorie beruhenden Ausbeutungsbegriff entgegenzusetzen: Ausgehend von der sowjetischen Behauptung, daß das gesellschaftliche Eigentum und die implizierte zentrale Lenkung des Wirtschaftsprozesses die Ausbeutung aufhebe und die Verteilung der Güter im Interesse der Bevölkerung sichere, schreibt Pechel:

"Zentrale Lenkung kann innerhalb gewisser, jedoch relativ weit gezogener Grenzen, Größe, Zusammensetzung und entsprechende Verteilung des insgesamt in der Wirtschaftsperiode verfügbaren Gütervolumens nach ihren Wünschen bestimmen". 1)

Damit ist aber noch nichts über die Art der Verteilung, d.h. über die Rangordnung der zu verwirklichenden politischen Ziele gesagt. Die "Verteilung im Interesse der Werktätigen", d.h. die optimale Versorgung der Bevölkerung, ist eines unter vielen möglichen Zielen, muß jedoch nicht an oberster Stelle stehen, wie es in der Ideologie behauptet wird.

Solange die politische Führung die alleinige Entscheidungsbefugnis über das Sozialprodukt hat, kann sie die Bewertung der Beiträge zum und der Anteile am Sozialprodukt vornehmen. Damit wird wieder das Ausbeutungsproblem aktuell²⁾.

Es wäre also ein Ausbeutungsbegriff eingeführt, bei dem - im Gegensatz zu Marx, der Privateigentum an den Produktionsmitteln, dezentrale Lenkung ("Anarchie der Produktion") und die Arbeitswertlehre zugrunde legt - nicht mehr das Privateigentum, sondern die Verfügungsmacht über Eigentum entscheidend

1) Pechel, 210.

2) Pechel, 210.

ist und die These aufgestellt wird, daß erst aus einer bestimmten Art und Weise über Güter zu verfügen, der Zustand der Ausbeutung resultiert¹⁾. Nach dem neuen Ausbeutungsbegriff ist also Ausbeutung gegeben, wenn der Beitrag eines Produktionsfaktors zum Sozialprodukt den Anteil am Sozialprodukt übersteigt, d.h. wenn die Gesamtheit der Arbeitenden um einen Teil ihres Arbeitsertrages gebracht werden und dieser Teil zu Zwecken verwandt wird, mit denen die Mehrzahl der Arbeiter nicht einverstanden ist. Dieser Fall trifft für die UdSSR zu: Aus dem Haushaltsplan der Sowjetunion ist ersichtlich, daß der Beitrag der Bevölkerung zum Sozialprodukt höher ist als ihr Anteil daran. Die Rubeleinnahmen des Staates übersteigen erheblich die Ausgaben für das Volk in Form von Lohn- und Sozialausgaben und anderen, indirekt der Bevölkerung zufließenden Fondsmitteln. Pechel schreibt dazu, daß die Konzentration aller Macht in der Zentralverwaltungswirtschaft zur Folge habe, daß der Verdacht auf Ausbeutung innerhalb der Zentralverwaltungswirtschaft größer als innerhalb der Marktwirtschaft sei, denn

"je größer die Macht eines Planträgers ist, desto wahrscheinlicher wird es, daß er sie im eigenen Interesse ausnutzt. Selbst wenn man also die Ausbeutung besonders in der Zentralverwaltungswirtschaft quantitativ nicht für bestimmbar hält, - was einfach die Folge mangelnder Kenntnis der Rangordnung der Bedürfnisse der privaten Haushalte und damit von deren relativer Bewertung der öffentlichen bzw. individuellen Ziele einerseits und der Gegenwarts- bzw. Zukunftsbedürfnisse andererseits ist, - : Die Wahrscheinlichkeit der Ausbeutung der arbeitenden Menschen ist in der Zentralverwaltungswirtschaft den geschichtlichen Lehren zufolge größer als in der Marktwirtschaft." 2)

In der Diskussion mit sowjetischen Ideologen wäre dieser Ausbeutungsbegriff nicht brauchbar, da sie auf die Argumentation vom Eigentum ~~her~~ zurückgehen

1) Pechel, 229.

2) Pechel, 229.

und sagen würden, daß die Werktätigen durch den (erzwungenen) Konsumverzicht ihr Eigentum in Form des Volkseigentums vergrößern. Partei und Regierung als Repräsentanten der werktätigen Bevölkerung können nach der Ideologie nicht gegen deren Interessen planen.

Werner Hofmann¹⁾ geht von der Arbeitszeitregelung in der UdSSR aus und weist so nach, daß Ausbeutung auch im Sozialismus gegeben ist. Marx hatte über die Maschine gesagt, "daß das gewaltigste Mittel zur Verkürzung der Arbeitszeit in das unfehlbarste Mittel umschlägt, alle Lebenszeit des Arbeiters und seiner Familie in disponible Arbeitszeit des Kapitals zu verwandeln"²⁾, mit anderen Worten: die Maschinen werden in der Hand der Kapitalisten zu einem Mittel der "schrackenlosen Ausbeutung", sei es über die absolute Verlängerung der Arbeitszeit oder die Intensivierung der Arbeit. Wenn die kapitalistische Produktionsform beseitigt sei, würde der "Arbeitstag auf die notwendige Arbeit" beschränkt werden³⁾.

In einer der ersten Dekrete der sowjetischen Regierung im November 1917 wurde in Rußland als dem ersten Land Europas der 8-Stundentag eingeführt. Trotz Arbeitskräftemangel und niedriger Arbeitsproduktivität während des beschleunigten Aufbaus der Industrie in der Planperiode wurden die gesetzlichen Bestimmungen über den 8-, später 7-Stundentag und die 6-Tagewoche offiziell nicht abgeschafft. Dagegen wurde die Arbeitszeit inoffiziell verlängert. Die Betriebe kürzten die Pausen oder arbeiteten pausenlos, die Urlaubszeit wurde gekürzt und dergleichen mehr⁴⁾. Wichtiger als diese in ihrer Wirkung begrenzten Maßnahmen war die stillschweigende Duldung der Überstundenarbeit. Durch die Gesetzgebung des Sommers 1940 wurden die Erfordernisse

1) Hofmann, Arbeitsverfassung, 196 ff.

2) Kapital I, 428.

3) Kapital I, 554; Politökonomie 498.

4) Hofmann, 198 ff.

der beschleunigten Industrialisierung dann auch offiziell anerkannt. Der Arbeitstag wurde von 7 auf 8 Stunden verlängert, die 5-Tagewoche allgemein zugunsten der 6-Arbeitstagewoche aufgegeben und die gesetzlichen Feiertage der Union auf 5 Tage im Jahr reduziert¹⁾. Gleichzeitig wurden die Stundenlöhne herabgesetzt, so daß der Wochenlohn unverändert blieb. Der "gesellschaftliche" Teil des Arbeitstages wurde zu Ungunsten des individuellen ausgedehnt. Für die Arbeiter bedeutete das eine erhebliche Lohnminderung, da sie nicht nur für den gleichen Lohn länger arbeiteten, sondern auch die Überstundenlöhne der vorangegangenen Zeit entbehren mußten. Trotz verlängerter gesetzlicher Arbeitszeit und trotz des gesetzlichen Verbots von Überstundenarbeit wurden auch weiterhin Überstunden geleistet. Sie lagen - sofern sie bezahlt wurden - im Interesse der Arbeiter, da das Lohnniveau mit Ausnahme der Löhne und Gehälter für Fachpersonal und Funktionäre sehr niedrig war. Während des Krieges und bis zum Ende der Stalinära mußten jedoch immer mehr unbezahlte Überstunden geleistet werden. Als treibende Kräfte sollten Appelle an den Patriotismus und das gesellschaftliche Solidaritätsgefühl wirken. Entscheidender aber war, daß die Angst vor der öffentlichen Diskriminierung durch kontrollierende Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre groß genug war: keiner konnte sich dieser Mehrarbeit entziehen. - Andere Formen der unbezahlten Mehrarbeit sind die ehrenamtlichen Tätigkeiten der Werktätigen in politischen und gesellschaftlichen Organisationen oder ihre Teilnahme an Schulungs- und Fortbildungskursen²⁾. Durch ein ausgebautes Abendstudiensystem wird die reine Ausbildungszeit verkürzt und die Jugendlichen können früher in den Produktionsprozeß eingegliedert werden.

1) Hofmann, 204.

2) Hofmann, 214.

Nachdem der 7-Studentag seit 1957 wieder eingeführt wurde, kann der "gesellschaftliche" Anteil an der Arbeit nur noch über die Intensivierung der Arbeit vergrößert werden. Mittel dazu sind Normenerhöhung über den "sozialistischen Wettbewerb", zweckmäßige Organisation der Arbeit und Disziplinierung der Arbeitskräfte.

Die ideologische Verbrämung der Mehrarbeit als "ins Gesellschaftliche erweiterte Arbeit für den eigenen Zweck,---Arbeit im wohlverstandenen Eigeninteresse der Arbeitenden sowohl als einzelnen wie als Glied der Gesellschaft" kann die sowjetische Wirtschaftsverfassung nicht vor dem Vorwurf der Ausbeutung retten.

2. Der "neue Charakter der Arbeit" und die "Überwindung der kapitalistischen Arbeitsteilung."

In der sowjetischen Ideologie wird betont, daß als Folge des gesellschaftlichen Eigentums die Arbeiterklasse nicht mehr gezwungen sei, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, da sie nicht mehr "der Produktionsmittel beraubt" sei. Dieser Satz hat nur propagandistischen Wert, denn dem gesellschaftlichen Eigentum entspricht eine allgemeine Arbeitspflicht. Die allgemeine Arbeitspflicht wurde 1918 in Punkt 4 der "Deklaration der Rechte des arbeitenden und ausgebeuteten Volkes" eingeführt, um die "parasitären Schichten der Gesellschaft" zu beseitigen¹⁾. In Art. 12 der Verfassung von 1936 wurde die Arbeit in der UdSSR als "Pflicht und Ehrensache eines jeden arbeitsfähigen Bürgers nach dem Grundsatz: 'Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen'" allgemein verbindlich festgelegt.

Die Arbeitspflicht wird als "Recht auf Arbeit" auch in Art. 118, Abs.1 der Verfassung von 1936 garantiert:

"Die Bürger der UdSSR haben das Recht auf Arbeit, das heißt das Recht auf garantierte Beschäftigung mit Entlohnung ihrer Arbeit nach Quantität und Qualität." Diese Garantie wird abgeleitet aus der "sozialistischen Organisation

1) Prawda vom 4. (17.) Januar 1918, zit.in: Lenin, Ausgewählte Werke II, 299.

der Volkswirtschaft, das stetige Wachstum der Produktivkräfte der Sowjetgesellschaft, die Ausschaltung der Möglichkeit von Wirtschaftskrisen und die Liquidierung der Arbeitslosigkeit." (Art. 118, Abs. 2). ¹⁾

Der "neue Charakter der Arbeit" ²⁾ im Sozialismus zeigt sich nach sowjetischer Auffassung auf verschiedene Weise: Da allgemein gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln besteht, gibt es keine Ausbeutung mehr. Die Werktätigen arbeiten "für sich und ihre Gesellschaft". Die Arbeit nimmt unmittelbar "gesellschaftlichen Charakter" an, das heißt sie ist planmäßig organisiert und vom Risiko der kapitalistischen Arbeit befreit ³⁾. Im Sozialismus

1) Maurach schreibt zum Art.12, Abs.1, daß die deklarierte Grundpflicht zur Arbeit dem Staat die rechtliche Handhabe gibt, um die Arbeit zu einer öffentlich-rechtlichen Verpflichtung der Sowjetbürger zu erklären und um in Verbindung mit Artikel 150 der Verfassung von 1936 Verstöße gegen die Arbeitspflicht strafrechtlich verfolgen zu können.

Neben den strafrechtlichen Konsequenzen aus Art.130 gibt die Formulierung der Arbeit als "Pflicht und Ehrensache" jedes Bürgers zusammen mit dem garantierten "Recht auf Arbeit" dem Staat nach sowjetischer Auffassung die rechtliche Handhabe, ein umfassendes System der Arbeitsbindung zu schaffen. Dies gilt besonders für die Arbeitsgesetze von 1940, welche die arbeitende Bevölkerung noch stärker als vorher der staatlichen Planung unterwarfen. Die nominelle Grundlage des Arbeitsrechts ist das von der RSFSR 1922 erlassene, von den übrigen Republiken übernommene Arbeitsgesetzbuch, dessen arbeiterfreundliche Inhalt seit 1927 in zunehmendem Maß ausgehöhlt und durch einschränkende Regierungserlasse überlagert worden ist. (Maurach, 90 ff.).

2) Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 677 ff. und Politökonomie, 561 ff.

3) Gemeint ist außer dem Risiko der Arbeitslosigkeit auch das Marktrisiko des kapitalistischen Produzenten, welches er trägt, da er "privat" arbeitet und sich erst nachträglich am Markt zeigt, ob ein Bedürfnis für die Arbeit vorlag (d.h., ob sein Produkt gekauft wird) oder ob er umsonst arbeitete. Diese "Anarchie der Produktion" führt zu Fehlproduktionen und Fehlinvestitionen, in deren Gefolge Wirtschaftskrisen auftreten. In den Krisen verlieren die Arbeiter ihre Arbeit - so lösen Arbeitslosigkeit und harte Arbeit einander ab.

bestimmen allein die Arbeit und die persönlichen Fähigkeiten die Stellung der Menschen in der Gesellschaft, während soziale Herkunft und Vermögen die entscheidenden Faktoren im Kapitalismus waren.

In der Ideologie wird weiter behauptet, daß infolge der Freiheit von der Ausbeutung und ihrer veränderten Stellung im Sozialismus die Arbeiter eine neue Einstellung zur Arbeit bekommen haben. Nicht mehr der Zwang, sondern materielle und moralische Impulse sind die Antriebskräfte zur Arbeit und machen sie aus einer Last zu einer "Sache der Ehre". Jeder Werktätige ist sich seiner Pflicht gegenüber der Gesellschaft bewußt und ist persönlich an seiner Arbeit interessiert. Die Beziehungen der Menschen zueinander werden nicht mehr durch ihre Konkurrenz am Arbeitsplatz vergiftet, sondern von den "Beziehungen kameradschaftlicher Zusammenarbeit und der sozialistischen gegenseitigen Hilfe" - verwirklicht im "sozialistischen Wettbewerb" - bestimmt.

Die Einteilung der Arbeit in "Arbeit für sich" und "Arbeit für die Gesellschaft" entspricht der Marxschen Trennung in "notwendige Arbeit" und "Mehrarbeit" im Kapitalismus. In beiden Wirtschaftsordnungen und unabhängig von den Eigentumsverhältnissen wird der Arbeiter nicht mit dem vollen Gegenwert seiner Arbeitsleistung entlohnt. Den entscheidenden Unterschied dieses scheinbar gleichen Zustandes sehen die sowjetischen Ideologen in der Form der "Aneignung" auf Grund der unterschiedlichen Eigentumsverhältnisse: Anstelle des Kapitalisten erhält die Gesellschaft als Ganzes das Mehrprodukt.

Stellt man sich auf den in dieser Arbeit eingenommenen Standpunkt, daß nicht das Eigentum an den Produktionsmitteln sondern die Verfügungsmacht über wirtschaftliche Güter entscheidend für die Daseinsgestaltung der Menschen ist, so kommt man zu dem Schluß, daß die "Arbeit für die Gesellschaft" eher eine Arbeit für die wirtschaftlichen und politischen Ziele einer Minderheit - der Parteispitze und der Regierung - ist. Die Regierung entscheidet über das Ausmaß der Arbeitszeit "für die Gesellschaft" ebenso wie über die Art der Produktion und die Verteilung der in ihr erstellten Güter.

In der Ideologie wird weiter hervorgehoben, daß die Arbeit im Sozialismus auf Grund der planmäßigen Organisation produktiver geworden ist. Es werde nicht umsonst gearbeitet wie unter den Bedingungen der "Anarchie der Produktion". Diese Überlegung wäre richtig, wenn man annehmen könnte, daß die Bedürfnisse aller Haushalte und Betriebe bekannt und zur Zeit der Plan-aufstellung bis zur Planverwirklichung unverändert wären. Diese Annahme ist rein theoretisch. In der Praxis ändern sich die Bedürfnisse durch neue Entscheidungen der Menschen oder Einwirkungen der Natur laufend, der Plan dagegen liegt für Jahre fest. Wie oft es dabei zu Fehlplanungen kommt, zeigen die häufigen Engpässe in der sowjetischen Wirtschaft ebenso wie die Klagen in der sowjetischen Presse über Ladenhüter einerseits und Mangel an bestimmten Konsumgütern, insbesondere des gehobenen Bedarfs, andererseits.

Die sowjetischen Sozialisten sind stolz darauf, daß die Arbeitslosigkeit in der Planwirtschaft unbekannt sei, also das Arbeitsrisiko abgeschafft ist. Die Abschaffung der Arbeitslosigkeit in der UdSSR ist aber keine Folge der sozialistischen Planung, sondern der Arbeitskräfteknappheit infolge des raschen industriellen Aufbaus und des wirtschaftlichen Wachstums. Das Problem der sowjetischen Arbeitsverfassung ist vielmehr das der Arbeitskräftebindung und nicht das der -entlassung. Daraus folgen andere Formen des Risikos für den sowjetischen Arbeitnehmer:

Seit Beginn der Planära, besonders aber seit dem Arbeitsgesetz vom 26. Juni 1940, wurden Vergehen gegen die Arbeitsdisziplin strafrechtlich geahndet¹⁾. Zweck des Arbeitsgesetzes war, die Bindung des Arbeiters an seinen Arbeitsplatz zu festigen und damit die staatliche Planung und die Kontrolle über den einzelnen zu vervollständigen. Nach Stalins Tod wurde das Gesetz immer weniger angewandt und 1956 aufgehoben. Heute stehen wirtschaftliche Sanktionen (Geldstrafen oder Abzüge von Lohn und Prämien) und moralische Bestrafungen durch

1) Vgl. Mehnert, 40 und Hofmann, 99 ff.

das Kollektiv im Vordergrund. Ganz ist die Zwangsarbeit als Strafe für Arbeitsvergehen allerdings nicht verschwunden, wenn sie auch stark abgeschwächt in den sogenannten "Parasitengesetzen" in Erscheinung tritt. Die Parasitengesetze richten sich gegen Bürger der Sowjetunion, die nicht in einem regulären Arbeitsverhältnis mit dem Staat oder einer Genossenschaft stehen, sondern von der Unterstützung ihrer Mitbürger oder vor "Spekulation" leben. Der "Parasit" kann durch einfachen Mehrheitsbeschluß seiner Nachbarn - der Straße oder des Mietblocks - zu Deportation und Zwangsarbeit verurteilt werden¹⁾. Ideologisch werden die Parasitengesetze als Fortschritt auf dem Weg zum Kommunismus gewertet, da hier die "Gesellschaft" und nicht mehr der Staat die Bürger kontrolliere und erziehe. In Wahrheit sind diese Gesetze, die außergerichtliche Verurteilungen zulassen, ein Rückschritt auf dem unter Chruschtschow begonnenen Weg zur Rechtsstaatlichkeit.

Die sowjetsozialistischen Arbeiter tragen weiter ein den kapitalistischen Arbeitern unbekanntes wirtschaftliches Risiko, das Betriebserfolgsrisiko. In der auf Privateigentum beruhenden Produktion trägt der Arbeiter das Arbeits- und Arbeitsplatzrisiko, der Unternehmer das Produktions- und Absatzrisiko. In der auf das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln gegründeten Produktion gelten alle als arbeitende Produzenten und sind, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß je nach ihrer Stellung in der Betriebshierarchie, mitverantwortlich für den Betriebserfolg²⁾. Durch das Prinzip der "Einzelverantwortung" wird jeder einzelne zum Vollstrecker eines staatlichen Auftrags, des der Planerfüllung. Er wird durch die "wirtschaftliche Rechungsführung" am Arbeitsplatz, die Entlohnung nach der Leistung und durch Prämien, die vom Betriebserfolg abhängig sind, auch materiell laufend daran erinnert.

-
- 1) Da nur die Hälfte der Nachbarn anwesend sein muß, können praktisch schon 1/4 abstimmen. Das Urteil muß vom örtlichen Sowjet nur bestätigt werden, eine Gerichtsverhandlung ist nicht nötig. (Boiter in: Ost-Europa 1/1958, 10 ff.)
 2) Hofmann, 240 f.

Die "sozialistische Arbeitsdisziplin" und die Einstellung zur Arbeit als einer 'Sache der Ehre' sind Wunschträume der sowjetischen Ideologen, deren Verwirklichung auch nach sowjetischen Erkenntnissen in weiter Ferne liegen. Auf dem 21. Parteitag zum Beispiel sprach Chruschtschow von der Arbeit als erstem Lebensbedürfnis als einer Sache der zukünftigen kommunistischen Gesellschaftsordnung.

Er lobte dann die erzieherische Wirkung des Prinzips der materiellen Interessiertheit und der Verteilung nach der Arbeitsleistung und sprach von der "Gewöhnung" der Menschen an die soziale Disziplin und der Arbeit als einer allgemeinen Pflicht in der Periode des Sozialismus¹⁾. Von einer freiwilligen, automatisch auf das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln folgenden neuen Einstellung zur Arbeit als einer Sache der Ehre kann nicht die Rede sein, wenn die Erziehungsaufgabe des Staates zu offen zugegeben wird.

Zwang und Strafandrohung sind auf die Dauer unzureichende Mittel, um den Arbeitswillen der Bevölkerung zu wecken. Die materiellen Arbeitsanreize gewannen an Bedeutung, je mehr der Fortschritt der sowjetischen Wirtschaft von der Arbeitsproduktivität abhängig wurde²⁾. Um eine Kontrolle über die effek-

1) Vgl. Chruschtschows Rede auf dem 21. Parteitag in: Ost-Probleme, 4/1959, 100 ff.

2) Die Einkommensdifferenzierung in Form von Lohn- und Prämien differenzierung wurde außerdem zu einem Spiegelbild der Rangordnung der Bedürfnisbefriedigung, die die politische Führung im Wirtschaftsplan aufgestellt hatte. 1933 wurde das Tarifniveau radikal umgestellt. Schlüsselzweige der Volkswirtschaft wie Bergbau, Metallurgie, Chemie u.a. kamen an die Spitze der Lohnskala, an der während der NEP noch Zweige der Konsumgüterindustrie gestanden hatten. 1954 wurden, als Zeichen des "Malenkovkurses", einige Zweige der Konsumgüterindustrie wieder bevorzugt (Hofmann, 147). Unter Chruschtschow wurde das Lohnniveau allgemein angehoben und einige der krassen Unterschiede im Lohnsystem abgebaut. Insgesamt werden in der Schwerindustrie weiterhin die höchsten Löhne gezahlt. - Die Lohndifferenzierung dient auch der räumlichen Schwerpunktbildung. In Gebieten, die wie der hohe Norden, Sibirien oder der ferne Osten industriell erschlossen werden sollen, ist das Lohnniveau höher als in Gegenden mit angenehmeren Lebensbedingungen (Hofmann, 149). Allerdings reichten hier die materiellen Anreize nicht aus und konnten nur ergänzend bei der staatlich gelenkten Zwangsversetzung von Arbeitskräften wirken (Hofmann, 150 und 150, Anm. 68). Zu den materiellen Arbeitsanreizen gehören auch die

tive Leistung der Arbeiter (und der Betriebe) zu haben, wurden die "wirtschaftliche Rechnungsführung" und der "sozialistische Wettbewerb" eingeführt. Sie beide gelten als sozialistische Errungenschaften. Die Forderungen der wirtschaftlichen Rechnungsführungen entsprechen vollkommen denen der "kapitalistischen" Aufwands- und Erfolgsrechnung unter kaufmännischen Gesichtspunkten. Der sozialistische Wettbewerb, ideologisch der Ausdruck kameradschaftlicher Zusammenarbeit und der Hilfe für Zurückgebliebene, ist in seiner Durchführung eher der Ausdruck einer staatlich gelenkten Konkurrenz unter den Arbeitern. Über ihn wird ein dauernder Druck auf die Arbeiter ausgeübt die Normen zu erhöhen, zu rationalisieren und sich weiterzubilden.

Materielle Anreize zur Arbeit reichen nicht aus, um die Arbeitsproduktivität in ausreichendem Maß zu steigern. Das erarbeitete Einkommen ebenso wie die persönliche Sicherheit und Freiheit der Bevölkerung mußten gewährleistet sein¹⁾. Der Lebensstandard wurde allmählich gesteigert und den wachsenden Geldeinkünften wird eine etwa entsprechende wachsende Menge produzierter Konsumgüter gegenübergestellt. Schließlich trug die neue Schulgeldbefreiung von 1956²⁾ dazu bei, den begabten aller Bevölkerungsschichten den sozialen Aufstieg zu erleichtern und bildet dadurch einen weiteren Arbeitsanreiz. Zusätzlich gibt es eine Anzahl von Auszeichnungen, die die soziale Stellung der Arbeiter verbessern sollen. Die Marxsche Voraussage, daß im Kommunismus die Stellung des Menschen in der Gesellschaft durch seine Arbeit und nicht mehr durch sein Eigentum bestimmt wird, wird hier auf sowjetische Art ver-

Forts.S.233verschiedenen Vergünstigungen bei der Wohnungsbeschaffung, der Gestaltung des Urlaubs und der Altersversorgung, die als Mittel der Arbeitskräftelenkung in der Sowjetunion angewandt werden.

- 1) Vgl. dazu die Erbrechtsgesetzgebung Stalins, die Gesetze zur Sicherung des persönlichen Eigentums von 1947, die Abschaffung der zwangsweisen Zeichnung von Staatsanleihen unter Chruschtschow u.a. und die Strafrechtsreform von 1958.
- 2) Stalin hatte 1940 das Schulgeld wieder eingeführt und damit die neue Oberschicht begünstigt.

wirklicht. Orden und Medaillen oder Titel wie "Held der Arbeit" zeichnen die Bestarbeiter aus. Die anderen Arbeiter werden angehalten, sie als Vorbild zu betrachten und ihnen nachzueifern.

In der Ideologie wird behauptet, daß im Sozialismus schrittweise der Gegensatz zwischen der geistigen und der körperlichen Arbeit, die Arbeitsteilung, aufgehoben werde, während er sich im Kapitalismus laufend vertiefe¹⁾. Diese These wird in erster Linie damit begründet, daß die Arbeit in der sozialistischen Industrie immer mehr von der schweren körperlichen Arbeit zur geistigen Arbeit der "Lenkung maschineller Prozesse" werde. Die Ausbildung der Menschen werde weniger spezialisiert sein und ihre geistigen Fähigkeiten können reicher entwickelt werden. Es trifft zu, daß im Laufe der Automation die Qualifikation der Arbeiter notwendig wird. Der ungelernte Handarbeiter wird immer mehr durch den geschulten Techniker ersetzt. Dabei handelt es sich aber nicht um eine spezifisch sozialistische Überwindung der Arbeitsteilung, sondern um eine an kein Wirtschaftssystem geknüpfte Entwicklung der automatisierten industriellen Produktion. Die Überwindung des Gegensatzes von körperlicher und geistiger Arbeit steht noch in weiter Ferne. Augenblicklich ist für die politische Führung der UdSSR das Problem akut, wie die abgewertete körperliche Arbeit wieder zu Ansehen kommen kann. Die Hilfe sucht man im sogenannten polytechnischen Unterricht: In den ersten Jahren nach der Revolution spielte die Polytechnik - d.h. die handwerkliche Ausbildung - eine Rolle in den Schulen, da die proletarischen Revolutionäre eine Abneigung gegen eine rein geistige Ausbildung hatten²⁾. Als in der Periode der Industrialisierung die Führungskräfte fehlten, trat der handwerkliche Unterricht in den Hintergrund, weil man glaubte, er hemme das Tempo der Ausbildung. So wurde in den 30er Jahren

1) Politökonomie, 575 f. und Grundlagen des Marxismus-Leninismus 761 f.

2) Vgl. dazu Mehnert, 152 ff.

ein Schulsystem aufgebaut, das hauptsächlich den Nachwuchs für die Hochschulen lieferte, während die Ausbildung für die unteren und mittleren Berufe vernachlässigt wurde. Die Schulreform von 1958¹⁾ sollte Abhilfe schaffen. Die früher 10-klassige Einheitsschule wurde umgestellt auf 8 Schuljahre. Nach Abschluß der Schule muß jeder Schüler in die Praxis gehen und manuell arbeiten, bevor er eine spezielle Berufsausbildung oder ein Hochschulstudium absolvieren kann. Mit dieser Reform will Chruschtschow einerseits die körperliche Arbeit wieder zu Ansehen bringen und andererseits die Anzahl der Hochschulabsolventen auf das erforderliche Maß reduzieren, das heißt also den Nachwuchs in die für die Produktion notwendigen Bahnen lenken.

3. Die "klassenlose Gesellschaft" im Sozialismus und im Kommunismus.

Nach der sowjetischen Ideologie wird die Stellung der Menschen in der Gesellschaft durch ihre Stellung im Produktionsprozess, insbesondere durch ihr Verhältnis zu den Produktionsmitteln als Eigentümer oder Nichteigentümer bestimmt. Mit der Beseitigung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln im Sozialismus tritt an die Stelle der antagonistischen Klassen des Kapitalismus die werktätigen befreundeten Klassen der Arbeiter und Bauern. Sie sind ihrerseits befreundet mit der Intelligenz. Die eine "Schicht" und keine Klasse ist, weil sie keine selbständige Rolle in der Produktion spielt²⁾. Allen gemeinsam ist, daß sie Eigentümer der Produktionsmittel sind. Sie haben die gleichen Rechte und Pflichten, alle sozialen und politischen Privilegien sind abgeschafft. Die Gleichheit der Klassen steht nach sowjetischer Doktrin nicht mit der "führenden Rolle" der Arbeiterklasse im Widerspruch. Die Führung der Arbeiterklasse beruht auf ihrer moralischen und politischen Autorität, auf dem höheren Stand ihrer sozialistischen Moral und ihrer "kommunis-

1) "Gesetz über die Festigung der Verbindung der Schule mit dem Leben sowie über die weitere Entwicklung des Systems der Volksbildung in der UdSSR" vom 24. Dezember 1958, vgl. dazu Ost-Probleme 6/1959, 178 ff.

2) Zur Definition des Begriffs "Klasse" vgl. die Definition Lenins in: Die große Initiative, Ausg.werke II, 576, zit. oben I 4a) Klassentrennung und Klassenkampf. Vgl. auch Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 688 ff.

istischen Prinzipientreue"¹⁾. Außerdem waren die Arbeiter bereits in der Revolution die entscheidende Kraft und sind heute mit der "fortgeschrittenen, auf dem allgemeinen Volkseigentum beruhenden Form der sozialistischen Wirtschaft" verbunden²⁾.

Im Sozialismus verschwinden die Klassen noch nicht ganz, sie haben nur aufgrund des gesellschaftlichen Eigentums einen anderen Charakter bekommen. Im Kapitalismus hatte das Privateigentum an den Produktionsmitteln Verhältnisse der "Herrschaft und Unterordnung" geschaffen. Im Sozialismus beruhen die Unterschiede der Klassen auf den verschiedenen Formen des gesellschaftlichen Eigentums, dem allgemeinen Volkseigentum und dem genossenschaftlich-kollektivwirtschaftlichen Eigentum. Jeder Klasse ist eine Form des Eigentums zugeordnet: Die Arbeiterklasse ist mit dem Volkseigentum, die Bauern mit dem genossenschaftlichen Eigentum verbunden. Beide Eigentumsformen gehören in die sozialistische Wirtschaftsform, und die Unterschiede der Klassen bestehen nur zwischen "gleichberechtigten Abteilungen der Werktätigen"³⁾. Die Unterschiede zwischen den Klassen im Sozialismus haben keinen Einfluß auf das persönliche Schicksal der Menschen. Ihre Stellung in der Gesellschaft wird nur von den persönlichen Fähigkeiten, ihrem Gewissen und ihrer Arbeitsfreude bestimmt, nicht von ihrer sozialen Herkunft oder Lage⁴⁾. Im Kommunismus, wenn das einheitliche kommunistische Eigentum verwirklicht sein wird, werden auch die letzten Unterschiede verwischt sein. Die "allgemeine faktische Gleichheit der Menschen" wird dann realisiert⁵⁾.

1) Den Bauern werden ihre "Privateigentümermentalität" und der Intelligenz ihr "Individualismus" vorgeworfen. In der Arbeiterklasse hat dagegen die "sozialistische gegenseitige Hilfe" ihre stärksten Wurzeln. (Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 688).

2) Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 688.

3) ebd., 690 f.

4) ebd., 691.

5) ebd., 815 f.

Hier ist zu fragen, ob die Aussagen über die sozialistische Gesellschaft richtig sind, und ob die tatsächlichen Verhältnisse der Sowjetunion sich in ihnen widerspiegeln. Ist das Privateigentum das einzige Kriterium, mit dem man Gegensätze sozialer Klassen- oder Schichtungsverhältnisse feststellen kann, oder sind Interessengegensätze auch bei gesellschaftlichem Eigentum möglich?

Ursachen sozialer Schichtungsverhältnisse in der UdSSR.¹⁾

a) Verfügungsmacht über Produktionsmittel.

Das staatliche Eigentum bildete immer den Kern des sozialistischen Wirtschaftssystems. Zentralisiertes staatliches Gemeineigentum erfordert noch mehr als jeder moderne Industriebetrieb zentrale Planung, Leitung und Kontrolle²⁾. Die zentrale Planung lag von Anfang an in der Hand der politischen Führung, d.h. der Regierung und Parteispitze³⁾. Sie stellte eine Präferenzskala der Wirtschaftsziele auf und entschied über den Einsatz der knappen Produktionsfaktoren. Unkontrollierte wirtschaftliche Macht durch die zentralisierte Verfügung über die Produktionsmittel im staatlichen Eigentum und über das unter staatlicher Aufsicht stehende genossenschaftliche Eigentum einerseits und politische Macht andererseits bedingen und ergänzen sich gegenseitig. Der Staat, oder genauer die Parteispitze, die den Staat repräsentiert, hat mit der Verfügung über das Staatseigentum auch die Macht, die Daseinsfürsorge der Bevölkerung zu bestimmen. Die Rangfolge der wirtschaftlichen Ziele wird ebenso zentral bestimmt wie Arbeitsorganisation und

1) Zu den Klassen und Schichten und ihrer größenmäßigen Zusammensetzung in der UdSSR vgl. Mehnert, 34 ff. und Boris Meissner, Die Wandlungen im sozialen Gefüge der Sowjetunion, in: Europa Archiv 9/1950, 2989 ff.

2) Hofmann, 480 ff.

3) Seit aus der Elitepartei Lenins eine Massenpartei wurde, kann man kaum noch von einer "Führung der Partei" sprechen. Die unteren Chargen der Partei "führen" nicht, sie dienen nur einer allgemeinen gleichmäßigeren Durchsetzung der Bevölkerung mit ideologisch geschulten Funktionären. Die Führung ist jetzt auf die Parteispitze konzentriert und nicht mehr an die Parteizugehörigkeit gebunden.

Einkommen, Preise und Produktion für den Konsumentenmarkt. Damit ist die "Freundschaft der Klassen" in einer Gesellschaft ohne soziale und politische Privilegien zur Herrschaft einer Gruppe über die gesamte Bevölkerung geworden. Diese hat im Einparteiensstaat sowjetischer Prägung kaum Möglichkeiten, eine Differenz ihrer Interessen mit denen der Regierung zu äußern¹⁾, sodaß die in der Ideologie behauptete Interessengleichheit zu bestehen scheint. Es wird immer wieder betont, daß die Funktionäre aus der Arbeiter- oder Bauernklasse stammen und folglich am besten die Wünsche des Volkes kennen müssen. Sowie sie aber aufgestiegen sind und wirtschaftliche oder politische Macht errungen haben, kommt es nicht mehr auf ihre Herkunft, sondern auf ihre augenblickliche Stellung an²⁾.

b) Bildung als Ursache sozialer Schichtungsverhältnisse.

Während die zentrale Planung vorwiegend von der politischen Führung - Regierung und Parteispitze - vorgenommen wird, liegen Plandurchführung und Plankontrolle weitgehend in den Händen technisch und kaufmännisch geschulter Personen. Je weiter die Industrialisierung fortschritt, und je komplizierter die Produktion wurde, desto wichtiger wurde die Qualifizierung der Arbeiter und die Ausbildung der Wirtschaftsfunktionäre. Vertreter der heranwachsenden neuen Oberschicht gewannen gegenüber den Parteifunktionären an Bedeutung und Ansehen. Ihr Einfluß bei der Planung wuchs, als sie begannen, die entscheidenden Stellungen in den Betrieben einzunehmen und die Daten zur Planaufstellung

- 1) Praktisch können Interessengegensätze nur indirekt geäußert werden. Beispiele dafür sind die verschiedenen Formen des Arbeitsanreizes und die Politik der sozialen Sicherheit, die notwendig wurden, um das Arbeitsniveau und das für die moderne Industrie notwendige Maß zu heben: Durch ihr Desinteresse an der Arbeit zur Zeit der allgemeinen Lohngleichheit nach der Revolution hatten die Arbeiter die Lohndifferenzierung erzwungen.
- 2) Mehnert weist darauf hin, daß immer mehr jüngere Betriebsdirektoren aus der neuen Oberschicht kommen, also keine "proletarische Vergangenheit" nachweisen können, sodaß dieses Argument nur begrenzt richtig ist. (Mehnert, 34 f.).

lung zu liefern¹⁾. Der Staat fördert die Differenzierung, indem er hervorragende Leistungen in der Produktion durch öffentliche Ehrungen (Orden und Preise) auszeichnete und damit das Sozialprestige der betreffenden noch erhöhte. Der soziale Aufstieg mit Hilfe der Bildung wurde sicherer als der über die Parteizugehörigkeit allein. Die Entstehung einer nur fachlich geschulten Oberschicht ohne politisches Engagement, die möglicherweise in eine kritische oder sogar oppositionelle Haltung zur Regierung kommen kann, ist letztenendes zu gefährlich für den sowjetischen Einparteien-Machtstaat. Darum wird in letzter Zeit verstärkt versucht, die Intelligenzia zu "reideologisieren". Der fachlich geschulte Parteifunktionär oder der politisch engagierte Fachmann werden immer mehr zum Leitbild der sowjetischen Propaganda und zum aussichtsreichsten Kandidaten für den sozialen Aufstieg. Diese Entwicklung ist neu sowohl gegenüber den ersten Jahren nach der Revolution, in denen der reine Parteifunktionär die führenden Stellungen in der Wirtschaft und in der

1) Der sowjetische Wirtschaftsfachmann wird gern mit dem Manager eines westlichen Industriebetriebes verglichen. Es wird behauptet, daß die Funktionen beider so ähnlich seien, daß nicht mehr von einem Unterschied gesprochen werden könne. Richtig ist, daß beide Menschengruppen in der kaufmännisch-technischen Leitung eines Industriebetriebes ausgebildet sein müssen. Beide verwalten fremdes Eigentum, - das einer Gruppe von Aktionären oder das des Volkes. Daneben bestehen aber grundsätzliche Unterschiede: Der Manager des westlichen Industriebetriebes ist einer begrenzten Gruppe von "Kapitalisten" verantwortlich. Er kann sein Arbeitsverhältnis verlassen und ein anders eingehen oder sich selbständig machen. Der Direktor eines sowjetischen Betriebes ist dem Staat verantwortlich, er bleibt - wenn er auch den Betrieb wechselt - Arbeitnehmer des gleichen Arbeitgebers: des Staates. (Sinngemäß gilt dieser Unterschied für alle Arbeitnehmer der beiden Wirtschaftssysteme.) Der sowjetische Betriebsdirektor ist an den zentralen staatlichen Wirtschaftsplan gebunden, wo immer er arbeitet. Er unterliegt der staatlichen Parteikontrolle. Der Manager ist den Kontrollen unterschiedlicher Gruppen von Aktieneigentümern und den verschiedenen Kontrollen in einer Marktwirtschaft unterworfen. Letztere bestehen darin, daß der Staat den allgemeinen Rahmen für das Wirtschaften aufstellt. Darüber hinaus unterliegt der Manager den Kontrollen der Konsumenten und der Konkurrenz, die über den Markt ausgeübt werden.

Gesellschaftshierarchie einnahm, als auch gegenüber den ersten Jahrzehnten der Planperiode, in denen der reine Fachmann an Bedeutung gewann. Es ist allerdings fraglich, ob die "Politisierung" der in sich stark heterogenen Schicht der Intelligenzia¹⁾ gelingen wird, oder ob die Versachlichung der Aufgaben - insbesondere in der Wirtschaft - letztenendes zu einer größeren politischen Freiheit führen muß. Sollte die Verschmelzung von technischer Intelligenz und politischem Funktionär gelingen, würde die Macht einiger weniger noch mehr wachsen. Die Konkurrenz der Zielvorstellungen, die heute noch in begrenztem Ausmaß zwischen dem technischen Sachverständigen und dem politischen Funktionär bei der Planaufstellung bestehen kann, würde dann entfallen.

c) Soziale Differenzierung durch persönliches Eigentum.

Die soziale Differenzierung der Sowjetgesellschaft durch Bildung und/oder Verfügungsmacht über das gesellschaftliche Eigentum wird durch die Einkommens- und Eigentumsunterschiede ergänzt. In der Partei- oder Regierungszugehörigkeit liegt immer das Risiko einer Differenz der eigenen Meinung mit der offiziellen Parteilinie. Ist die Differenz offensichtlich, so ist der Ausstoß aus Regierung und Partei wahrscheinlicher, je höher die Position des betreffenden ist. Mit dem Verlust der Position sind gleichzeitig alle Privilegien verloren, die mit ihr verbunden waren. Mit anderen Worten: Die Verfügungsmacht über staatliches Eigentum ist für den einzelnen jederzeit widerrufbar, kann also keine Kontinuität der gesellschaftlichen Stellung für das

1) Zur Intelligenzia zählen so verschiedene Gruppen der Bevölkerung wie die Mitglieder der Partei, Ministerialbürokratie, Armee oder der technischen und kaufmännischen Manager, private Akademiker und Künstler bis hin zu den Facharbeitern in Industrie und Landwirtschaft.

Individuum sichern. Anders ist es mit dem persönlichen Eigentum: Solange es durch Verfassung und strafrechtliche Garantien sowie durch das Erbrecht in Gesetz und Rechtsprechung geschützt ist, ist es frei von dem politischen Risiko¹⁾. Es vermittelt dem einzelnen und seiner Familie die Zugehörigkeit zu einer hochangesehenen Schicht mit gehobenem Lebensstandard. Da persönliches Eigentum in der UdSSR nicht in größerem Umfang zu Produktivkapital werden kann, ist in der Regel das Lebenshaltungsniveau die "Anlageform" der höheren Einkommensklassen. Andere Verwendungsmöglichkeiten für überdurchschnittliches Einkommen gibt es nicht. Die Bildung ist unentgeltlich und damit leistungs- und nicht einkommensbezogen. Zwangsweise Geldvernichtung oder Geldabschöpfung durch Währungsreformen oder Zwangszeichnungen von Staatsanleihen - und damit Absorption des persönlichen Eigentums durch den sozialistischen Staat - können nicht die Regel sein, da sonst die Einkommensdifferenzierung ihren Motivationswert als Arbeitsstimulanz verlieren würde. Unproduktives Horten von Geld ist nur eine vorübergehende Verwendungsmöglichkeit, das letzte Ziel ist auch hier Konsum.

Es ist eine Tatsache, daß das persönliche Eigentum - im Lebensstandard sichtbar gemacht - Sozialprestige vermittelt. In den Genuss des höheren Ansehens kommt nicht nur der, der es "verdient" hat, - das heißt der Mann, der durch das hohe Einkommen für größere Leistungen ausgezeichnet werden soll -, sondern auch seine Familie und seine Erben. Schon allein die Tatsache, daß höhere Leistung mit höherem Einkommen honoriert werden muß, widerspricht der These, daß die gesellschaftliche Stellung des Menschen im Sozialismus nur durch seine Leistung bestimmt wird. Wieviel mehr trifft dies für die Menschen zu, die ganz ohne Leistung in den Genuß von Eigentum und das damit verbundene Ansehen gekommen sind.

1) Unter Stalin waren politische Ausschaltung und Vermögensentzug sehr häufig gekoppelt, heute ist Vermögensentzug nur als Nebenstrafe bei echten Straftaten üblich (z.B. bei Spekulation).

Die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft seit der Revolution läßt die Hoffnung auf die "klassenlose Gesellschaft" im Kommunismus als utopisch erscheinen. Alle Kriterien, die zu den augenblicklich bestehenden Schichtungsverhältnissen der UdSSR geführt haben, sind so mit dem System der auf staatlichem Eigentum beruhenden zentralen Planwirtschaft verbunden, daß ein Abbau unmöglich scheint. Die Verfügungsmacht über das Staatseigentum als notwendiges Korrelat zur politischen Macht wird ebensowenig aufgegeben werden können¹⁾ wie die verschiedenen Formen der materiell oder ideell begründeten Anreize zur Arbeitsleistung.

B. DIE ÖKONOMISCHEN GESETZE DER SOZIALISTISCHEN PRODUKTIONSWEISE.

Nach der sowjetischen Ideologie sind "sozialistische Gesetze" solche Gesetze, die im Interesse des Volkes angewandt werden. Sie dienen dazu, den Kommunismus "bewußt" aufzubauen²⁾. Sie sind untrennbar mit dem sozialistischen Wirtschaftssystem verbunden. Mit der These, es handele sich um selbsttätig wirkende "Gesetze" soll die Wirtschaftspolitik der Regierung der Kritik und Diskussion entzogen werden.

- 1) Eine offizielle Äußerung über die Rolle der Partei bestätigt diese These: "Die gesamte Erfahrung des Kampfes um den Sieg des Sozialismus und Kommunismus bestätigt die Richtigkeit einer der wichtigsten Folgerungen der Theorie des Marxismus-Leninismus, daß nämlich im Prozeß des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft die Rolle der Partei immer größer wird". (Woprosy filosofii 9/1959, deutsch in Ost-Probleme 25/1959, 787).
- 2) Die Sowjetideologie beruft sich auf einen Satz von Engels: "Die Kenntnis der Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung gibt die Möglichkeit, die blinde, nicht erkannte Notwendigkeit in eine erkannte Notwendigkeit, das heißt in Freiheit zu verwandeln". (Anti-Dühring, zit. in Grundlagen der Marxistischen Philosophie, 399). Die sowjetische Theorie versteht unter Gesetz "ein bestimmtes, notwendiges Verhältnis zwischen Dingen, Erscheinungen und Prozessen, das sich aus ihrer inneren Natur, aus ihrem Wesen ergibt". (Grundlagen der Marxistischen Philosophie, 218).

1) Das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus..

Als charakteristische Züge des ökonomischen Grundgesetzes werden

"ununterbrochene Erweiterung und Vervollkommnung der Produktion auf der Basis der führenden Technik mit dem Ziel der möglichst vollständigen Befriedigung der ständig wachsenden Bedürfnisse und der allseitigen Entwicklung aller Mitglieder der Gesellschaft" 1)

genannt und dem Gesetz der Ausbeutung im Kapitalismus gegenübergestellt. Die sowjetischen Ideologen formulieren hier das wirtschaftspolitische Ziel, die Bedürfnisse der Bevölkerung maximal zu befriedigen. Sie geben gleichzeitig das Mittel zur Verwirklichung des Zieles mit ununterbrochenem Wirtschaftswachstum an. Sie behaupten, daß die Verbindung von Wirtschaftsziel und Mittel zu seiner Verwirklichung ein "Gesetz" der sowjetischen Wirtschaft sei, das wie ein Naturgesetz "objektiv" wirke.

Damit wird vorgegeben, daß das Ziel, die Bedürfnisse der Bevölkerung maximal zu befriedigen, unabdingbar mit dem auf gesellschaftlichem Eigentum beruhenden sozialistischen Wirtschaftssystem verbunden ist. In Wahrheit handelt es sich aber nicht um ein Gesetz, sondern um eines unter vielen anderen möglichen Zielen. Man kann eher von einer "Forderung" sprechen, die an die politische Führung gestellt ist. Ob sie ihr entspricht, oder ob sie andere, konkurrierende Ziele in den Vordergrund stellt, liegt in ihrem Ermessen²⁾. Das Volkseigentum allein garantiert nicht den höheren Lebensstandard und die besseren Lebensbedingungen der Bevölkerung, es kommt vielmehr auf das menschliche Verhalten und das Gefühl der Verpflichtung des Planenden gegenüber der Masse

1) Politökonomie, 523.

2) Stalins erstes Ziel z.B. war das der beschleunigten Industrialisierung, und nur die notwendigsten Bedürfnisse der Bevölkerung konnten danach noch befriedigt werden.

des Volkes an. Das ökonomische Grundgesetz wird aber aus Gründen der politischen Propaganda sehr hervorgehoben, um die Interessengleichheit von Regierung und Bevölkerung zu beweisen.

2. Das Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft.

Das Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft erfordert nach der sowjetischen Ideologie,

"daß die Entwicklung aller Zweige der Wirtschaft einer einheitlichen planmäßigen Leitung durch die Gesellschaft untergeordnet wird", und, "daß die Proportionalität zwischen allen Teilen und Elementen der Volkswirtschaft gewahrt bleibt". 1)

Es wird dann eine Reihe von Proportionen erwähnt, die herzustellen notwendig ist, um Störungen in der Wirtschaft zu vermeiden²⁾. In der Ideologie wird nur gesagt, daß man "notwendige Proportionen" herstellen muß, über das Ausmaß des Vorranges z.B. der Schwerindustrie vor der Konsumgüterindustrie (auch ein Gesetz der sozialistischen Produktionsverhältnisse) wird nichts gesagt³⁾. Es hängt tatsächlich vorwiegend von der Entscheidung der Planenden ab, inwieweit die Investition zuungunsten der Konsumtion ausgedehnt wird, sie ist nicht "gesetzlich" festgelegt.

Plangesetz und Planverwirklichung können nach sowjetischer Doktrin auseinanderfallen. Darum müssen die Wirtschaftspläne laufend kontrolliert und den Erfordernissen der Praxis angepaßt werden. Durch diese "vorübergehenden" Differenzen von Plangesetz und Planverwirklichung werden Fehlplanungen erklärt, das

1) Politökonomie, 536.

2) Politökonomie, 537 ff. Dazu gehören Proportionen a) zwischen den Zweigen der Volkswirtschaft (Industrie, Landwirtschaft, Verkehrswesen usw.), b) Produktion und Konsumtion, c) Lohnfonds und Konsumgüterfonds, d) Schwerindustrie und Konsumgüter produzierende Industrie u.a.

3) Zum Primit der Schwerindustrie vgl. die Statistiken bei Kuhnner, 23 ff.

Plansystem an sich aber wird nie in Frage gestellt¹⁾. Die zentrale Lenkung des Wirtschaftsprozesses gilt vielmehr als notwendige Folge des gesellschaftlichen Eigentums und als Spezifikum des sozialistischen Systems²⁾. Dagegen wird die Form der zentralen Lenkung als Organisationsform des staatlichen Eigentums diskutiert und gegen andere, dezentrale Organisationsformen auf der Grundlage von genossenschaftlichem Eigentum verteidigt³⁾.

-
- 1) Zu den temporären und systembedingten Mängeln der Planung vgl. als Beispiel das Versagen der sowjetischen Landwirtschaft von 1945 bis 1953 (vgl. Kuhnert, 33 ff.). Zur Kritik am Plansystem und der vorübergehenden Dezentralisierung des Plansystems von 1957 vgl. Boettcher, 166 ff.
 - 2) Oskar Lange widerspricht in seinem Buch: Über einige Probleme des polnischen Weges zum Sozialismus (Warschau 1957, 32) der sowjetischen These, daß zentrale Lenkung ein Spezifikum des Sozialismus sei. Kapitalistische Staaten hätten, wenn es um die Konzentration großer Wirtschaftsreserven für bestimmte Zwecke ginge, (Aufrüstung und Kriegsproduktion im 3. Reich z.B.), ähnliche zentrale Lenkungsmethoden angewandt wie die UdSSR in ihrer Planwirtschaft.
 - 3) Die schärfste Auseinandersetzung führen die Ideologen von der offiziellen Parteilinie mit den sogenannten revisionistischen Tendenzen im sozialistischen Lager. Diese Auseinandersetzung richtet sich besonders gegen alle Vorschläge, das kommunale und genossenschaftliche Eigentum, d.h. also Gruppeneigentum, gegenüber dem staatlichen, zentral verwalteten Eigentum in den Vordergrund zu stellen. Diese Tendenz wird als Ausdruck der Reaktion bezeichnet und dagegen das Staatseigentum als notwendig in der modernen industriellen Gesellschaft und dem "Stand der Produktivkräfte" entsprechend bezeichnet. Ohne zentrale Planung sei das Wachstum in Gefahr. Die offiziellen Ideologen warnen vor Lokalpatriotismus und heben die Realisierung der "Interessen des gesamten Volkes in der zentralen Planwirtschaft hervor. Daß den lokalen Interessen der wirtschaftlichen Organisationen auf Rayonebene oder der Direktoren in ihren Betrieben auch in der sowjetischen Planwirtschaft oft der Vorrang vor den Interessen der Gemeinschaft gegeben wird, bleibt hier ungesagt. Der Hauptgrund des Angriffs wird offen ausgesprochen: Die Parteideologen fürchten um die Rechtfertigung des Staates, der als Wahrer der Interessen des gesamten Volkes die zentrale staatliche Planung aufrecht erhalten müsse. Nur eine einheitliche Führungsspitze könne die ökonomischen Gesetze des Sozialismus wissenschaftlich erkennen und mit Hilfe der Planung zur Wirkung bringen. Die Kontrolle, die durch Planung und Planverwirklichung über die Wirtschaft und das wirtschaftliche Wachstum ausgeübt werde, sei die Ursache des wirtschaftlichen Aufschwungs. - Wie meistens in der ideologischen Diskussion beruft man sich auch hier auf Forts. s. S. 247

3. Gesetz des stetigen Wachstums der Arbeitsproduktivität.

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität

"kommt darin zum Ausdruck, daß die Menge der für die Produktion einer Erzeugniseinheit aufgewandten Arbeit geringer wird" 1),

d.h. Einsparung an Arbeit, insbesondere an Arbeitszeit. Im Gegensatz zum Kapitalismus geschieht es "ständig", es ist ein Gesetz der sozialistischen Produktionsweise.

Dieses Gesetz ist kein Spezifikum des sozialistischen Systems, sondern eine mit der modernen, arbeitsteiligen und technisierten Industrie verbundene Erscheinung. Je mehr die Produktion rationalisiert und automatisiert wird, desto höher ist in jedem Fall der Arbeitsausstoß pro Arbeitseinheit, das heißt die Arbeitsproduktivität.

4. Das ökonomische Gesetz der Verteilung nach der Arbeitsleistung.

Unter Berufung auf Marx schreibt die sowjetische Ideologie, daß bei gesellschaftlichem Eigentum das Sozialprodukt im Interesse der Werktätigen verteilt werde²⁾. Zuerst müssen Reininvestitionen, Neuinvestitionen und Reservefonds vom "gesellschaftlichen Gesamtprodukt" abgezweigt werden, um die Befriedigung

Forts.S. 246 ... den Ausspruch eines Klassikers des Marxismus-Leninismus, um die Übereinstimmung der heutigen Wirklichkeit mit der "Heilslehre" zu beweisen: Lenin habe das staatliche allgemeine Volkseigentum als "konsequent sozialistisch" bezeichnet, weil es den Höchststand der Vergesellschaftung der Produktion verkörpere. Dabei wird, wie immer, unterstellt, daß der Staat im Gegensatz zum Kollektiv als einziger die Interessen der ganzen Gesellschaft vertreten kann. (Grundlagen des Marxismus-Leninismus, 658 ff.)

1) Politökonomie, 565.

2) ebd., 605.

der wachsenden Bedürfnisse zu sichern. Dann kommt die Verteilung des Konsumtionsfonds, und hier haben die gesellschaftlichen Fonds zur Befriedigung der gemeinschaftlichen Bedürfnisse den Vorrang vor der Verteilung nach der "Quantität und Qualität" der geleisteten Arbeit. Denn

"was dem Produzenten in seiner Eigenschaft als Privat-individuum entgeht, kommt ihm direkt oder indirekt in seiner Eigenschaft als Gesellschaftsmitglied zugute" 1).

Die Rangfolge der Fonds, in die das Sozialprodukt verteilt wird, macht aus dem Gesetz der Verteilung nach Arbeitsleistung unversehens ein Gesetz der Verteilung im Sinne der politischen Führung²⁾. Sie hat die alleinige Entscheidung 1. über die Größe des Konsumfonds und 2. über seine Aufteilung in Fonds zur gesellschaftlichen und individuellen Befriedigung der Bedürfnisse. Die Verteilung nach der Arbeitsleistung soll im Kommunismus, - wenn man einen "Überfluß" an Gütern produzieren und jeder freiwillig nach seinen Fähigkeiten arbeiten werde -, zugunsten der Verteilung nach den Bedürfnissen fortfallen. Schrittweise sollen schon bald Nahrung, Wohnung, Kleidung, Bildung u.a. unentgeltlich verteilt werden.

Die Bedürfnisse werden auf die "vernünftigen Bedürfnisse" beschränkt und als die "gesunden Bedürfnisse eines kulturell entwickelten Menschen" definiert³⁾. Was gesunde Bedürfnisse sind, wird die politische Führung festlegen. Sie bekommt damit zu der alleinigen Verfügungsmacht über die Art der Bedürfnisbefriedigung. Die kollektive Bedürfnisbefriedigung kann wohl eine gleichmäßigere Verteilung der Güter sichern, insgesamt gesehen

1) Marx, Kritik des Gothaer Programms, in Marx-Engels, Ausgewählte Schriften II, 15; zitiert in Politökonomie, 606.

2) Die politische Führung muß nur insoweit den Interessen des Volkes nachgeben, als das wirtschaftliche Wachstum zur Erreichung ihrer Ziele gesichert ist.

3) Politökonomie, 782.

aber wird kein Gewinn zu verzeichnen sein. Ob die Verteilung primär an das Individuum oder primär an das Kollektiv geht, die Güter müssen von der gleichen Gesellschaft im gleichen Wirtschaftssystem produziert werden.

Abschließend soll noch einmal auf die Frage eingegangen werden, ob der Sowjetsozialismus die in seiner Ideologie behaupteten Folgen aus dem Privateigentum an den Produktionsmitteln durch dessen Abschaffung beseitigt hat. Hat das Eigentum überhaupt diese zentrale Bedeutung für das wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenleben der Menschen?

Im Laufe der Untersuchung hat sich ergeben, daß nicht die juristische Form des Eigentums für die Gestaltung einer sozialen Ordnung, sondern die Art der Verwaltung, das heißt die tatsächliche Verfügungsmacht über wirtschaftliche Güter entscheidend ist. Die Deklaration des "allgemeinen Volkseigentums" reicht nicht aus, um die Ausbeutung abzuschaffen, den Charakter der Arbeit zu wandeln oder die Klassen und Schichten der Sowjetgesellschaft in Freundschaft leben zu lassen. Es besteht auch keine Chance, daß die klassenlose Gesellschaft aus dem augenblicklich existierenden sozialistischen System hervorgehen kann. Das Volkseigentum konnte keine neuen Gesetze des Wirtschaftens entstehen lassen. -

Die beiden wichtigsten in der Ideologie behaupteten Konsequenzen des allgemeinen gesellschaftlichen Eigentums - allgemeine Gleichheit und Freiheit der Menschen und wirtschaftliche Überlegenheit des sozialistischen über das kapitalistische Wirtschaftssystem - konnten nicht verwirklicht werden. Anstelle der Gleichheit und Freiheit trat im Anschluß an die wirtschaftliche Verfügungsmacht die politische und geistige Abhängigkeit des überwiegenden Teils der Bevölkerung von einer kleinen Gruppe. Die behauptete ökonomische Überlegenheit des Sozialismus kann zur Zeit - was den reinen Produktionsausstoß anbetrifft - weder endgültig bejaht noch verneint werden. Die Verhältnisse des wirtschaftlichen Aufbaus, unter denen mit Zwang und unter Opfern der Bevölke-

rung der Aufschwung sehr schnell ging, sind vorüber. Jetzt muß sich das sozialistische System unter anderen Bedingungen bewähren, - Bedingungen, unter denen es schon einen Teil der als "typisch sozialistisch" hingestellten Züge verloren und Züge des "kapitalistischen" Systems angenommen hat. Dazu gehört auch, daß die positive Einstellung der Menschen zum Privateigentum an Konsumgütern, das heißt die Einstellung zum sogenannten persönlichen Eigentum, die gleiche wie in den "kapitalistischen" Staaten ist. Dies ist eines der wichtigsten Zeichen dafür, daß die Sowjetunion noch weit entfernt von der Verwirklichung dessen ist, was in der Ideologie als kommunistische Gesellschaftsordnung bezeichnet wird.

Die ebenfalls behauptete moralisch ethische Überlegenheit des Systems kann man jedoch klar verneinen. Solange die Freiheit als "erkannte Notwendigkeit" definiert und die Kraft der Erkenntnis nur der Partei zuerkannt wird, kann von einer "freien Entfaltung der Persönlichkeit", die eine konkurrierende Willensbildung neben der Partei impliziert, nicht gesprochen werden.

LEBENS LAUF

Als Tochter des Mühlenkaufmanns Friedrich Bremer und seiner Ehefrau Irmgard, geb. Helfritz, wurde ich am 15.8.1934 in Hildesheim geboren. Von 1941 - 1944 besuchte ich die Volksschule in Schulenburg/Leine. Anschließend ging ich auf die Staatliche Goetheschule in Hildesheim. Von 1954 - 1958 studierte ich Volkswirtschaft an den Universitäten in Freiburg im Breisgau, Lausanne und München.

Im Frühjahr 1958 bestand ich die Diplomprüfung für Volkswirte an der Universität in Freiburg im Breisgau.

Im Juni 1962 verheiratete ich mich mit Joachim Herrmann. Im Juli 1963 wurde unser Sohn Michael geboren.

